

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

15. Sitzung vom 21. und 22. November 2011 2. Sitzungstag (22. November 2011)

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw Gemeinderäte	S. 3	GR Manfred Hofbauer, MAS	S. 69
		GR Christian Unger	S. 72
		GR Mag Rüdiger Maresch	S. 73
Fortsetzung der Verhandlung über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für 2012 und die Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten		GR Christian Unger (tatsächliche Berichtigung)	S. 77
		GR Norbert Walter, MAS (tatsächliche Berichtigung)	S. 77
		GRin Henriette Frank	S. 78
		GR Mag Rüdiger Maresch (tatsächliche Berichtigung)	S. 78
		Amtsf StRin Mag Ulli Sima	S. 78
Beratung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung Rednerinnen bzw Redner:		Beratung der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft	
GR Norbert Walter, MAS	S. 3	Rednerinnen bzw Redner:	
GR Mag Wolfgang Jung (zur Geschäftsordnung)	S. 6	GRin Ing Isabella Leeb	S. 80
GR Mag Christoph Chorherr	S. 7	GR Mag Klaus Werner-Lobo	S. 81
GRin Henriette Frank	S. 10	GR Mag Gerald Ebinger	S. 85
GR Dr Kurt Stürzenbecher	S. 13	GR Ernst Woller	S. 88
GRin Mag Barbara Feldmann (tatsächliche Berichtigung)	S. 16	GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 91
GR Martin Flicker	S. 16	GRin Dr Jennifer Kickert	S. 93
GRin Birgit Hebein	S. 17	GR Univ-Prof Dr Peter Frigo	S. 94
GR Mag Günter Kasal	S. 19	GR Petr Baxant	S. 94
GRin Mag (FH) Tanja Wehsely	S. 19	GRin Uta Meyer	S. 96
GR Univ-Prof Dr Herbert Eisenstein	S. 21	GRin Henriette Frank	S. 97
GR Johann Herzog	S. 22	GR David Ellensohn	S. 98
Amtsf StR Dr Michael Ludwig	S. 22	Amtsf StR Dr Andreas Mailath-Pokorny	S. 100
Beratung der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales		04324-2011/0001-GFW, P 1: Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für 2012	
GRin Ingrid Korosec	S. 26	04315-2011/0001-GFW, P 2: Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten	
GRin Dr Sigrid Pilz	S. 28	Berichterstatterin VBgmin Mag Renate Brauner (Schlusswort)	S. 102
StR David Lasar	S. 32	Abstimmung	S. 102
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 34	7. 04239-2011/0001-GFW, P 3: Entwurf einer Verordnung des Gemeinderates betreffend die Festsetzung der Wertgrenzen für 2012	
GR Kurt Wagner	S. 36	Abstimmung	S. 110
GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 40	8. 04284-2011/0001-GGS, P 4: Wirtschafts- plan „Wiener Krankenanstaltenverbund“ für 2012	
GRin Birgit Hebein	S. 42	Abstimmung	S. 110
GR Univ-Prof Dr Peter Frigo	S. 44	9. 03867-2011/0001-GGS, P 5: Wirtschafts- plan „Wien Kanal“ für 2012	
GRin Marianne Klicka	S. 45	Abstimmung	S. 110
GR Wolfgang Seidl	S. 47	10. 03974-2011/0001-GWS, P 6: Wirtschafts- plan „Wiener Wohnen“ für 2012	
GR Ing Bernhard Rösch	S. 49	Abstimmung	S. 110
GRin Angela Schütz	S. 51		
GRin Dr Claudia Laschan	S. 51		
Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely	S. 52		
Beratung der Geschäftsgruppe Umwelt Rednerinnen bzw Redner:			
GRin Mag Karin Holdhaus	S. 54		
GR Ing Udo Guggenbichler	S. 56		
GR Heinz Hufnagl	S. 58		
GR Dipl-Ing Roman Stiftner	S. 62		
StRin Veronika Matiasek	S. 64		
GR Ernst Holzmann	S. 66		
GR Norbert Walter, MAS	S. 68		

(Fortsetzung um 9 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Der Saal wird sich dann noch im Laufe des Tages füllen. Ich wünsche Ihnen einen schönen guten Morgen!

Wir nehmen die Sitzung des Gemeinderates wieder auf.

Entschuldigt für die heutige Sitzung während des gesamten Tages ist Frau GRin Mörk. Einzelne sind teilweise entschuldigt.

Die Beratung des Voranschlagsentwurfes der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2012 und des Gebührenprüfungsantrags wird fortgesetzt.

Wir kommen zur Beratung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung. Ich schlage vor, die Debatte zu dieser Geschäftsgruppe mit Postnummer 6, das ist der Wirtschaftsplan der Unternehmung Stadt Wien – Wiener Wohnen für das Jahr 2012 gemeinsam durchzuführen, die Abstimmung über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien und den Wirtschaftsplan Stadt Wien – Wiener Wohnen jedoch getrennt vorzunehmen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? - Den sehe ich nicht. Ich darf die Damen und Herren des Gemeinderates ersuchen, so wie vorgeschlagen auch vorzugehen.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Walter und ich erteile es ihm. Die Redezeit ist mit 25 Minuten begrenzt.

GR Norbert **Walter**, MAS (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Einen wunderschönen guten Morgen, Herr Vorsitzender! Geschätzte Damen und Herren! Herr Stadtrat!

Ich darf vielleicht zu Beginn noch einmal an gestern Abend anschließen, wo es um das Thema Planung ging. Und es war insofern auch spannend und es hat die Frau Vizebürgermeisterin am Schluss dann doch noch kurz angerissen, dass es eigentlich nur um den Verkehr ging. Aber gerade die Planung ist ja auch Grundlage für den Wohnbau und dahin gehend ist eigentlich wenig gesagt worden. Es gibt zwar ein Bekenntnis, dass gebaut wird, aber das Wie, Wo, Wann ist offen geblieben, gerade auch im Hinblick, wenn ich an die Flächenbezirke denke und an den Rand der Flächenbezirke wie die Verkehrserschließung. Wir haben zwar viel über Verkehr gesprochen, innerstädtisch spannend, auch U-Bahn-Ausbau, U1-, U2-Verlängerung, aber was ist mit der U6 Richtung Stammersdorf? Wir bauen dort Heeresspital, Donaufeld und, und, und, Stammersdorf selber. Dann frage ich mich, wo dort die Verkehrsanbindung, nämlich die hochrangige Verkehrsanbindung, bleibt und dann wundert sich ein jeder, warum die Menschen mit dem Auto in die Stadt fahren. Aber hinkünftig, glaube ich, ist es eh nicht mehr erwünscht, dass die Flächenbezirke, vor allem die über der Donau ... (*GR Mag Wolfgang Jung unterhält sich mit einigen anderen Gemeinderäten.*) Guten Morgen, Herr General, sind Sie schon fertig oder ...

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (*unterbrechend*): Kann man vielleicht die Gespräche zwischen den

Bankreihen so einstellen, dass er nicht behindert wird?

GR Norbert **Walter**, MAS (*fortsetzend*): Herr General, ich weiß nicht, vielleicht ist es absolut unspannend zuzuhören, aber es macht nichts. Na jedenfalls geht es auch darum, dass man die Menschen mit so einer Maßnahme, und ich spreche jetzt ganz bewusst noch einmal diese Parkscheinerhöhung an und auch die Ausweitung der Parkpickerlzone ... (*GR Dr Kurt Stürzenbecher: Das gehört aber wirklich nicht dazu!*) Herr Kollege, wenn du mir erzählen willst ... Ich weiß schon, dass die Bezirke über der Donau immer ein bisschen stiefmütterlich behandelt werden. Jetzt haben Sie es eh gerade selber gesagt, deswegen gehört es ja auch nicht da her. Ich weiß eh, Herr Kollege, das verstehe ich schon. Und dann wundert ihr euch, warum die Menschen ins Umland abwandern, in den Speckgürtel, nicht nur wegen dem Parken. Aber es hängt auch mit der Verkehrssituation zusammen, weil ob ich dann dort wohne oder dort, dann wohne ich lieber gleich in Niederösterreich, wo ich besser und ehrlicher aufgenommen bin. (*GR Siegi Lindenmayr: Genau, die verursachen das dann!*)

Ja, genau, Herr Kollege, das ist genau der Punkt, weil ihr nichts tut für die Stadtränder. Das ist der Punkt. Gehen Sie einmal, fahren Sie einmal nach Strebersdorf! Dort ist die 26er-Endstation und wie viel haben wir verbaut da hinten und drüber und daneben. Was ist mit dem 31er? Jetzt bauen wir dort Unsummen an Wohnbau. Ich finde das gut. Wie wir bauen, das finde ich nicht so gut. Aber da haben wir eine einzige Straßenbahn. Erklären Sie einmal das den Menschen! Was ist mit der Verlängerung der U6? Können Sie sich stark machen? Aber ich weiß, Sie wohnen im 9. Bezirk. Das verstehe ich schon, innerstädtisch ist alles paletti. Aber tun wir was für die Fläche und dann haben wir auch weniger Verkehr mit den Autos. Das ist so. Gut.

Aber damit komme ich auch schon zum Ende von gestern. Vielleicht noch ganz kurz: Das, was die Frau Vizebürgermeisterin gesagt hat, Schwerpunkt Wohnen, dass man nur auf supergeförderten Wohnbau geht, finde ich auch spannend. Dazu sage ich dann später noch einmal etwas.

Kommen wir zum Thema Wohnen. Ich glaube, dass wir beim Thema Wohnen ein Problem haben und das ist, dass wir in Wahrheit zu wenig Budget haben und deshalb sage ich auch, wir lehnen das Budget ab und zwar insofern, weil ich meine, dass beim Wohnen auch das Wichtige zuerst gehört. Und wenn man das Geld - Francis Bacon hat das einmal gesagt: „Das Geld gleicht dem Dünger, der wertlos ist, wenn man ihn nicht ausbringt.“ Und gerade das sehe ich beim Voranschlag 2012 im Wohnbau. Wenn man sich die Budgetzahlen anschaut und die Wohnbauförderung im Vergleich von 2005 bis 2012, dann kann ich nicht die Erhöhung erkennen, die die Frau Vizebürgermeisterin angesprochen hat. Ich weiß schon, wenn man kurzfristig vergleicht, kann man schon ein bisschen was herauslesen. Aber wenn ich mir das im Langfristvergleich von 2005 bis jetzt anschau, dann bin ich irgendwo zwischen dem Niveau von 2005 und 2006. Das ist ein bisschen über 2005,

aber es ist jedenfalls unter 2006. Also diese 557 Millionen EUR, die im Voranschlag für die Wohnbauförderung stehen - und ich weiß schon, der Herr Wohnbaustadtrat kann in Wahrheit ja nichts dafür, aber letztendlich müsste die Finanz, sprich, die Frau Vizebürgermeisterin, das Geld locker machen.

Da ist es ganz spannend, weil gestern nämlich über „orf.at“ vom WIFO eine Studie hereingekommen ist, nämlich die Vorabpressemeldung, dass es erstens ein Ostwestgefälle in der Bautätigkeit gibt und dass es 2012 zu einem Rückgang der Baubewilligungen kommen wird, und zwar ganz massiv vor allem auch im Osten. Jetzt redet die Frau VBgmin Vassilakou davon, wir werden jedes Jahr einen Zuwachs an Bevölkerung von 12 000, 15 000 haben. Die Studie rechnet mir 12 000 Personen jährlichen Zuwachs in Wien. Dann werden wir ein Problem kriegen, dass wir nämlich zu wenig Wohnraum haben, und zwar wenn man sich die Wohnbauraten dann anschaut, dass das Burgenland mit 5,2 Einheiten relativ mehr baut, Niederösterreich und Wien dagegen unterdurchschnittlich. Niederösterreich hat immerhin noch 4,3 Baubewilligungen und Wien hat 3,1 Einheiten, am niedrigsten unter allen Bundesländern. Jetzt frage ich mich, wie das einhergehen soll. Ein jeder, der sich in der Politik oder mit Politik beschäftigt, weiß, da wird es einen Gap geben und ich frage mich, wie man ihn schließen möchte. Da geht es nämlich dann auch um die soziale Frage.

Und wenn ich gestern gehört habe, es kommt schon wieder die Idee der Mietzinsobergrenze, dann wird man einen nachfragenden Markt nicht mit einer Mietzinsobergrenze befrieden können. Denn eines ist klar, wenn ich zu wenig Wohnraum habe, sprich, zu wenig Wohnungen baue, dann steigen automatisch die Mieten. Das heißt für mich, auch im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung in Wien, auch im Hinblick darauf, dass die Konjunkturwolken mehr oder weniger sehr tief für 2012 hängen, dann bin ich dafür, dass man gerade hier, wo wir wissen, dass der Wohnbau auch Arbeitsplätze schafft, nämlich nicht nur im Neubau, sondern auch in der Sanierung, wo der Wohnbau auch dazu beiträgt, dass die Konjunktur als Motor da ist, dann wäre ich dafür, dass man wirklich dort investiert, und ich meine damit, das Wichtige zuerst.

Und wenn am Ende dieser WIFO-Studie steht, für die Wohnbauinvestitionen sind aus dieser Entwicklung kaum nachhaltige Impulse anzunehmen, dann glaube ich, sollte uns das Warnung genug sein und uns Auftrag genug sein, hier mehr zu tun und hier mehr Geld umzuschichten, als so zu tun, wir brauchen es nicht. Denn am Ende des Tages wird eines passieren, dass die einen über die Mietzinse jammern werden, die anderen über zu wenig Wohnraum. Wir werden nicht den Wohnraum von heute aus dem Boden stampfen können, weil wir die Vorlaufzeit brauchen. Ich finde im Übrigen diese Idee mit der Mietzinsobergrenze ziemlich scheinheilig, nämlich von beiden Fraktionen, sowohl von der SPÖ als auch von den GRÜNEN, denn auf der einen Seite die Gebührenschaube massiv anzudrehen, auf der anderen Seite so zu tun, na ja, ich brauche eine

Begrenzung in der Miete, dann sage ich auch hier, das kann sich nicht ausgehen, denn irgendwo wird es sich speilen. Wir wissen, dass wir vor etwa zwei Jahren bei den Betriebskostensteigerungen höher waren als bei den Mietzinssteigerungen. Und wenn man sich das jetzt jährlich weiterhin so anschaut, und das Valorisierungsgesetz befürwortet das ja, dann werden wir diese Steigerung ständig haben. Die Mietzinse frieren wir ein und ich frage mich dann, wie ein Hausherr oder eine Hausherrin die Wohnungen instandhalten soll, nämlich nicht nur die Privaten, sondern auch Wiener Wohnen? Wer soll es am Ende des Tages wieder bezahlen? Das sind dann nicht diejenigen, die es in Wahrheit benützen, die es auch bewohnen, sondern es sind alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und ich glaube, das ist nicht gerecht, das ist auch nicht fair und insofern ist das für mich eine doppelmoralistische Angelegenheit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe manches Mal das Gefühl, dass es auch nicht um den Menschen geht, sondern um ideologische Scheingefechte. Don Quichote könnte man vielleicht bedienen, aber zu dem ist und sind die Menschen mir mehr wert und ich glaube, das ist auch etwas, was allen hier im Hause manches Mal vor dem Spiegel auch wert wäre anzuschauen, dass es auch um Verantwortung geht. Einerseits für die Regierungsfractionen nachzudenken, wenn es um handfeste, um Dinge des Lebens geht, ob das Wohnen ist, ob das Arbeiten ist, ob das Essen ist, dass man nicht nur kaltschnäuzig Betriebskosten erhöht, kaltschnäuzig Dinge in die Hand nimmt, die einem egal sind, sondern dass es wert ist, die Opposition dort, wo es wichtig ist, einzubinden. Ich glaube, gerade im Hinblick auch auf die Schuldenentwicklung und nicht nur, wenn ich mir Wiener Wohnen anschau und nicht nur, wenn wir uns anschauen, wie sich die Stadtschulden entwickeln. Ich weiß schon, es steht eh ein großes Vermögen vis à vis, aber nichtsdestotrotz wäre es hoch an der Zeit in Zeiten, wo wir wissen, es werden die Hosensäcke, wenn ich so will, immer leerer, dann geht es darum, glaube ich auch, miteinander etwas näher zusammenzurücken und etwas verantwortungsvoller, respektvoller auch mit Meinungen der Opposition umzugehen. Denn Opposition heißt nicht nur, gegen alles zu sein, aber manches Mal den Finger auf eine Wunde zu legen, eine gute Idee oder einen guten Gedanken einzubringen. Und ich bin froh, dass der Kollege Ellensohn gerade gekommen ist, auch wenn er sich gerade mit dem Kollegen Chorherr unterhält. Das ist okay, ich weiß das eh. Dann sage ich nur, Ideen im Wohnbau gibt es auch einige und es gibt genug. Und wenn wir zu wenig Geld haben, dann bin ich dafür, dass man die begünstigte Darlehensrückzahlung wieder in den Angriff nimmt, um genau das Gap, das das WIFO voraussagen wird, nämlich sprich dass zu wenig gebaut werden wird, in die Hand zu nehmen. Das heißt nichts anderes, als dass wir bei den Wohnbauträgern oder bei den geförderten Eigentumswohnungen den Menschen ein Angebot machen, damit wieder mehr Geld zurückkommt. Ich bin auch dafür, dass wir die Bauträgerwettbewerbe evaluieren und zwar insofern,

weil wenn ich mir manchen Bauträgerwettbewerb - ich meine, ich weiß schon, im Moment machen wir eh keine, aber ich sage trotzdem, es sind ja einige in Aussicht zu stellen oder gestellt worden für 2012, dann geht es schon auch darum zu hinterfragen, zu welchen Standards wir heute geförderten, um nicht zu sagen, sozialen Wohnbau machen. Es geht schon auch darum, was schreibe ich in eine Ausschreibung hinein und was muss dann der Bauträger leisten, erstens bei den Baukosten, um diesen Standard zu erfüllen und zweitens können sich die Menschen draußen dann diese Wohnungen leisten?

Jetzt komme ich noch einmal zu dem Thema Superförderung. Ich bin auch für die Superförderung, aber ich bin dafür, dass man Superförderung verteilt, nicht Bauten schafft. Es gibt ja einige in unweiter Nähe von hier, wo wir das damals, da hat es ein bisschen einen anderen Hintergrund gehabt, da ging es um die Wertstandskosten, aber ich sage, wenn wir es heute ernst meinen, auch für sozial schwächere Menschen in dieser Stadt, dann ist es so anzulegen, dass man sagt, 20 Prozent eines jeden geförderten Neubauprojektes haben 20 Prozent Superförderung. Damit schaffen wir die soziale Durchmischung, damit kommen wir von einem Thema weg, wo es um Konzentration von sozial schwächeren Menschen geht, wo wir eine echte Durchmischung zustande bringen und ich glaube, das sind Ideen, die kann man umsetzen, da braucht man gar nicht viel machen. Und das nur zum Thema - wo ist der Kollege Ellensohn? -, das auch Schwarze einbringen können. Es geht aber auch darum, dass wir Visionen für die Zukunft haben.

Ich spreche jetzt ein Thema an, über das man, glaube ich, durchaus nachdenken kann, wenngleich ich weiß, dass man das nicht von heute auf morgen zustande bringt. Aber wenn ich mir die demographische Entwicklung der nächsten Jahre in Wien anschau, dann wird es eine deutliche Überalterung geben und die Alterspyramide wird deutlich größer werden. Wir haben gerade bei Wiener Wohnen einen Bestand von 220 000 Wohnungen, wo viele davon jährlich saniert werden. Und ich bin, und ich sage das auch hier ganz deutlich, dafür, dass wir einen Teil davon, jedenfalls dort, wo es wirtschaftlich sinnvoll und machbar ist, auch dahin gehend vorbereiten, dass es für Menschen, die im hohen Alter sind, möglich ist, auch in diesen Wohnungen zu verbleiben, dass sie länger zu Hause bleiben können, dass wir diese Wohnungen so altersgerecht herrichten können zu einem Preis, wo wir sowieso Wohnungen sanieren und damit auch die Kosten gerechtfertigt sind.

Es gäbe noch viele Themen heute anzusprechen. Ich sage nur ein paar Stichworte dazu. Die Innere-Stadt-Erweiterung ist mir nach wie vor ein Anliegen. Es ist auch das ganze Thema der Dachböden, der Dachbodenausbauten nach wie vor ein offenes, wie das weitergeht. Wir wissen ja, die MA 21 hat schon einmal eine Studie gemacht, die dann irgendwo wieder verschwunden ist, aber es sind in etwa zwischen 20 000 und 25 000 Dachböden, die möglich sind auszubauen und wo wir, sage ich jetzt einmal, relativ rasch und relativ

unkompliziert, wenn man das politisch möchte, auch Wohnraum zur Verfügung stellen können. Die Thewosan-Förderung, das ist eine gute Idee, wenngleich es mir immer noch daran fehlt, was passiert nachher, wenn ich so eine Hütte abreißen muss? Was passiert mit dem ganzen Styropor? Da stellt sich mir auch ein bisschen die Nachhaltigkeitsfrage, wenngleich ich weiß, dass es notwendig ist. Aber es gibt einen ganz großen Bereich, das ist nämlich die Stadt Wien selber, nämlich die Amtsgebäude. Ich glaube, wir müssen uns dringend überlegen, was tut man in manchen Amtsstuben, wo von früh bis spät wirklich auf Home-Niveau die Heizungen rennen. Das denke ich mir jedes Mal, wenn ich dort hineinkomme und ich denke mir, wenn ich mir dann die Fenster anschau, wenn ich mir Fassaden anschau, wo man genau weiß, das hat mit Dämmung und so weiter nichts zu tun. Ich glaube, das ist auch eine Vorbildfunktion, die die Stadt Wien erfüllen kann, wo es auch um Arbeitsplätze geht, wo es auch darum geht, selbst Dinge in die Hand zu nehmen und zu sagen, ja das ist notwendig und wichtig.

Ich sage nur noch ein paar Stichworte: 1 000-Dächerprogramm bei Solaranlagen. Da haben wir ja mittlerweile auch einiges zustande gebracht. Aber ich denke, es ist immer noch zu wenig. Dann ein Thema, das mir immer noch am Herzen liegt, das ist die ganze Durchforstung des Förderdschungels. Das wäre eine aktive administrative Maßnahme. Wir haben Einkommensgrenzen in verschiedenster Hundertzahl, hätte ich fast gesagt. Gerade im Bereich des Eigentums sind wir nach wie vor schwach. Wir bauen kaum Eigentum, obwohl ich das Eigentum auch als notwendige Altersvorsorge durchaus ansehen könnte. Ich denke, das sind Dinge, die kann man ohne großen finanziellen Aufwand angehen, aber sie würden am Ende des Tages viel bringen. Und ich sage nur, das Wichtige zuerst, denn das Wichtige zuerst wird auch den Menschen draußen am ehesten etwas bringen.

Jetzt mach ich noch einen ganz kurzen Sidestep zu Wiener Wohnen. Es gibt den neuen Direktor, er steht da hinten und ich weiß, dass er es nicht einfach haben wird. Aber ich weiß auch, dass Wiener Wohnen, wenn man einen so großen Moloch, würde ich es jetzt einmal bezeichnen, nicht bewältigen kann, dann ist es durchaus angesagt, drüber nachzudenken, noch einmal einen Teil von diesen Bauten an private Hausverwaltungen abzugeben, an gemeinnützige Hausverwaltungen. Es gibt einige sehr gute, die können das perfekt und ich denke, das sind keine Dogmata, sondern da geht es darum, den Bewohnerinnen und den Bewohnern der Gemeindebauten auch entsprechenden Service zu bieten. Und da geht es auch nicht darum, dass die Gemeinde deswegen weniger Einfluss hat, weil immer noch ein paar glauben, ich kann dann mein Klientel nicht mehr in dem Ausmaß versorgen, wie ich es gerne hätte, sondern es geht ganz einfach darum, und ich habe das heute schon einmal kurz angesprochen, wenn man als Regierende - Herr Kollege Strobl, es würde dir auch nicht schaden zuzuhören, was ich jetzt sage, weil das vermisste ich manchmal bei dir auch. Es geht darum in

der Politik, gerade wenn man Regierender ist, dass es um mehr Verantwortung geht, als nur anzukündigen und langsam oder gar nichts umzusetzen. Es geht auch um die entsprechende Ehrlichkeit und es geht um dieses Zusammenrücken. Wenn das jetzt manche belächeln, dann solltet ihr euch fragen warum die Politik genau deswegen so schlecht dasteht. Weil wenn man für die Menschen in dieser Stadt arbeiten will, egal, ob in Opposition oder als Regierender, dann geht es darum, dass man es ehrlich meint und nicht immer den Menschen die Karotten vor die Nasen hält, weil am Ende des Tages sind die Karotten fort und es ist keine Karotte mehr da. Und dann passiert das, was manche Strömungen von Amerika beginnen, und ich sag das ganz offen, auch in Europa aufzutreten. Und es geht nicht darum, die Dinge großartig zu versprechen, sondern es geht darum, dass man wieder mit einem ehrlichen Handschlag, mit einem Rückgrat, solange es gesund ist, auch gerade stehen kann und die Dinge so beim Namen nennt, wie sie sind und nicht dem Menschen Dinge verkauft, die in Wahrheit ganz anders sind.

Ich sage nur zum Schluss, Paul Park hat gesagt: „Für verlorene Gegebenheiten in der Politik gibt es kein Fundbüro.“ Nehmen wir uns das, nehmen Sie sich das zu Herzen und dann werden wir vielleicht dem Budget wieder zustimmen. Danke!

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bevor ich Herrn GR Chorherr das Wort erteile, möchte ich darauf hinweisen, dass das Reden in den Bankreihen natürlich gestattet ist, soweit der Lärmpegel nicht überschritten wird. Und ich möchte auch dem Kollegen Walter sagen, dass der Klubobmann der GRÜNEN, Herr GR Ellensohn, von Beginn der Sitzung anwesend war. Wir ersparen uns dadurch eine tatsächliche Berichtigung. Deswegen sage ich es auch so. Am Wort ist GR Mag Chorherr, bitte schön.

Wir ziehen das vor, ich habe es verstanden, dass Sie eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung abgeben wollen.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine Damen und Herren!

Ich will zu zwei Punkten grundsätzlich Stellung nehmen. Das eine ist der gestern unerledigt gebliebene Punkt des eingebrachten Antrags und der zweite vorausgeschickt eine grundsätzliche Sache.

Wir haben hier in letzter Zeit und vor allem bei einer Person massive Probleme mit der Vorsitzführung, weil hier jemand glaubt, in einer sehr belehrenden Art und Weise uns zwingen zu können, eine Ausdrucksweise zu wählen, die ihr genehm ist. Das Ganze hier ist kein Mädchenpensionat und man kann durchaus klare Ausdrücke verwenden. Und wenn jemand zum Beispiel „schwer erziehbar“ sagt, weil er der Meinung ist, dass jemand so ist, als ein konkretes Beispiel, statt verhaltensauffällig, dann werden die GRÜNEN das und auch anderes tolerieren müssen und auch der Vorsitz. Ansonsten besteht die Gefahr, dass Ordnungsrufe nicht mehr ernst genommen werden können, denn wenn bereits „Zirkusprinzessin“ ordnungsrufreif ist, dann wird

die ganze Geschichte hier lächerlich. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist der, dass hier auch manchmal sehr, sehr einäugig vorgegangen wird. Gestern hat sich zum Beispiel der Vorsitz nicht in der Lage gesehen zu entscheiden, ob er einen Antrag annimmt oder nicht. Eine sehr seltsame Vorgangsweise. Ich habe es jetzt hinaufgegeben und ich ersuche dringend um Prüfung.

Dritter Punkt, auch wiederum einen Ordnungsruf betreffend. Die Frau Kollegin Hebein, wir haben uns jetzt das Protokoll geben lassen, hat gestern am Ende ihrer Rede gesagt: „Ich habe ein Jahr lang die Ausstellung ‚Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944‘... Weil ich einen Ordnungsruf verlange. Sie gestatten, dass uns das noch erlaubt ist, Herr Kollege. Was soll der Einwand? Was hat das mit einem Ordnungsruf zu tun?“

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (*unterbrechend*): Herr Kollege, bleiben Sie bitte beim Thema und keine Zwischengespräche.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*fortsetzend*): Ich bin gerade dabei, wenn Sie mich ausreden lassen.

Also sie hat gesagt, ganz ruhig: „Ich habe ein Jahr die Ausstellung ‚Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht‘ begleitet und betreut und musste mir auf Grund dessen natürlich immer wieder“ - und jetzt kommt es – „die Reden von damals anhören, diese aggressiven, lauten Reden, die irrsinnig hämmern und ich gebe zu, ich werde immer wieder daran, an diese Reden von damals, erinnert, vor allem bei Ihnen, Kollege Gudenus.“ Das heißt, sie zieht unmittelbare Vergleiche zwischen den Wortmeldungen vom Abg Gudenus und Reden von damals und versucht, hier einen Zusammenhang zum Nationalsozialismus zu konstruieren. Und das ist eine unglaubliche Unterstellung und ich ersuche dafür und verlange dafür einen Ordnungsruf!

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zum Ersten, ich verwahre mich wirklich dagegen, dass hier Vorsitzende, die in äußerst korrekter Form die Vorsitzführung auch durchführen - er hat konkret angesprochen die Frau Dr Pils -, dass hier in dieser Form eine Kritik geäußert wird. Es gab nichts Belehrendes in dieser Form der Vorsitzführung.

Zum Zweiten, beim Antrag, der eingebracht wurde, wird hier nur die Frage gestellt und ich lasse das prüfen, ob er zulässig ist oder nicht. Auch das habe ich auch schon in unserem Zwiegespräch gesagt, dass ich das prüfen lassen werde.

Und zum Dritten, ich war zu dem Zeitpunkt nicht Vorsitzender, als Kollegin Hebein gesprochen hat. Aber ich habe sehr, sehr genau zugehört, was sie und wie sie es gesprochen hat und ich habe auch die Emotion gespürt, die sie insbesondere gegen Ende ihrer Rede auch hatte. Sie hat auf die Ausstellung hingewiesen, die sie über Monate betreut hat und hat auf die Töne hingewiesen, die über die Lautsprecher gekommen sind, ohne inhaltlich auf die Reden einzugehen, sondern der Tonfall, der hier gekommen ist, hat sie gesagt, dass sie das ganz einfach emotional aufgewühlt hat und sie hat gemeint, Kollege Gudenus hat einen ähnlichen Tonfall

gehabt, ohne inhaltlich die Rede zu kritisieren. Und deswegen erteile ich hier wirklich keinen Ordnungsruf.

Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Chorherr und ich erteile es ihm.

GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat!

Ich schlucke das hinunter und widme mich dem sehr wichtigen Thema, dem wichtigen Thema der Wohnpolitik und will ein Wort vom Kollegen Walter aufgreifen, der in der Tat von der Verantwortung gesprochen hat.

Es gibt einen politischen Bereich, wo ich bei allen politischen Auseinandersetzungen das Gefühl habe, dass er von allen Parteien mit einem hohen Maß an Verantwortung behandelt wird, und das ist der Bereich der Wohnpolitik.

Auf drei Dinge möchte ich eingehen, die es in der Tat in den nächsten Jahren auf Grund von Rahmenbedingungen nicht nur rasend einfach machen, den hohen Standard, den unstrittig hohen Standard der Wiener Wohnpolitik in ökologischer Sicht, in sozialer Sicht auszubauen.

Der erste Punkt ist wahrscheinlich die globale Entwicklung, das sind die Bodenpreise. Was sich hier abspielt, meine Damen und Herren, ist ein Irrsinn! Ich lasse mir, weil mich das auch von der Branche her interessiert, Bodenpreise geben, was akzeptiert ist, gezahlt zu werden. Ich habe neulich mit einem Immobilienentwickler gesprochen, der folgendes interessant Bedrohliches gesagt hat: Die am Horizont befindliche Inflation durch die Gelddruckpolitik der Amerikaner, auch der Europäischen Zentralbank - es wird damit gerechnet, dass es in den nächsten Jahren, vermuten viele, zu inflationären Tendenzen kommt. Und was macht man? Man greift zu dem, was Wert hat. Nichts ist so wertvoll, weil nicht vermehrbar, wie Grund und Boden. Und es werden Preise gezahlt, dass in manchen Bezirken überhaupt nicht mehr daran zu denken ist, sozialen Wohnbau zu ermöglichen, weil die Bodenpreise nicht um 20, 30 Prozent über den Richtwerten liegen, die wir haben, sondern über 100, 200, 300, 400 Prozent! Es werden Preise gezahlt, als gäbe es kein Morgen. Ich will jetzt nicht sagen, dass es hier bereits zu einer Blase gekommen ist, aber wir sollten dankbar sein und laut über zwei Dinge nachdenken:

Erstens: Gott sei Dank gibt es eine städtische Grundstückspolitik, die es noch möglich werden lässt, auch in zentralen Lagen Grundstückspreise zu halten. Ein Deckel, unter dem immer mehr Druck ist, der jene auch ökonomischen Rahmenbedingungen hat, dass es sozial durchschnittlich Ausgestatteten vom Einkommen her möglich ist, Wohnungen zu erwerben. Und ich will jetzt – das sage ich jetzt in Ihre Richtung und wirklich, ich wähle meine Worte mit Bedacht, weil es mir jetzt nicht darum geht, irgendeine, also das ist mir fern, eine Klassenkampfrhetorik zu machen. Wenn ich mir anschau, was manche schätzenswerte Bauern, die über Generationen einen Gärtnereibetrieb gehabt haben und jetzt, weil die Stadt so dynamisch ist, eine U-Bahn gebaut wird, für Preise für Hektar Land a) verlangen und b) bezahlt bekommen, dann reden wir hier nicht über

Zehn- oder Hunderttausende, sondern wir reden hier über Millionen, die gezahlt werden. Wir denken jetzt kompliziert über eine Widmungsabgabe nach. Aber ich stelle jetzt einfach fest, ohne hier ein akutes Rezept zu haben, weil das schwierig ist: Das ist zutiefst ungerecht! (*Zwischenruf von GR Mag Alexander Neuhuber.*) Ja, wir arbeiten daran. Und du weißt genau, wir machen, wir, die Koalition arbeitet daran. Es ist gar nicht einfach, weil die Frage ist: Erreichst du den Ersten? Ich stelle es hier nur einfach fest: Wenn es einen Bereich gibt ... (*GR Mag Ing Bernhard Dworak: Sie kritisieren nur!*) Nein, ich kritisiere das gar nicht, Herr Kollege Dworak. Ich stelle einfach fest, dass alles darauf hindeutet, dass der Bodendruck zunehmen wird und dass es zunehmend schwierig ist, halbwegs vernünftige Preise zu zahlen, und dass wir wirklich darüber nachdenken sollten, schärfer, schärfer, und vielleicht im Sinne der wirklich besonnenen Worte des Kollegen Walter, in gemeinsamer Verantwortung - ob wir hier schärfere Instrumente anwenden sollten, weil jemand - von mir aus lasse ich jetzt auch die Bauern, weil es mir nicht um eine Berufsgruppe geht -, nur weil er irgendwann vor vielen Generationen Grundstücke ererbt hat, jetzt auf einmal auf Grund einer Dynamik das Tausendfache erlöst, das letztendlich die Mieterinnen und Mieter zahlen müssen. Das ist eine große Frage! Die ist deswegen so groß, weil der Druck zunehmen wird. Es wird nicht weniger werden.

Das ist ein Bereich und ich glaube, wir sollten hier sehr grundlegend nachdenken, wo der Markt funktioniert - das sage ich ganz gezielt auch zum Kollegen Neuhuber und zum Herrn Klubobmann -, nämlich dass er Güter schafft, und wo der Markt nicht funktioniert, weil Grund und Boden im städtischen Raum nicht vermehrbar ist. Je mehr wir bauen wollen, desto mehr steigt der Preis, und ob wir hier nicht sagen sollen: Okay, wir entziehen stärker noch den Grundverkehr dem Markt oder regulieren ihn noch viel stärker. Ich glaube, wir müssen das tun! (*Aufregung bei GR Mag Alexander Neuhuber.*) Ich schlage hier ganz gezielt kein Instrument vor. Ich glaube nur, dass einerseits mit dem Wohnfonds und der Bodenbewirtschaftung sehr wohl ein frühzeitiger Ankauf eine kluge Politik ist, die ausgedehnt werden muss. Wir sollten auch über eigene Widmungsformen nachdenken, die sicherstellen, dass das wirklich für den sozialen Wohnbau verwendet wird. Das ist sozusagen die Spanne, die Schnittstelle Planen/Wohnen. Und wir sollten überlegen, ob es wirkungsvolle Deckel gibt.

Also noch einmal: Das ist nicht Klassenkampf, das ist keine Neiddiskussion, das ist eine Notwendigkeit. Also wenn pro Quadratmeter Nutzfläche, um Zahlen zu nennen, nicht im 1. Bezirk, über den rede ich schon überhaupt nicht, sondern im 15., im 16., heute bereits 1 000 EUR pro Quadratmeter gezahlt werden und mehr, dann frage ich mich, wo wir sind und wie wir das noch in einer gewissen Weise aufrechterhalten können. (*GR Mag Alexander Neuhuber: Die Krise ist es!*) Bitte? (*GR Mag Alexander Neuhuber: Die Krise! Deshalb ist es so!*)

Ja ich beschuldige ja niemanden. Ich rede jetzt nur mit vernünftigen Leuten mit großer Verantwortung in einer Krise. Und ich glaube, dass dieser Druck

zunehmen wird. Das ist eine ganz große Frage und tun wir nicht so, als gäbe es die Lösung. Ich orte hier ein hohes Maß an Zustimmung, an Verständnis für diese Fragen. Das müssen wir in den Griff kriegen. Denn wenn der Herr Stadtrat und die Koalition in der Tat sagen, wir müssen auf die Kosten schauen, das ist der zweite Punkt, auf den ich eingehen will, sind die Frage der Bodenkosten elementar für eine Stadt. Das habe ich einmal vorweg gesagt, weil in der Tat es nicht einfach ist. Wir haben ein gutes Instrument, das ist der Bodenfonds, aber wir sollten weiter darüber ... (GR Dr Kurt Stürzenbecher: Wohnfonds!) Wohnfonds, also ich tu jetzt nur den Bodenteil ... (GR Dr Kurt Stürzenbecher: Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds!) Hat er früher geheißen, danke schön, danke!

Ein zweiter Punkt ist die Frage der Kosten. Und da möchte ich auf eine auch große Entwicklung hinweisen. Ich habe auch neulich die Möglichkeit gehabt, das ausführlich in einer Diskussion mit dem Herrn Stadtrat zu erörtern. In sehr viel stärkeren Maße als noch vor 20, 30 Jahren ändern sich heute Familienverhältnisse. Das ist eine Entwicklung, wo nichts darauf hindeutet, dass sich das ändert und auch die angesprochene Entwicklung vom Kollegen Walter, die demographische Entwicklung, die ich nicht primär als Problem, sondern ... Ich finde das klass, dass Menschen älter werden. Ich finde das klass, dass Menschen mit 70 und mit 80 noch einen Gesundheitszustand haben, der früher 40-, 50-Jährigen vorbehalten war, dass Menschen mit 60 und 70 noch Unternehmen gründen, reisen, vital sind, eine vierte und fünfte Lebensphase haben. Auch angesichts dieser Entwicklung, aber auch angesichts der Globalisierung von Köpfen - ich sage nur als Stichwort, Universitätsstadt Wien, wo Gott sei Dank zunehmend Menschen aus der ganzen Welt nach Wien studieren gehen, so wie sehr viele Studierende, die in Wien geboren sind, in Europa und außerhalb Europas studieren. Also wir haben zunehmende Wanderungsentwicklungen, auch temporäre. Vor dem Grund sollten wir in der Frage der Grundrissgestaltung, in der Frage des Neubaus an mehr Flexibilität denken. Ich sage Ihnen jetzt ein Beispiel, wo sich hier in der Tat die soziale Frage stellt. Wenn man sich eine Wohnung nimmt, so ist das ein bisschen wie mit dem Wetter: Wenn es draußen regnet, nimmt man Regenschirme, wenn die Sonne scheint, denkt man sich, es bleibt so. Man sucht eine Wohnung. Im Regelfall werden Wohnungen gesucht, wenn Kinder unterwegs oder Kinder schon da sind und dann wird für drei, vier, fünf Personen eine Wohnung gesucht.

Das ändert sich aber, wenn die Kinder aus dem Haus sind. Das ändert sich, bitte 50 Prozent der Ehen in Wien werden geschieden. Es gibt Patchwork-Familien, es gibt eine steigende Anzahl von Alleinlebenden. Da wäre es doch interessant, über Wohnungsgrundrisse zu verfügen, die die Teilbarkeitsmöglichkeiten erhöht. Ich halte es für eine der spannendsten Fragen im Bereich der vom Herrn Stadtrat völlig richtig angesprochenen Kosten. Wenn wir daran denken, wie wir die Kosten im Neubau senken, müssen wir an die Zinsen denken und müssen wir an die Bodenpreise denken. Aber können wir

auch daran denken, dass man möglicherweise als Familie in eine Wohnung mit 80 m², 85 m², 75 m² zieht, die aber ganz schnell teilbar ist, wenn es die Lebenssituation erfordert, dass man, gewählt oder nicht gewählt, alleine lebt und um auch zu ermöglichen im Alter, wenn Pflegesituationen auftreten, diese verstärkt auch im häuslichen Rahmen zu machen. Ich glaube, und das vielleicht als Anregung auch in Richtung des Wohnfonds, wenn wir den einen oder anderen Wettbewerb machen, sollten wir vielleicht schauen, verstärkt noch diesen Trend, der ja bereits aufgegriffen wird, die Teilbarkeit zu machen mit dieser Satzform, und ich habe den Linzer Univ-Prof Roland Gnaiger im Kopf, der sagt, es wäre doch spannend, wenn es ausschließlich nur mehr 40-m²-, 50-m²- und 55m²-Wohnungen gäbe. Nicht, dass alle Leute auf 55 m² wohnen müssen, aber wenn man einen größere Wohnung hat, dass man von Anfang an, sei es horizontal oder sei es auch vertikal, kleinere Wohnungen zu einer Wohnung zusammenlegt, die sich aber sozusagen im Laufe der Entwicklung verändert. Also großer Trend Flexibilisierung, nicht dass es immer geht, aber die Möglichkeit ist, sie aufrechtzuerhalten.

So und jetzt komme ich zu den vom Kollegen Walter sehr kritisierten Mietzinsobergrenzen. Es ist ja nicht so, dass in Wien mit Zinshäusern kein Geschäft gemacht wurde, und Geschäft meine ich jetzt im neutralen Sinne und nicht kritisch. Da wurden beträchtliche Vermögenswerte angeschafft. Der Kapitalmarkt ist da voll drinnen. Ich hab' jetzt kein Taferl mit, wo ich Ihnen die Preisentwicklung zeige, wo ich sage, das ist die allgemeine Entwicklung des Verbraucherpreisindex und demgegenüber die Kosten von Zinshäusern. Das ist das Gleiche wie beim Boden. Da werden Preise gezahlt, die jegliche Norm sprengen. Aber eines muss uns klar sein: Am Schluss zahlt das jemand! Wenn ein Haus, das vor 12 Jahren um 300 000 EUR am Markt war, heute 3 Millionen kostet und mehr, dann muss uns eines klar sein, wer am Schluss sozusagen die Rendite des Zinshauses bringt, wenn man nicht zaubern kann. Manche glauben, zaubern zu können. Aber letztendlich zahlen das die Mieterinnen und Mieter. (GR Mag Alexander Neuhuber: Na wieso denn?) Ja wieso denn? (GR Mag Alexander Neuhuber: Wieso denn?) Entschuldigung, also da kenn' ich mich zum Glück in der Branche in bisschen aus. Da wird früher von den 4 Prozent, ... 4,5 Prozent, jetzt nimmt man eh schon 3 Prozent, 2,5 Prozent in Kauf, aber letztlich (Aufregung bei GR Mag Alexander Neuhuber.), wer bringt denn die Rendite auf ein Haus? Das sind letztlich die Menschen, die da drinnen wohnen. Letztendlich sind es die Mieten und die steigen beträchtlich. Und hier zu sagen (Weitere Aufregung bei GR Mag Alexander Neuhuber.), in dem Ausmaß, wo man natürlich die Erlöse frei gibt, steigen sozusagen die Werte der Häuser, also hier in einem vernünftigen Maß zu sagen, ja, das ist ein regulierter Markt. Wie du nicht ein Auto auf den Markt bringen kannst, das nicht zertifiziert ist, hat der Staat aus sozialen Gründen, und da ist Wien, da ist Österreich mit dem Mietrecht sehr, sehr gut gefahren, einen

vernünftigen Deckel drauf. (GR Mag Alexander Neuhuber: Das ist nicht frei!) Ja, du weißt auch, Herr Kollege Neuhuber, in wie vielen Fällen die nicht eingehalten werden, die überschritten werden. (GR Mag Alexander Neuhuber: Man weiß es nicht, das ist nicht frei!) Das weiß man nicht? (GR Mag Alexander Neuhuber: Es ist nicht frei!) Ja, es ist nicht frei. Manchmal kommt mir das vor wie ein Tempolimit, das keiner einhält.

Tatsächlich schaue ich mir die Entwicklung in dem Neubausektor an und jetzt gibt es ja neben den sehr Reichen und den sehr Armen noch eine Entwicklung: Bin ich im System? Habe ich schon eine Wohnung? Also ich bin froh, dass ich im 6. Bezirk diese Wohnung, eine Mietwohnung in einem Zinshaus habe, das, glaube ich, sechs Mal den Eigentümer gewechselt hat - also ich bin einmal heilfroh, dass es einen Mieterschutz gibt, wer immer dieses Haus hat. Es ist eine, sagen wir einmal, was ganz klass ist, das niemand in Frage stellt, ich sag' es einmal, das ist eine unglaubliche zivilisatorische Errungenschaft, dass wir einen strengen Mieterschutz haben und dass jetzt nicht beliebig ... Also für meine Wohnung würde man wahrscheinlich leicht Leute finden, die das Doppelte oder Dreifache zahlen. Ich zahle einen Mietzins, der auch vor zehn Jahren noch relativ viel war, aber in der Lage kriegt man das so heute nicht mehr. Sehr viele Junge tun sich extrem schwer, gerade im Bereich auch der nachgefragten, nicht nur Innergürtel, sondern im 15., 16., 17. Bezirk, im Mietbestand attraktive Wohnungen zu bekommen. Ja, da soll wer darüber nachdenken, wie man diesen Deckel verschärft.

Ein Drittes, auch eine Entwicklung, die auf der ganzen Welt stattfindet, die wir auch in Wien haben. Wenn man sich anschaut, wie man es nicht machen soll, fahre man nach Washington oder fahre man nach New York und schaue sich an, wie dort die Obdachlosigkeit zunimmt. Wir haben, das ist eine Entwicklung, ein extremes Auseinanderdriften der Einkommens- und Möglichkeitsgruppen. Wir haben ein unterstes Einkommenssegment, das es zunehmend schwer, um nicht zu sagen, sehr schwer macht, eine Wohnung zu finden. Richtig fokussiert der Wiener Soziale Wohnbau auch auf den Mittelstand. Das ist gut, um die Durchmischung zu halten. Aber wir müssen nachdenken, wie man für Menschen, die keine Eigenmittel haben und die auch jene Mieten, die im Sozialen liegen. Aber du weißt auch, da wir das jetzt sozusagen aufmunternd sagen, das reicht nicht ganz. Also wir müssen nachdenken, wie wir, weil die Bevölkerung so auseinanderklafft ... Im 6. Bezirk gibt es bitte, um das andere Eck zu sagen, Quadratmeterpreise, nicht im 1., im 6., wo Dachgeschoßausbauten gekauft werden, von 12 000 EUR! Ich habe mir so eine Wohnung einmal angeschaut, weil mich das interessiert hat. Ich wollte wissen, wofür zahlt man 12 000 EUR? Man rechnet, das sind 150 m², und staune. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist, gerade junge Leute, man muss da gar nicht vor der Obdachlosigkeit stellen, die mit dem Studium fertig sind oder die noch studieren und jetzt eine Familie gründen oder auch keine Familie gründen, tun

sich schwer. Ich rede auch mit Genossenschaften, die sagen, die auf ihre Wartelisten hinweisen.

Wien hat eine gute Tradition, die über viele, viele Jahrzehnte geht und die, glaube ich, verantwortungsvoll von allen Parteien getragen wird, sodass eine faire Chance zum Wohnen ein Kern ist, und da können wir stolz darauf sein, was in Summe geleistet wurde. Da müssen wir uns aber sehr anstrengen. Jetzt ist es der Koalition geglückt, das sage ich jetzt ganz bewusst, weil das an und für sich nicht unsere Ressort ist, das zu sagen, auch trotz Sparkurs muss hier mehr investiert werden, ungefähr 30 Millionen im Vergleich zu dem, das im letzten Jahr da war, ist da. Ich glaube, das ist meine persönliche Meinung und ich habe das dem Herrn Stadtrat gesagt, ausschließlich mit der sinnvollen Errungenschaft der Wohnbauförderung werden wir das alleine nicht leisten können. Ich glaube, wie das mit der Wohnbauoffensive gezeigt wurde, einen Pilot kann man durch die Zurverfügungstellung von städtischen Flächen auf der einen Seite machen und auf der anderen Seite sagen, ein privat finanzierter Wohnbau unterwirft sich auch einem Kostendeckel bei der Vergabe.

Ich glaube, dass wir so Instrumente in einer vielfältigen Form weiter brauchen. Und wir werden auch mit Developern reden und haben das auch bereits gemacht, die auch interessiert sind, eine Errungenschaft zu erhalten, und das ist ein sozialer Friede in Wien, wo du ohne Security unterwegs sein kannst, wo es, Gott sei Dank, sagen wir, ein paar klasse Sachen noch über Wien, wo du nicht auf Grund deiner Adresse, wie das nahezu in allen Teilen der Welt ist - zeig mir deine Adresse und ich zeig dir, wo du sozial bist. Ach, dort wohnst du? O je, das ist aber schlecht, dass du in dem Bezirk wohnst. Oder wenn du einen neuen Job bekommst, dann musst du woanders hinziehen. In jedem Wiener Bezirk kannst du mit jeder Einkommenssituation leben. Das müssen wir aufrechterhalten und das verstehen auch viele Developer. Ich glaube, dass der Dialog verstärkt werden muss, dass auch Immobilienprojekte, die privat finanziert sind, auch für die untersten Einkommensgruppen Wohnungen bereitstellen müssen. Ich glaube, dass wir hier in diesem Set, noch einmal, so wie es der Kollege Walter gesagt hat, mit großen Verantwortung, unter schwierigen Rahmenbedingungen Bodenpreise explodieren. Die Bevölkerungsentwicklung geht auseinander. Der Druck durch die Inflation auf Immobilien steigt und steigt und steigt. Wir haben nicht unendlich viel Geld in der Stadtkasse, dass wir hier gezielt das weiterentwickeln müssen und die Chance dieser 20 000, die jedes Jahr nach Wien kommen, nützen sollen und hier für alle Einkommensgruppen einen fairen Wohnraum bereitstellen sollen und Qualitätsstandards nicht aufgeben, die wir im ökologischen Bereich und im sozialen Bereich gemacht haben.

Das ist auch vielleicht noch abschließend etwas, das wir auf der ganzen Welt nicht verstehen. Nimm ein freifinanziertes Durchschnittshaus her und nimm ein Durchschnittshaus des sozialen Wohnbaus her und alle werden dir bestätigen, dass die Qualitätsstandards des

sozialen Wohnbaus, des regulierten sozialen Wohnbaus, jetzt sag ich es ganz defensiv, nicht unter dem freifinanzierten sehen. Viele sind drüber, das ist auch was Klases, dass das öffentliche gute Qualitäten bereitstellt. Dass wir das auch weiter aufrechterhalten, dafür soll dieses Budget dienen und ich danke auch dem Kollegen Walter für seinen konstruktiven, verantwortungsvollen Bereich, den wir auch im nächsten Jahr gern aufgreifen werden. Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Frank und ich erteile es ihr.

GRin Henriette **Frank** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Chorherr, in einem Punkt gebe ich Ihnen recht und dieser eine Punkt ist: Wir alle sind am sozialen Wohnbau interessiert, dass er bestehen bleibt. Allerdings ist dann der Zugang schon sehr differenziert. Genau vor einem Jahr bei der Budgetdebatte sind Sie hier heraußen gestanden. Damals wurde die Wohnbauförderung im Verhältnis zu 2010, war ja schließlich ein Wahljahr, extrem gekürzt. Aber da haben Sie uns erklärt, wir werden noch staunen, was Sie jetzt alles in die Wege leiten. Sie werden mehr bauen, Sie werden besser bauen, Sie haben den Holzbau ins Treffen geführt und so weiter.

Allen, die sich damit beschäftigen, war klar, das geht nicht. Sie wollten eine bessere Qualität zu weniger Preis, mehr Wohnungen, die Schere geht nie zusammen. Aber Sie haben das ja selber schon erkannt, dass das so nicht funktioniert und jetzt kommen Sie und sagen: Schuld sind die Grundstückpreise. Wir wollten ja alles, aber das muss sich ändern. Ich glaube, für meine ganze Fraktion, ich bin sicher, sprechen zu können. Wir wollen nicht, dass das nicht vom Markt reguliert wird, denn das sind zentralistische Regime und die lehnen wir eindeutig ab. Das muss ich jetzt schon einmal sagen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber – und das fällt nämlich genau in Ihr Ressort, Sie tragen ja wesentlich dazu bei, dass die Grundstückpreise so steigen, denn warum kann sich die Glorit 22. Bezirk leisten so viel hinzulegen, da Sie wünschen, wir widmen, und sofort wird die Flächenwidmung geändert und es ist plötzlich die Ausnutzbarkeit eine ganz andere. Und wenn sie nicht geändert wird und man baut so drauf, dann wird es irgendwie hinterher legalisiert. Da ist Ihr Ressort der Frau Stadträtin gefragt und vor allem, man kann auch eine Flächenwidmung nicht immer kurzfristig ändern. Machen Sie einmal langfristige Planung, wo sie die Infrastruktur, den Verkehr und alles mit einbeziehen und nicht immer hin und her, dann ist auch, was die Grundstückpreise einmal betrifft, ein gewisses System gegeben. Das muss man schon sagen, das geht nicht alles so von heute auf morgen.

Und das Nächste, ich rede jetzt auf Kosten meiner regulären Redezeit, aber das Nächste war die Grundstücksgestaltung. Es gibt eine Werbung, die da lautet, man muss auch zuhören können. Und was die GRÜNEN überhaupt nicht können, ist, wenn die FPÖ ein

Projekt vorstellt, dann kommt man raus und sagt, da kommt nichts und Sie lehnen schon ab, Sie denken nicht eine Minute nach. Vor zehn Jahren hatten wir eine Architektin, die uns ein Projekt ausgearbeitet hatte, wo diese Grundrisslösungen sehr penibel dargestellt wurden, wo man Wohnungen zu kleineren zusammenlegt, wenn die Bedürfnisse sind und wieder zurückkommt, und so weiter – nein, brauchen wir nicht. Und heute stellen Sie sich hier hin und tun, als hätten Sie es erfunden. Da sind Sie zehn Jahre zu spät dran, Herr Chorherr! Das muss ich Ihnen schon sagen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Frau StRin Brauner hat gestern in Ihrer Rede zum Wohnbau gesagt, und sie hat gestern erstaunlich viele Minuten dem Wohnbau gewidmet: Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer und, wie Sie es ausgedrückt hat, der leistbare Wohnbau muss quer durch die Stadt gegeben sein.

6 250 Wohnungen wurden neu gebaut, möglich geworden durch die Wohnbauoffensive, und 8 000 Gebäude wurden mit der Sanierungsoffensive instandgesetzt, wobei ich aber sagen muss: Jawohl, wir müssen sanieren, nur, 8 000 Wohnungen instandsetzen, bringt keine Neuwohnungen. Also das ist uns, glaub ich, hier allen klar. Das ist auch gut so. Also es wird anerkannt, was Sie leisten. Nur, das ist bei Weitem nicht ausreichend, denn ich habe hier über fertiggestellte Wohnungen eine Graphik und die zeigt schon sehr deutlich, was Sie im Jahr 2007 gebaut haben - der höchste Balken - und was jetzt an fertiggestellten Wohnungen ist. Und wenn man bedenkt, wie derzeit die Wohnsituation ist, ich meine, Sie haben die Wohnoffensive mit 300 Millionen EUR. Wo geht die hin, wenn 28 000 Wiener eine Wohnung suchen, und zwar im sozialen Wohnbausegment? Und, Herr Stadtrat, es wird täglich mehr und ich sage deshalb, täglich, wenn in 3 Monaten 2 000 Wohnungssuchende neu auf eine Warteliste gesetzt werden, dann heißt das, dass täglich 22 Menschen neu auf dieser Liste sind. Es geht schon längst nicht mehr, dass man nach 2 Jahren eine Zuteilung fürs leistbare Segment im sozialen Wohnbau bekommt, wobei auch das noch zu hinterfragen ist. Sie müssten jetzt einmal mindestens 10 000 Wohnungen im Jahr nicht nur bauen, sondern fertigstellen, weil Förderungszusagen gibt es viele, aber die Zusage ist keine Wohnung. Wir müssen die Wohnungen einmal fertigstellen. Dann können Sie a) die Liste abarbeiten, und b) vielleicht beginnen, auch die Neuzugänge in irgendeiner Form zu befriedigen. Aber das passiert nicht. Und dieses Budget, das wir hier jetzt haben, das lässt ja diesen Spielraum gar nicht zu, dass sie so viel bauen. Denn wenn wir die Wohnbauförderung wieder zurücknehmen, ein bisschen ist es heuer mehr geworden, aber gegenüber den anderen Jahren ist es ja permanent nach unten gegangen, wie wollen Sie dann diese mehr sozial verträglichen Wohnungen bauen? Aber Sie machen es sich leicht, diesen Vorwurf kann ich Ihnen nicht ersparen, Sie machen es sich überhaupt ein bisschen einfach, denn wenn wir jetzt in den Wohnbauausschuss schauen, Sie geben den Bauträgern

das Geld in die Hand und sagen, machen Sie es. Und die Bauträger verteilen und dann haben wir einen tollen Schwimmteich und dann haben wir, was ich eh schon immer alles zitiert habe, die Sauna oder das Schwimmbad auf dem Dach, und so weiter. Nur, das muss bezahlt werden. Und jetzt jemand, der auf eine Genossenschaftswohnung spart, mit dem Willen, sich in 15, 20 Jahren, ich sag jetzt bewusst, diesen Luxus leisten zu können, das ist in Ordnung, aber dann dürfen wir es nicht als soziales Wohnsegment einordnen. Da kommen wir nie mehr auf einen grünen Zweig. Aber es ist ja auch dann so, dass diese Wohnbeihilfenempfänger, das brauche ich Ihnen nicht zu sagen, steigen, gerade im sogenannten sozialen Segment. Und 50 Prozent mehr Beihilfenempfänger ist ja nicht so wenig. Aber wenn es um diese Sanierungen generell geht, dann muss ich jetzt schon einmal deutlich machen, wie die Mittel eingesetzt werden. Denn immer häufiger, da spielt jetzt nicht einmal mehr der Denkmalschutz eine Rolle, werden in Dachaufbauten, nicht Ausbauten, investiert, die dann als Eigentumswohnungen verkauft werden sollen.

Hier entsteht aber schon für mich der Verdacht, dass in absehbarer Zeit die Stadt Wien zur Geldmittelbeschaffung den Verkauf der Sozialwohnungen anstrebt. Denn anders ist eine derart (*GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Das ist ein Witz!*) - lassen Sie mich einmal ausreden - extrem teure Sanierung einzelner Wohnungen nicht erklärbar. Da geht es nicht mehr um notwendige Ausbesserungen. Da wird einmal von Haus aus alles heraus- und hinuntergerissen, Fliesen, Böden, Leitungen, alles und es wird piekfein für den Richtwertmietzins hergerichtet. Ich muss dann sagen, um Richtwertmietzinse und teure Investitionszuschüsse zu erhalten. Denn das kostet ja auch etwas an Ablöse.

Auch wenn die Frau StRin Brauner beteuert, dass nicht an den Verkauf gedacht ist, aber Sie streben derzeit internationales Niveau an. In Berlin ist das Schlagwort „vom sozialen Wohnbau zum Spekulationsobjekt“. Wohnungen werden in Hotels und sonstige anders genutzte Bauten umgerüstet. Ziel ist eine möglichst hohe Gewinnmaximierung. Wenn man in Berlin von erzielbaren Mieten ab 6,28 EUR pro Quadratmeter kalt spricht, dann steht Wien um nichts nach. Sie präsentieren sich jetzt mit genügend Objekten, Mieten zwischen 7 und 9 EUR pro Quadratmeter.

Aber ich mache es noch konkreter am Beispiel Mautner-Markhof. 216 geförderte Wohnungen um 32,5 Millionen EUR. Das bedeutet einen durchschnittlichen Kostenpreis, also unabhängig von der Größe, um 150 500 EUR pro Wohnung. Das ist der Durchschnittspreis. Das ist aber nicht sozialverträglich, weil die Miete beginnt ab 6,46 EUR pro Quadratmeter. Das ist internationales Spekulationsniveau, Herr Stadtrat. Das können wir nicht gut heißen und schon gar nicht als sozialen Wohnbau.

Sie kennen die Kritiken, wo es darum geht, dass man sich beim Verkauf nur die Rosinen herauspickt und dass halt nur gut sanierte Wohnungen auch teuer verkauft werden können. Die Ärmeren kommen dann in die

schrumpfenden Restbestände des sozialen Wohnbaus, weil dort kann man es sich vielleicht noch ein bisschen leisten. In Frankreich schaut es auch dort schon völlig anders aus.

Wir sehen hier die Parallelen zwischen Wien und dem europäischen Markt, so wie es derzeit gehandhabt wird, exklusiv sanierte Wohnungen, Dachaufbauten, die dann im Eigentum verkauft werden. Das ist der Beginn einer Entwicklung, die ich so sicher nicht gutheißen kann. Auch Frankreich strebt das an. Frankreich wünscht sich 70 Prozent der Wohnungen im Eigentum der Franzosen und fördert das dann auch noch entsprechend, weil die Franzosen sagen, der Verkauf einer sozialen Wohnung ermöglicht die Finanzierung zweier. Nein, wir sagen, die Stadt Wien muss ausreichend sozialverträgliche Wohnungen bauen.

Sie brüsten sich, Herr Stadtrat, mit dem sozialen Wohnbau. Der Wiener Wohnbau bis 2001, weil dann haben Sie sich ja verabschiedet. Es werden Ausstellungen beschickt. In Paris, Wien war die Ausstellung, Brüssel und so weiter, um als Vorzeigemodell dazustehen. Aber in Wahrheit ist es jetzt schon mit der Werkbundsiedlung ein Problem, denn Sie haben selbst gesagt, 100 Prozent Denkmalschutz können wir uns nicht leisten, das wird es nicht geben. Das haben Sie einmal gesagt. Vielleicht habe ich es missverstanden. Das werden wir ja dann hören. Aber gerade die Werkbundsiedlung ist ein Herzeigeobjekt. Dort dürfen wir überhaupt keine Zugeständnisse machen. Wenn man sieht, was sonst alles gefördert wird, dann sollte man auch einmal ein Architekturjuwel fördern, andere verfallen sowieso, wie zum Beispiel dieser Otto-Wagner-Pavillon. Aber das jetzt nur am Rande.

Dass die Wohnbauförderung jetzt ein bisschen angehoben wird, aber noch immer im Verhältnis zu anderen Jahren wesentlich kürzer wird, habe ich schon erwähnt. Aber erstaunlich ist in diesem Zusammenhang, dass, obwohl jährlich eine Vielzahl von Wohnungen saniert wird und die Kategorieanhebung erfolgt, ist im Vergleich zwischen 2009 und 2010 der Bestand der A-Kategorie-Wohnungen, B- und C-Kategorie-Wohnungen fast unverändert gleich geblieben. Jetzt frage ich mich. Wenn wir Millionen und Abermillionen in die Sanierungen von Wohnungen stecken, dann muss doch C zurückgehen und A steigen. Aber das ist offensichtlich nicht der Fall. Ich habe das dem Geschäftsbericht von Wiener Wohnen entnommen. Es ist keine Zahl der Freiheitlichen Partei.

Sie verwenden in diesem Zusammenhang die Hauptmietzinsreserve zur Wohnungssanierung, obwohl Sie genau wissen, dass das so nicht zulässig ist. Die Schlichtungsstelle rechnet das dann zurück. Aber muss zuerst die Schlichtungsstelle das zurückrechnen, wenn es klare Vorgaben gibt, was man hineinrechnen darf und was nicht? Zuerst werden die Mieter mit immens hohen Mieten verunsichert. Das kann doch nicht das Ziel sein.

Es fehlt leider in Wien, das haben Kollegen von mir schon vorher auch in anderen Ressorts angeschnitten, leider jeglicher Finanzplan. Ich habe jetzt auch zwei

Anträge.

Das Eine ist, wenn wir die Listen vom Wohnbauförderungsbeirat kriegen, dann steht dort zwar darauf, welche Wohnungen saniert werden sollen, wo die Förderungszusagen da sind, aber es entbehrt jeden Datums, wann das in Angriff genommen wird. Die Kosten, die dort stehen, sind Kosten, aber wenn ich im Jahr 2003 etwas auf die Liste setze, dass eine Förderungszusage da ist, und 2011 ist es noch immer nicht saniert, dann brauche ich doch bitte einen Kostenplan, einen Finanzierungsplan. Da kann ich nicht sagen, machen wir nicht, machen wir schon, Kosten steigen, Kosten sinken, gerade, wie es immer aktuell ist. Das muss man doch irgendwie in den Griff kriegen! Das ist nicht die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes!

Deshalb habe ich jetzt diesen Zuweisungsantrag eingebracht, dass, wenn wir schon keine Sitzungen machen - Sie haben aber fairerweise, muss ich auch sagen, die Diskussion im letzten Wohnbauausschuss angeschnitten -, wir über diese Listen reden können. Vielleicht sind diese Sitzungen im Wohnbauförderungsbeirat nicht zwingend notwendig. Aber ich sage jetzt vielleicht, weil es ein Diskussionsstadium ist. Auf jeden Fall müsste die Liste erheblich ausgebaut werden, zumindest ein Baubeginn muss dort stehen, eine korrigierte Hauptmietzinsreserve, damit man ungefähr über die Erhöhung des Mietzins Bescheid weiß, und vor allem auch die Art des Sanierungsumfanges. Es will ja nicht jeder einen Lift, schon gar nicht, wenn er halbgeschoßig fährt. Auf diesem Gebiet wäre sicher einiges besser zu machen.

Ich lasse es deshalb formell auch an den Ausschuss zuweisen, damit wir noch darüber diskutieren können. Wir können einen Arbeitskreis machen. In dieser Beziehung sind wir für alles offen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das Nächste ist dieser Fünf-Jahres-Finanzplan. Wie gesagt, er wurde von meinen Kollegen schon sehr ausgebreitet. - In formeller Hinsicht wird aber die sofortige Abstimmung beantragt.

Auf die Betriebskosten wird mein Kollege noch näher eingehen.

Aber einen Antrag möchte ich noch hier einbringen, und zwar geht es wieder einmal um Bleirohre. Da haben Sie selbst, Herr Stadtrat, schon auch in den Zeitungen gesagt, dass sich das schon relativ reduziert hat, gerade auch auf Grund der Sanierungen. Das ist auch gut so. Allerdings sind die Wassergebühren jetzt massiv gestiegen. Das heißt, all jene, die noch über Bleirohre verfügen, sollten zuerst - die Meinungen gehen auseinander - das Wasser bis zu 15 Minuten lang laufen lassen, vor allem bei Kleinkindern und älteren Leuten.

Ich meine, vielleicht könnten wir hier eine Förderaktion starten, dass man Filteranlagen einbaut, die gefördert werden. Dann brauchen die Leute das Wasser nicht so lange rinnen zu lassen, es kostet nicht soviel. - Ich bitte in dieser Hinsicht ebenfalls um die sofortige Zustimmung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Jetzt kommt noch ein mir sehr wichtiger Punkt. Das ist in Beziehung auf die Gesamtenergieeffizienz, die EU-Energieeffizienz-Richtlinie. Sie wird die Stadt noch lange

beschäftigen, weil, Herr Stadtrat, Sie haben immer eine Vorreiterrolle im Zusammenhang mit Passivhäusern, Niedrigenergiehäusern und so weiter. Wenn man die Richtlinie liest, dann heißt es, dass Vorleistungen nicht anerkannt werden. Das wäre für Wien fatal, weil wir schon sehr viel haben. Aber wie wollen Sie das dann, wo wir ohnehin ein so starkes Wohnungsdefizit haben, nicht genügend Mittel, und jetzt wird das nicht anerkannt, in den Griff kriegen? Das ist mir schon noch ein großes Rätsel. Vor allem gibt es keine Berechnungen und Pläne, wie Sie das anstellen wollen. Wir haben noch nichts gehört. Aber es müssen Sachverständigengutachten erstellt werden, in der Regel nicht billig, die die Häuser nach ihrer Gesamtenergieeffizienz bewerten, und das muss alle zehn Jahre neu gemacht werden.

Bereits bei der Architektur wird hier ein sehr enges Korsett geschnürt. Die Auflagen dahin gehend sind wirklich sehr hoch, sodass wir uns damit intensiv auseinandersetzen müssen, weil ich weiß nicht, wie man die Kosten sonst in den Griff bekommen kann. Es kann nicht immer mehr gefordert werden und wir leiden an den Wohnungen. Da muss schon einmal irgendetwas passieren.

Mit dieser Energieeffizienz-Richtlinie soll auch das Energie-Contracting durch die öffentliche Hand geschaffen werden. Darin sehe ich auch einen Schwachpunkt, denn in Wien haben wir dieses Energie-Contracting zu allem, was Schulen betrifft, schon vor 10 Jahren, oder noch länger, vor 15 Jahren, begonnen. Herausgeschaut hat nie etwas, gekostet hat es viel, und das vor allem die Bezirke. Auch hier muss einmal ein Umdenken sein, denn wir können nicht ewig für Projekte oder für Aufträge bezahlen, die ein Minussummenspiel sind, weil sie nur kosten und überhaupt nichts bringen. Auch hier muss man einmal ein bisschen umdenken.

Der Herr Bürgermeister hat in seiner Zeitschrift „Wie daham“ vom Jänner 2011 ganz freundlich lächelnd seniorenfreundliche Städte angepriesen. Er hat gesagt, dass man den Ansprüchen und Wünschen entspricht und so weiter. Aber die Realität sieht schon anders aus, weil er bezieht sich in erster Linie auf Senioren. Bei der Integrationsfunktion sind Senioren massiv betroffen. Sie verstehen nämlich weder die Sprache noch die Kulturen und sind oft sowieso noch die Einzigen auf einer Stiege, die der deutschen Muttersprache fähig sind. Alles andere wird dann schon schwierig. Nicht durchs Reden kommen die Leute zusammen. Diese Leute verstehen sich untereinander gar nicht. Dass man hier den Wünschen und Ansprüchen der Leute entgegenkommt, sehe ich gar nicht.

Außerdem - das hat meine Kollegin Matiassek schon einmal aufgeklärt - lassen Sie bei der ganzen Sanierungsgeschichte die Menschen allein, vor allem die älteren Leute. Sie bräuchten Unterstützung. Sie müssen zum Teil Einbauten herausreißen, damit die Fenster saniert werden können und so weiter. Das ist eine enorme Belastung, nicht nur körperlich, sondern vom ganzen Umfeld her. Darüber müssen wir auch einmal nachdenken. Wir können nicht immer sagen, wir wollen seniorenfreundliche Städte, sondern wir müssen etwas

machen. Geredet ist viel, aber passieren tut nichts.

Wenn man allein die halbgeschoßigen Liftanlagen hernimmt, wem, glauben Sie, dass diese nützen? Ganz ehrlich, ich sage Ihnen, sie nützen der Stadt, weil damit haben Sie höhere Förderkosten. Die Leute wollen das gar nicht. Viele Menschen wollen diese halbgeschoßigen Liftanlagen nicht. Aber Sie sagen, dann bekommt man höhere Förderkosten! Ich habe mir die Gegenüberstellung angeschaut. So viel billiger wird die Miete lange nicht, wenn man den Lift einbaut, weil man mehr Förderkosten kriegt, als wenn man den Lift weglassen würde. Wir geben immer wahnsinnig viel Geld für etwas aus, das aber im Retourweg nicht wirklich etwas bringt.

Meine Anträge habe ich schon eingebracht. Über die Betriebskosten, habe ich gesagt, werden sich meine Kollegen dann noch eingehender unterhalten. Aber ich meine, eine Frage ist schon noch berechtigt. Das ist die Grundsteuer. Dieses Thema ist noch nicht diskutiert. Als der Herr Bundeskanzler Faymann seinerzeit Stadtrat war, hat er vielen Siedlervereinen schriftlich zugesichert, die Grundsteuer wird nicht erhöht. Das haben sich die Siedler in langwieriger Arbeit geschaffen. Es geht dann auch im Umlagesystem wieder auf die Wohnungen zurück. Ich meine, Sie als Großhausherr von Österreich könnten schon mit Ihren Parteikollegen ein bisschen reden, dass man sich bei der Grundsteuer sehr gut überlegt, was man in dieser Beziehung macht und nicht einfach nur sagt, wir brauchen Geld, wir müssen die Grundsteuer erhöhen.

Ein Punkt noch bei den Betriebskosten, das ist nämlich ein bisschen skurril: In der „Krone“ vom 24.6.2011 raten Sie den Wienern, die Betriebskosten genau zu prüfen, greifen damit die Hausverwaltungen an, die ihren Mieterinnen und Mietern zu hohe Betriebskostenstellen verrechnen. - Herr Stadtrat, kehren wir einmal vor der eigenen Tür! Unsere Betriebskosten, und ich meine die Betriebskosten im sozialen Wohnbau, sind nicht nachvollziehbar, sind für einen normalen Mieter überhaupt nicht lesbar, machen eklatante Sprünge, wo niemand weiß, woraus das resultiert. Also ich glaube, man sollte hier nicht generell sagen, wir richten das ein, sondern da muss man schon selber ein bisschen etwas tun, weil so kann es nicht gehen.

Wenn Sie dann noch den Mietern Gas-, Strom- und Fernwärmeverträge im Zusammenhang mit der Unterschrift von Mietverträgen unterjubeln, finde ich das auch nicht gut, denn Sie knebeln die Leute und lassen ihnen nicht einmal die Chance, sich andere, billigere Anbieter zu suchen, obwohl Sie selbst permanent die Preise in die Höhe treiben. Also, es kann passiert sein, es dürfte passiert sein, sonst wäre es medial nicht breitgetreten worden, aber ich glaube, so etwas grenzt schon ein bisschen an Illegalität, muss ich sagen.

Dieses Budget hat keine Bezugnahme auf die deutlich höher werdenden Entstehungskosten bei den Wohnbauten. Sonst könnte man nicht die Wohnbauförderung nur in diesem Ausmaß ein bisschen erhöhen. Sie geht auch nicht auf den ständig wachsenden Markt der Wohnungssuchenden ein. Ich

habe es vorgelesen, 28 000 sind es, plus pro Quartal 2 000. Vor allem auch im sozialen Segment hat dieses Budget keine wirklich zukunftsorientierten Zielsetzungen. Hier müssen wir schon sagen, was die Nachhaltigkeit betrifft, haben Sie das selbst auf diese vierte Säule gestellt. Soziale Nachhaltigkeit ist mehr, als nur im Alter darin zu wohnen. Da gehört noch ein bisschen mehr dazu. Es ist eben nicht über Jahre hinaus ersichtlich, wie es weitergehen soll.

Dass wir das Budget ablehnen, ist kein großes Geheimnis. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Kollegin Frank, ich würde Sie nur bitten, mir zu dem Antrag betreffend Wasserfilter zu sagen, wie wir ihn abstimmen sollen. Zuweisen oder sofortige Abstimmung? Das fehlt im Antrag. *(GRin Henriette Frank: Sofortige Abstimmung!)* - Sofortige Abstimmung, okay.

Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Stürzenbecher. Ich erteile es ihm.

GR Dr Kurt **Stürzenbecher** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werter Herr Stadtrat! Geschätzter Berichterstatter! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Kollege Chorherr hat richtig darauf hingewiesen, dass es unstrittig sei, dass wir einen hohen Standard in ökologischer und sozialer Hinsicht im Wiener Wohnbau haben. Aber er hat auch recht, dass wir uns natürlich sehr anstrengen müssen in einer Weltfinanzkrise, in der wir nach wie vor sind, diesen Standard zu halten oder mit besonderer Anstrengung - ich klopfe auf Holz - ihn sogar noch weiter in die Höhe zu bringen. Eine Debatte wie heute sollte eigentlich auch dazu dienen und dient, glaube ich, auch dazu, es war bisher recht sachlich, dass wir gemeinsam darüber nachdenken, wie wir diesen Standard im Interesse der Bewohnerinnen und Bewohner weiter in die Höhe treiben oder zumindest halten können, weil dass Wien nicht eine Insel der Seligen ist, wie es Paul VI. seinerzeit und in einem anderen Zusammenhang gesagt hat, sondern dass wir natürlich in dieses gesamte Weltwirtschaftssystem eingeflochten sind, ist wohl unbestritten. Weitgehend unbestritten ist aber auch, dass wir sehr gut darauf reagiert haben.

Wenn die Kollegin Frank gemeint hat, der Kollege Chorherr hätte vor einem Jahr Sachen angekündigt, die nicht eingetreten sind, muss ich das zurückweisen. Wir haben eben, obwohl wir selbst im Budget weniger hatten, beispielsweise durch die Wohnbauoffensive, sehr intelligent, der Herr Stadtrat und sein Team und überhaupt die Stadtregierung, darauf reagiert und mit dieser Wohnbauoffensive praktisch wieder Mittel lukriert, die de facto weitestgehend sozialen Wohnbau bringen und praktisch zumindest eine Überbrückung darstellen. Das, glaube ich, ist wirklich gut gelungen und ein Beispiel dafür, dass man eben, je schwieriger die Situation ist, desto mehr kreativ sein muss. Aber man kann dann, wenn man in Wien eine gesunde Basis für den sozialen Wohnbau hat, durchaus die Erfolge fortschreiten und eine gerechte Stadtentwicklung, was

unser Ziel ist, weiterentwickeln. Der geförderte Wohnbau ist eben unendlich wichtig für alle Bevölkerungsschichten, um nämlich qualitativ zu wohnen.

Die von uns doch zurecht oft zitierte Mercer-Studie weist uns nicht nur insgesamt einen 1. Platz bei der Lebensqualität zu, sondern ganz speziell haben wir bei Wohnen in dieser Studie zehn von zehn möglichen Punkten, also das wirklich Bestmögliche. Darauf können wir wirklich stolz sein! *(GR Johann Herzog: Für ausländische Spitzenmanager!)* - Das ist nicht nur für ausländische Spitzenmanager, wenn zum Beispiel die Sicherheit und die Wohnqualität und der soziale Standard und die Bildung und alles zusammen sehr gut sind. *(GR Johann Herzog: Oh ja, schon! Die Gemeindebaumieter Wiens sind nicht einbezogen!)* Da, muss ich schon sagen, betreiben Sie eine Desinformationspolitik, wenn Sie das so darstellen, Herr Präsident! *(Beifall bei der SPÖ. - GR Johann Herzog: Die Gemeindebaumieter wurden nicht einbezogen!)*

Wien ist auch gut gerüstet für die Ansprüche einer wachsenden sozial gerechten Stadt. Wir sind wachsend. Wir kriegen weiterhin ein Bevölkerungsplus. Es ziehen auch viele Leute aus den Bundesländern zu. Es ziehen immer mehr Deutsche zu, wie schon in der Integrationsdebatte gesagt worden ist. Es ist unsere Aufgabe, hier möglichst kreativ Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Es ist auch so, dass wir das auf vielfältige Art und Weise wollen. Friedrich II. hat seinerzeit gesagt, es soll jeder auf seine Fassung selig werden. Das war auf die Religion bezogen, dass man liberal sein soll. Wir sagen, es soll auch jeder in seinen Wohnbedürfnissen das finden, was er braucht. Natürlich haben die 55-plus-Bewohner oft andere Ansprüche als junge Familien. Auf all das gehen wir ein und gehen wir sehr kreativ ein. Das geht eben, weil wir den sozialen Wohnbau haben, der insgesamt, wenn man alles zusammenrechnet, zirka 60 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner Wiens umfasst. Wenn man Gemeindewohnungen, geförderten Genossenschaftsbau und die nicht so viel geförderten Eigentumswohnungen zusammenzählt, sind 60 Prozent der Wienerinnen und Wiener im sozialen Wohnbau. Das ist ein unendlich wichtiger Faktor.

Bei anderen Städten hat die Kollegin Frank heute interessanterweise Paris als Vorbild genommen, was wirklich interessant ist, obwohl sie, glaube ich, mit auf Ausschussreise war. Herr Präsident Herzog, Sie haben, glaube ich, auch zugestimmt, dass das Modell des sozialen Wohnbaus in Paris sicher nicht unser Standard ist und sein kann, sondern dass die Anstrengungen, die man dort macht, bei Weitem nicht unser Niveau erreichen. Dem haben Sie damals in Gesprächen zugestimmt. Nur nebenbei erwähnt, sieht man, wie wichtig Ausschussreisen sind, weil man da wirklich sehr viel vergleichen kann.

Diesen hohen Standard zu halten, ist eben diese schwierige, aber leistbare Aufgabe. Da ist auch ganz wichtig der Wohnfonds und dass wir genug Grund und Boden haben. Wenn wir das nicht hätten, könnten wir

sicher nicht so viel erreichen. Aber das heißt natürlich auch, dass wir insgesamt, und das ist vielleicht der größte Vorzug der Wiener Politik und der Wiener Wohnbaupolitik, nicht in den Zeiten, wo es modern war, in den 90er Jahren, den falschen Versprechungen des Neoliberalismus verfallen sind und abverkauft haben und vielleicht diese Systeme übernommen haben, sondern wir sind selbstbewusst bei unserer sozialen Politik, bei unserer sozialdemokratischen Politik, bei unserer fortschrittlichen Politik geblieben. Davon ernten wir jetzt die Früchte, nachdem sozusagen der Neoliberalismus in der ganzen Welt, nicht nur in ganz Europa, seine große Niederlage mit unendlich vielen menschlichen Opfern einfährt. Da können wir darauf verweisen, dass wir ein Gegenmodell entwickelt haben und erfolgreich standgehalten haben gegen sehr große Widerstände, manchmal auch von der EU her, weil dort auch sehr viele Konservative und Neoliberale sind, und dieses soziale Modell der Wohnbaupolitik, aber insgesamt der Wiener Politik, aufrechterhalten haben. Darauf können wir wirklich stolz sein! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir freuen uns auch, auch wenn jetzt ein bisschen wenig Kolleginnen und Kollegen da sind, dass wir mit den Wiener Grünen verlässliche Bündnispartner haben, die mit uns gemeinsam kreativ neue Wege, aber auf dieser grundsätzlich erfolgreichen, fortschrittlichen Politiklinie suchen.

In dem Sinn kann ich sagen, ist der Voranschlag 2012 betreffend die Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung sehr positiv. Wir haben wieder deutlich weit über 20 Millionen EUR, fast 30 Millionen EUR mehr als im letzten Jahr, obwohl wir das letzte Jahr auch bewältigt haben, wie ich gesagt habe. Wir können besonders wieder im thermoenergetischen Sanierungsbereich sehr viel mehr aus dem Vollen schöpfen. Dort haben wir wirklich im letzten Jahr nur rund 7 Millionen EUR, sozusagen bescheidene Verhältnisse, gehabt und haben jetzt wieder rund 40 Millionen EUR. Ich könnte jetzt auch sehr viele Zahlen, was in einer Budgetdebatte nicht verboten ist, aufzählen, wie es in den einzelnen Magistratsabteilungen ist, aber da das alles nachlesbar ist, erspare ich mir das aus Zeitgründen. Aber ich kann insgesamt schon sagen, dass das Budget für diese Geschäftsgruppe Wohnen ein herzeigbares ist und eine gute Grundlage bietet, die erfolgreiche Wohnbaupolitik der Stadt Wien fortzusetzen, wobei wir natürlich darauf schauen wollen, dass wir gewisse Rahmenbedingungen verbessern könnten, wenn es möglich ist.

Teilweise liegt es natürlich beim Bund, das Mietrechtsgesetz, das auch der Kollege Chorherr schon angesprochen hat. Es waren vor Kurzem 30 Jahre Mietrechtsgesetz. Der Herr Stadtrat und der Klubobmann Ellensohn haben dazu eine öffentliche Stellungnahme abgegeben. Man muss sagen, dass vor 30 Jahren, in der damaligen Zeit, das Mietrechtsgesetz ein sehr gutes war und dass es bis zu einem gewissen Grad noch immer nicht so schlecht ist, aber wir haben seit dieser Zeit immer wieder Verschlechterungen hinnehmen müssen. Das liegt auch daran, dass die Sozialdemokratie auf

Bundesebene nicht das alleinige Sagen in dieser Sache hat und die ÖVP leider eher die Hausherrenpartei als die Mieterpartei ist, obwohl sich der Mieterbund selbst durchaus bemüht, aber dort leider wenig zu sagen hat.

So gesehen hoffe ich, dass wir doch unsere Anstrengungen noch weiter verstärken können, dass sich auf Bundesebene gewisse Verbesserungen durchsetzen und die Begrenzung der Wohnkosten über das Mietrechtsgesetz möglich ist, dass die Transparenz verbessert wird, dass man sieht, welche Zuschläge zur Anwendung kommen und dass diese Vielzahl von Zuschlägen doch begrenzt werden kann, während die Abschläge leider wenig oder gar nicht zur Anwendung kommen. Deshalb sollten wir schon darüber nachdenken, wie wir hier Verbesserungen herbeiführen. Die Höhe der Kauttionen sollte maximal drei Monatsmieten betragen. Die Provisionen hat der Bundesgesetzgeber erfreulicherweise auf zwei mögliche korrigiert. Das hat sich nur bis zur FPÖ und zum Herrn Klubobmann nicht durchgesprochen. Er hat das verlangt, was im Bund schon beschlossen worden ist, aber so ist es halt.

Ich glaube, dass wir durchaus auch sonst, wenn wir eine bessere Mietrechtsgesetzgebung auf Bundesebene herbeiführen, diese Gefahr, dass sozusagen für die Mieten negative Entwicklungen ins Haus stehen, zurückschlagen können. Natürlich sind wir im Vergleich sowieso hochweis. Wenn man vergleichbare Städte in Europa hernimmt, sind in allen vergleichbaren Großstädten die Mieten deutlich höher. Das liegt eben daran, dass wir mit dem Sozialwohnbau, wie ich schon vorhin ausgeführt habe, eine sehr gute Grundlage haben, natürlich auch mit den vielen Gemeindewohnungen, die nach wie vor ein Juwel sind. 220 000 Gemeindewohnungen. Rund 500 000 Menschen wohnen in diesen.

Deshalb ist natürlich die Arbeit von Wiener Wohnen ganz wichtig. Ich wünsche auch dem neuen Leiter, Herrn Ing Neumayer, alles Gute. Ich weiß, dass er das ganz gut machen wird. Ich danke überhaupt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ressorts für die ganz ausgezeichnete Arbeit, auch vom Stadtratbüro. Man kann, glaube ich, sagen, dass diese vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich weit über das Normale hinaus einsetzen, ist mit ein Fundament für unsere Erfolge. Deshalb herzlichen Dank an alle MitarbeiterInnen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wobei wir sozusagen immer aus Gutem noch Besseres machen wollen. Der Herr Stadtrat hat gerade, was Wiener Wohnen betrifft, die Mieterbeiräte sehr forciert, weil das etwas ist, was unendlich wichtig ist, dass man eine Demokratisierung über das Normale hinaus hat. Man wählt alle fünf Jahre einen Gemeinderat, alle fünf Jahre einen Nationalrat, aber es ist sicher wichtig, dass alle Lebensbereiche mit Demokratie durchflutet werden, wie seinerzeit Bruno Kreisky so schön gesagt hat, dass wir das nicht als Selbstzweck fortsetzen, sondern weil das Zusammenleben für die Menschen dann besser funktioniert.

Dass die Mieterbeiräte jetzt so erfolgreich ausgebaut

werden, insbesondere bei Wiener Wohnen, ist natürlich ganz wichtig. Sie werden auch geschult. Sie sind sehr engagiert dabei. Ich meine, dass das Wiener Mitbestimmungsstatut hier natürlich eine ganz große Rolle spielt, weil dieses Mitbestimmungsstatut etwas ist, was es sonst kaum gibt. Es gibt noch bei ein paar Genossenschaften Ansätze dazu, aber sonst gibt es das nicht, dass Mieter bei ganz wesentlichen Fragen mitbestimmen können, zum Beispiel wie das bei der Sanierung ist. Sie können, wenn etwas saniert wird, kontrollieren, wie das abläuft und weiß Gott was. Ich kann jetzt nicht alles aufzählen. Das ist etwas, das wir bewusst weiter forcieren und was das Zusammenleben in den Gemeindebauten verbessert.

Ebenso natürlich die Hausbetreuung, die wir jetzt neu anbieten. Nachdem leider ÖVP und FPÖ das alte Hausbesorgergesetz ersatzlos abgeschafft haben, nehmen wir dieses neue Modell.

Wirklich erstaunlich war in der gestrigen Sitzung, dass die Kollegin Barbara Feldmann wieder etwas verlangt hat, von dem ich geglaubt habe, dass es schon in der Mottenkiste ist, nämlich den Verkauf der Gemeindewohnungen. Das ist etwas, was in der ÖVP einen Rückschritt darstellt. Auch die FPÖ hat das irgendwann einmal gefordert. Allerdings ist das wirklich lange her. Seitdem hat sie, glaube ich, schon erfahren, dass das etwas sehr Unsinniges ist. (*GRin Mag Barbara Feldmann: Das habe ich nicht gesagt!*) - Sie haben es gestern gesagt. Wir können es im Protokoll nachlesen.

Jedenfalls ist es so, dass ein Verkauf von Gemeindewohnungen verheerende Effekte hätte. Man muss nur darüber nachdenken, die Gemeindewohnungen bringen uns keinen Gewinn als Stadt Wien, sondern wir kriegen durch die Mieten gerade soviel herein, um sie sanieren zu können. Das heißt, auch jemand, der die Gemeindewohnung kaufen würde, müsste dann mit den Betriebskosten, den Erhaltungskosten und so weiter, die er mitfinanzieren müsste, ungefähr gleichviel pro Monat wie jetzt, wo er die Wohnung als Gemeindewohnung hat, weiterhin zahlen. Dann hätte er sie im Eigentum, müsste aber gleichviel zahlen wie jetzt, müsste aber beispielsweise 100 000 EUR oder so hinlegen. Da ist schon die Frage, wer das machen wird, wenn er vorher gleichviel zahlt wie nachher, aber als Beispiel 100 000 EUR hinlegen muss. Das heißt, das ist eigentlich für die Betroffenen eine absolute unwirtschaftliche Sache, es sei denn, man schenkt die Gemeindewohnungen mehr oder weniger, zu einem ganz billigen Preis, her. Aber das wäre natürlich ein Anschlag auf diejenigen Generationen von Wienerinnen und Wienern, die diese mit gutem Grund finanziert haben und dann kriegt es irgendwer mehr oder weniger geschenkt. Das wird ja auch niemand annehmen. Das heißt, a) sozusagen marktkonform zu verkaufen, wird sich vermutlich niemand oder werden sich sehr wenige finden, und b) sie herzuschenken, wäre einfach nicht gerechtfertigt. Das heißt, natürlich auch alle anderen Nachteile, die dann plötzlich dabei sind. Da sind ein paar Eigentümer, dort sind weiter Mieter, dann werden Eigentümer untervermieten, alles ist total

verschieden, ein totales Mischmasch, ein totales Chaos. Im Endeffekt würde ein Juwel der Stadt Wien einfach hinausgepulvert werden.

Liebe Kollegin Feldmann, ich schätze Sie wirklich sehr, aber Sie haben das gestern gesagt und man kann es nachlesen. Ich habe das auch mit meinen Kollegen, weil ich es nicht glauben konnte, dann noch nachgefragt. Es ist so gefallen. Also, die ÖVP spielt wieder mit dem Gedanken des Verkaufs von Gemeindewohnungen. Das kann man wirklich nur schärfstens zurückweisen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Insgesamt meine ich, dass man noch sehr viel sagen könnte, aber die Debatte kann natürlich immer nur Schlaglichter aufzeigen.

Auch das mit den Betriebskosten, was die Kollegin Frank gesagt hat, ist natürlich falsch. Ganz im Gegenteil, Wiener Wohnen hat Betriebskostenguthaben für mehr als 149 000 GemeindemietlerInnen festgestellt und das dort quasi auch wieder zurückgezahlt. (*GR Johann Herzog: Es wird zu viel eingehoben und dann zurückgezahlt! Das ist ja ein Schmäh!*) - Schauen Sie sich einmal an, wie das bei privaten Vermietern ist! Das ist etwas, das immer wieder hervorzuheben ist. Es wird immer wieder beim Zusammenleben in jeder Form des Zusammenlebens auch Probleme geben. (*GR Johann Herzog: Ein einfacher Trick! Man kassiert mehr und gibt es dann zurück!*)

Aber dass ein Eigentümer wie die Stadt Wien hergeht und nicht nur sagt, wir geben eine Wohnung und wir nehmen einen Zins und darüber hinaus machen wir unser gesetzlich Notwendiges, sondern sich auch ganz besonders darum bemüht, mit Ordnungsberatern, mit Wiener Wohnen vor Ort, mit verschiedensten Einrichtungen, mit dem Wiener Wohnservice und mit allem anderen auch das Zusammenleben zu gestalten und Probleme aus der Welt zu räumen, das gibt es sonst überhaupt nicht. Kein Hauseigentümer der Welt kümmert sich darum, wie die Leute dort leben, sondern er will sein Geld haben. Er erbringt das Minimum, während in Wien bei Wiener Wohnen, bei allen Problemen, die es im Einzelnen immer geben kann, die wir sehr ernst nehmen und versuchen zu lösen, man wirklich darauf schaut, dass das Zusammenleben ein Positives ist.

In dem Sinn wollen wir unsere Arbeit fortsetzen. Wir wollen weiter sicherstellen, dass es in Wien weiterhin eine gute Wohnqualität gibt. Dazu zählt auch, dass bei uns die Klein- und Mittelbetriebe - das ist jetzt ein bisschen ein Sprung - eine sehr wichtige Rolle haben. Dazu bringe ich einen Beschluss- und Resolutionsantrag der GemeinderätInnen Berger-Krotsch, Strobl, Stürzenbecher, Wehsely, Vana, Ellensohn, Margulies zur Postnummer 1 ein, welcher lautet:

„Der Wiener Gemeinderat begrüßt die Verlängerung der Schwellenwertverordnung als wichtiges Instrument zur Beauftragung kleiner und mittlerer Unternehmen der regionalen Wirtschaft. Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, alle gesetzlichen Möglichkeiten bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, insbesondere im Bereich der Schwellenwertverordnung zu nutzen, um die Wiener Wirtschaft mit ihren vielen kleinen und mittleren

Unternehmen zu unterstützen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ (*Beifall bei der SPÖ.*)

Das ist dieser wichtige Antrag, der auch beweist, dass wir alles tun, um die Klein- und Mittelbetriebe zu unterstützen, die zum Beispiel durch die Sanierungsarbeiten sehr viel von Wiener Wohnen bekommen.

Insgesamt glaube ich, dass wir in schwierigen Zeiten leben, dass wir das wissen, dass wir ein gutes Fundament haben und dass wir guten Mutes mit dem Budget, das wir beschließen werden, eine gute Arbeit für die Wienerinnen und Wiener fortsetzen können. - Danke schön. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Frau Mag Feldmann gemeldet. Ich erteile ihr das Wort. - Sie haben drei Minuten.

GRin Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Kurz, um die Wortverdrehung hier klarzustellen: Was ich gestern gesagt habe, war, dass es mir relativ erstaunlich vorkommt, lieber Gebühren zu erhöhen und die Steuerzahler zu belasten, als, wie Sie, Herr Stürzenbecher, gerade jetzt eben erwähnt haben, ihre Juwelen zu verkaufen, gleichzeitig aber vorgeschlagen wird, wie zum Beispiel vom Herrn Margulies, dass, wenn man sich eine Vermögenssteuer nicht leisten kann, man halt eben seine Grundstücke als Privater verkaufen soll und das niemandem leid täte. Also, das ist ein bisschen eine interessante Haltung. Selbst möchte man auf seinen Juwelen sitzen bleiben und weitere Belastungen machen und die Privaten sollen halt ihre Grundstücke hergeben und dann ihre Vermögenssteuer wegen Nichteinsparungsmaßnahmen bezahlen. Das war das, was ich gestern sagte. - Danke. (*Beifall bei der ÖVP. - GR Dr Kurt Stürzenbecher: Das bestätigt aber, was ich gesagt habe!*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr GR Flicker. - Ich weise darauf hin, dass ab jetzt die Redezeit 15 Minuten beträgt. - Ich erteile das Wort.

GR Martin **Flicker** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Wohnen in Wien ist Lebensqualität. Die Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung hat es zur Aufgabe, für die Lebensqualität der Wienerinnen und Wiener Sorge zu tragen. Wenn wir heute über Budgetzahlen reden, dann reden wir über die Lebensqualität der Wiener Bevölkerung. Wir reden über das zentrale Umfeld der Wienerinnen und Wiener. Wohnbau und Stadtentwicklung sind Zukunftsressorts. Sie gestalten wie kaum ein anderes Ressort die Zukunft und das Lebensumfeld der Stadt. Wir, die Politik, stellen heute die Weichen für das Lebensumfeld der Wiener Bevölkerung. Dieser Verantwortung müssen wir uns bewusst sein bei

der Beschlussfassung über das Budget.

Wir brauchen im Bereich Wohnbau zur Sicherstellung der Lebensqualität der Wienerinnen und Wiener ein ausreichendes Budget. Vor allem geht es dabei um die Förderung des Wohnbaus, die Sanierung und die Wohnbaubehilfen. Für diese 3 Bereiche, also Neubau, Sanierung und Stadterneuerung, wurden ursprünglich 601 Millionen EUR veranschlagt. Mein Kollege von der ÖVP, Norbert Walter, hat diesen Vorschlag bereits angesprochen. In dem vorliegenden Budget werden nunmehr 757 Millionen EUR dem Wohnbau, der Sanierung und der Stadterneuerung gewidmet. Das bedeutet ein Minus von 44 Millionen EUR für die Wohn- und Lebensqualität unserer Bevölkerung. Es geht also um 44 Millionen EUR weniger für die Wienerinnen und Wiener.

Jährlich werden in Wien bis zu 7 000 geförderte Wohnungen errichtet. Je mehr Wohnungen benötigt werden, desto größer ist auch der Budgetbedarf. Wir müssen sicherstellen, dass die rund 220 000 Wohnungen, die von Wiener Wohnen verwaltet werden, auch in Zukunft ausreichend ausgestattet sind, denn es geht um die Lebensqualität der Bevölkerung. Es geht also um die Investitionen in die Errichtung und die Sanierung von Wohnraum in Wien. Uns muss es darum gehen, dass der geförderte Wohnbau in Wien seine Aufgabe ordnungsgemäß wahrnimmt. Gerade Menschen mit geringeren Einkommen dürfen nicht zusätzlich belastet werden. Die heranrollende Gebührenlawine - ich sage nur, Preiserhöhungen bei Wasser, Strom, Müll, Energie und so weiter - wird jene treffen, die ohnehin nur mit Mühe mit ihrem Einkommen zurechtkommen. Wir müssen daher die Wohnbauförderungen sichern und vor allem durch gezielte Fördermaßnahmen Sanierungen und thermische Renovierungen in den Vordergrund stellen. Wien wächst, wie wir gerade gehört haben. Damit ist die Förderung des Wohnbaus zentral.

Zur Erinnerung, es liegt ein Budget vor, wo eine Kürzung von 44 Millionen EUR beinhaltet ist. Wir können diesem Budget in keiner Weise zustimmen und lehnen den Budgetvoranschlag ab.

Wohnbau ist gleich Stadtentwicklung. Unsere Stadt wächst und Wohnbau bedeutet gezielte Stadtentwicklung. Derzeit leben und wohnen in unserer Stadt rund 1,7 Millionen Menschen. Vor allem in den nördlichen Bezirken Wiens, im 21. und 22. Bezirk, in Floridsdorf und in der Donaustadt, gibt es vielfältige Möglichkeiten, die Stadt zu entwickeln. Allein in diesen beiden Bezirken leben fast 300 000 Menschen. Stadtentwicklung und der Norden Wiens sind untrennbar miteinander verbunden.

Durch meine Herkunft aus der Donaustadt mag ich ein paar kurze Worte besonders der Donaustadt widmen. Die Donaustadt ist der Zukunftsbezirk. Der Bezirk ist vielfältig und lebenswert. Immer mehr Wienerinnen und Wiener leben in der Donaustadt beziehungsweise wollen hinziehen. Wenn wir von Stadtentwicklung reden, dann müssen wir jedenfalls auch von der Seestadt in Aspern sprechen. Ein neuer Stadtteil entsteht hier. Das ist nicht nur das größte Stadtentwicklungsprojekt Wiens, sondern

auch in Europa das größte Projekt seiner Art. Die Donaustadt hat aber auch andere Besonderheiten. Wir haben alte Ortskerne, aber auch eine entsprechende Verkehrsbelastung, die die Lebensqualität mehr als einschränkt.

Die Infrastruktur in diesem wachsenden Bezirk muss gestärkt werden. Das Straßennetz etwa, die Anbindung der künftigen Seestadt und der schnellstmögliche Bau der S1 müssen vorangetrieben werden. Bei all diesen Projekten und Vorhaben geht es nicht nur um die politischen Konsequenzen, sondern auch darum, die Bevölkerung rechtzeitig und ehrlich zu informieren. Die Sorgen im Bezirk sind groß. Belastungen durch die Abluft der Tunnelentlüftungen machen Angst. Aber auch die Sorge vor zusätzlicher Lärmbelastung muss ernst genommen werden.

Lassen Sie mich noch einmal über die Ortskerne in der Donaustadt reden. Mir ist es nicht verständlich, warum ein hochwertiges Verkehrsmittel wie die U-Bahn - in diesem Fall die U2 - mitten im Wohngebiet enden soll, anstatt bis zur Stadtgrenze geführt zu werden. Hier könnte der Individualverkehr bereits aufs Gleis verlegt werden und so die Ortskerne, vor allem von Eßling, Aspern und Breitenlee zu entlasten. Das bedeutet Lebensqualität für die Bezirksbewohnerinnen und Bewohner.

Ich stelle daher mit meinen Kollegen folgenden Beschlussantrag, die Verlängerung der U2 bis zur Stadtgrenze schnellstens voranzutreiben. (*Beifall bei der ÖVP.*) In formeller Hinsicht bitte ich um Zuweisung in die entsprechenden Ausschüsse.

Zur Lebensqualität in der Donaustadt gehören auch die Naherholung und die Nahversorgung. Gerade im Norden Wiens haben wir zahlreiche Naherholungsmöglichkeiten, wie zum Beispiel die Lobau oder den Bisamberg. Die Naherholung und Nahversorgung hängen ganz wesentlich mit der Landwirtschaft zusammen. Die Landwirtschaft sorgt für die Lebensmittel und gestaltet die Kulturlandschaft. Gerade diese Kulturlandschaft hat großen Anteil an der Lebensqualität der Wohnbevölkerung.

Diese Lebensqualität wollen wir sichern, müssen wir sichern. Das ist auch die Aufgabe des Budgets, das wir zu beschließen haben. Es geht dabei um einen guten Mix aus Wohnen, Wirtschaft und Landwirtschaft. Investitionen in Wohnbau und Stadtentwicklung sind die Zukunft Wiens. - Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Frau GRin Hebein. Ich erteile es ihr.

GRin Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Werter Herr Vorsitzender! Werter Herr Stadtrat! Werte Kollegen und Kolleginnen!

Ich würde gerne an das anschließen, was auch mein Kollege Christoph Chorherr schon gesagt hat und einen Aspekt herausnehmen, den ich bei der gesamten Wohnproblematik, dem gesamten Wohnbau und den Herausforderungen, vor denen wir stehen, für total wichtig, total entscheidend finde. Das ist natürlich das nachhaltige soziale Wohnen in dieser Stadt.

Wir haben darüber geredet, dass die Rahmenbedingungen, vor denen wir stehen, keine einfachen sind, auch einerseits die Qualität der Wohnpolitik in der Stadt aufrechtzuerhalten, während wir gleichzeitig wissen, wir müssen bauen und wir werden bauen. Viele Menschen ziehen zu und das Geld ist auch beschränkt. Ich finde Projekte wie das in der Podhagskygasse, und das habe ich mir genauer angeschaut, dieses kostengünstige Bauen, enorm spannend. Die Superförderungen gibt es schon länger, aber das Projekt, was dort zum Beispiel nur plakativ entsteht, ist deswegen eine der Herausforderungen oder einer der spannenden Bereiche und hat Zukunft, weil es einen sehr geringen Eigenmitteleinsatz hat. Dort zahlt man, glaube ich, 2 000 EUR für 50 m². Dort wird kompakt gebaut. Das heißt, das ist leistbar, das ist nachhaltig und es ist nicht nur für sogenannte arme Menschen, sondern auch für die Menschen, die immer mehr flexibleren Arbeitszeiten oder auch unregelmäßigen Einkommen ausgesetzt sind. Das heißt, wichtige Projekte entstehen hier, insofern sehr förderwürdig, um nur ein Beispiel zu nennen. Wir wissen, bei den Genossenschaften ist der Eigenmittelbedarf viel höher. Ich glaube, so weit ich es richtig im Kopf habe, sind wir jetzt bei 500 EUR pro Quadratmeter. Das können sich nicht mehr alle leisten. Das heißt, das ist für ein bestimmtes Spektrum der Verdienenden und Verdienenden. Insofern betone ich noch einmal dieses kostengünstige Bauen als eine sehr spannende Geschichte.

Das Zweite ist natürlich die subjektive Wohnbauförderung. Es wurde heute schon darüber gesprochen. Hier planen Sie, das zu vereinheitlichen, dass Mietbeihilfe, Wohnbeihilfe ein einheitliches System wird. Das ist eine wichtige strukturelle Reform, ein guter Ansatz. Das soll hier auch nicht unerwähnt bleiben.

Dann haben wir quasi diese Herausforderung zu bauen, Herausforderung zu sanieren, Qualität aufrechtzuerhalten, das leistbar zu machen.

Dann haben wir noch einen Bereich, der heute noch nicht angesprochen worden ist. Dabei geht es darum, die Wohnungen zu erhalten und hinzuschauen und zu thematisieren, dass wir natürlich 4 000 Delogierungen im Jahr haben. Insofern finde ich es gut, dass jetzt an einem Wohnungssicherungsgesetz gearbeitet wird, auch wieder ein wichtiger Ansatz, ein wichtiger Schritt weiter, und dass wir auch verstärkt darauf Augenmerk legen, in ein Delogierungskonzept zu investieren, wo wir sagen: Wie erreichen wir die Leute rechtzeitig, bevor sie ihre Wohnungen verlieren? Welche Sozialproblematik liegt dahinter? Diese Sozialproblematik ist sehr breit. Damit muss man sich konkret auseinandersetzen. Geht es um Überforderung? Geht es um eine Familienproblematik? Geht es um Schulden, Arbeitslosigkeit, Vereinsamung? Viele Bereiche, die natürlich auch auf Grund des zunehmenden Drucks in unserer Gesellschaft immer sichtbarer werden. Auch ein wichtiger Bereich.

Jetzt erlauben Sie mir nur, Herr GR Walter, ein Wort an Sie zu richten: Wir haben schon ein Problem. Das ist, dass wir die Mieten nicht mehr überprüfen können. Wenn

Sie jetzt sagen, dass das nicht ganz glaubwürdig ist - ich formuliere es mit meinen eigenen Worten -, dass wir uns dafür einsetzen, dass es Mietzinsobergrenzen gibt, dann kann ich Ihre Argumente nicht nachvollziehen. Sie reden davon, wir erhöhen auch die Betriebskosten mit den Gebühren, die wir jetzt einführen. Da bitte ich Sie, schauen Sie genauer hin. Es macht Sinn zu fragen: Bitte, liebe Bundesregierung, das Mietrechtsgesetz gehört verändert, die Betriebskosten gehören überprüft. Wie kommt ein Mieter dazu, dass er die Grundsteuer zahlt? Das ist eine Vermögenssteuer des Vermieters. Wie kommt ein Hauseigentümer dazu, dass er eine Hausverwaltung anstellt und dies der Mieter oder die Mieterin zahlen soll, oder auch die Hausversicherung? Das sind Bereiche, die überprüft gehören. Sie erhöhen die Betriebskosten, da haben alle etwas davon und da soll man sich nicht dagegen sperren.

Der dritte Bereich sind natürlich noch Alternativwohnformen, die zunehmend angedacht sind. Diese halte ich für wichtig und für spannend. Was heißt das in der heutigen Zeit? Was heißt das auch in den nächsten 5, 10, 15, 20 Jahren? Dass man generationsübergreifend zusammenwohnen kann, zusammenleben kann. Das sind neue innovative Projekte. Wie kann man integratives Wohnen ermöglichen? Da erlauben Sie mir noch, auch wenn es nicht ganz direkt in Ihr Ressort fällt, Herr Stadtrat, noch kurz vom Housing-First-Ansatz zu erzählen. Ich finde diese Ansätze, die den Sozialbereich betreffen, auch wichtig für den Wohnbereich. Irgendwie hängt das zusammen. In dem Augenblick, wo wir schaffen, zu sagen, wir haben in Wien Obdachlosigkeit, wir nehmen uns des Themas an, wir entwickeln es weiter und gehen in die Richtung, dass wir Menschen, die von Obdachlosigkeit bedroht sind oder schon obdachlos sind, Finalwohnungen, Schlusswohnungen anbieten. Wir schauen, dass sie nicht mehr durch diese Stufenpläne durchmüssen, mit Notschlafstellen, Zwischenwohnungen, betreute Wohnungen, Übergangswohnungen, sondern das sind neue Konzepte, die wir hier in Wien gehen wollen, Erweiterungen, wenn Sie so wollen, die natürlich letzten Endes auch entscheidend für die Wohnungspolitik sind, weil wir im Grunde alle das Gleiche wollen, nämlich dass die Menschen hier in Wien leistbar wohnen und menschenwürdig wohnen.

Dann erlauben Sie mir, noch einen Punkt anzuschneiden, der natürlich kein einfacher ist. Das sind die Überlegungen, die wir gemeinsam in Gesprächen anstellen: Wie macht man das mit Zwischennutzungen hier in Wien? Gibt es auch Möglichkeiten - ich muss es sagen, weil es diese Lebensformen einfach auch gibt -, Räume für Menschen zur Verfügung zu stellen, die von sich aus Lebenskonzepte, kreative Konzepte haben, Kulturprojekte machen wollen? Da bin ich froh, dass auch hier eine Tür offen ist, dass wir darüber diskutieren können. - Ich danke Ihnen. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Mag Kasal. Ich erteile

ihm das Wort.

GR Mag Günter **Kasal** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat für Wohnbau! Meine Damen und Herren!

Wir Freiheitliche würden in einer Wiener Stadtregierung nicht alles anders machen, aber vieles besser, und zwar genau im Bereich des Wohnbaus. Wir würden neue Gemeindewohnungen errichten, an der Zahl mindestens 5 000 bis 7 000 pro Jahr. Die Wohnbauförderungen sind vorhanden, werden aber hauptsächlich für gemeinnützige Wohnbaugenossenschaften zur Verfügung gestellt, und zwar zu 100 Prozent.

Stellen wir einmal Wiener Wohnen ganz kurz den Genossenschaften gegenüber, dann werden Sie auch verstehen, warum wir uns so für die Neuerrichtung von Gemeindebauten einsetzen:

Bei Wiener Wohnen muss der Wohnungswerber gewisse Kriterien erfüllen. Dann besteht ein - unter Führungszeichen - Anspruch auf eine gewisse Wohnungsgröße. Es gibt eine Reihung in einer Art Vormerkssystem. Fühlt man sich subjektiv benachteiligt oder kommt man in eine Notlage, besteht auch noch die Möglichkeit, sich an die Wohnungskommission zu wenden, die dann zusätzlich zu dem Vormerkssystem Vorreihungen durchführen kann, wenn Sie das mehrheitlich für notwendig hält. Dann gibt es bei Wiener Wohnen die verschiedensten Einrichtungen. Ich sage jetzt zum Beispiel Wohnpartner als Nachbarschaftsservice im Bereich der Konfliktregelung. Die Vergabe von Dienstleistungen, wie Grünflächenbetreuung, Reinigung, Instandhaltung und vieles mehr, wird nach dem Vergabegesetz gemacht. Davon gehe ich aus, dass das alles ordnungsgemäß verrichtet wird. Die Tücke, sowohl in der Konfliktregelung als auch in der Vergabe, sitzt natürlich oft im Detail. Ich könnte zahlreiche Beispiele bei der Sanierung oder Instandhaltung von Gemeindebauten et cetera nennen, aber das passt nicht unbedingt in eine Budgetdebatte. Trotzdem sei angemerkt, es gibt zahlreiche Fälle.

Liebe Genossinnen und Genossen zu meiner vorwiegend rechten Seite, ich brauche Ihnen jetzt nicht zu erklären, wie eine Genossenschaft funktioniert. Ich musste es mir erst anschauen. Ich habe das in meiner Jugend einmal studiert. In einer Genossenschaft gibt es einen Vorstand, einen Aufsichtsrat und eine Generalversammlung als oberstes Organ. Die Mitwirkung für den Fördergeber bei der Vergabe der Genossenschaftswohnungen ist aber nicht vorhanden. Man kann zwar Empfehlungen aussprechen, aber man hat keinen Zugriff. Dort entscheidet ein hauptamtlicher Vorstand über die Aufnahme von neuen Mitgliedern beziehungsweise die Vergabe von Wohnungen. Die Stimmrechte werden mittels Kopf- oder Anteilstimmrecht ausgeübt.

Die Kontrolle für den Fördergeber ist, wie gesagt, nur sehr, sehr beschränkt möglich, etwa die Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung in den Genossenschaften, sei es jetzt ein überaus großer

Personalstand, die Kostenrechnung, die Instandhaltung und Sanierungen, die Konfliktregelung. Was macht zum Beispiel ein Genossenschaftsmieter, wenn er einen Schimmelbefall im Erdgeschoß hat? Wohin wendet er sich? An die Genossenschaft. Die Genossenschaft beauftragt einen sogenannten Gutachter, der von der Genossenschaft bezahlt wird, ein Gutachten zu erstellen, und das ist dann in der Regel ein Gutachten im wahrsten Sinne des Wortes, denn wenn der Gutachter einmal dem Genossenschaftsmieter recht gibt, wird er wahrscheinlich für die Genossenschaft keine Gutachten mehr erstellen. Auch die Vergabe von Dienstleistungen – ich habe es schon vorher erwähnt bei Wiener Wohnen – erfolgt nicht über das Vergabegesetz, hier vergibt es die Genossenschaft. Die Steuerung der Konfliktregelung in größeren Genossenschaftskomplexen obliegt auch lediglich der Genossenschaft. Da mangelt es an Einflussmöglichkeiten für den Fördergeber.

Darum: Dringend neue Gemeindewohnungen mit den vorhandenen Mitteln schaffen und nicht alles nur den Genossenschaften, in welchem Einflussbereich auch immer, zur Verfügung stellen. Und da möchte ich jetzt gar nicht lange darauf eingehen, dass Liegenschaften der Stadt Wien unter dem Marktpreis an Genossenschaften vergeben werden. Ich sage jetzt nur das Stichwort Kellerberg in Liesing.

Sehr geehrter Herr Stadtrat für Wohnbau! Die Neuerrichtung von Gemeindewohnungen ist das eine, aber die Betrachtung der Belastungen von 2006 bis 2012 im Bereich der Betriebskosten ist das andere. Da nenne ich jetzt eine Erhöhung des Kategoriemietzinses im Gemeindebau um 12 Prozent, Erhöhung beim Fernwärmetarif 16 Prozent, Erhöhung des Strompreises 20 Prozent, Erhöhung der Wassergebühren 33 Prozent, Erhöhung der Müllgebühren 34 Prozent, Erhöhung der Kanalgebühren 43 Prozent, Erhöhung des Gaspreises 50 Prozent, und das, obwohl Müll, Wasser und Kanal Überschüsse erwirtschaftet haben. Nicht zuletzt kommt im nächsten Jahr eine Erhöhung der Parkscheingebühren um 70 Prozent und eine Erhöhung der Hundesteuer um 65 Prozent dazu.

Das trifft genau die Mieter im Gemeindebau am meisten, die eigentlich ohnehin die wenigstens finanziellen Mittel zur Verfügung haben. Wir haben bereits heute die Situation, dass nur mehr zwei Gruppen von Menschen im Gemeindebau leben. Die eine Gruppe ist angewiesen auf Mindestsicherung, Beihilfen, Gebührenfreistellungen et cetera, und die zweite Gruppe ist diejenige, die noch nicht auf Unterstützungen aus dem öffentlichen Bereich angewiesen ist.

Herr Stadtrat! Tragen Sie bitte etwas dazu bei in der Stadtregierung, dass diese Gebührenlawine im nächsten Jahr gebremst wird. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist nunmehr Frau GRin Mag Tanja Wehsely. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Mag (FH) Tanja **Wehsely** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte mich auch gleich zu Beginn bedanken – ich weiß nicht, wer das auch schon getan hat; ein Kollege vorher war es oder eine Kollegin – für die sachliche Diskussion, die wir heute zu diesem Ressort, zum Wohnbau, führen. Ich denke, das zeigt, dass vieles gut läuft in diesem Ressort, das zeigt, dass es auch insgesamt viel Interesse daran gibt, und das ist auf jeden Fall ein Vorteil für unsere Stadt. Dafür, wie gesagt, ein herzliches Danke für diese doch insgesamt besonnene Diskussion zum Ressort von unserem Stadtrat Michi Ludwig.

Wir haben alle darüber diskutiert, wie können wir weiterhin leistbares Wohnen in unserer Stadt garantieren, wie können wir qualitativvolles Wohnen in unserer Stadt garantieren, belebte Viertel haben, die gut erreichbar sind, die erschlossen sind, soziale Infrastruktur aufweisen. Wir wissen, dass es insgesamt eine große Herausforderung für uns ist, auch deswegen, weil die Latte in Wien traditionell natürlich sehr hoch liegt, was qualitativvollen Wohnbau und qualitativvolles Wohnen betrifft. Das ist schon historisch so.

Sie wissen auch, dass wir über unseren großen Bestand an Wohnungen, nämlich die Wiener Gemeindebauten, über ein Instrument verfügen, das wir jetzt schon erfolgreich einsetzen dafür, auch in Wien die Mieten zu drosseln. Wir sind noch nicht in der Nähe von vergleichbaren anderen Großstädten, was die Mietpreise betrifft, aber es ist heute auch schon öfter angesprochen worden, da werden wir viel nachdenken müssen und auch einiges investieren müssen, um das so beizubehalten. Das ist aber sicher ein Teil unserer Daseinsvorsorge: unsere Gemeindebauten, unsere Wohnbauoffensiven, der gemeinnützige Wohnbau.

Da ist es natürlich schon ein bisschen komisch gewesen, Kollegin Frank, dass Sie jetzt in der Umkehr sagen, die SPÖ möchte die Gemeindewohnungen verkaufen. Aber vielleicht habe ich Sie auch falsch verstanden, das kann fast nur so gewesen sein, dass ich Sie falsch verstanden habe. Das ist eine Umkehr der Tatsachen und der Aussagen, die nur auf Grund eines Missverständnisses gekommen sein kann.

Auch über besonders gescheite Grundrisse, besonders kostengünstiges Bauen, über Flächen, über Teilbarkeiten von Wohnungen, flexibles Reagieren auf neue Lebensumstände von Menschen, Single-Haushalte, Patchwork-Familien et cetera müssen wir nachdenken. Es ist auch ganz wichtig, dass wir uns alle darüber Gedanken machen. Ich glaube, es ist uninteressant, eine lange Diskussion darüber zu führen, wer es erfunden hat, wer als Erster dieses oder jenes gesagt hat. Ich kann Ihnen nur sagen, schon seit über zehn Jahren arbeitet beispielsweise ein Arbeitskreis aus dem Jugendarbeitsbereich, aber auch aus dem Wohnbereich und aus dem Planungsbereich zusammen, um jugendgerechtes Planen und Bauen zu diskutieren und sich zu überlegen, wie man das bewerkstelligen kann. Da geht es aber in Wirklichkeit auch um alltagsgerechtes Planen und Bauen, das heißt, kostengünstiges Bauen, das heißt, sinnvolle Grundflächen, das heißt, flexibles Wohnen für nunmehr

oft wechselnde Lebensumstände, die Familien betreffen.

Lassen Sie mich aber kurz auf zwei Bereiche eingehen, die heute noch relativ wenig angesprochen worden sind, die mir aber doch auch sehr wichtig erscheinen und die, wie ich weiß, auch unserem Stadtrat sehr wichtig erscheinen. Viel wird ja über Mitbestimmung und über Beteiligung gesprochen, darüber, Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen in die Ausrichtung, Besprechung, Bewertung, Gestaltung ihres Wohnumfeldes, sei das im Gemeindebau oder sei das auch in den Grätzeln unserer Stadt, in den Mietwohnungen, in den Genossenschaftsbauten. Und da denke ich schon, dass wir mit den Instrumenten und mit den Einrichtungen der Stadt, wie den Wohnpartnern im städtischen Gemeindebau und auch der Gebietsbetreuung Stadterneuerung zwei hervorragende Instrumente haben, die eine Infrastruktur bieten für unsere Bewohnerinnen und Bewohner, egal, in welcher Form des Wohnens, um mit dabei zu sein, Informationen zu erhalten, sich beteiligen zu können, sich einbringen zu können, Service und Rat und Tat zur Seite zu haben.

Die Wohnpartner sind ja noch relativ neu, aber ich denke mir, auch schon sehr gut etabliert. Sie wachsen in den Gemeindebauten und in den verschiedenen Bezirken. Sie können stolz darauf sein und wir können stolz darauf sein, dass sie schon ein Jahr nach ihrer Gründung einen tollen Preis erhalten haben, und zwar den Integrationspreis des ORF gemeinsam mit Wirtschaft für Integration. Sie haben diesen Preis unter anderem deswegen gewonnen, weil sie auch schon in ihrer Besetzung der MitarbeiterInnen auf die Diversität achten, die sich abbilden soll in den Einrichtungen der Stadt. So wie Wien aufgestellt ist, so sollen auch die Einrichtungen der Stadt den Bewohnerinnen und Bewohnern, Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen. Und dafür haben die Wohnpartner diesen Preis schon nach einem Jahr ihres Bestehens erhalten. Ich finde das eine tolle Leistung.

Ich glaube auch, dass unser Nachbarschaftsservice im Gemeindebau tatsächlich dazu beiträgt, ein besseres Zusammenleben und eine bessere Integration zu bewerkstelligen. Man soll nicht auf das Zwischenmenschliche vergessen. Ich weiß schon, im Moment geht es um die Sicherung des Wohnbaues, wie wir weiter das leistbare Wohnen zur Verfügung stellen, nichtsdestotrotz ist es uns sehr wichtig – das geht immer wieder auch aus den Reden, und zwar aller Fraktionen, hervor –, dass die Menschen auch durch Menschen eingebunden sind in ihr Lebensumfeld und dort mitreden und mitbestimmen können.

Die Wohnpartner schaffen soziale Netzwerke im Gemeindebau, sie stärken Mieterbeiräte und Mieterbeirätinnen, sie sorgen für Vernetzung der BewohnerInnen auch mit anderen sozialen Einrichtungen in den Grätzeln und in ihrem Wohnbau, seien das die sozialen Einrichtungen für Sozialhilfe, seien das Jugendzentren, Bassena et cetera. Sie sorgen also dafür, alle diese Einrichtungen, die unseren Wienerinnen und Wienern zur Verfügung stehen im Gemeindebau, insbesondere zu vernetzen und aufzubereiten für ein

gutes Zusammenleben.

Die Gebietsbetreuung Stadterneuerung bildet das ähnlich für den Bereich des privaten Wohnens und des gemeinnützigen Wohnens ab. Wir feiern 25 Jahre mobile Gebietsbetreuung Stadterneuerung. Wir haben mehrere Standorte, die ihren 20er und 21er ... (GR *Heinz Vettermann deutet mit einer Geste Beifall an.*) Danke für die Hinweise, dass Klatschen fällig wäre. Ich glaube euch das gerne. Ich beschleunige es ein bisschen. Wir wollen ja zügig weitermachen, und diese tolle Diskussion, die bisher so friedlich verlaufen ist, will ich nicht stören durch Applaus zwischendurch. Das ist doch nett, oder? (*Heiterkeit. – Beifall bei der SPÖ sowie von GR Mag Johann Gudenus, MAIS und GR Dkfm Dr Fritz Aichinger.*) Jetzt bin ich einmal so versöhnlich, und dann nützt es auch nichts. Wie man es macht, macht man es falsch.

Einige Standorte haben schon ihren 20er hinter sich und gefeiert, und ich denke, mit den baldigen Neubesetzungen, die erfolgen werden, können wir auch diese Erfolgsgeschichte der Gebietsbetreuung Stadterneuerung fortschreiben.

Auch hier kann ich darauf verweisen – es ist zwar schon letztes Jahr gewesen, aber doch –, dass wir als Stadt Wien die „Scroll of Honour“ der United Nations, der Vereinten Nationen, für die sanfte Stadterneuerung bekommen haben, als ganz besonders eindrucksvolles Projekt, das wir schon so lange betreiben, indem wir nicht sozusagen die Viertel schleifen, nicht den Altbestand und die Kernstadt aufweichen, sondern dort mit der Stadterneuerung in einem dynamischen Veränderungsprozess mit den Bürgern gemeinsam gestalten, um die verschiedenen Grätzl und Gebiete aufzuwerten, zu sanieren und sozusagen in ihrem Bestand zu belassen. Wir haben uns über diese Auszeichnung sehr gefreut. Ich denke mir, dass sie schon wirklich eine große Anerkennung ist für diese besondere Leistung der Stadterneuerung.

Gebietsbetreuung Stadterneuerung ist, wie gesagt, auch für Rat und Tat zur Seite, also das, was Wiener Wohnen mit den verschiedenen Serviceeinrichtungen, aber auch die Wohnpartner für die Gemeindebauten sind – da natürlich dichter –, sind die Gebietsbetreuungen für die Wienerinnen und Wiener im Privatbereich und im Genossenschaftsbereich.

Wir wollen uns weiter um ein intaktes Wohnumfeld kümmern. Das ist sicherlich die Grundvoraussetzung für die hohe Lebensqualität, die wir in dieser Stadt haben. Die Einrichtungen, die wir flankierend zu unserer Wohnbaupolitik errichtet haben, sind ein wichtiger Teil bei der Beteiligung unserer Bürgerinnen und Bürger. Wir werden das weiter vorantreiben, auch die Vernetzung insgesamt im sozialen Bereich. Es ist eine sehr gute Sache von StR Michi Ludwig gewesen, auf die Wohnpartner zu setzen und die enge Vernetzung und Zusammenarbeit nicht nur in seinem eigenen Ressort, sondern auch mit den anderen Ressorts weiter voranzutreiben.

Ich denke mir, wir können mit gutem Gewissen diesem Budget, das vorgelegt wurde, auch in unserem

Bereich zustimmen. Noch mehr Geld wünscht man sich immer, das ist gar keine Frage, aber wir sind froh darüber, doch ein größeres Budget bekommen zu haben, wofür wir ja auch gemeinsam – das können wir durchaus sagen – gekämpft haben. Ich erinnere mich an viele Diskussionen auch in unserem Ausschuss und denke mir, dass wir so auch in der positiven Diskussion im Wohnbauressort fortfahren können, weil wir uns glücklicherweise alle darüber einig sind, dass mit dem kostengünstigen, aber qualitativ hochwertigen Wohnen sozusagen auch ein Alleinstellungsmerkmal Wiens in Europa und international erreicht werden kann und wir das definitiv erhalten wollen. – Danke schön. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Univ-Prof Dr Eisenstein. Ich erteile es ihm.

GR Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es gibt mehrere Siedlungen in Wien, in denen in nächster Zeit die Nutzungsverträge auslaufen. Exemplarisch nenne ich wieder einmal – ich habe hier schon zwei oder drei Mal darüber gesprochen – die Freihofsiedlung im 22. Bezirk, wo neue Verträge ausgearbeitet wurden, und in diesen neuen Verträgen ist vorgesehen, dass das Nutzungsentgelt das 3-Fache des bisherigen Wertes betragen soll und der Baurechtszins das 70-Fache des bisherigen Wertes.

Ich weiß sehr gut, wenn man sich die absoluten Zahlen pro Quadratmeter ansieht, dann sind die ziemlich klein oder sie scheinen zumindest klein zu sein. Daraus ergeben sich aber in Summe doch sehr hohe Kosten, die letzten Endes zu einer Armutsfalle werden können. Und da die Siedlerinnen und Siedler ja vor vollendete Tatsachen gestellt werden, gilt für manche ganz sicher – von einigen weiß ich es ganz bestimmt –, dass sie sich das Wohnen in ihrem gewohnten Umfeld nicht mehr leisten können. In ihrem gewohnten Bereich wird das für sie halt dann nicht mehr möglich sein. Um hier Abhilfe zu schaffen, bringe ich heute einen Antrag ein, der auf die soziale Verträglichkeit von Nutzungsentgelt und Baurechtszins abzielt. Den Antrag bringe ich gemeinsam mit meinem Klubkollegen Dr Alfred Wansch ein. Er lautet:

„Der Gemeinderat fordert den zuständigen amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung auf, eine deutliche Senkung des vorgesehenen Nutzungsentgeltes und Baurechtszinses auf ein sozial verträgliches Maß zu erwirken sowie die Einräumung der Möglichkeit zum Eigentumserwerb durch die Siedlerinnen und Siedler der Freihofsiedlung und anderer betroffener Siedlungen.“

Der Eigentumserwerb ist von der Gemeinde bisher kategorisch abgelehnt worden. Mir ist auch vollkommen klar, dass das verwaltungstechnische Schwierigkeiten hervorruft, aber ich denke, man sollte wenigstens einmal darüber reden und die Möglichkeit überhaupt einmal in Betracht ziehen. Das wäre schon ein großer Fortschritt.

Ich bedaure in diesem Zusammenhang auch, dass die Gemeinde keine Gespräche mit den Siedlervertretern selbst geführt hat, sondern die Verantwortung einer Genossenschaft übertragen hat und es daher leider auch keine direkten Vereinbarungen zwischen Siedlerinnen und Siedlern auf der einen Seite und der Gemeinde Wien auf der anderen Seite gibt.

Ich sage es noch einmal, es geht mir darum, die soziale Verträglichkeit herzustellen und diese nicht außer Acht zu lassen. Deshalb ersuche ich Sie, diesem meinem Antrag zuzustimmen. – Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist nunmehr der Herr Amtsf StR Dr Ludwig. Ich bitte um Ihre Worte. *(GR Johann Herzog: Ich habe mich zu Wort gemeldet!)* Bei mir liegt nichts vor. Also gibt es noch eine Wortmeldung? *(GR Johann Herzog: Ja!)* Ich glaube, es spricht nichts dagegen, wenn ich dem Herrn GR Herzog noch das Wort erteile. Bei mir ist nichts eingelangt, und ich bitte die Schriftführer, das weiterzutragen, denn es wäre nicht ganz unentscheidend, dass ich das auch bekomme.

Herr Stadtrat, Sie verzeihen! Zu Wort gemeldet ist nunmehr der Herr GR Herzog. Ich erteile ihm das Wort.

GR Johann **Herzog** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat!

Ich habe nicht stark darauf bestehen wollen, aber ich möchte ein paar Bemerkungen zum Herrn Stürzenbecher und ein bisschen was zur Frau Wehsely sagen. Wir als Freiheitliche haben immer – das möchte ich feststellen –, durch die ganzen Jahrzehnte, einen Verkauf von Gemeindewohnungen abgelehnt. Das ist überhaupt keine Frage, dass wir das immer unterstützt haben, dass die Gemeindewohnungen im Besitz der Gemeinde Wien bleiben. Aus den verschiedensten Gründen: als Basis für eine vernünftige Wohnungssozialpolitik, aber eben auch deshalb, weil ein Verkauf von Wohnungen an Personen mit mittelständischen Einkommen eine Gefährdung für diese Personen bedeutet. Auch wenn sie sich den Kauf leisten können, wie hoch der auch immer ist, können durch Sanierungen, durch anfallende Kosten und dergleichen mehr Kosten für diese Personen und Haushalte entstehen, die sie sich beim besten Willen nicht leisten können und mit denen sie wahrscheinlich beim Eingehen dieses Abenteuers auch gar nicht gerechnet haben.

Ich möchte aber zur Frau Wehsely, die die kühne Behauptung aufgestellt hat, dass sich die Wiener Sozialdemokraten darum bemühen, die Mieten zu drosseln, schon sagen, davon kann ich wenig bemerken. Wenn ich sehe, wie die Umformung der Gemeindebauten bei den Neuvermietungen je nach Richtwertgesetz erfolgen, heißt das, dass natürlich 9 000 oder 10 000 Wohnungen im Jahr umgewandelt werden von bisherigen Gemeindesozialwohnungen zu anderen, die nach Richtwertgesetz abgehandelt werden und die damit aus dem Kreis des bevorzugten Wohnungsbaus herausfallen und normale Mietwohnungen nach dem Richtwertgesetz werden.

Damit entfernt sich die Sozialdemokratische Partei – beginnend mit Faymann, das ist unser heutiger Bundeskanzler, der das in die Wege geleitet hat, aber der Herr Stadtrat führt das weiter – natürlich von den alten Vorstellungen eines Sozialwohnungsprogramms. Das möchte ich anmerken. Genauso ist vom Drosseln der Mieten in Wien von Seiten der Sozialisten nicht die Rede, sondern es kann nur von der Erhöhung der Mieten gesprochen werden, also von den Mieten selbst, vom weiten Bereich der unglaublich steigenden Betriebskosten, von deren Erhöhung wir in den letzten Wochen gehört haben, einmal ganz abgesehen.

Zum Mietrecht selbst möchte ich, weil hier immer festgestellt wird, wie schlecht dieses Mietrechtsgesetz respektive das Richtwertgesetz sei, feststellen – der Herr Stürzenbecher, der diese Klage ebenfalls erhoben hat, ist gerade nicht da –, dass dieses Mietrechtsgesetz von Sozialdemokraten und ÖVP unter heftiger Bejubelung der Arbeiterkammer beschlossen wurde und auch verlangt und durchgesetzt wurde, gegen den massiven Widerstand der FPÖ hier in diesem Rathaus. Ich war oft genug Hauptredner gerade zum Thema Richtwertgesetz, und der leider verstorbene Abgeordnete Schöll hat das im Parlament massiv vertreten. Es wurde von SPÖ, ÖVP und Arbeiterkammer massiv betrieben, und genau die beklagen heute die Zustände, die sie selbst herbeigeführt haben.

Abgeordneter Schöll war Makler und hat eigentlich – das muss man dazusagen – gegen seine privaten und wirtschaftlichen Interessen gehandelt, denn wir haben schon damals – und wir haben recht behalten – im Richtwertgesetz kein handhabbares Gesetz gesehen, sondern befürchtet – und das ist auch so eingetreten –, dass der Mietmarkt sich jetzt parallel zum Richtwertgesetz entwickeln wird und sozusagen auf die Bestimmungen nur bedingt eingeht. Das ist etwas, was geschehen wird.

Aber ich möchte auch sagen, sollte der Versuch unternommen werden, ein neues Mietrecht zu schaffen, das sozial ausgewogen ist, eigentumsfreundlich, aber gleichzeitig auch flexibel genug, wird es selbstverständlich unsere Mitarbeit finden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Nunmehr zu Wort gemeldet ist der Herr Amtsf StR Dr Ludwig. – Bitte.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Hoher Gemeinderat!

Wir erstellen dieses Budget in wirtschaftlich nicht einfachen Zeiten, wie wir wissen und wie wir auch schon gestern und heute gehört haben. Grund für diese schwierigen Rahmenbedingungen sind eine internationale Finanz- und Wirtschaftskrise, und gerade beim Themenbereich Wohnen sollte man auch darüber nachdenken und rekapitulieren, was Wurzel und Ursache dieser internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise war. Das war nämlich der Umstand, dass sich in den USA sehr viele Menschen ihren Wohnraum nicht mehr leisten konnten und deshalb gezwungen waren, Hypothekarkredite aufzunehmen, und diese nicht einzulösenden Kredite der Auslöser für eine zuerst

Finanzkrise waren, die auch die Realwirtschaft erfasst hat, und zwar nicht nur in den USA, sondern im Anschluss daran auch in allen anderen Teilen der Welt. Wir stehen daher heute vor der ersten großen Weltwirtschaftskrise, die alle Erdteile gleichermaßen umfasst, im Unterschied zu früheren Wirtschaftskrisen, die es immer wieder auch seit dem Zweiten Weltkrieg gegeben hat.

Also, wenn man will, eine sehr schwierige Situation, wo man auch sehr genau beobachten kann, welche unterschiedlichen Auswirkungen diese Krise in verschiedenen Ländern und Städten gebracht hat. Denn nicht nur in den USA hat es große Schwierigkeiten gegeben, auch in vielen europäischen Ländern, ich denke nur an das Platzen der Immobilienblase in Spanien mit der daraus resultierenden sehr großen Arbeitslosigkeit in Spanien und den vielen leerstehenden Wohnungen, die sich auch die spanische Bevölkerung nicht leisten kann.

Von da her, denke ich, ist die Situation in Wien eine Bestätigung des sehr richtigen Weges, den wir in den letzten Jahrzehnten eingeschlagen haben, und dieser richtige Weg besteht aus mehreren Kategorien, wie ich meine. Ein ganz wichtiger Bereich ist die sehr gute Zusammensetzung zwischen Objekt- und Subjektförderung. Das heißt, dass wir auf der einen Seite den Neubau und die Sanierung des Wohnungsbestandes finanziell unterstützen, zum anderen aber auch versuchen, punktuell genau jenen Menschen zu helfen, die diese Hilfe auch benötigen.

Die Kollegin Hebein hat ja auf diese Bedeutung der sozialen Unterstützung hingewiesen und auch darauf, dass wir uns – und da bin ich schon in der Perspektive für das kommende Jahr – auch gemeinsam bemühen wollen, ein Wohngeld zu schaffen, das aus den bisherigen Mietbeihilfen und Wohnbeihilfen gespeist wird, transparenter ist, vielleicht auch für die Betroffenen leichter zugänglich gemacht wird.

Ich denke, wir sollten gemeinsam auch darüber nachdenken, wie wir die Wohnungssicherung gesetzlich, vielleicht auch mit einer Richtlinie, verankern, damit sichergestellt werden kann, dass Menschen, die von einer Delogierung bedroht werden, bereits frühzeitig eine entsprechende Sicherung erfahren. Hier gibt es gute Erfolge, die wir im geförderten, aber zum Teil auch im freien Wohnungsmarkt erzielt haben, und dieser Erfahrungen sollten wir uns bedienen. Also diese sehr gute Mischung aus Objekt- und Subjektförderung ist sicher ein Grund für die gute Situation in Wien.

Ein anderer Grund ist sicher, dass wir einen sehr hohen Wohnungsbestand haben, der nicht dem freien Wohnungsmarkt ausgesetzt ist. Richtig ist – der Kollege Chorherr hat darauf hingewiesen –, dass es einen regulierten Wohnungsmarkt in Wien gibt, und dazu bekennen wir uns als Sozialdemokraten seit vielen Jahrzehnten. Wohnung ist ein Menschenrecht und kann deshalb auch nicht dem Markt alleine überlassen werden. Regulierung durch das Mietrecht ist wichtig, aber auch Regulierung durch einen Wohnungsbestand, über den wir auch als Stadt verfügen können. Es ist ein

Wohnungsbestand, der nach wie vor ein sehr großer ist.

Frau GRin Frank, ich bin da nicht Ihrer Meinung, dass es schrumpfende Restbestände sind, wie Sie gesagt haben, sondern wir haben nach wie vor 220 000 Gemeindewohnungen und 200 000 geförderte Wohnungen, geförderte Miet-, geförderte Genossenschaftswohnungen. 60 Prozent aller Wienerinnen und Wiener leben in einer geförderten Wohnung. Wir liegen damit im absoluten internationalen Spitzenfeld, und es ist auch nicht daran gedacht, auch nicht von mir als Stadtrat, diesen Bestand zu reduzieren, sondern ganz im Gegenteil. Wir versuchen beispielsweise auch durch Dachgeschoßausbauten, auch in Gemeindebauten, die Anzahl der frei verfügbaren Wohnungen zu erhöhen. Und ich denke, dass dieser geförderte Wohnungsbestand mit ein Grund ist, dass die Mieten nicht nur für die Gemeindebaumieterinnen und -mieter sehr stabil sind, sondern auch eine preisdämpfende Wirkung für den gesamten Wohnungsmarkt in unserer Stadt haben.

Sieht man jetzt von der Ausnahme Berlin ab, die Sie zitiert haben – Berlin ist deshalb eine Ausnahme, weil es einen sehr starken Leerstand gibt; ich sage, noch, denn es wird gerade daran gearbeitet in Berlin, diesen Leerstand zu reduzieren, und damit, und das beobachten wir auch, werden wir auch in Berlin steigende Miethöhen haben; es gibt auch sehr viele österreichische Investoren, die in Berlin tätig sind, auch aus diesem Grund heraus –, aber sieht man jetzt von der Ausnahme Berlin ab, sind die Miethöhen in allen anderen europäischen Städten deutlich höher als in Wien. In London beispielsweise dreimal so hoch, in Paris doppelt so hoch. Aber auch, wenn ich Städte wie Mailand, Hamburg, Barcelona hernehme, Städte also, die von der Größe her vergleichbar sind mit Wien, sind die Mieten im Schnitt um 100 Prozent höher, und in München, einer Stadt, die kleiner ist als Wien, aber von der regionalen Bedeutung her vielleicht noch vergleichbar, ist die Miete im Durchschnitt um 40 Prozent höher.

Also es muss ja Gründe geben, warum in Wien die Situation eine sehr gute ist, und diese Gründe sehe ich auch in den von mir angeführten historischen Entwicklungen, auch in der jahrzehntenlangen historisch gesicherten, auch politisch gesicherten Tradition, die es in unserer Stadt gibt, denn viele andere Städte sind ja den Versuchungen des Neoliberalismus erlegen und haben ihre Wohnungsbestände verkauft, was sie heute bitter bereuen, weil sie damit auch ein ganz wichtiges Lenkungsinstrument verloren haben. Wir in Wien haben diesen Verlockungen widerstanden und sind sehr stolz darauf, dass wir unsere Gemeindebauten nicht verkauft haben und das auch in Zukunft nicht tun werden, im Unterschied allerdings – das sage ich auch ganz deutlich – zum Beispiel zum Bund, wo in der ÖVP-FPÖ-Bundesregierung damals die BUWOG-Wohnungen verkauft worden sind. Auch das sollte man vielleicht nicht ganz vergessen, denn es ist immer gut, in der Theorie Dinge zu postulieren, aber ich sage immer: Erkennt sie auch an ihren Taten.

Von der Wiener Sozialdemokratie weiß man, dass wir

in den letzten Jahrzehnten diese Praxis beibehalten haben und dass man davon ausgehen kann, dass das auch in Zukunft so sein wird. Bei anderen Parteien sieht man, dass das in der Vergangenheit nicht immer so war. Von da her glaube ich, sollte man Theorie und Praxis immer in einen gewissen Einklang bringen.

Aber ich denke, wo wir alle einer Meinung sind, ist, dass es ganz wichtig ist, bei den kommenden Herausforderungen gerade dem Bereich der Sanierung einen großen Platz einzuräumen. GR Flicker hat in seiner Rede darauf hingewiesen, dass vor allem die thermisch-energetische Wohnhaussanierung große Bedeutung hat, aus, wie ich meine, zwei guten Gründen: zum einen, weil wir damit einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutzprogramm der Stadt Wien leisten können, zum anderen aber auch, weil es eine wichtige Maßnahme ist, auch die Betriebskosten der Mieterinnen und Mieter zu reduzieren.

Wir wissen, dass die Energiepreise steigen – auch auf Grund der internationalen Marktsituation, von dieser Entwicklung wird sich Wien nicht entkoppeln können –, umso bedeutsamer ist es daher, dass wir Maßnahmen im Neubau, aber auch im Wohnungsbestand setzen, um Energiepreise zu reduzieren, um Energiekosten zu reduzieren, um Maßnahmen zu setzen, dass die Mieterinnen und Mieter weniger Geld für das Heizen ausgeben müssen. Hier hat die thermisch-energetische Wohnhaussanierung eine große Bedeutung. Ich werde deshalb im kommenden Budgetjahr der thermisch-energetischen Wohnhaussanierung auch einen besonderen Platz einräumen. Auch von der budgetären Gewichtung her wird das einer der großen Schwerpunkte sein, die wir uns vornehmen.

Ein weiterer Punkt, den auch Kollege Norbert Walter angesprochen hat, ist, dass wir mit der demographischen Entwicklung in unserer Stadt umgehen müssen, auch in der Sanierung, mit der Situation, dass es immer mehr Menschen gibt, die älter werden. Älter sein heute heißt nicht, 70, 75 Jahre alt zu sein, sondern das sind 90-, 95-Jährige und ältere Menschen, die auch andere körperliche Beeinträchtigungen haben, und es ist sehr richtig, dass man diesem Themenschwerpunkt besonderen Raum auch in der Wohnbaupolitik geben muss.

Ich habe aus diesem Grund auch eine Informationsstelle für barrierefreies Bauen und Wohnen eingerichtet. Nicht nur für Menschen, die körperbehindert sind, sondern vor allem auch für die ältere Generation, damit man bereits frühzeitig nachdenkt, nicht erst, wenn man es benötigt, welche Maßnahmen man setzen muss, um die eigene Wohnung barrierefrei auszugestalten, welche Förderungen es auch von der Stadt Wien in diesem Bereich gibt. Diese Informationsstelle wird ihre Tätigkeit im nächsten Jahr noch verstärken.

Ein Punkt, der von einigen Rednern angeführt worden ist, ist in dem Zusammenhang vielleicht auch zu nennen, nämlich wie man auch mit verschiedenen flexiblen Grundrissen auf diese demographische Entwicklung reagieren kann. Wir haben ja einige Projekte schon durchgeführt, um zu zeigen, dass es vor allem für

ältere Menschen, die beispielsweise kurzfristig oder auch über einen längeren Zeitraum hinweg eine Person zur Pflege benötigen, einen zuschaltbaren Raum gibt, also eine höhere Flexibilität auch der Grundrisse. Diese Projekte werden von mir jetzt evaluiert, und wir werden im kommenden Jahr versuchen, hier weitere Pilotversuche durchzuführen.

Ich kann mich nur auch erinnern an Versuche in diesem Bereich, die es in den 50er und 60er Jahren von Architekt Franz Schuster gegeben hat, der kleine Wohnungen errichtet hat mit dem Hintergedanken, dass diese Startwohnungen, wenn es später einmal benötigt wird, zusammengelegt werden und eine größere Familie sich dieser zusammengelegten Wohnungen bedienen kann. Die Praxis hat allerdings gezeigt, dass im Regelfall dann immer die falsche Nachbarwohnung frei geworden ist. Also das heißt, die Vorstellung, dass man sagt, man nimmt die Nachbarwohnung dazu, funktioniert ja nur dann, wenn gerade zufälligerweise dieser eine Nachbar auszieht. Das ist halt nicht immer so der Fall, wie man sich das vorstellt, aber ich werde gerne die Anregung aufgreifen und bezüglich dieser Flexibilität der Grundrisse verstärkt Konzepte entwickeln.

Bei den Dachgeschoßausbauten, die von Kollegen Norbert Walter auch angesprochen wurden, sehe auch ich ein großes Potenzial, allerdings immer unter den Gegebenheiten, dass sie zum einen mit den technischen, vor allem statischen Möglichkeiten kompatibel sind, und zum Zweiten, dass sie auch in das Stadtbild passen. Also wenn diese beiden Rahmenbedingungen erfüllt sind, bin ich sehr dafür, dass wir über Dachgeschoßausbauten, überall dort, wo es möglich ist, nachdenken, weil wir schon über eine bestehende Infrastruktur verfügen können, und das hilft uns natürlich auch sehr stark, Kosten zu sparen.

Vielleicht noch zur Anregung von Frau GRin Frank, sich auch besonderer Schätze in unserer Stadt anzunehmen. Ja, das tun wir. Und gerade das von Ihnen angeführte Beispiel Werkbundsiedlung ist auch ein Zeichen dafür, dass wir uns als Stadt hier sehr intensiv der Herausforderung stellen. Denn man sollte nicht vergessen, dass wir von jenen Gebäuden der Werkbundsiedlung, die von der Stadt Wien betreut werden, jährliche Einnahmen von in etwa 60 000 EUR haben, die Gesamtsanierungskosten aber mehr als 10 Millionen EUR ausmachen werden. Trotzdem, weil wir uns der kulturhistorischen Bedeutung der Werkbundsiedlung bewusst sind, werden wir dieses Geld auch investieren, in enger Zusammenarbeit auch mit dem Bundesdenkmalamt. Ich denke, hier haben wir wahrscheinlich europaweit ein Musterbeispiel, wie man mit historischer Bausubstanz umgehen kann, und ich glaube, wir können jetzt schon mit Stolz sagen, dass der Beginn dieser Sanierungsarbeiten sehr gut läuft, dass wir hier schon Pilotversuche an zwei Gebäuden durchgeführt haben, um auch Materialprüfungen vorzunehmen und dass das sicher ein auch europaweit sehr stark beachtetes Projekt werden wird.

Also hier sind wir uns der großen Verantwortung bewusst. Das gilt für die Werkbundsiedlung wie in

gleichem Ausmaß auch für den Wohnungsbestand der Stadt Wien. Wir haben beispielsweise in Hasenleiten in Simmering mit dem Bundesdenkmalamt gemeinsam eine wirkliche Mustersanierung durchgeführt, wo wir sehr stolz darauf hinweisen können, dass auch Gemeindebauten in einer Art und Weise saniert werden, wofür man durchaus auch international sehr großes Lob bekommt.

Wir haben erst vor wenigen Wochen den höchsten Preis von der UNO Habitat für gelungene Sanierungsprojekte in Wien bekommen. Wir sind damit die erste europäische Großstadt seit 2001 gewesen, die diesen Preis bekommen hat, und auf diese Leistungen im Bereich der Sanierung können wir, glaube ich, alle in unserer Stadt sehr stolz sein. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Zum Neubau in aller Kürze jetzt vielleicht nur ein Hinweis noch auf das kommende Budget. Wir haben uns im Neubau einige Schwerpunkte im geförderten Wohnbau vorgenommen, wir haben allerdings ergänzend dazu mit der Wohnbauinitiative ein, wie ich meine, gutes Instrument gefunden, dieses Zeitfenster der niedrigen Zinsen zu nutzen, sodass wir gemeinsam mit sechs Konsortien, bestehend aus Wohnbauträgern und Finanzdienstleistern – Banken, Versicherungen –, insgesamt 6 250 Wohneinheiten in den nächsten 2 Jahren herstellen werden. Das sind Wohneinheiten, die, was die Kosten betrifft, angelehnt sind an den geförderten Wohnbau. Das heißt, für die Mieterinnen und Mieter wird es keine anderen Konditionen geben als für Mieterinnen und Mieter im geförderten Wohnbau für Verträge, die in den ersten zehn Jahren abgeschlossen werden; dann allerdings unbefristet für diese Mieterinnen und Mieter. Für alle Verträge, die später abgeschlossen werden, gelten dann die Bestimmungen des frei finanzierten Wohnungsmarktes. Das ist klar, denn wenn wir keine Wohnbauförderungsmittel in dem Bereich einsetzen – es sind frei finanzierte Wohnungen –, dann kann man sich nicht erwarten, dass auf Dauer dieselben Bedingungen bestehen.

Aber immerhin ist es uns gelungen, durch Einbeziehung auch Privater – und ich glaube, es macht Sinn, dass man hier die Kooperation sucht – Ergänzungen – und ich betone immer, Ergänzungen – zum geförderten Wohnbau zu schaffen. Der Vorteil ist, dass hier auch die Bedingungen des frei finanzierten Wohnungsmarktes gelten, dass also auch Personen, die beispielsweise über den Einkommenskriterien liegen, manchmal vielleicht auch ganz knapp, die Möglichkeiten haben, Wohnungen zu bekommen, die nach den Konditionen des geförderten Wohnbaus ausgerichtet sind.

Also es wird gerade für den Mittelstand eine sehr, sehr starke Unterstützung geben, und für den anderen Teil – es wurde schon mehrfach auch erwähnt, deshalb kann ich kurz sein; vor allem auch von GR Stürzenbecher und GRin Wehsely –, gilt, dass wir hier mit dem Projekt der Superförderung ein Instrument haben, das bewirkt, dass die Mieterinnen und Mieter sehr geringe oder fast keine Eigenkapitalbeiträge zu

leisten haben, ein Bereich, den ich auch im nächsten Jahr ausbauen möchte. Das heißt, es wird mehr supergeförderte Wohnungen geben, und von da her haben wir unterschiedliche Zugänge zum Wohnungsmarkt, das ist mir auch wichtig. Es soll keine Wohnungen von der Stange geben, sondern ganz unterschiedliche Wohnungen für unterschiedliche Wohnungssituationen, auch für ganz verschiedenartige Finanzmöglichkeiten der einzelnen Personen. Auch auf die flexiblen innerfamiliären Verhältnisse wurde ja schon zu Recht eingegangen. Also von da her gehe ich davon aus, dass wir im nächsten Jahr einen großen Anteil an neuen, sehr attraktiven und sehr verschieden ausgerichteten Wohnungen haben werden, die für den steigenden Bedarf auch ausreichen werden.

Abschließend möchte ich vielleicht noch auf vier Punkte hinweisen, die im nächsten Jahr und auch in der Folge, glaube ich, für uns alle, auch als politische Entscheidungsträger, wichtig sein werden. Wenn wir das hohe Niveau in der Wiener Wohnbauwirtschaft aufrechterhalten wollen, wird es meiner Meinung nach vier Punkte geben, die wir besonders im Auge behalten müssen.

Das eine sind die Grundstückspreise, die im Steigen begriffen sind und gemeinsam mit den steigenden Bau- und Finanzierungskosten mit dazu beitragen, dass wir alle unsere Bemühungen einsetzen müssen, um hier preisdämpfend zu wirken.

Das Zweite ist, dass wir eine entsprechende Anzahl an Widmungen benötigen, um auch Neubauprojekte durchzusetzen. „Durchzusetzen“ erwähne ich auch deshalb, weil wir uns in Zukunft sicher auch damit auseinandersetzen werden müssen, dass Anrainerinnen und Anrainer sich, was Neubauprojekte betrifft, immer reservierter verhalten werden – sage ich jetzt einmal vorsichtig –, und wenn wir alle gemeinsam der Meinung sind, es ist notwendig, mehr Wohnraum zu schaffen, dann muss man sich auch diesen Diskussionen mit den Anrainerinnen und Anrainern stellen. Auch hier würde ich mich freuen über viel Solidarität, auch aus dem Kreis dieses Hauses, denn im Allgemeinen sind wir ja immer alle dafür, dass wir mehr bauen, im Konkreten ist das dann etwas differenzierter, würde ich einmal sagen. Also auch da, glaube ich, sollten wir gemeinsam auftreten.

Dritter wichtiger Punkt ist, dass die Wohnbauförderung in einem entsprechenden Ausmaß vorhanden ist. Auch hier möchte ich nur erwähnen, dass es schon Bundesregierungen gegeben hat, die über eine Abschaffung der Wohnbauförderung generell nachgedacht haben. Hier sind wir erfreulicherweise in einer anderen Situation, vor allem auch deshalb, weil die Bundesländer die Wohnbauförderung immer als ganz wichtiges Instrument gesehen haben und sich hier durchgesetzt haben.

Der vierte Punkt ist jener der Infrastruktur. Wir sind ja sehr stolz in Wien, dass wir eine Infrastrukturkommission haben und hier versuchen, im Neubau ganz eng auch mit anderen Ressorts zusammenzuarbeiten, um auch die verkehrstechnische, die soziale Infrastruktur mitzuliefern, damit hier nicht Wohnbauten auf der grünen Wiesen

stehen, sondern damit hier auch gemeinsam Urbanität geschaffen wird.

Ich denke, das sind vier Punkte auch für das kommende Budgetjahr, mit denen wir uns sicher ganz besonders beschäftigen müssen. Und wenn ich beschäftigen sage, so möchte ich die Gelegenheit benutzen, mich ganz herzlich bei den Beschäftigten meines Ressorts zu bedanken, bei jenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die im vergangenen Jahr, aber auch im kommenden Jahr diese schwere Arbeit mit mir gemeinsam tragen werden.

Ich möchte mich ganz besonders herzlich auch bedanken bei allen Mitgliedern des Wohnbauausschusses. Wir haben zwar immer sehr kontroverielle, spannende Diskussionen, aber, wie ich meine, kommen wir dann doch in den wichtigsten Punkten zu gemeinsamen Entscheidungen – zum Wohl unserer Stadt, zum Wohl unserer Bevölkerung in unserer Heimatstadt Wien. Und so soll es auch sein.

Von da her freue ich mich auf gute Zusammenarbeit auch im kommenden Jahr 2012. – Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Danke, Herr Stadtrat. Ich erlaube mir anzumerken, dass auch mir aufgefallen ist, dass die Diskussion in diesem Geschäftsbereich eine ausgesprochen angenehme war.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales. Ich schlage vor, die Debatte zu dieser Geschäftsgruppe gemeinsam mit Postnummer 4, das ist der Wirtschaftsplan der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund für das Jahr 2012, durchzuführen, die Abstimmung über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien und den Wirtschaftsplan Wiener Krankenanstaltenverbund jedoch getrennt vorzunehmen.

Wird dagegen ein Einwand erhoben? – Das ist nicht der Fall. Ich darf die Damen und Herren des Gemeinderates ersuchen, so vorzugehen.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales. Als Erste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Korosec. Ich erteile das Wort.

GRin Ingrid **Korosec** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Stadträtin! Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gesundheits- und Sozialpolitik ist ein ganz wichtiger Bereich der Budgetpolitik, und Frau VBgmin Brauner hat das ja gestern auch aufgezeigt. Hier werden sehr, sehr wesentliche Entscheidungen für die Menschen getroffen, und ein Viertel des Gesamtbudgets von 12 Milliarden EUR betrifft Soziales und Gesundheit.

Die Wiener ÖVP bekennt sich grundsätzlich zu diesem Viertel, jetzt sage ich aber, grundsätzlich, denn unser Bestreben war und ist immer der Aspekt Sparsamkeit, Effizienz und Wirtschaftlichkeit, und das ist in vielen Bereichen dieses Budgets nicht vorhanden.

Ihr Einstand von der Grünen Fraktion – aber es ist kaum jemand da (*GRin Dr Sigrid Pilz: Ich bin da!*); ja, Sie sind da – zum ersten Budget, muss ich Ihnen sagen, Frau Dr Pilz, es ist ein zu vergessendes Erlebnis.

Ich beginne mit dem Sozialen. Wir haben 1,2 Milliarden im sozialen Bereich, das sind 10 Prozent, das sogenannte Herzstück der Sozialdemokraten. Soziale Gerechtigkeit hat ja bei Ihnen so einen hohen Stellenwert. Ich denke nur daran, was der Bundeskanzler im ganzen Land plakatiert: „Zeit für Gerechtigkeit.“ Ist es gerecht, meine Damen und Herren von der Stadtregierung, sowohl Rot als auch Grün, die Gebührenlawine über die Wienerinnen und Wiener zu wälzen? Es ist gestern und heute ja schon darüber gesprochen worden, daher sage ich wirklich nur 2 Sätze, wie Müll, Kanal, Wasser, Parkpickerl 70 Prozent, Hundeabgabe – auch interessant – 65 Prozent. Mehr brauche ich nicht zu sagen, denn diesbezüglich ist schon sehr viel erwähnt worden. Das ist eine ausgesprochene Schröpfaktion, die Sie hier vornehmen, und daher will ich Ihnen schon den Spiegel vors Gesicht halten.

Wen trifft es tatsächlich? Trifft es die Wohlhabenden dieser Stadt? Nein, das Gegenteil ist der Fall. Es trifft den Mittelstand, und es trifft die sozial Schwachen, und das ist das unglaublich Unsoziale an diesem rot-grünen Belastungspaket. *(Beifall bei der ÖVP und von StR David Lasar.)*

Auch bei der Reform der Wiener Linien haben Sie Ihr wahres Gesicht gezeigt. Viel Lärm um wenig, aber viele Belastungen. Der Zweifahrtschein, den Sie so diskret verschwiegen und erst im Nachhinein beschlossen haben, ist jener Fahrschein, der gerade von Seniorinnen und Senioren, aber natürlich auch von jungen Familien für gelegentliche Fahrten mit den Öffis genützt wird. Den haben Sie erhöht um 10 Prozent. Ich habe heute Früh eine Mail von einem Ehepaar bekommen, das mir da schreibt, wie ungeheuerlich es ist, von 2,30 auf 2,50 zu erhöhen. Wir 80-Jährigen – das sind offenbar zwei Senioren – können in dem Verkehr nicht mehr auf das Fahrrad umsteigen. – Also auch darauf hätten Sie Rücksicht nehmen müssen, haben Sie aber nicht.

Meine Damen und Herren! Das ist ein Armutszeugnis, und da können Sie nicht erwarten, dass die Oppositionspartei ÖVP hier mitjubelt. Nein, das tun wir nicht wir nicht, wir halten das für einen Skandal.

Dann komme ich zur Mindestsicherung. Die Ausgaben der Mindestsicherung erhöhen sich von 132 Millionen EUR auf 374 Millionen EUR. Sie rechnen mit 124 000 Mindestsicherungsbeziehern. Das ist kein Wunder. Wenn man auf der einen Seite die Gebühren so erhöht, dann sind selbstverständlich wieder mehr Menschen armutsgefährdet. Das ist Ihre Politik. Das war immer so. Auf der einen Seite nehmen Sie den Menschen etwas weg, und auf der anderen Seite geben Sie es so als Almosen wieder zurück. Wir wollen keine Almosenbezieher, sondern wir wollen eine Wirtschaftspolitik, wo die Menschen dieser Stadt ihr Auskommen mit dem Einkommen haben. Und das haben sie seit Jahrzehnten versäumt. *(Beifall von GR Dkfm Dr Fritz Aichinger.)*

Ich erinnere wieder daran – das habe ich schon öfter gemacht, aber man muss den Mut zur Wiederholung haben –, Herr Bgm Häupl hat 1994 die Vollbeschäftigung versprochen. Das war zwar im letzten Jahrtausend, aber

versprochen – gebrochen, kann man nur sagen. In diesem gebrochen liegt auch der Schlüssel der armutsgefährdeten oder in Armut lebenden Menschen dieser Stadt. Denn wenn man sich die Mindestsicherungsbezieher näher anschaut, stellt man fest, die Dauerleistungsbezieher sind keine große Gruppe. Mit den etwa 13 000 Personen ist das für eine Großstadt keine sehr große Gruppe. Die große Anzahl liegt in der Altersgruppe zwischen 25 und 59 Jahren und natürlich die dazugehörigen Kinder. Das sind 100 000 Menschen, die eine Richtsatzergänzung haben, weil sie eben prekäre Arbeitsverhältnisse haben, die zum Leben nicht ausreichen. Und da liegt Ihr Versagen.

Jahrzehntelang falsche Integrationspolitik – wir haben gestern gehört, jeder zweite Arbeitslose hat Migrationshintergrund –, jahrzehntelang versäumte Bildungspolitik, jahrzehntelang viel zu wenig Arbeitspolitik und fehlende Innovation in der Wirtschaftspolitik. Und das ist zu ändern.

Und wenn die Frau Vizebürgermeisterin gestern gesagt hat, wir wollen keine Hängematte, sondern das Sprungbrett, dann müssen Sie das ändern, damit es zum Sprungbrett wird, denn derzeit ist es nicht so. Ich habe mir die Statistik des Jahres 2000 angeschaut. Da gibt es eine Steigerung. Das heißt, die Menschen bleiben länger in der Mindestsicherung. Noch vor einigen Jahren war der Hauptanteil zwischen 2 und 4 Monaten, jetzt sind es 4 bis 6 Monate und 20 Prozent sogar darüber. Da sind Anstrengungen zu unternehmen. Das haben Sie versäumt. Tun Sie diesbezüglich endlich etwas! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun komme ich zum Thema Gesundheit. Über den Gesundheitsbereich könnten wir jetzt stundenlang reden. Ich werde das nicht tun, ich nehme nur drei Fälle heraus, an denen ich auch wieder aufzeigen möchte, wie wenig effizient, wie wenig wirtschaftlich gearbeitet wird.

Grundsätzlich: Das Gesundheitspaket bis 2030, Frau Stadträtin, kann man unterschreiben. Wir müssen es nur alle erleben, dass es dann tatsächlich verwirklicht ist. Die Taten sind es dann, nicht die Worte. Also dazu kann man durchaus Ja sagen, aber wenn man sich in Teilbereichen die Praxis ansieht, dann sieht man, was da alles danebengeht und wie Sie mit den Steuergeld der Menschen in dieser Stadt umgehen.

Das AKH Informationssystem. Dass das Wiener AKH ein ordentliches Informationssystem braucht, ich glaube, das steht außer Frage. Das betrifft vor allem den Bereich Klinik, aber auch den Bereich Lehre und Wissenschaft sowie alle Patientendaten. So weit, so gut.

Die Vorarbeiten zu diesen AKIM haben 1997 begonnen, also im letzten Jahrtausend, zwischen Krankenanstaltenverbund und MedUni. Verzögerungen ohne Ende! 2007, also 10 Jahre später, kam ein furchtbarer Kontrollamtsbericht. Fehlerhafte Ausschreibung, neuerliche Ausschreibung, lange Dauer des Vergabeverfahrens, 4 Jahre, 3 Millionen EUR Mehrkosten für das Projektmanagement. Allein an Rechtsanwaltskosten hat man 250 000 EUR verbraten. Das muss man erst einmal zusammenbringen, meine Damen und Herren.

Das Kontrollamt hat 2007 eine Reihe von Empfehlungen vorgelegt. Das wurde natürlich zugesagt – zugesagt wird immer alles –, doch im Jahr 2011 – und wir sind schon fast am Ende von 2011 – ist das Projekt AKIM weiterhin ein Torso, und keine Empfehlung des Kontrollamtes wurde umgesetzt.

Das heißt, seit zehn Jahren hat man herumgedoktort an diesem Projekt. Vier Wiener Gesundheitsstadträte – Rieder, Pittermann, Brauner und heute Wehsely – brachten und bringen es nicht zustande, dass das endlich zügig umgesetzt wird. Das bedeutet, dass das System KIS weitere Jahre genützt werden muss und um teures Geld verwaltet wird. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, meine Damen und Herren, finanzieren hier wieder ein Fass ohne Boden im Wiener Gesundheitssystem.

Zweiter Fall: AKH und Leiharbeiter. Darüber haben wir ja schon öfter gesprochen, aber das ist auch eine unendliche Geschichte. Es ist ja justizanhängig. Man muss schon sagen, die Firma Janus, die ja jahrelang sehr gut gearbeitet hat und nachweislich bei einem Auftrag von 50 Millionen EUR um 3 Millionen EUR billiger ausgeschrieben hat, kommt nicht zum Zug. Die Firma Janus wehrt sich, wird von Spitzenbeamten vorgeladen, unter Druck gesetzt und zieht dann letztendlich die Beschwerde zurück.

Meine Damen und Herren! Hygiene und Sauberkeit sind etwas ganz Wichtiges im Spital. Bei der Vergabe der 50 Millionen EUR ist es offensichtlich ziemlich unsauber zugegangen. Wäre das Ganze in Italien passiert, könnte man von Mafiamethoden sprechen mit anonymen Mails und was da alles war.

Wir haben dann einen Sonderausschuss verlangt. Das war auch sehr interessant, denn da hat uns Herr Generaldirektor Marhold gesagt, dass am 7.7. eine Selbstanzeige erfolgt ist. Bei näherem Hinschauen hat sich herausgestellt, dass einen Tag vorher bereits von der Korruptionsstaatsanwaltschaft angerufen wurde, und daher hat man dann geschwind die Selbstanzeige gemacht. Das hat man uns aber – Herr Kollege Lasar, Sie wissen es – nicht mitgeteilt. Also nicht aus eigenem Antrieb, sondern auf Grund der Anfrage ist das geschehen.

In der Zwischenzeit hat es dann diese Zivildienstaffäre gegeben. Da hat es in erster Instanz sogar Verurteilungen gegeben, und der eine Geschäftsführer hat noch geschwind vor einer Verurteilung die Geschäftsführerstelle aufgeben und ist jetzt nur noch Gesellschafter.

In demselben Unternehmen gibt es einen Geschäftsführer namens Michael Gross. Dieser hat schon einmal eine Firma, die Firma LCI, in den sicheren Konkurs geführt und unglaubliche 900 Millionen EUR versenkt. Und da gibt es noch einen weiteren Geschäftsführer, einen gewissen Herrn Stromberger, der laut Finanzstrafregister auch erst unlängst ein Unternehmen in die ewigen Jagdgründe verabschiedete.

Ein dubioses Netzwerk, das bis Osteuropa reicht. Seltsame Vorgänge. Schaut sich die Stadt Wien bei Vergaben von so einem Volumen von immerhin 50

Millionen EUR das nicht genau an, welche Personen dort tätig sind? Hätten Sie, Frau Stadträtin, diese mysteriöse Vergabe von Anfang an dem Gesundheitsausschuss vorgelegt, dann hätte es wahrscheinlich diese Vergabe nie gegeben. Aber das haben wir ja überhaupt nicht gesehen. 50 Millionen EUR sind es ja nicht wert, dass man das in den Ausschuss bringt. Auch das ist ja sehr interessant.

Ich kann Ihnen sagen, das Durchleuchten dieser Firma AGO ist eigentlich gar nicht so schwierig. Also das hätten Sie durchaus auch tun können und tun sollen oder müssen – im Interesse der Steuerzahler.

Aber der Gipfel der Unseriosität ist dann noch, dass so eine Firma, die anbietet, ja einen Referenznachweis bringen muss. Und – schau, schau! – wer unterfertigt das? Ein gewisser Herr Eisenbock, ehemaliger, mittlerweile in erster Instanz verurteilter Personalverantwortlicher im AKH, wo auf jeden Fall ein großes Naheverhältnis zur Firma AGO festzustellen ist und wo man schon hinterfragen muss, ob der Referenznachweis eine Gefälligkeit war. Und Sie, Frau Stadträtin, aber auch der Herr Bürgermeister, Sie schweigen.

Das war der zweite Fall, und man sieht auch hier, wenn man in dieser Stadt in der Gesundheitspolitik in die Tiefe schaut, wie völlig unprofessionell, undurchsichtig und auf Kosten der Steuerzahler das Geld verschleudert wird.

Damit komme ich zum dritten Fall, in dem auch völlig unprofessionell gehandelt wird, das sind die Ordensspitäler. Hier verweigern Sie die Valorisierung der Personalkosten von 18 Millionen EUR. Frau Stadträtin, ist Ihnen überhaupt bewusst, dass damit die Finanzierung der acht Ordensspitäler für 2012 in Gefahr ist? Seit zehn Jahren haben Sie praktisch die Leistungserlöse der Wiener Ordensspitäler nicht valorisiert, und bei den Verhandlungen haben Sie erklärt, eine Anhebung ist finanziell einfach nicht möglich. Aber Sie haben eines gesagt, und das finde ich schon auch, na ja, ich würde sagen, mehr als eigenartig und unglaublich, Sie haben den Ordensspitalern in Aussicht gestellt, dass Mittel über ein Nachtragsbudget zur Verfügung stehen könnten, falls – falls! – der KAV mehr einspart, als budgetiert. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen! Ich, meine Damen und Herren, Frau Stadträtin, kann das nur als Chuzpe bezeichnen.

Dann hat es am 24. Oktober ein Schreiben der Ordensspitäler an den Herrn Bürgermeister gegeben. Wir haben heute den 22. November, und es ist noch nicht beantwortet.

Frau Stadträtin! Die Wiener Ordensspitäler sind ein Gewinn für das Wiener Gesundheitssystem. Ich nehme an, Sie lesen die Rechenschaftsberichte, ich nehme an, Sie lesen die IHS-Studien, aus denen klar herauskommt, dass die Leistungen der Ordensspitäler um 40 Prozent günstiger sind als in den städtischen Spitalern. Daher muss die Erhaltung und Stärkung der Wiener Ordensspitäler ein ganz vitales Interesse von Ihnen sein.

Sie wissen auch, dass die Ordensspitäler von der Wiener Bevölkerung sehr geschätzt werden. Das beweist

auch die Tatsache, dass die Leistungen der Ordensspitäler von einer jährlich deutlich steigenden Zahl von Menschen in Anspruch genommen werden. Die Zufriedenheit mit der Behandlung ist sehr hoch. Und da ist es nur recht und billig, dass Sie ein klares Bekenntnis zu den Wiener Ordensspitalern ablegen, und zwar dahin gehend, dass Sie 2012 durch den Ausgleich der inflationsbedingten Steigerung einmal die 18 Millionen EUR Subvention erhöhen. Aber mittelfristig muss es das Ziel sein, dass eine kostendeckende Finanzierung der Leistungen der Wiener Ordensspitäler sichergestellt wird, so wie es ja in anderen Bundesländern in Österreich auch der Fall ist. Wir bringen daher einen Beschluss- und Resolutionsantrag der GRe Korosec, Dworak, Anger-Koch und Flicker ein:

„Der Wiener Bürgermeister möge sich gemeinsam mit der zuständigen amtsführenden Stadträtin umgehend dafür einsetzen, dass das Leistungsangebot der Ordensspitäler in der Bundeshauptstadt Wien in vollem Umfang auch für kommende Generationen erhalten bleibt. Dafür sind die Maßnahmen, die ich schon erwähnt habe, umzusetzen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung des Antrages verlangt.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die Wiener ÖVP ist nicht nachvollziehbar, dass gerade jener Teil des Spitalswesens, der die höchste Kosteneffizienz hat, durch solch unüberlegte Kürzungen geschwächt wird. Würden sämtliche Patienten der Wiener Ordensspitäler in öffentlichen Spitalern behandelt, entstünden dem Wiener Gesundheitswesen jährlich Mehrkosten von 133 Millionen EUR. Meine Damen und Herren, 133 Millionen EUR!

Das heißt, Frau Stadträtin, von allen andern Überlegungen abgesehen, aus budgetären Gründen, aus Gründen des sparsamen Umganges mit Steuergeld ist die Arbeit der Ordensspitäler ein Gewinn für das Budget der Stadt Wien.

Frau Stadträtin, ich hoffe, Sie handeln, aber Sie können sich vorstellen, dass wir unter diesen Voraussetzungen – die drei Fälle genügen – dem Budget natürlich nicht zustimmen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Dr Pilz. Ich erteile es ihr.

GRin Dr Sigrid **Pilz** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Ingrid Korosec, ich fange gleich bei den Ordensspitalern an, denn das ist ja ein Thema, das uns seit vielen Jahren beschäftigt. Ich erinnere mich noch an die Tage, wo StRin Pittermann gesagt hat, Ordensspitäler finanziert der Finanzstadtrat, die gehen mich nichts an.

Seit damals hat sich sehr, sehr viel geändert. Die Ordensspitäler sind Teil eines gesamten Spitals- und Gesundheitskonzeptes der Stadt, und das spiegelt sich auch in den Zahlen wider. Ich teile mit dir die Auffassung, dass die Bedeutung der Ordensspitäler, insbesondere für die Menschen, die sich gerne in diesem Umfeld betreuen lassen wollen, ein sehr, sehr wichtiger, ein guter, ein

positiver Beitrag zur Spitalslandschaft sind, wenn man jetzt an Speising mit seinen Schwerpunkten denkt oder auch an St Josef mit der Geburtshilfe oder an die Barmherzigen Brüder, die auch insbesondere für benachteiligte Schichten viel tun.

Aber schauen wir uns trotzdem die Zahlen an. Im Jahr 2007 gab es 21 Millionen EUR Subvention seitens der Stadt, im Jahr 2011 waren es 50 Millionen EUR, dazwischen 2009 – die Steigerung blieb konstant – 35 Millionen EUR. Also in Summe haben wir 35 Prozent Zuwachs an Geldmitteln seitens der Stadt. (*Zwischenruf von GRin Ingrid Korosec.*) 2011 bis 2012.

Der Punkt ist – daran leiden wir alle in dem Sinn –, dass wir die Kostenbremse ziehen müssen und auch wollen, und da ist es für die Ordensspitäler nicht anders als für den Krankenanstaltenverbund, aber ich würde sagen, eine Steigerung von 35 Prozent seit 2007 ist nicht nix, und entsprechend sind auch die Investitionszuschüsse von 5,5 Millionen EUR 2007 auf 22,6 Millionen EUR gestiegen.

Insofern glaube ich, dass es nicht ganz gerecht ist, jetzt zu sagen, hier würde nicht ausreichend Unterstützung gegeben und nicht ausreichend wertgeschätzt. Darum werden wir deinem Antrag nicht zustimmen.

Ja, bad news für alle. Wer hofft, dass Gesundheit dadurch entsteht, dass uns dann, wenn wir das Gefühl haben, die Raucherlunge verursacht Husten oder das Übergewicht macht orthopädische Probleme, die Medizin schon heraushelfen wird aus dem Schlamassel, der oder die ist schlecht informiert, denn unser Lebensstil ist im Wesentlichen verantwortlich dafür, ob wir ein hohes Alter erreichen und ob wir das in Gesundheit tun.

Und jetzt will ich mich an alle mittelalterlichen, rauchenden, übergewichtigen Männer wenden, und zwar deshalb, weil Männer ... (*StR David Lasar: Nur an die Männer?*) Ja, Frauen auch, aber jetzt geht es einmal um die Männer. (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Jetzt sind Sie einmal ruhig, Herr Jung! Jetzt geht es um die Männer. (*Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Es wurde untersucht, und zwar an der Universität Oxford in einer Längsschnittuntersuchung über Beamte dieser Altersgeneration innerhalb von 40 Jahren, dass das Faktum, dass man raucht, dass man Übergewicht hat, dass man sich nicht bewegt, das eigene Leben um bis zu zehn Jahre verkürzt. Das sind bad news. Jeder, der des Internetgoogelns mächtig ist, kann sich diese Daten besorgen.

Warum ändert ihr denn nichts? Warum haben wir draußen eine Raucherlounge? Warum bewegen sich die Menschen nicht? Warum wird gegen Radfahren gewettert? (*GR Mag Wolfgang Jung: Vom Grünen Klub und nicht von uns stehen alle draußen!*) Ja, die GRÜNEN sind da nicht auszunehmen, keine Frage. Geraucht, zu viel gegessen und zu wenig bewegt wird überall.

Die Frage ist also nicht, ob die Medizin zu wenig tut, sondern warum die Gesundheitskompetenz nicht größer ist. Und da haben wir leider nochmals schlechte Neuigkeiten zu verkünden, denn eine europäische

Studie, in der Österreich mit untersucht wurde, hat herausgefunden – das ist jetzt das besonders Alarmierende –, dass die Lebenserwartung bei guter Gesundheit für ein männliches Kind, das 2009 geboren ist, also noch ein ganz ein kleines Kind, in Österreich bei 58,5 Jahren liegt. Also gute Gesundheit bis 58,5 Jahre. Gut haben es die Schweden. Da wird dieser männliche Mensch, der jetzt ein Kind ist, 70 Jahre. Das ist ein relevanter Unterschied, ob man mit 58,5 Jahren schon das Gefühl hat, man braucht einen Pflegedienst, oder ob man bis 70 in guter Gesundheit lebt.

Wir können nicht stolz sein auf die österreichischen Zahlen, wir sind nämlich von 28 europäischen Staaten die zehnten von hinten, die zehntschlechtesten. Also schaut noch mal hin! Wir haben, was die Gesundheitskompetenz betrifft, großen Aufholbedarf.

Jetzt haben sich diese Wissenschaftler überlegt, woran es denn liegt, dass Gesundheitskompetenz nicht entsteht. Der eine Punkt ist, dass nur gerechte Gesellschaften, wo man nicht das Gefühl hat, man kann seine Lebensbedingungen nicht gestalten, man ist ohnmächtig, das gewährleisten. Also Ohnmachtserfahrung macht krank. Es sind aber auch ganz banale Fakten wie zum Beispiel, Gesundheitsinformation zu finden, zu verstehen, zu beurteilen und vor allem anzuwenden. Da ist es im Argen, und ganz besonders in Österreich.

Da wurde in einer Reihe von Ländern untersucht, wie viele Menschen es für sehr leicht beziehungsweise sehr schwierig finden, Informationen über die Krankheitssymptome, die sie haben, zu finden. Österreich – schlechte Neuigkeiten – liegt hier an zweitschlechtesten Stelle. 28 Prozent sagen, sie finden es total schwierig, Gesundheitsinformation überhaupt zu finden. Im besten Land, den Niederlanden, sind das bloß 7 Prozent.

Gut, wir finden schon nichts, und wenn wir es dann gefunden haben, dann tun wir uns in Österreich schwerer als in anderen Staaten, diese Informationen zu verstehen. Auch hier sind wir am zweitschlechtesten mit 19 Prozent. 19 Prozent sagen, es ist total schwierig für sie, Gesundheitsinformationen – zum Beispiel, warum ich eine Impfung brauche – zu verstehen. Im besten Land sind es nur 5 Prozent.

Wenn es dann darum geht, es zu beurteilen – und das ist ja wohl eine wichtige Kompetenz, dass ich beurteilen kann, was ich mit dieser Information mache –, haben wir überhaupt die rote Laterne. Da sind wir mit 36 Prozent, die es total schwierig finden, Gesundheitsinformationen zu beurteilen, am allerallerschlechtesten.

Wenn es dann darum geht, die Lebensumstände zu beeinflussen, dann sind wir wieder mit 30 Prozent, die es ganz schwierig finden, diese Verhältnisse zu beeinflussen, am zweitschlechtesten.

Das heißt, die Österreicher sind, was die Gesundheitskompetenz betrifft, in einem sehr kritischen, in einem alarmierenden Zustand. Das zeigt sich dann auch an der Gesamtliste, wo immerhin fast 17 Prozent inadäquate Gesundheitskompetenz haben.

Jetzt könnte man sagen, na gut, das ist halt die Situation der Menschen, und es hat nichts damit zu tun, was wir für sie bieten, es ist ja jeder selber schuld, wenn er sich nicht informiert. Dem ist nicht so, denn Gesundheitskompetenz ist auf der einen Seite eine Holschuld, aber auf der anderen Seite auch eine Bringschuld, und wenn wir uns nicht darum bemühen, wird das nicht nur gesundheitliche, sondern auch wirtschaftliche Folgen haben. Jeder kann sich das vorstellen. Wenn man Informationen nicht versteht, zum Beispiel einen Beipackzettel nicht lesen kann, nimmt man das Antibiotikum zu kurz, berücksichtigt irgendwelche Unverträglichkeiten mit Müdigkeit oder Alkohol nicht, gibt Kindern die falsche Dosis. Jeder weiß, wozu das führen kann.

Und weil wir das alles nicht wollen, und weil wir wollen, dass die Gesundheitskompetenz der Wiener und Wienerinnen erhöht wird, wird die rot-grüne Stadtregierung eine unabhängige Patienteninformationsstelle einrichten, wo wir offensiv und aktiv den Menschen die Möglichkeit geben wollen, im Gesundheitssystem auf Augenhöhe zu kommunizieren.

Wenn wir dann aber schon im Spitalsbereich sind – es war ja heute schon die Rede vom AKH –, dann möchte ich auch da zu einer aktuellen Debatte, die läuft, Stellung nehmen. Während wir hier reden, läuft eine Betriebsversammlung der Ärzte und Ärztinnen im AKH. Man droht damit, lange Wartezeiten in den Ambulanzen zu verursachen, man droht damit, 30 Prozent der Operationen herunterzufahren, und all das, weil man meint, dass man mit der bestehenden ärztlichen Belegschaft nicht auskommen kann. In erster Linie ist Minister Töchterle adressiert, in zweiter Linie die Stadt Wien.

Es muss schon klar sein, bevor sich hier alle darin einig sind, dass man die Verantwortung auf die Gemeinde Wien abschiebt, dass es Wien ist, das mit 37 Prozent der Kosten das AKH und die ärztlichen Leistungen indirekt finanziert. 33 Prozent des Budgets des AKH kommen aus dem Gesundheitsfonds, und das ärztliche Personal, das von der MUW bezahlt wird, beträgt demgegenüber lediglich 15 Prozent.

Also wenn man dann gleich damit droht, dass man 30 Prozent der Operationen herunterfährt, dann ist das schon äußerst kritikwürdig, vor allem, wenn man weiß, dass auch das zweite Argument nicht stimmt, das hier verwendet wird, nämlich dass man eine Leistungsausweitung bei einem gleichzeitigen Sinken des Personals geschafft hat. Es ist nämlich faktisch so, dass der Anteil der Betten im AKH im Vergleich zu anderen Häusern des Krankenanstaltenverbundes mit 19 Prozent gleichgeblieben ist, die LKF-Punkte aber um einen Punkt auf 25 Prozent gesunken sind. Dass man also mehr Leistungen erbringen muss mit weniger Ressourcen, ist schlicht und einfach unrichtig.

Man könnte aber, was die Ärzte und Ärztinnen im AKH betrifft, einen ganz anderen Vorschlag machen, und wir GRÜNEN haben den schon wiederholt und nachdrücklich gemacht. Wir sind sehr davon überzeugt,

dass die Ausweitung der Operationskapazitäten auf den gesamten Tag, also lange Tische bis in die Abendstunden, ein Teil der Lösung des Problems sind, dass es eine strikte Regelung braucht, was die Nebenbeschäftigungen betrifft, und dass Privatpatienten und -patientinnen in erster Linie im städtischen Spital und nicht auf der „Goldenen Meile“ behandelt werden sollen. Wenn nun der Verein Rettet das AKH auftritt und meint, populistisch Spenden sammeln zu müssen, dann sollen sich die Herren und Herren und Herren und Damen einmal damit beschäftigen, was es heißt, in erster Linie für den eigenen Dienstgeber da zu sein und erst in zweiter Linie für die eigene persönliche Gewinnmaximierung.

Ich bin in dem Zusammenhang dann auch gleich bei der Ärztekammer angekommen. Es ist schon sehr interessant – und ich habe ja eingangs die Gesundheitskompetenz und die Lebensstilsituation als ganz wichtigen Faktor fürs Gesundbleiben erwähnt –, wie wenig sich die Wiener Ärztekammer hier stark macht für die entsprechenden innovativen Projekte. Wir wissen, wir haben Reform-Pool-Projekte, deren Leben ohnehin ein höchst mickriges ist, aber eines der allermickrigsten ist das Projekt „Therapie Aktiv – Diabetes im Griff“. Hier sollen niedergelassene Ärzte und Ärztinnen dazu veranlasst werden, Programme zu machen, dass diabeteskranke Patienten und Patientinnen sich in ein umfassendes Programm einklinken, mit dessen Hilfe ihre Gesundheit möglichst zurückgewonnen wird.

Ich habe mir in der Gesundheitsplattform im dicken Wälzer die Zahlen angesehen, wie viel man mit diesem Projekt im heurigen Jahr im niedergelassenen Bereich erreicht hat. Da sind doch – und ich konnte meinen Augen nicht trauen – lediglich 352 nicht etwa Ärzte und Ärztinnen, nein, Patienten und Patientinnen in einem Jahr gewonnen worden, an diesem Programm teilzunehmen. Na, da sagt man, schwach anfangen, dafür stark nachlassen.

Der Herr Ärztekammerpräsident Dorner saß da, und ich habe ihn gebeten, uns zu erklären, warum es denn so ist, dass man da nichts erreicht. „Blame the victim“ ist die Kurzfassung der Antwort. Er hat gesagt: Tut mir leid, die Leute wollen halt einfach nicht. Die gehen nicht zur Gesundenuntersuchung, und die kommen auch einfach nicht in dieses Disease-Management. Was sollen wir tun?

Ich hätte einen Vorschlag. Man könnte ein bisschen etwas anderes inserieren als das. *(Die Rednerin hält eine Zeitungsseite in die Höhe, auf der eine nackte Frau abgebildet ist.)* Seit mehreren Wochen lachen uns – sie lachen nicht einmal, schauen ängstlich – Nackedeis aus den Wiener Zeitungen entgegen, weil man der Bevölkerung mit diesen dreisten Bildern Angst vor ELGA machen wollte. Meine Kollegin Laschan hat dann den Herrn Präsidenten Dorner gefragt, warum er nicht, statt Geld in die Publikation von nackten Menschen zur populistischen Angsterzeugung zu investieren, zum Beispiel Werbung für das Projekt Disease-Management machen will. Der Herr Präsident Dorner ist die Antwort schuldig geblieben.

Er äußert sich nur sehr, sehr gerne, wenn es darum geht, rot-grüne Projekte schlechtzumachen, denn der Herr Präsident Dorner versteht den Zusammenhang von Übergewicht, wenig Bewegung und Rauchen, den ich eingangs erwähnt habe, nicht. Er versteht ihn nicht, sonst hätte er nämlich nicht im Sommer folgende Aussendung gemacht. Er fordert ein Radzulassungspickerl, das jedes einzelne Fahrrad dingfest macht. Er möchte, dass das Radfahrerprivileg, dort, wo es erlaubt ist, gegen Einbahnen zu fahren, gestrichen wird (*GR Mag Wolfgang Jung: Da muss man wissen, welche Überlegung dahintersteckt!*), denn sonst haben die Unfallchirurgen zu viel zu tun.

Da kann ich nur sagen: Herr Präsident Dorner, die alten Herren mit Mercedes und eingebautem Vorrang werden sich daran gewöhnen müssen, dass ihnen immer mehr Radfahrer und Radfahrerinnen ins Gesicht schauen, wenn sie in der Einbahn fahren, nämlich sie, die Herren im Mercedes, denn die dürfen das künftig. Und die, die da am Rad sitzen, sind nämlich die Gesünderen. Sie haben weniger Übergewicht, rauchen vielleicht weniger, denn wenn man raucht, schnauft man zu viel beim Radfahren. Auch ältere Herren dürfen mutig sein und können sich aufs Fahrrad trauen. Wir würden auch für Ärztekammerfunktionäre glatt einen Radfahrkurs inszenieren. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Die Unfälle, kann ich Ihnen sagen, Frau Kollegin, passieren zum Beispiel dadurch, dass Leute in der Einbahn die Kurve schneiden und nicht schauen, ob ein Radfahrer, der das Recht hat, dort zu fahren, gerade daherkommt. Die Unfälle passieren zum Beispiel dadurch, dass ich in meinem Rückspiegel einen donnernden Tanklastwagen sehe, der meine Radfahrspur auch braucht. Und wenn ich mich nicht in den nächsten Hauseingang flüchte mit dem Fahrrad, würde ich hier nicht mehr stehen. Die Unfälle, die Radfahrer verursachen – zugegeben, auch das ist der Fall –, sind meist wesentlich weniger folgeschwer (*GR Mag Wolfgang Jung: Nicht nur Radfahrer, auch Radfahrerinnen!*) als die, die von genervten Autofahrern verursacht werden, die finden: Ach, der Radfahrer hat grün, wenn ich rechts abbiege. Das ist mir ganz wurscht, ich hupe mal, er wird sich schon vertrollen.

Jetzt kommen wir zu dem Antrag der ÖVP hinsichtlich Gesundheitsförderung und Krankenstandsreduzierung. Ich teile die Haltung, dass es gut ist, wenn die Menschen weniger im Krankenstand sind, und hohe Krankenstandzahlen sind ein Problem. Man kann aber nicht sagen, ich dekretiere Verbote oder ich dekretiere Verpflichtungen. Menschen gehen dann in den Krankenstand, wenn sie sich entmutigt fühlen, wenn sie sich überfordert fühlen, wenn sie das Gefühl haben, in ihrem Team ist vielleicht etwas nicht in Ordnung. Und darum geht es! Es geht um die Förderung von guter Teamarbeit, und es geht, wie eingangs schon erwähnt, um die Förderung von Gesundheitskompetenz.

Und wenn man hier sagt, dass nichts gemacht wird in Wien, dann stimmt das nicht. Ich bin bei dir, Ingrid, es könnte mehr sein, aber es geht in die richtige Richtung, wenn jetzt in der Hera das Gesundheits- und

Vorsorgezentrum ausgebaut wird und Gesundheitsförderung bei den Bediensteten der Stadt unterstützt wird. Da gibt es zum Beispiel – das ist gut zu wissen – das Projekt „Fit For Fire Fighting“, also fit für die Arbeit in der Berufsfeuerwehr. Das leuchtet jedem ein, dass man da fit sein muss. Da muss man schnell sein, da muss man kräftig sein, da muss man gut sein. In der Hera wird jetzt in Kooperation mit der Berufsfeuerwehr ein Gesundheitsüberwachungsprogramm angeboten, in das sich immerhin vor Ort 800 Bedienstete der Feuerwehr schon eingeklinkt haben. Es wurde auch ausgewertet, was ihr Stressfaktor bedeutet, und man versucht mit ihnen zusammen, hier kompetenter zu werden.

Im Gesundheitsvorsorgezentrum Hera werden Raucherentwöhnung, Ernährungsberatung, psychologische Beratung und das Projekte „10 000 Schritte täglich“ für Bedienstete angeboten.

Ich komme jetzt zum Schluss. Wir sind mit den Vorhaben der rot-grünen Stadtregierung im Gesundheitsbereich auf einem guten Weg. Die Spitalsreform 2030, von der ich wünsche, dass alle, die hier sind, sie noch erleben werden, diese Spitalsreform wird das Gesicht der Stadt im Gesundheitsbereich positiv verändern. Auch wenn Sie sich drauf freuen würden, dass ich kein Mandat habe, es wird für Sie leider nicht gespielt, was Sie sich wünschen. Sie müssen damit leben, dass starke Frauen in dieser Stadt gute Politik machen. Schwer zu akzeptieren für die FPÖ, dumm gelaufen, dass man sich von Frauen etwas sagen lassen muss, und dumm gelaufen, dass Frauen in der Gesundheitspolitik viel zu reden haben.

2030 wird der Endausbau sein, und bis dahin werden viele wichtige Dinge gemacht. Wir werden moderne Häuser haben, die hinsichtlich ihrer Ablaufstrukturen, ihrer Ausrüstung, ihrer Patienten- und Patientinnenfreundlichkeit so aufgestellt sind, dass wir sagen können, wir machen mit den Mitteln, die wir haben, effiziente und gerechte Gesundheitspolitik. Wir hören auf, Strukturen zu finanzieren, die im Gesundheitsbereich nicht notwendig sind. Also keine Parks mehr, die gepflegt werden – darum sollen sich andere kümmern –, keine alte Bausubstanz erhalten, die viel mehr kostet, als wir uns im Gesundheitsbereich leisten können.

Die Pflegeheime sind das beste Beispiel. Es ist kosteneffizient, die Menschen in einem neuen, wohnortnahen, kleinen Pflegeheim mit Ein- und Zweibettzimmern unterzubringen statt in den alten – ich weiß, dass der Herr Direktor Paukner sich nicht freut, wenn ich das sage, ich sage es trotzdem – Pflegekasernen, es ist gut, wenn diese alten Häuser Geschichte sind. Und sie werden bald Geschichte sein.

Im Spitalsbereich wird der Weg ähnlich sein, dass wir in neuen Häusern gute Qualität zu vertretbaren Kosten bieten.

Das bedeutet nicht nur einen baulichen Prozess, sondern vor allem auch einen Prozess in den Strukturen. Da wird das Personal eingebunden, da ist das Personal eingebunden, da geht es nur miteinander und nicht

gegeneinander. Es ist wichtig, dass am Ende – und bei den kleinen Pflegewohnhäusern sieht man es schon – der Schritt in etwas Neues, auch das Wagnis, sich auf Veränderung einzulassen, Zufriedenheit nicht nur bei den Patienten und Patientinnen, Bewohnern und Bewohnerinnen mit sich bringt, sondern auch beim Personal.

In diesem Sinn bitte ich Sie, dem Budget des nächsten Jahres zuzustimmen und insbesondere in Ihrem Bereich alle Ansätze zu verwenden, nicht nur in die kurative Medizin Ihr Hirnschmalz, Ihre politischen Ideen, Ihre Wünsche, Ihre Anstrengungen zu stecken, sondern auch und vor allem den Fokus auf die Gesundheitsförderung und auf die Gesundheitskompetenz zu legen, damit wir künftig weniger im Akutbereich, dafür in der gesunden Lebenswelt uns Gedanken machen können, wie wir sie unterstützen können.

Leben in guter Gesundheit soll nicht wie jetzt für ein Kind, das 2009 geboren ist, knapp 60 Jahre bedeuten, sondern wir wollen, dass, wenn unsere Kinder in die Jahre kommen, wir das haben, was die Skandinavier jetzt schon haben, nämlich gute Gesundheit bis ins hohe Alter. Unsere Kinder haben es verdient. – Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr StR Lasar. Ich erteile es ihm.

StR David **Lasar**: Danke schön! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte vielleicht ganz kurz zwei Worte zur Frau Kollegin Pilz sagen. Raucherlounge. Also ich kann nur sagen, das da draußen ist mehr wie eine Tierhaltung. *(GRin Dr Sigrid Pilz: Gott sei Dank!)* Nicht Gott sei Dank. Ich glaube, auch Raucher sind Menschen. *(Beifall bei der FPÖ.)* Und da muss ich sagen, ich rauche zwar nicht, aber das da draußen ist menschenunwürdig. Das ist keine Raucherlounge, da holen Sie sich maximal Frostbeulen bei dem Wetter. Also das nur dazu gesagt. Ich finde es nicht in Ordnung. Aber gut.

Lassen Sie mich zu den Tagesordnungspunkt Gesundheit und Sozialen etwas sagen. *(GRin Dr Sigrid Pilz: Eigentlich darf man gar nicht rauchen! Es ist Rauchverbot im ganzen Gebäude! – Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Also fangen wir jetzt dieses Thema nicht an, wo man rauchen darf und wo nicht. Draußen ist Ihre sogenannte Raucherlounge. Ich finde, es gehört so gemacht, dass das auch menschenwürdig ist. Wenn geraucht wird, dann soll geraucht werden und fertig. Also ich glaube, hier sollte man einiges ändern. Aber wie gesagt, lassen Sie mich zu dem heutigen Tagesordnungspunkt etwas sagen.

Gestern, meine Damen und Herren, hat die Frau Stadträtin oder Vizebürgermeisterin Brauner gesagt, wir haben Investitionsschwerpunkte, unter anderem Gesundheit und Soziales. Ich möchte Ihnen vielleicht anhand dieser Investitionen heute einige Beispiele geben:

Erstens: AKH, Kinderherzchirurgie. 70 Millionen EUR sind dort hininvestiert worden. Das ist fertig, und bei einem Rundgang hat sich die Frage gestellt: Wer ist

eigentlich hier der Leiter? Und dann ist man daraufgekommen, dass man vergessen hat, hier das Personal mit einzuplanen. Das ist ein Schildbürgerstreich der Sonderklasse. 70 Millionen EUR, Frau Stadträtin!

Ich weiß, Sie sagen immer wieder, die Ärzte gehen Sie überhaupt nichts an, das ist Sache des Bundes. Aber das Pflegepersonal? Es müsste ja zumindest einmal das Pflegepersonal herumstehen. Aber mir wäre es ja wichtig, dass man das jetzt nicht von einem zum anderen schiebt, indem man sagt, der Bund ist schuld, und der Bund sagt wieder, Wien ist schuld. Mir geht es darum: Sie sitzen im Bund genauso in der Regierung, und genau dort sollten Sie sich endlich einmal mit Ihrem Kollegen Stöger oder mit Ihrem Koalitionspartner Wissenschaftsminister Töchterle zusammensetzen und sagen: Wir können nicht auf dem Rücken der Patienten oder Bürger, die vielleicht die Klinik aufsuchen, weil sie krank sind, Politik betreiben. Wir müssen gemeinsam eine Lösung finden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Bleiben wir weiter dort. Jetzt wissen wir ja, 70 Millionen EUR haben Sie dort hineininvestiert. Das Haus steht leer, ich weiß nicht, wofür es jetzt genutzt wird. Aber was passiert weiter? Anstatt, dass man jetzt hergegangen wäre und es hätte einfach jemand gesagt, wir machen das jetzt, wir schichten jetzt um, damit dort Personal hineinkommt, kommt stattdessen ein Schreiben – ich werde Ihnen nicht das ganze vorlesen, sondern nur einen Teil –, das ist vom AKH, Wiener Krankenanstaltenverbund, Direktion Teilunternehmen Allgemeines Krankenhaus der Stadt Wien. Ein Rundschreiben.

„Auf Basis der Vorgaben von Herrn Generaldirektor Marhold werden folgende Maßnahmen im Detail angeordnet.“ – Ich überspringe jetzt diese Seite 1 und gehe zur Seite 2. Da steht unter Punkt 2: „Personal für Leistungserweiterungen. Für sämtliche im Jahr 2011 geplanten Leistungserweiterungen – Klammer: einschließlich Projekt PD 61.1 – ist keine Personalvermehrung vorzusehen. Die Leistungserweiterungen beziehungsweise Inbetriebnahmen haben ausschließlich mit Eigenpersonal zu erfolgen.“

Ich weise darauf hin, das Projekt PD 61.1, das ist genau die Kinderherzchirurgie. Also was heißt das jetzt im Detail? Es wird in Zukunft auch kein Personal dort geben, denn jetzt haben sie es nämlich schriftlich. Das ist ja die Chuzpe an der Sache! Sie gehen einfach her, planen etwas, bauen dort, aber es gibt kein Personal, weit und breit kein Personal, Frau Stadträtin. So kann man natürlich keine Gesundheitspolitik betreiben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zweiter Schildbürgerstreich – wie ich es nenne; ich brauche ja nicht zu erklären, was die Schildbürger waren –: Neonatologie im AKH, Ebene 15, zwölf neu systemisierte Betten. Was glauben Sie, wie viel kann man dort bespielen? Genau sechs! Da bauen Sie wieder etwas und haben wieder kein Personal. Ich spreche jetzt nicht von den Ärzten, ich weiß, das ist Bundessache, aber wo haben Sie das Pflegepersonal? Es gibt dort keine Schwestern für die Kinder. Es ist kein Personal

vorhanden. Ich brauche Ihnen jetzt nicht wieder dieses erste Schreiben vorzulesen, denn das bezieht sich ja genauso auf diese Abteilung. Wieder nichts gelernt!

Wirtschaftsplan 2012: Jetzt baut man um 37 Millionen EUR ein pädiatrisches OP-Zentrum im AKH. Na super! Frau Stadträtin, haben Sie hier – das baut man erst, ich frage Sie jetzt, hier und heute – wenigstens das Personal eingeplant? Denn jetzt haben Sie schon in der Kinderherzchirurgie kein Personal, Sie haben auf Ebene 15 kein oder zu wenig Personal, haben Sie jetzt wenigstens dort im pädiatrischen OP-Zentrum im AKH Personal eingeplant? Da bin ich sehr gespannt, wie es dort in Zukunft ausschauen wird.

Nächster Schildbürgerstreich, Frau Stadträtin: AKH; Gamma-Knife-Behandlung; Das ist ein Gerät für Gehirntumore. Das Gerät ist kaputt. Was ist passiert? In ganz Österreich gibt es nämlich nicht ein Gerät mehr. Das ist kaputt. Was macht man jetzt? Was macht man jetzt mit den Patienten? Ein Trauerspiel! Man muss die Patienten nach Prag oder nach Nürnberg schicken.

Das ist Ihre Gesundheitspolitik, Frau Stadträtin. Das ist in Wahrheit unglaublich unverantwortlich. Und für die Geräte sind Sie zuständig. Da können Sie nicht einfach sagen, das geht mich auch nichts an.

Was wäre gewesen – ein Vorschlag nur –, wenn man einmal zeitgerecht bei allen Geräten, von denen man vielleicht nur eines oder zwei zur Verfügung hat, geschaut hätte, wie es mit der Versorgung dieser Geräte ausschaut, mit der Wartung. Sollten wir nicht schon ein neues bestellen? Nichts ist passiert.

Ich bin schon neugierig, wann wir das neue Gerät bekommen, Frau Stadträtin. Ich weiß, mittlerweile dürften Sie das sozusagen unterschrieben haben, dass eines kommt. Aber das ist ja nicht so einfach zur Verfügung, wie wenn Sie in den Media Markt gehen und sich dort ein neues Handy kaufen. Das dauert ja Monate, oder ich weiß nicht, wie lange, bis dieses Gerät angeliefert wird. Was machen all die Menschen in der Zwischenzeit? Alle müssen Sie nach Prag oder nach Nürnberg schicken. Ist das die Gesundheitspolitik von Wien? Da rühmen Sie sich mit der besten Versorgung, die wir haben. Das ist ja traurig! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das Nächste – es wurde kurz auch schon von meiner Kollegin Korosec angesprochen; ich werde es nicht sehr lange zitieren, denn ich weiß nicht, will das niemand hören oder glaubt jeder, es wird immer besser –: EDV-System AKIM. Da muss man sich vorstellen, 46 Millionen EUR sind in dieses System schon hineingelaufen. 46 Millionen EUR haben Sie für dieses System ausgegeben. Was kann das System? Es läuft im Probetrieb in zwei Abteilungen.

Und was passiert jetzt? Das ist ja wieder ein Schildbürgerstreich, das ist ja nicht nachzuvollziehen. Dieses System, das bereits 46 Millionen EUR gekostet hat, schafft es nicht, die Zeitumstellung von Sommer- auf Winterzeit durchzuführen. Da haben Sie es abschalten müssen, denn sonst wäre gar nichts mehr gegangen. Das muss man sich vorstellen! 46 Millionen EUR kostet ein System.

Und warum ist das so? Ich lese es Ihnen vor, denn

da gibt es ein Rundschreiben im AKH. Nicht dass das die FPÖ jetzt sagt oder dass ich was unterstelle, da gibt es ein Rundschreiben von der Information AKH EDV.

„Sehr geehrte Damen und Herren!“ und so weiter. „Im folgenden Info darf seitens AKH EDV bekannt gegeben werden: Um Inkonsistenzen zu vermeiden, wird das System während der Umstellung auf Winterzeit als Vorsichtsmaßnahme abgedreht.“

Na das ist gut! Das kostet 46 Millionen EUR! Jedes Handy und jede, ich weiß nicht, Sanduhr stellt sich heute schon alleine auf Winterzeit um und wieder umgekehrt, aber ein EDV-System AKIM um 46 Millionen EUR schafft das nicht. Das ist ja eine Kunst. Ich weiß ja nicht, wer da am Werk ist, aber bitte. Und ich sage Ihnen, das ist eine reine Geldverschwendung, die hier abläuft.

SMZ-Ost. Frau Stadträtin, ein paar kurze Worte nur dazu. Da geht es um den Linearbeschleuniger. Ich kenne Ihre Worte, ich werde aber keine Ruhe geben, bevor dort nicht der zweite steht, so wie es veranschlagt war, so wie es auch beschlossen ist. Ein Linearbeschleuniger wird bei Prostatakrebs eingesetzt. Da wird sozusagen bestrahlt, damit der Tumor weggeht oder damit man eben gesund wird. Der ist sehr wartungsaufwändig und fällt natürlich oft aus. Ich habe das schon einige Male hier angesprochen, und ich weiß, Frau Stadträtin, Sie werden immer wieder sagen, wenn Niederösterreich nicht die Hälfte zahlt, wird dieser Linearbeschleuniger nicht kommen. – Wieder Gesundheitspolitik auf dem Rücken schwerstkranker Patienten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Einige Worte vielleicht auch noch, wo ich ja gar nicht so verwundert bin. Ihre Vorgängerin, die heutige Frau VBgmin Brauner, war ja vor Ihnen auch Gesundheitsstadträtin, und damals ist das Geriatriezentrum Baumgarten feierlich eröffnet worden. Es wurde gesagt, wie gut, wie wunderschön das alles renoviert worden ist. Da hat man ein paar Millionen ausgegeben, aber zwei oder drei Jahre später hat man es dann abgerissen. *(GRin Anica Matzka-Dojder: Sie wissen ja nicht einmal, wo das ist!)* Das ist Verschwendungspolitik, die Sie seit Jahrzehnten in Wien im Gesundheitsbereich betreiben.

Meine Damen und Herren! Das sind aber nur einige Beispiele, und eines muss man schon sagen in Wien, vor allem in Wien: Geld ist ja genug vorhanden, nur muss man es halt auch einmal richtig einsetzen. Das ist wichtig. Ich habe mir wirklich Gedanken darüber gemacht, Frau Stadträtin, und ich werde mit unserem Präsidenten des Freiheitlichen Bildungsinstituts demnächst ein Gespräch führen und werde schauen, vielleicht bietet er Ihnen einen Crash-Kurs an, wo es heißt: „Wie investiere ich richtig in Gesundheit und Soziales?“ *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir haben ja auch den Vergabeskandal am AKH, aber den möchte ich jetzt hier nicht lange besprechen. Da geht es um Millionen, aber, Frau Stadträtin, von Ihnen ist eigentlich bis heute kein Kommentar dazu gekommen, außer dass dieser Vertrag heuer im Sommer unterschrieben worden ist. Eigenartig, denn ein paar Tage später hat man ihn dann, medial groß berichtet, gekündigt und hat gesagt, die Firma fliegt 2013 ohnehin

raus. Aber wenn ich einen Vertrag nur bis 2013 habe, brauche ich den einfach nicht mehr zu kündigen, denn der läuft ja sowieso aus. Also das ist ja auch zu hinterfragen, warum man das medial so darstellen wollte, als hätte man ganz groß gesagt, wir kündigen diese Firma ja sowieso.

Aber vielleicht, Frau Stadträtin, dürfen Sie nichts dazu sagen. Ich frage Sie: Dürfen Sie nichts dazu sagen? Warum? Ich möchte vielleicht jetzt ganz kurz nur – wir werden da sicher noch länger und öfters über diesen Vergabeskandal, der ja natürlich auch gerichtsanhängig ist, sprechen – aus der „Presse“ einige Sachen zitieren, wenn Sie gestatten. Die „Presse“ ist vom 16.11.2011, und da steht: „Skandal-Vergabe: Beauftragte Wien sich selbst?“

Das ist ein starker Satz. Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Journalist das einfach so schreibt, dass er gerade in der „Presse“ vor allem, die immer als hochseriös gilt, einfach solche Worte schreibt. Ich möchte jetzt nicht diesen ganzen Artikel vorlesen, aber vielleicht schon ein, zwei Sachen daraus zitieren. Da steht unter anderem:

„Warum erhielt der Personaldienstleister AGO im Wiener AKH den Zuschlag für ein 50 Millionen Euro schweren Auftrag? Weil wir Bestbieter waren, sagt AGO. Jedoch: Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft will das nicht glauben, vermutet“ – die Staatsanwaltschaft vermutet – „ein unsauberes Vergabeverfahren und ermittelt wegen Amtsmissbrauchs und der Beteiligung daran. Seit Kurzem nicht nur gegen vier Beamte und einen AGO-Gesellschafter, sondern – vereinfacht gesagt – auch gegen die Stadt Wien.“

Frau Stadträtin! Ich will jetzt, wie gesagt, nicht diesen ganzen Artikel zitieren, aber ich glaube, hier ist sehr viel aufzuklären, vor allem wenn das eine Zeitung schreibt, und zwar nicht irgendeine Zeitung, sondern die „Presse“, die jahrelang immer als sehr seriös galt.

Ich bin sehr verwundert, muss ich ehrlich sagen, dass Sie oder der Herr Bürgermeister sich genau zu diesem Artikel nicht geäußert haben. Denn ich hätte mich, wenn ich nichts damit zu tun habe, schon längst dazu geäußert, und es ist sehr seltsam, dass Sie, Frau Stadträtin, und der Herr Bürgermeister bis heute zu diesem Artikel und zu diesen Anschuldigungen nichts gesagt haben. Das ist ja nicht irgendeine Anschuldigung, wenn da als Überschrift steht „Skandal-Vergabe: Beauftragte Wien sich selbst?“

Sie äußern sich nicht dazu und auch nicht der Herr Bürgermeister, und da – und ich will Ihnen nichts unterstellen – frage ich mich auch: Was haben Sie, was hat die Stadt zu verbergen? Denn das, sage ich ehrlich, würde ich als Bürgermeister nicht auf meinem Rücken sitzen lassen, meinen Damen und Herren, dass das eine Zeitung schreibt, wenn es nicht einmal im Ansatz stimmt.

Und ich sage Ihnen, wenn das stimmt, ist das ein Skandal, aber kein kleiner Skandal, und da bin ich neugierig, meine Damen und Herren, wie es in den nächsten Wochen und Monaten aussehen wird, wenn die Staatsanwaltschaft jetzt zwei Konten aufmacht,

nämlich bei der Bank Austria, weil eben einiges darauf hinweist, dass es hier einen stillen Beteiligten oder einen stillen Teilhaber gibt, der hier für Millionen bürgt. Das steht auch in diesem Artikel, und da bin ich sehr gespannt, Frau Stadträtin.

Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, dass wir dem Budget nicht zustimmen, das wissen Sie sowieso, aber ich muss Ihnen auch sagen, wenn ich mit Ihnen in einer Koalition wäre, würde ich sagen, hier kann ich Ihnen nicht zustimmen, denn da ist ein enormer Aufklärungsbedarf, und das kann man mit Sicherheit nicht auf sich beruhen lassen, Frau Stadträtin.

Aber trotzdem sage ich es Ihnen: Wir werden mit Sicherheit diesem Budget nicht zustimmen. – Danke. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aigner. Ich erteile es ihm.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (Klubungebundener Mandatar): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Es ist ganz erstaunlich, bei welchem Tagesordnungspunkt und bei welchen Geschäftsgruppen wir in eine Fahrraddiskussion hineinschlittern. Die Frau Dr Pilz hat uns hier sozusagen eine Fahrraddiskussion aufgelegt, und ich möchte diesen Ball sehr gerne aufgreifen und fragen, wie das unter Gesundheitsaspekten zu sehen ist, wenn man jetzt bei dieser Feinstaub- und Smog-Belastung Fahrrad fährt, möglichst tief einatmet, damit der Feinstaub sich in den letzten Verästelungen der Lunge findet. Also ich weiß wirklich nicht ... (GRin Dr Sigrid Pilz: Fragen Sie die Autofahrer!) Es sind nicht nur die Autofahrer, Frau Dr Pilz, der Feinstaub kommt auch aus dem Hausbrand. Wollen Sie jetzt den Wienerinnen und Wienern das Heizen verbieten? (Zwischenrufe bei den GRÜNEN.) Soll die Wirtschaft zu produzieren aufhören? Also die Frage, ob Fahrradfahren gerade zu dieser Jahreszeit ein Beitrag zur Gesundheit ist, die würde ich einmal mit einem vorsichtigen Nein beantworten. (Beifall bei der FPÖ.)

Die Fahrradfahrer sind es, die da die Fußgänger zu Freiwild machen, wo man gar nicht mehr weiß, auf welche Seite man sich flüchten soll. (GRin Dr Sigrid Pilz: Fürchten Sie sich nicht!) Ich glaube, das Fahrradfahren ist eine sehr nette Angelegenheit, aber auf der Mountainbike-Strecke im Wienerwald kommen die Radfahrer lautlos von allen Seiten daher und kennen keine Verkehrsregel. Warum kennen sie keine Verkehrsregel? Weil Sie sie ja partiell außer Kraft setzen. Doch die Straßenverkehrsordnung hat für alle zu gelten, und ein Gehsteig ist ein Gehsteig und kein Fahrradweg, und ein Bahnsteig der U-Bahn ist auch kein Fahrradweg, aber auch dort wird schon Fahrrad gefahren. Also das ich auch etwas, was man schon hinterfragen sollte.

Aber ich möchte doch in erster Linie zur Geschäftsgruppe der Frau Stadträtin sprechen, Soziales und Gesundheit. Es ist ja auch in der Generaldebatte – und ich mache es auch hier noch in der Spezialdebatte – das Thema Mindestsicherung angesprochen worden. Wie gesagt, die Gefahr, dass hier Erwerbskarrieren in der Mindestsicherung stattfinden, die kann man nicht von

der Hand weisen. Die explosionsartige Zunahme ist nicht nur eine Folge der schlechten Wirtschaftslage, sondern nicht zuletzt vielleicht auch ein Ausdruck dessen, dass das, was man sich seinerzeit gewünscht hat, nämlich dass das AMS und auch die sonstige Arbeitsvermittlung über den WAFF ein Sprungbrett darstellt, vielleicht doch nicht so gut funktioniert.

Es tut sich ja auch auf der Bundesebene diesbezüglich einiges. Es wird jetzt vom AMS ein besonderes Programm gestartet, mit dem Menschen mit Migrationshintergrund in besonderer Weise sozusagen fit für den Arbeitsmarkt gemacht werden sollen. Diesen Ball könnte man eigentlich auch von der sozialen Komponente her aufgreifen und sich die Frage stellen. Wie schaut es mit der Inanspruchnahme aus? Was kann man tun, dass die Mindestsicherung wirklich nur eine kurzfristige Überbrückung ist und nicht ein Dauerzustand?

Sonst hat man ja immer so große Hemmschwellen, dass man den Migrationshintergrund erhebt. Das macht das AMS jetzt, um spezielle Arbeitsvermittlungsprogramme zu machen. Da könnte man diese Daten auch im Bereich der Mindestsicherung entsprechend nutzen.

Die Frage der Transparenz des Budgets ist natürlich gerade in der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales wiederum anzusprechen. Ein großer Teil des Budgets ist ausgelagert worden: Fonds Soziales Wien, Krankenanstaltenverbund. Die Tagesordnungen des Ausschusses sind dementsprechend dürr, und auch die Kontroll- und Mitwirkungsmöglichkeiten der Opposition sind dementsprechend gering.

Auch das ist etwas, was man sich überlegen sollte. Wenn man die Budgethoheit des Gemeinderates betont, wenn man das Ziel verfolgen sollte, einen mehrjährigen Budgetpfad zu machen, dann kann man das natürlich nicht ohne die großen Brocken Fonds Soziales Wien und KAV. Im KAV ist das jetzt ja schon eingeführt worden. Da hat man einen Fünfjahresplan oder zumindest eine Prognose gemacht. Das wäre natürlich schön auch für die anderen Bereiche.

Dass die Spitalskosten explodieren, das kann man auch in jeder Zeitung nachlesen, und eines oder mehrere Sparpakete werden auf uns zukommen, ob mit oder ohne Schuldenbremse in der Verfassung. Der stationäre Bereich ist natürlich eine sehr teure Angelegenheit. Einerseits sind wir froh und stolz auf die sehr gute Versorgung, die wir in Wien genießen können, auf der anderen Seite sollte man Sparmaßnahmen oder Steuerungsmaßnahmen so treffen, dass möglichst die Leistungen nicht eingeschränkt werden.

Und da ist ein Bereich, der eigentlich schon seit Jahren immer wieder ein Thema ist, die Inanspruchnahme der Spitalsambulanz. Die sind ja eigentlich eingeführt worden für Notfälle in der Nacht. Meistens passiert ja dann etwas, wenn niemand erreichbar ist und nichts offen hat und meistens am Wochenende, und dafür stellen die Spitäler eben die Ambulanzen zur Verfügung. Es hat sich aber leider Gottes in manchen Kreisen der Bevölkerung

eingebürgert, dass man eigentlich mit jeder Kleinigkeit zur Spitalsambulanz fährt, am besten in der Nacht, denn da hofft man, dass man weniger lang warten muss, und die Spitäler müssen dann auch entsprechende personelle Ressourcen vorsehen.

Wenn ich jetzt daran denke und die Gebührenlawine, die jetzt über die Wienerinnen und Wiener hinwegbraust, dazu in Bezug setze, was man damals für ein Gezeter gemacht hat wegen dieser mickrigen 10 EUR Ambulanzgebühr! Da sind die Gewerkschafter auf die Straße gegangen, und man hat den Untergang des Sozialstaates heraufdräuen gesehen wegen einer Ambulanzgebühr von 10 EUR. Da musste man dann noch Ausnahmen machen und weitere Ausnahmen und so weiter wegen einmal 10 EUR. Ich weiß nicht, wie oft man durchschnittlich in einem Leben in eine Ambulanz geht, aber die 10 EUR waren eine Zumutung. Jeder, der einen Hund hat, zahlt vier Ambulanzgebühren, wer Wasser braucht – das brauchen wir alle –, der zahlt ein Vielfaches, ebenso fürs Kurzparken und so weiter.

Eine intelligente Ambulanzgebühr hätte auch wirklich Steuerungseffekt. Das muss man wirklich sagen, das ist etwas ganz Wesentliches, denn hier werden sehr viele personelle Ressourcen gebunden, eigentlich für Fälle, die gar nicht in die Ambulanz gehören.

Wie wichtig das Erlernen der deutschen Sprache ist, sieht man natürlich nicht zuletzt auch im Spital. Wie man jetzt hört, müssen Übersetzungsdienste in ich weiß nicht wie vielen Sprachen eingeführt werden, damit hier im Endeffekt die größten Missverständnisse ausgeräumt werden. Gerade im Gesundheitsbereich wäre das etwas ganz Furchtbares, wenn auf Grund von Sprachproblemen Missverständnisse entstehen und dann entsprechend schlechte oder falsche Behandlungen stattfinden. Da sieht man auch gerade in diesem Bereich, wie wichtig es ist, dass die Menschen, die längere Zeit in Österreich sind, sich auch auf Deutsch verständigen können. Gut für sie, gut auch für die, die mit ihnen zu tun haben, denn das ist gerade bei Ärzten sehr heikel.

Es könnte auch von Seiten der Stadt Wien eine Initiative geben, dass man endlich bei unserem ganzen Überwachungswahn, der da auch über uns hereinbricht, die E-Card stärker personalisiert. Also ich verstehe bis heute nicht, warum da kein Foto oben ist. Es ist eigentlich unglaublich. Überall braucht man Fingerprints und Sonstiges, gerade dass man nicht eine DNA-Probe abgeben muss, aber bei der E-Card hat es bis dato noch nicht einmal zu einem Foto gereicht. Das wäre vielleicht auch etwas für einen großen Player im Gesundheitssystem wie der Stadt Wien, dass man eine Initiative auch in diese Richtung startet.

Angesprochen worden sind die Ordensspitäler. Gar keine Frage, die Ordensspitäler sind ein ganz wichtiger Bereich der Wiener Gesundheitsversorgung, so wie es auf einem anderen Gebiet die kirchlichen und katholischen Privatschulen sind. Aber wenn dann immer die Kosten ins Treffen geführt werden, muss man natürlich sichergehen, ob man hier wirklich sozusagen Gleiches mit Gleichem vergleicht.

Also ich glaube, man ist in einem Ordensspital, in einem Privatspital sehr gut betreut, das ist überhaupt keine Frage, das ist man aber auch in den Wiener städtischen öffentlichen Spitälern. Wenn man weiß, was man hat, und wenn es um eine Behandlung geht, dann fährt man in einem Ordensspital sicher sehr gut. Wenn es um eine diffizile Diagnose geht, dann weiß ich nicht, ob man da immer so gut aufgehoben ist. Das ist so ähnlich wie bei Belegspitälern. Wenn ich weiß, was mir fehlt, dann kann ich dort gut behandelt werden und dann werde ich auch gut behandelt, natürlich mit dem Restrisiko, das jeder trägt, aber für den diagnostischen Bereich spielt ein richtiges, ein ordentliches Spital, ein öffentliches Spital schon in einer anderen Liga.

Deshalb sind, glaube ich, diese ganzen Kostenvergleiche nicht immer ganz korrekt, noch dazu, wenn man weiß, dass natürlich in den Privatspitälern ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Sonderklassepatienten liegt, die – auch das kann man ja sozusagen aus eigener Erfahrung mitnehmen – oftmals länger dort liegen, als sie eigentlich liegen müssten, wodurch dann natürlich auch hier etwas hereinkommt.

Also Ja zu den Ordensspitälern, sie sind ein wichtiger Teil, aber wenn sie Teil des öffentlichen Gesundheitssystems sind, geht es natürlich auch um Fragen wie etwa, wann dort noch eine Rettung hinkommen kann. Das richtet sich auch nicht unbedingt immer nach den Zeiten, und wenn man dann hört, dass nach 15 Uhr eigentlich Rettungen erst recht nur in den städtischen Spitälern sind, dann könnten sich halt vielleicht auch die Ordensspitäler diesbezüglich überlegen, wie man sich hier noch besser in das öffentliche System einklinken kann.

Stichwort Sonderklasse. Ich glaube, auch das ist etwas ganz Wichtiges. Ein klares Bekenntnis: Man sollte eigentlich auch von der Gesundheitspolitik her jenen Versicherten Danke sagen, die bereit sind, noch extra etwas für die eigene Gesundheit zu tun. Das ist ja nicht ganz billig. Die Sonderklassepatienten sind ja diejenigen, die dann über ihre Sonderklasse sowohl dem Spitalserhalter etwas bezahlen als natürlich auch der Ärzteschaft. Also die relativ niedrigen Honorare in den öffentlichen und sonstigen Spitälern kann man sich ja nicht zuletzt deshalb leisten, weil halt hier über die Sonderklasse auch noch marktübliche Löhne gezahlt werden.

Daher sollte man die Sonderklasseversicherten nicht vergrämen und verprellen, sondern sich überlegen – die Frau Stadtrat hat das ja einmal schon in einer Fragestunde gesagt –, wie man mehr Sonderklassepatienten in die öffentlichen Spitäler bekommt. Denn die Art von Arbeitsteilung, mit den einfachen Sachen geht man ins Privatspital, und wenn etwas schiefgeht, kommt die Rettung und führt einen ins öffentliche Spital, ich glaube, das ist nicht im Sinne einer vernünftigen Gesundheitspolitik.

Ich möchte zu guter Letzt auch noch ein konkretes Thema ansprechen. Es wird ja derzeit sehr oft auch über das Steinhof-Areal gesprochen. Auch da siedelt ein Spital ab, und es wird natürlich das Areal einer Nutzung

zugeführt. Es gibt da auch alle möglichen Zugänge dazu.

Im 18. Bezirk ist mir das Semmelweis-Areal ein wichtiges Anliegen. Auch hier wird in absehbarer Zeit, wenn das Krankenhaus Nord in Betrieb geht, die Semmelweis-Frauenklinik zugesperrt, und die Frage ist, welche Nachnutzung dort geplant ist. Und die große Befürchtung, die besteht, ist, dass in Zeiten knapper Kassen das dann maximal, bestmöglich verwertet wird, dass dort eine Grünoase und auch wertvolle Bausubstanz – die natürlich nicht so toll ist wie am Steinhof, aber es sind doch auch alte Gebäude, alte Pavillons – dann sozusagen über Gebühr einer Wohnnutzung zugeführt werden.

Also ich ersuche Sie, ebenso wie ich das bei Frau VBgmin Vassilakou getan habe, hier eine antizipative Einbindung des Bezirkes, auch der Anrainer vorzunehmen – vor dem Hintergedanken, dass der Grünraum auch in einem Bezirk wie Währing möglichst erhalten bleiben soll, dass dort nicht zugepflastert und zugeklotzt wird, sondern dass in einem doch dann im Endeffekt dicht verbauten Gebiet auch ein wichtiges Areal der Allgemeinheit über bleibt.

Das wollte ich auch Ihnen, Frau Stadträtin, mitgeben. Und ich hoffe, dass Bürgermitbestimmung und Einbindung der Bezirke nicht nur ein Lippenbekenntnis sind, sondern dann auch tatsächlich gehandhabt werden. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Wagner. Ich erteile es ihm.

GR Kurt **Wagner** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Geschätzter Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates!

Ich möchte mit einer Anmerkung zu den Ausführungen des letzten Vorredners beginnen und muss dazu sagen: Was Kollege Aigner zu den Ordensspitälern gesagt hat, kann ich inhaltlich unterschreiben. Hier sind wir in weiten Bereichen einer Meinung. Ich finde, so wie auch meine Fraktion, dass die Ordensspitäler ein Bestandteil unserer Gesamtversorgung in Wien sind. Sie können nicht der ausschließliche Bestandteil sein, sie sind im Prinzip ein Sektor, und auf diesen Sektor werden wir auch künftig unser Augenmerk legen und auch aufpassen.

Meine geschätzten Damen und Herren! Wenn hier auch gesagt wird – gerade auch von Ihnen, Frau Kollegin Korosec –, dass hier zu wenig Geld gegeben wird, dann sollte man halt wissen, dass wir bei den Investitionen auf Grund unserer Satzungsbestimmungen die Vereinbarung haben: Wenn wir sie bewilligen, dann mindestens 40 Prozent; in den meisten Fällen geht das dann bis zu 70, 80 Prozent der Investitionskosten, in manchen Fällen sogar bis 90 Prozent. Das haben wir auch getan.

Geschätzte Damen und Herren! Wenn man heute hier zum Budget 2012 redet, dann hat man eigentlich als politischer Mandatar, wenn man einer Regierungsfraktion angehört, die Aufgabe, in die Zukunft zu blicken und auch das Budget ein bisschen mit Zahlen zu untermauern und zu dokumentieren. Nichtsdestotrotz muss man aber natürlich auch auf die Vorrednerinnen

und Vorredner replizieren, man muss halt nur aufpassen, dass es nicht zu lang wird. Ich habe da immer ein persönliches Problem, und ich möchte es da fast mit einem ehemaligen sehr berühmten Sänger, mit Peter Alexander, halten, der gesungen hat: „Ich hab mich so an dich gewöhnt“, an Sie gewöhnt: Sie, Frau Kollegin Korosec, und ich kennen uns jetzt schon einige Zeit, schon sehr, sehr lange. Ich möchte Sie mir im Gesundheitsbereich nicht aus der politischen Diskussion wegdenken, wobei ich aber grundsätzlich sage, wir sind vielleicht manchmal - und das natürlich in der letzten Zeit häufig - in der Analyse nicht ganz eins. Das Gleiche gilt natürlich für den Kollegen Lasar.

Aber was ich zu Beginn meiner Rede heute tun würde, um das auch zu unterstreichen: Ich möchte mich bei unserem Koalitionspartner, bei der Grünen Fraktion, für die in der Vergangenheit bisher geleistete Arbeit und natürlich auch für die gemeinsame Arbeit für das Budget 2012 bedanken. *(StR David Lasar: Nicht schmeicheln! – Weitere Zwischenrufe und ironische Heiterkeit bei der FPÖ.)*

Und was ich heute auch zu Beginn tue – es ist sonst üblich, das eher zum Schluss zu tun -: Ich möchte mich bereits zu Beginn bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken. Politische Mandatäre, politische Parteien, eine Stadtregierung können Budgets organisieren, können diese Budgets auch bestimmten Dingen widmen, nur: Mit Leben erfüllt werden sie nur durch die aktive Mitarbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in diesem Bereich tätig sind. Und so darf ich mich heute bei 32 000 Beschäftigten des Wiener Krankenanstaltenverbundes, bei den Beschäftigten der MA 40, bei den Beschäftigten der MA 70, der Wiener Rettung, beim Psychosozialen Dienst in Wien, beim FSW, bei der Wiener Patientenanzwaltschaft, bei der MA 24 und bei der MA 15 – Sie entschuldigen, sollte ich jetzt eine Stelle vergessen haben; dann natürlich auch bei denen – sehr, sehr herzlich bedanken. Sie sind mitverantwortlich dafür, dass wir jenen beschlossenen Weg, den wir einschlagen wollen, dann auch tatsächlich ins Leben, in die Tat umsetzen und damit für die Wienerinnen und Wiener, für die Klientinnen und Klienten, für die Patientinnen und Patienten da sind. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Meine Damen und Herren von der Opposition - und da meine ich jetzt in erster Linie die ÖVP -, Frau Kollegin Korosec! Sie haben heute davon gesprochen, dass wir im Sozialbereich schon jahrzehntlang den falschen Weg gehen. Also Sie meinen ja nicht ein Jahrzehnt, nehme ich an, wenn Sie von Jahrzehnten reden, sondern zwei Jahrzehnte. Wenn wir zwei Jahrzehnte zurückgehen und wenn man vielleicht ein bisschen umfangreicher repliziert, dann werden Sie draufkommen, dass wir damals mit der ÖVP - und jetzt werden Sie dann wieder sagen, Sie waren damals noch nicht im Wiener Gemeinderat; aber Sie waren politische Mandatarin und haben sicher diese Situation auch aufmerksam mitverfolgt - gemeinsam eine Koalition gehabt haben, nämlich 1996 und 2001. Ich kann mich nicht erinnern, dass damals in dieser Koalition die Fraktion der

Österreichischen Volkspartei hier im Wiener Gemeinderat dem Budgetkapitel, das damals noch anders geheißen hat, „Jugend und Soziales“ und „Gesundheit und Spitalswesen“ nicht zugestimmt hätte.

Das heißt, wenn es jahrzehntlang falsch war, Frau Kollegin, dann ist Ihre Fraktion zumindest fünf Jahre lang den falschen Weg gegangen, und das hätten Sie im Prinzip ja ändern können. Sie hätten nur damals, als Sie Regierungsverantwortung getragen haben, den beiden Budgetkapiteln nicht zustimmen müssen. - Aber ich weiß schon, politisch leiden vielleicht manche unter einer gewissen Amnesie. Man vergisst und verdrängt manches gerne.

Und so habe ich gestern in der Generaldebatte des Budgets auch Folgendes feststellen müssen. Kollege Wansch - ich glaube, er ist jetzt zwar nicht im Saal, aber ist ja wurscht – und Kollegin Kappel sind ja sehr von Wirtschaftsfragen durchdrungen. Ich muss dazusagen, sie verstehen davon vielleicht mehr als ich, weil ich dafür nicht wirklich eine Professur habe, aber ich habe das schon bei Diskussionen erlebt: Man ist ja so sehr gegen das Spekulieren. Jetzt sage ich: Da haben Sie in mir vielleicht sogar einen Partner, denn das bin ich auch. Aber da sollte man auch die politische Vergangenheit ein bisschen mit in Betracht ziehen. Was ich nämlich nicht verstehe - und Kollege Wansch ist damals nicht in den Kindergarten gegangen, und Kollegin Kappel war damals schon die Beraterin des Herrn Prinzhorn -: Der, nach der Definition von manchen, beste Finanzminister des Jahrhunderts - damals war er noch Mitglied der FPÖ - Karl-Heinz Grasser hat im Parlament eine Regierungsvorlage vorgelegt, die mit den Stimmen der FPÖ auch verabschiedet wurde, dass nämlich die Pensionskassen nicht wie bisher wirtschaften können, sondern 60 Prozent Aktienanteil in ihrem Portefeuille haben müssen - mit dem Effekt, dass das 2 Jahre funktioniert hat, aber nach 3 Jahren 24 Prozent Verlust eingebracht hat für die, die sich in Pension befinden, im nächsten Jahr 28, 34, 38 Prozent Verlust. Wenn man gegen Spekulanten ist, dann geht man nicht an die Börse! Nur: Es war Ihr Finanzminister, der kleine österreichische Anleger - die das gar nicht wollten! - dazu gezwungen hat, dass sie 60 Prozent Aktienanteile bei den Pensionskassen akzeptieren müssen.

Also ich sage Ihnen etwas: Ihre heutigen Belehrungen hätten Sie damals schon anbringen sollen, wenn Sie so sehr dagegen sind.

Meine geschätzten Damen und Herren! Und da muss ich, auch was die Diskussion in der letzten Zeit betrifft, dazusagen: Immer wenn es ums AKH geht, sind ja die Oppositionsparteien sofort mit Belehrungen, mit guten Ratschlägen da. Manchmal denke ich mir nur: Wenn Sie steuerrechtlich nach dem Wert Ihrer Ratschläge beurteilt werden müssten, würden Sie manchmal unter die Geringfügigkeitsgrenze fallen. Denn Sie werfen heute hier, und das wiederholt, der Frau Stadträtin vor – das tun vor allem Sie, Frau Kollegin Korosec -: Ja, wenn die MUW das Geld nicht bekommt, dann haben wir eine gesamtpolitische Verantwortung! Und flugs muss die Gemeinde Wien schon zur Verfügung stehen, und wenn

hier nur irgendwie der Bauch drückt, dann sind wir bereits da. Was Sie aber dann tun, ist, zu sagen: Sparen, sparen, sparen, sparen!

Wissen Sie, ich habe mir etwas ausgehoben, und an dem sollten Sie sich ein Beispiel nehmen: Es hat vorige Woche im Parlament ein Redner erklärt, die Opposition verlangt immer 9 Milliarden zusätzliche Ausgaben, aber gleichzeitig: Sparen, sparen, sparen! – Der erwähnte Redner hat dazu gesagt: „Das ist unredlich, meine Damen und Herren von der Opposition! Ich kann das sagen, denn vor wenigen Wochen war ich noch Oppositionspolitiker im Wiener Rathaus.“

Frau Kollegin, wer, glauben Sie, war das? - Der nichtamtsführende Stadtrat Gerstl hat in der Rede im Parlament diese Aussage, die ich nur unterschreiben kann, getroffen. Sie verlangen auf der einen Seite, wir sollen sparen, sparen, sparen - und dann geben Sie uns gute Ratschläge, wie wir das Geld, das wir ja noch gar nicht erspart haben können, sofort wieder ausgeben.

Und wenn es um Gebühren geht, meine Damen und Herren von der Opposition, dann würde ich wirklich meinen, es ist ein bisschen mehr Redlichkeit in der Diskussion angesagt. Die Redlichkeit besteht nämlich darin, sich das Geld bei jenen zu holen, die es tatsächlich haben - und da gebe ich Ihnen recht. Wir würden uns wahrscheinlich sehr viele Diskussionen auch bei Gebühren ersparen, wenn wir es von jenen Leuten bekommen würden, die das Geld haben und besitzen. Ich möchte nicht die Diskussion von gestern hier fortsetzen, aber da bin ich komplett einer Meinung mit dem Klubchef der GRÜNEN, mit dem Kollegen Ellensohn: Die würde es nicht so stark treffen und die würden das durchaus verschmerzen und verkraften.

Aber lassen Sie mich nun tatsächlich zum Budget kommen.

Liebe Kollegin Pils! Du hast heute schlechte Nachrichten gehabt, ich habe eine gute Nachricht: Ich habe vor Kurzem mit Altersforschern und Geriatrieexperten gesprochen, und die haben mir versichert - ich zweifle nicht daran, dass diese Statistiken stimmen -, wir werden jedes Jahr, ab jetzt beginnend, um drei Monate älter. Wenn wir uns das ausrechnen, dann können wir eigentlich alle vier Jahre ein Jahr auslassen, das wir gar nicht rechnen müssen. Das wird so nicht funktionieren, aber es bedeutet gleichzeitig, dass wir natürlich hier Verantwortung für die Zukunft übernehmen. Die Menschen werden älter, sie bleiben nicht immer gesund.

Nur: Unsere Frau Stadträtin mit uns gemeinsam und mit dem Spitalskonzept 2030, das wir hier gemeinsam beschlossen haben, und die Tatsache, dass wir diesen Weg gehen, das sind ganz, ganz wichtige Faktoren. Wir haben jetzt - das zur Wiederholung, damit Sie es wissen, wenn Sie dann wieder eine Presseaussendung machen - im Ist-Zustand 13 Spitalsstandorte, 32 000 Mitarbeiter, wir haben großes Engagement für die Gesundheit der WienerInnen und auch der Gastpatienten; diese soll man auch nicht vergessen. Vier Fünftel aller Krankenhausleistungen werden in Wien erbracht, ein Fünftel der Gastpatienten im Durchschnitt haben wir

auch hier in Wien, zwei Drittel der Transplantationen führen wir momentan in Wien durch sowie ein Drittel der Augen OPs. Nur 5 Prozent sind zusatzversicherte KAV-Patienten, das haben wir heute schon gehört.

Was sind die Herausforderungen, auch – was ja hier schon eingearbeitet ist - für das Budget 2012? - Der Anteil der älteren Patienten steigt. Wir müssen auf die demographische Veränderung reagieren. Der niedergelassene Bereich ist zu wenig versorgungswirksam. Was meine ich damit? - Ich habe bei der letzten Gesundheitsplattform auch mit dem Herrn Ärztekammerpräsident wegen der gleichen Geschichte, die Kollegin Pils angesprochen hat, eine Diskussion gehabt. Also, mir ist eines schlicht und einfach zu wenig: Wenn man mir sagt, das ist nicht attraktiv genug, die Patienten nehmen es nicht an, die Ärzte wollen es vielleicht auch nicht, denn da würden sie sich vorstellen, dass sie vielleicht noch zusätzlich etwas bezahlt bekommen, dann muss ich Ihnen sagen: Mediziner ist nicht nur ein Beruf, sondern eine Berufung. Das gilt im Speziellen auch für den niedergelassenen Bereich. Und wenn Sie nun - Sie haben ja erst kürzlich eine Presseaussendung gemacht - mit Ratschlägen und mit einer Aufklärungskampagne - die Sie ja starten wollen, Herr Prof Dr Frigo, weil diese Ambulanzen so überlaufen seien – vor allem an Migrant*innen herantreten, mit diesen reden und in Verbindung treten wollen, so habe ich nichts dagegen, nur bitte ich Sie wirklich: Reden Sie so, wie man mit Menschen, wenn man im Gesundheitsbereich tätig ist, redet – und ich zweifle bei Ihnen nicht daran, denn Sie sind Arzt -, nämlich menschlich! Bruno Kreisky hat einmal gesagt, wenn man in der Politik tätig ist, muss man die Menschen gern haben, sonst hat man dort nichts verloren. Manchmal habe ich bei Diskussionen nicht immer den Eindruck, dass alle Mitglieder einzelner Fraktionen die Menschen diesbezüglich wirklich gern haben.

Meine geschätzten Damen und Herren! Mit dem Spitalskonzept 2030 und der damit verbundenen Fokussierung auf sieben neue Standorte wird uns eines gelingen: die Kosten, nämlich die Betriebskosten, rapide zu senken. Es wurde gestern von der Frau Vizebürgermeisterin bereits gesagt, dass wir nur mit den 2 Standorten Sophienspital und Kaiserin-Elisabeth-Spital jährliche Ersparnisse von 28 Millionen EUR haben – Mittel, die wir dringend brauchen. Wir brauchen Mittel für Investitionen in das Krankenhaus Nord, wir brauchen für die Zentralbauten Krankenhaus Hietzing, Wilhelminenspital, Otto-Wagner-Spital frei werdende Mittel, und wir müssen natürlich generell versuchen, die Betriebskosten zu senken. Was wir natürlich auch wollen: dass das Leistungsangebot effizienter erbracht und sogar noch gesteigert werden kann.

Meine geschätzten Damen und Herren! Es gibt in unserer Budgetgruppe natürlich unglaubliche Vergleichszahlen. Wir haben ja gehört: 25 Prozent des gesamten Wiener Budgets, fast die Hälfte der bei der Gemeinde Wien Beschäftigten. Na, das zahlt sich natürlich aus, dass man darüber redet. Aber worauf ich besonders stolz bin - was man den Zahlen nicht direkt

entnehmen kann, aber wenn man nachschaut, sieht man es -: 2 100 Ausbildungsplätze haben wir, bieten wir im Krankenanstaltenverbund an und sind damit der größte Ausbildungsanbieter im Pflegebereich in ganz Österreich. Alle anderen Bundesländer haben zurückgefahren, haben eingestellt - wir nicht! Wir geben jungen Menschen, um die es da geht, eine Chance, in diesem zukunftssträchtigen Beruf auch weiter Fuß zu fassen.

Wir haben die Budgets im Gesundheits- und Sozialbereich nicht gekürzt. Wenn Sie sich das anschauen, werden Sie feststellen, dass wir im Schnitt heuer zwar nicht die Erhöhung, die wir uns wünschen - da könnten wir uns alle miteinander mehr vorstellen -, aber eine Steigerung um 2,6 Prozent - das ist eine stolze Zahl -, über den gesamten Bereich gerechnet, verzeichnen können. Und wir werden auch jene Maßnahmen tätigen, die notwendig sind. Wenn gestern gesagt worden ist, die Investitionen gehen zurück, dann darf ich Ihnen sagen: Das Investitionsvolumen im Krankenanstaltenverbund beläuft sich auf 449,5 Millionen EUR brutto. Im Vergleich zum Wirtschaftsplan 2011 ist das eine Erhöhung von einem Jahr auf das andere um 94,9 Millionen.

Dass das nicht nichts ist, wird Ihnen ja hoffentlich, wenn Sie sich die Zahl vor Augen halten, klar sein. Wir führen den Neubau des Geriatriezentrums Innerfavoriten, den Neubau des Geriatriezentrums Baumgarten, den Neubau des Geriatriezentrums Donaustadt, den Neubau des Geriatriezentrums Simmering, den Neubau des Geriatriezentrums Liesing - über Einzelheiten wird Ihnen Kollegin Klicka dann noch berichten - weiter und zügig aus. Wir haben weiters EDV-Projekte. Jetzt weiß ich, da gibt es immer wieder Kritik, aber schauen Sie sich doch private Unternehmen an, was die dort diesbezüglich machen, wie viel Geld - und ich sage: für mich auch nicht ganz verständlich - in den Sand gesetzt werden kann, gerade was technische Entwicklungen im EDV-Bereich angeht. Und ich möchte nicht wissen, lieber David, wie viele Digitalkameras du dir schon umsonst gekauft hast, wo du drei Monate später draufgekommen bist, dass das Gerät nicht wirklich das ideale war. (*StR David Lasar: Aber die kosten 150 EUR, und das kostet 46 Millionen!*)

Aber wir bauen weiter im Krankenanstaltenverbund: AKH: Neubau pädiatrisches OP-Zentrum - hast du ja selber gesagt -; KFJ: Teilneubau des Wirtschaftshofes; Krankenanstalt Rudolfstiftung in der Juchgasse; wir haben im Wilhelminenspital Neubauprojekte, und so geht es weiter, und natürlich das Krankenhaus Nord. Das ist also, glaube ich, ein sehr stolzes Programm.

Wir haben aber natürlich auch, wenn Patientinnen und Patienten stationär untergebracht sind und glauben, nicht gut behandelt zu werden, die Wiener Pflege- und Patientenanzwtschaft. Das ist, wie ich glaube, eine sehr sinnvolle Einrichtung, eine sehr imposante Einrichtung: 11 228 Mal wendeten sich allein im Jahr 2010 Personen an die Wiener Patienten- und Pflegeanzwtschaft. Sie haben einige Programme übernommen; eines wurde von dir, Sigrid, bereits genannt. Das bedeutet mehr

Aufklärung, mehr Qualitätssicherung und, und, und. Das werden wir auch zügig umsetzen. Auch das Budget der Wiener Pflege- und Patientenanzwtschaft ist ein bisschen gestiegen - nicht weltbewegend, aber ein bisschen.

Wir haben im Bereich der MA 24 - Gesundheits- und Sozialplanung einiges vor. Wir haben hier den Strukturplan, Planungshorizont 2015, gemeinsam mit der Sozialversicherung beschlossen, was nicht so einfach ist - das stellt man sich immer alles etwas einfacher vor -, und wir werden im Jahr 2012 erstmalig - das wird für Sie interessant und für uns auch - den Sozialbericht bekommen, wo das erste Mal auch über die Pflegegeldergänzungsleistung ein Bericht vorliegen wird, wo wir uns dann auch gemeinsam austauschen können.

Wir haben viel getan bei der MA 70, bei der Wiener Rettung, die keinen einfachen Job macht. Es sind in der Zwischenzeit auch schon viele Kollegen von der Opposition draufgekommen, dass die Rettung kein Taxi mit Blaulicht ist (*StR David Lasar: Das ist richtig!*), sondern dann angefordert werden sollte, wenn sie notwendig ist, und nicht für die herkömmliche Versorgung.

Aber damit komme ich schon wieder zu meinem Lieblingsthema: Wieso rufen die Leute die Rettung an oder wieso gehen sie in die Spitalsambulanz - am Wochenende, in der Nacht? - Weil ich Ihnen eines sagen muss: Der Ärztenotdienst funktioniert in der Regel nicht so, wie man es sich für die Patientinnen und Patienten wünschen würde. Und bevor ich überdurchschnittlich lang warte, fahre ich - wenn ich noch einigermaßen gehen oder Auto fahren kann - in die Spitalsambulanz. Und wenn das nicht mehr geht, ruft man wahrscheinlich die Rettung an und erhofft sich dort rasche Hilfe. Das heißt, hier ist auch im extramuralen Bereich eine Aufgabe zu erledigen. Wir haben hier im Prinzip viel getan und auch viel geleistet.

Ich sage diesbezüglich aber auch dazu: Wir haben im Bereich des Sozialwesens natürlich auch viel gemacht und getan. Wir haben im Bereich der MA 40 sehr, sehr viel zusätzlich getan. Mit 1. Juni 2011 wurden 40 zusätzliche Dienstposten geschaffen. Alle Wünsche, die hier dokumentiert worden sind, wurden erfüllt. Es geht hier natürlich um die Mindestsicherung, wir haben ein elftes und zwölftes Sozialzentrum eröffnet, wir haben das Projekt Wohngeld, wir haben die Arbeitsintegrationsprojekte, Pflegegeldübergang und so weiter - diese Liste könnte ich auch beliebig lange fortsetzen.

In der MA 15 - damit auch diese nicht zu kurz kommt -: Übersiedlung der Desinfektionsanstalt; dann gibt es im Impfkonzept neue Impfungen, nämlich gegen Pneumokokken, und diese werden auf alle Hochrisikokinder ausgedehnt, und so weiter. Zum Frauengesundheitsprogramm wird Kollegin Klicka noch einiges sagen.

Der Psychosoziale Dienst ist eine unverzichtbare Größenordnung. Da möchte ich einen Namen noch besonders erwähnen: Der Chefarzt Dr Psota macht dort mit seinem Team eine vorbildliche und ausgezeichnete

Arbeit, natürlich auch mit Stefan Brinskele, der dort der kaufmännische Chef ist. Aber das wäre nicht möglich gewesen, hätten wir nicht auch unseren verstorbenen Chefarzt Stephan Rudas gehabt, auf den viel aufgebaut werden konnte.

Für 2012 hat man sich im PSD auch viel vorgenommen: Integration von insgesamt vier überregionalen Einrichtungen, Ausbau der Kinder- und Jugendpsychiatrie und deren Aktivitäten, Fortsetzung der intensiven Vernetzung im Fortbildungsbereich, Betreiben der Ausbildungsstelle für Psychiatrie und Psychotherapie und der neue Standort des Sozialpsychiatrischen Ambulatoriums in der Josefstadt.

Ein besonders sympathisches Projekt, das auch vom PSD organisiert wird, ist REINTEGRA. Das ist überhaupt eine Erfolgs-Story, die ihresgleichen sucht. 2012 wird ein neues Projekt, Partnerschaft mit der Wiener Wirtschaft, gestartet. REINTEGRA bietet psychisch beeinträchtigten Personen Arbeitsplätze, und man versucht, sie natürlich dann auch auf dem ersten Arbeitsmarkt unterbringen zu können, was hervorragend und ausgezeichnet gelingt.

Meine Damen und Herren! Der Fonds Soziales Wien leistet eine immense organisatorische Tätigkeit. Er betreut bei der ambulanten Pflege und Betreuung 41 000 KundInnen, in der mobilen Hauskrankenpflege 9 030 Kundinnen und Kunden, in den Tageszentren 2 040 Kundinnen und Kunden, leistet stationäre Pflege und Betreuung für 22 600 Kundinnen und Kunden, erbringt Leistungen für Menschen mit Behinderung für 10 900 Menschen.

Hier komme ich zu etwas Wichtigem, weil hier Kollegin Korosec einen Antrag eingebracht hat, betreffend Aufhebung der Altersdiskriminierung im Chancengleichheitsgesetz und in den Förderrichtlinien des FSW für Menschen mit Behinderung. Frau Kollegin, wir würden Ihnen Folgendes anbieten: Wenn Sie diesen Antrag umformulieren auf Zuweisung, und wir können ihn dann diskutieren in jenen Gremien, wo er hingehört, dann sind wir dafür. Wenn Sie hingegen für die sofortige Abstimmung sind, dann, muss ich Ihnen leider sagen, dienen Sie der Sache nicht, sondern dann ist das von Ihnen ein Justamentstandpunkt. Dieser Antrag muss und sollte erst in der Gemeinderätlichen Behindertenkommission diskutiert werden. Dort haben wir alle Möglichkeiten. Ich kann mich noch an keine einzige Empfehlung erinnern, die dann der Bürgermeister nicht wirklich umgesetzt hat, wenn es die Meinung aller VertreterInnen der Gemeinderätlichen Behindertenkommission war. Weiters bedarf das Gesetz auch der Abstimmung mit den bundesgesetzlichen Regelungen, weil es diese ergänzt - und nicht ersetzt -, gerade was etwa die Pensionsfrage von Behinderten betrifft. Hier sei nämlich auch das Stichwort - und das wissen Sie als ehemalige Volksanwältin besser als ich - Subsidiarität der Länder genannt. An sich sollte die Interessenvertretung aus der Formulierung herausgenommen werden, weil die IV ja per Gesetz dazu verpflichtet ist zu beraten. Das wissen Sie genauso gut wie ich. – Aus diesem Grund: Ja, wenn Sie für Zuweisung plädieren, aber nein, wenn Sie für die

sofortige Abstimmung sind.

Ich bedanke mich jetzt noch formell für Ihre Aufmerksamkeit, habe aber noch eine kleine Anregung. Politische Diskussionen im Gesundheitsbereich werden oft sehr hitzig geführt, manchmal auch sehr heftig, mit sehr viel Engagement, und die Fieberkurve steigt. Das trägt aber nicht wirklich sinnvoll zur politischen Arbeit bei. Sigmund Freud hat schon gesagt: „Die Stimme der Vernunft ist leise.“ - Bevor wir uns politisch unterhalten, sollten wir darauf achten, dass die Temperatur etwas sinkt. Aus diesem Grund werde ich heute - und ich habe mir überlegt, was schenkt man zu Weihnachten, gerade als Gesundheitspolitiker? - der Gesundheitssprecherin der ÖVP ein Fieberthermometer überreichen, meinem alten Freund, dem nichtamtführenden Stadtrat David Lasar ebenfalls. Vielleicht dient manchmal die Phase der Abkühlung dazu, dass wir über konkrete Probleme des Gesundheitswesens vernünftiger diskutieren können. Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** (*unterbrechend*): Bitte um den Schlusssatz!

GR Kurt **Wagner** (*fortsetzend*): Vielleicht stimmt ihr dem einen oder anderen Punkt dann doch zu. - Danke schön. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich bekannt geben, dass ich heute nach eingehender Prüfung des Antrages der FPÖ betreffend Marillenalm mit den nun auch vorliegenden Unterlagen zum Schluss gekommen bin, dass der Antrag zulässig ist und daher auch zur Abstimmung zugelassen wird. Ich würde allerdings die Antragsteller ersuchen, in Zukunft die Anträge etwas klarer zu stellen, damit man, wenn man am Vorsitz den Antrag bekommt, auch gleich weiß, worum es ganz genau geht.

Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Ing Mag Dworak. Ich erteile ihm das Wort.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Vorsitzender! (*GRin Dr Sigrid Pilz übernimmt den Vorsitz.*) Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Zuerst zum Kollegen Wagner: Ich möchte schon vorausschicken, dass er kein Wort zum AKIM gesagt hat, so nach dem Motto: Es gibt ja immer auch Fehlleistungen im EDV-Bereich. - Oder? (*GR Kurt Wagner: Herr Kollege Dworak, ich kann nicht zu allem reden, denn da müsste ich 50 Minuten reden!*) – Ich hab's gesehen. – Also zum AKIM wurde nichts gesagt, außer dass von Fehlleistungen gesprochen wurde. Und zum Thema Korruption mit der Firma AGO, da habe ich eigentlich auch nichts gehört. (*GR Kurt Wagner: Dafür haben Sie ein Gericht, und Sie haben die Korruptionsstaatsanwaltschaft! Ich kann ja kein Gericht ersetzen!*) - Und damit bin ich bereits beim Thema AKH. Ich muss nur vorausschicken, dass die Liste der Versäumnisse im Gesundheitsbereich durchaus sehr lang ist und immer wieder Skandale beinhaltet. Dies hat ja bereits meine Kollegin Korosec angesprochen. Der Wechsel von Rot zu Rot-Grün hat daran nichts geändert. Auch in der neuen Regierung wird dieser Kurs

fortgesetzt. Aber, wie schon gesagt, kommen wir zum AKH!

Ein „Presse“-Artikel vom Sonntag (*Der Redner hält einen Zeitungsartikel in die Höhe.*) – Sie kennen ihn alle. Was steht darauf? – „Der Notfallpatient AKH - Das Wiener AKH steckt in Finanznöten. Das zweitgrößte Spital der Welt zeigt, woran das Gesundheitssystem krankt. Die Diagnose lautet: Zersplitterung und Zerstrittenheit. Leidtragende sind vor allem die Patienten.“ - Und das, meine Damen und Herren, ist der Knackpunkt bei allen unseren Forderungen, die wir im Namen der Patientinnen und Patienten aufstellen.

Beginnen wir einmal bei der AGO-Geschichte. Die Vorwürfe, es gäbe hier ein dubioses Netzwerk, stehen hier im Raum. Und bis jetzt hat keiner es wirklich aufklären können. Da ist, auch wenn es gerichtlich anhängig ist, vorrangig zu prüfen, ob wirklich was dran ist.

Der nächste Punkt: Sie wissen, im Bereich der Ausstattung, im Bereich Gebäude und Technik gibt es das Beispiel AKH-Tiefgarage. Ursprünglich hätte das Objekt oder die Renovierung 3 Millionen EUR für zusätzlichen Investitionsbedarf bekommen können, und die Garage hat 2 700 Abstellplätze. Die Renovierung hätte spätestens Ende 2010 fertig sein sollen. Aber man werkt noch immer an dem Projekt. Und im Zuge der Arbeit ist man draufgekommen, dass in etlichen Bereichen, vor allem an der Deckenkonstruktion – bekanntlich war die Errichtung bereits 1970 – ordentlich geschlampt worden ist. Das muss man jetzt beheben, und wir wissen nicht, ob es 2012 zur Fertigstellung kommt. Keiner weiß das und keiner kann es sagen.

Es wird jetzt einen zusätzlichen Investitionsbedarf von 21,7 Millionen EUR geben, aber wir wissen nicht, ob es dann noch mehr sind als diese 21,7 Millionen EUR. Aus den Berichten, egal, ob aus den Hochglanzbroschüren des KAV oder dem Jahresbericht, erfährt man nichts. Weder im Jahresbericht noch im Budget 2012 ist etwas enthalten. Auch nichts!

Herr Direktor Krepler hat in der „Presse“ am 4. Juni 2011 launig verkündet: „Wir wollen diese Garage noch 200 Jahre lang verwenden. Sie wird sehr gut ausschauen und hochmodern sein.“ - Wie kann er das wissen, unter all den Bedingungen der Unsicherheit? Eines steht jetzt schon fest: Gar nicht gut ausschauen wird der Wiener Steuerzahler, denn er muss bekanntlich diese Mehrkosten finanzieren.

Schauen wir uns andere Dinge an: die medizinischen Geräte. Herr Kollege Lasar hat es bereits angesprochen, das Beispiel Gamma-Knife. Gamma-Knife ist aber nicht ein Einzelfall, und im Vorjahr anlässlich der Budgetdiskussion habe ich einen weiteren Punkt auch schon kritisiert: die Druckkammer im AKH. Es ist praktisch die gleiche Situation wie beim Gamma-Knife. Vielleicht wird das Gamma-Knife irgendwann einmal bestellt - das kann ich mir schon vorstellen -, aber die Druckkammer - das sind 550 000 EUR -, die wurde 2003 angeschafft, und die steht im Abstellkammer!

Ja, Frau Stadträtin, und ich frage mich: Das AKH verkommt dank Ihrer Untätigkeit leider immer mehr zum

teuersten Gerätefriedhof. Die kaputten Geräte häufen sich, und Sie können das Problem nicht einfach auslagern, nämlich in andere Bundesländer, um die Wienerinnen und Wiener beispielsweise in Graz oder in Deutschland günstig zu behandeln, weder bei der Druckkammer noch beim Gamma-Knife. Die Patienten haben nämlich ein Recht darauf, dass hier in Wien die Behandlung erfolgt und dass diese Geräte auch in Wien vorhanden sind. Und Sie, Frau Stadträtin, sind gemeinsam mit der KAV-Führungsebene dafür verantwortlich, dass eben dieses technische Equipment korrekt funktionstüchtig ist.

Die Wiener ÖVP hat daher mit Recht in der letzten Sitzung des Gemeinderates die Erstellung einer Prioritätenliste mit einem verbindlichen Finanzierungsplan gefordert, und wir sind schon sehr gespannt, wie der Bericht des Stadtratbüros ausfallen wird. Wie notwendig diese Maßnahme ist, zeigt ja auch der Umstand, dass beispielsweise bei der letzten Sitzung der Gesundheitsplattform am 7. November kein Antrag der AKH-Führung für einen Investitionskostenzuschuss für das neue Gamma-Knife auf der Tagesordnung war. Ich glaube, abwarten und Tee trinken, das wird nichts! Denn das wird nirgends was, und in Wien wird es erst recht nichts.

Kommen wir kurz zum Krankenhaus Nord. Was tut sich dort? - Ich entnehme dem Vorwort des Budgets der Stadt Wien für das Jahr 2012 folgenden Satz: „Zu den großen Baumaßnahmen zählen 2012 der Ausbau der U2 zur Seestadt Aspern, der Ausbau der U1 nach Süden, die intensive Bautätigkeit im Bereich des künftigen Wiener Hauptbahnhofes oder der Neubau des Krankenhauses Nord.“ - Aber von einem Anschluss der U-Bahn an das Krankenhaus Nord ist weit und breit nichts zu lesen und zu sehen.

Ja, meine Damen und Herren, dieses Versäumnis hat die Vorgängerin der Frau Stadträtin zu verantworten, glaube ich, Frau VBgmin Brauner. Sie ist nämlich heute auch für die Wiener Linien zuständig und sollte mit ihnen eigentlich ein gutes Einvernehmen pflegen, und sie sollte diese Planung durchaus vorantreiben; Sie sollten das nämlich gemeinsam vorantreiben.

Vor allem bei der Fertigstellung des Krankenhauses Nord wird immer mehr von falschen Zahlen ausgegangen. Hatte man ursprünglich bereits von einer Teilbetriebnahme 2012/2013 gesprochen, so hat man dann von 2015 gesprochen. Jetzt ist man auf Juli 2016 zurückgefallen, und ich habe gehört, dass einzelne Abteilungen erst im Jahre 2018 übersiedeln werden.

Also das Krankenhaus Nord für den Bezirk Floridsdorf oder für jene, die jenseits der Donau sind, lässt noch länger auf sich warten. 2015 wird diese Regierung wahrscheinlich längst Geschichte sein. Es müssen sich dann wahrscheinlich die Nachfolger mit den Dingen beschäftigen. Und ich glaube, dass die Wienerinnen und Wiener sich dann nicht mehr auf Experimente einlassen werden.

Aber es gibt auch keine Investitionsanträge beim Wiener Gesundheitsfonds. Man hat hier nämlich 33 Millionen EUR - wir haben das letztes Mal gehört - für die

Aufschließung einer Baugrube in Rechnung gestellt, so wie man das jetzt beim Krankenhaus Nord gemacht hat. Also offensichtlich ist hier die Verrechnungsart und der Verrechnungsmodus ordentlich aus dem Ruder gelaufen. Nach genauer Prüfung hat sich nämlich herausgestellt, dass der KAV einfach die Kosten für Leistungen außerhalb des Grundstücks, also für die Straßenbauten, für die Verkehrslichtanlagen - die Ampeln - und die Stationsverlängerung der ÖBB in den Antrag aufgenommen hat, obwohl klar war, dass dafür keine Mittel oder kein Geld vom Wiener Gesundheitsfonds gezahlt werden.

Fazit: Im Gesundheitsbereich fehlt hinten und vorne eine ordentliche Planung. Dafür wird, meine Damen und Herren, jede Menge Geld für die Eigenwerbung hinausgeworfen. Warum das meine Fraktion so auf die Palme bringt, fragen Sie? - Weil die Bürger dieser Stadt jedes Jahr nach Strich und Faden ungeniert von den Damen und Herren der Stadtregierung ausgenommen werden. *(Die auf dem Präsidium stehende Glocke fällt zu Boden. – Heiterkeit.)* Stimmt ja doch! - Ich hoffe, das „Attentat“ hat nicht der Frau Stadträtin gegolten.

Vorsitzende GRin Dr Sigrig **Pilz** *(unterbrechend)*: Ich muss mich entschuldigen. Das war kein heimtückisches Attentat auf die Frau Stadträtin, sondern wie von Zauberhand ist dieses Ding da in die Höhe gegangen, und jetzt steht das da schief. Keine Ahnung, warum.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** *(fortsetzend)*: Ich darf Ihnen sagen, es fehlt offensichtlich hinten und vorne an Geld oder an der optimalen Organisation.

Ich komme noch zu drei Anträgen aus dem Bereich Menschen mit Behinderung.

Ich bringe den ersten Antrag ein, und zwar betreffend die Finanzierung von Kursen zur Beherrschung der österreichischen Gebärdensprache durch die Stadt Wien. Der Antrag wird eingebracht von Kollegin Korosec, von mir, von Kollegin Anger-Koch und vom Kollegen Flicker und lautet wie folgt:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, das Erlernen von österreichischer Gebärdensprache maßgeblich zu fördern und Vereine, die Sprachkurse in Laut- und Gebärdensprache anbieten, durch finanzielle Mittel aus dem Budget der Stadt Wien nachhaltig zu unterstützen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dann ein Antrag betreffend die Erweiterung des BezieherInnenkreises der Pflegegeldergänzungsleistung für die Persönliche Assistenz:

„Die amtsführende Stadträtin für Gesundheit und Soziales wird beauftragt, die derzeit gültige spezifische Förderrichtlinie zur Pflegegeldergänzungsleistung für Persönliche Assistenz für Menschen mit Behinderung des Fonds Soziales Wien vom 1. Juli 2011 dahin gehend zu überarbeiten, dass künftig auch Menschen mit Sinnesbehinderung sowie Menschen mit Lernschwierigkeiten diese Leistung bekommen können.

Hier wird ebenso die sofortige Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und als Letztes bringe ich jenen Antrag ein, bei dem

sich Kollege Wagner so vehement für die Zuweisung ausgesprochen hat - wir werden diese Zuweisung verlangen -, nämlich den Antrag betreffend Aufhebung der Altersdiskriminierung im Chancengleichheitsgesetz und in den Förderrichtlinien des Fonds Soziales Wien für Menschen mit Behinderung. Er lautet:

„Die amtsführende Stadträtin für Gesundheit und Soziales möge dafür sorgen, dass das Gesetz zur Förderung der Chancengleichheit von Menschen mit Behinderung und alle damit verbundenen spezifischen Förderrichtlinien des Fonds Soziales Wien hinsichtlich altersdiskriminierender Bestimmungen überprüft und unter Einbeziehung der Interessenvertretung der Menschen mit Behinderung entsprechend novelliert werden.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung des Antrags verlangt.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wir werden dem Budget nicht zustimmen. Sie haben meine Begründung gehört. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrig **Pilz**: Also die Sache ist aufgeklärt: Der Amtscomputer ist auf dem „Auf“-Knopf gestanden, dann hat er ein bisschen das Gewicht verlagert, und dann ist da das Pult in die Höhe gegangen. Wir haben ihn wieder auf „Ab“ gestellt, und jetzt ist es wieder wie vorher. – Also wir können weitermachen.

Frau GRin Hebein ist die Nächste, die zum Wort gemeldet ist. Ich erteile es ihr.

GRin Birgit **Hebein** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Werte Frau Vorsitzende! Werte Frau Stadträtin! Werte Kollegen und Kolleginnen! Wir legen Ihnen heute ein verantwortungsvolles Sozialbudget auf den Tisch, ganz einfach deswegen, weil die finanzielle Situation, die Wirtschaftssituation natürlich eine Herausforderung ist, vor allem im Sozialbereich verantwortungsvoll damit umzugehen: Dass wir hier nicht auf Kosten von Armen sparen, dass wir nicht auf Kosten von Menschen sparen, die keine Lobby haben. Und das ist gut so. Insofern finde ich es wichtig, dass wir in der rot-grünen Koalition diese Haltung einnehmen.

Das Zweite - grundsätzlich auch eine Handlungsfrage, und etwas schwieriger - ist natürlich die Frage: Wie gehen wir mit Menschen um, die von Armut betroffen sind und im öffentlichen Raum sichtbar werden? Ich möchte dieses heikle Thema auch ansprechen, weil es wichtig ist: Wir haben in Wien Bettler und Bettlerinnen, wir haben in Wien sichtbare Armut, und wir wissen von Untersuchungen der Grazer Universität, dass die Bettler und Bettlerinnen sich durch ihre Tätigkeit das Leben verbessern können. Das sind Realitäten, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Wenn BettlerInnen sich ein besseres Leben organisieren, dann heißt das nicht gleichzeitig, dass sie kriminell sind, sondern sie organisieren sich ihr Leben.

Der zweite Punkt, der Diskurs, der in den letzten Tagen geführt worden ist, betrifft die „Augustin“-Verkäufer und -Verkäuferinnen an den Christkindlmärkten. Auch das möchte ich ansprechen. Was diesen Diskurs, diese Frage betrifft: Erträgt man

auch auf Weihnachtsmärkten, wo es um Konsum geht, um viele Lichter, einen Anblick von „Augustin“-Verkäufern und –Verkäuferinnen?, so sagen wir ganz klar, natürlich! Natürlich ist es so, dass auch diese Menschen ihre Zeitungen verkaufen können, und da sollte man nicht unterscheiden zwischen „guten“ und „bösen“.

Der dritte Punkt ist der, dass offenbar jeder Drogenjunge, jeder obdachlose Mensch im öffentlichen Raum zu einem Problem wird. Dem ist nicht so. In erster Linie ist er ein Mensch. Wir sind hier alle gefordert, diesen Diskurs zu führen, wie wir auch im öffentlichen Raum mit sichtbarer Armut umgehen. Ich bin davon überzeugt, dass es auch andere Wege gibt.

Dann kommen wir zu einem Bereich, wo es um weniger sichtbare Armut geht: auch ein Herzensthema, nämlich die Familien. Da sind besonders Familien betroffen, AlleinerzieherInnen, Mütter mit mehreren Kindern, Eltern mit mehreren Kindern. Hier ist es wichtig und richtig, dass die Stadt Wien als einen Schritt zur Unterstützung die Kindermindestsicherung erhöht hat. Das ist ein wichtiger Schritt! - Wenn die Oppositionsparteien jetzt sagen, sie sind für die Armutsbekämpfung und für die armen Menschen, und sie haben ein Herz dafür und was weiß ich, was sie noch alles dafür haben, dann sei ihnen gesagt: Vom schönen Reden können sich die Menschen nichts kaufen! Sie haben diesen wichtigen Schritt für die Menschen in Wien nicht unterstützt.

Jetzt komme ich zu Frau GRin Korosec: Sie haben völlig recht, es gibt DauerleistungsbezieherInnen in der Mindestsicherung - nicht viele im Verhältnis zu den Anspruchsberechtigten, weil die meisten Menschen eine Richtsatzergänzung erhalten. Sie haben auch recht darin, dass es damit zusammenhängt, dass es prekäre Arbeitsverhältnisse gibt, dass in die Bildungspolitik investiert werden muss. Aber dieses Packerl, das Sie uns hier herstellen, Frau GRin Korosec, das nehmen Sie jetzt wieder mit in Richtung Bundesregierung, denn Arbeitspolitik, Lohnpolitik, Sozialversicherung, all diese Bereiche, bitte, sind Aufgaben der Bundesregierung. Ich bitte Sie, dieses Packerl wieder mitzunehmen.

Das, was wir hier in Wien versuchen, ist, bestmöglich umzugehen mit dem, was Sie auf Bundesebene anrichten. Ein Form davon ist die WAFF-Geschichte. Die greife ich jetzt einmal heraus, weil ich es wichtig finde, dass hier vor allem für atypisch Beschäftigte und prekär Beschäftigte konkrete Angebote gemacht werden und hier aktive Arbeitsmarktpolitik betrieben wird. Eine gute Sache! *(Beifall bei den GRÜNEN und von GRin Mag (FH) Tanja Wehsely.)* - Das war die Moni Vana, ich weiß es genau.

Was machen wir jetzt konkret in der Obdachlosenpolitik? - Wir haben die Nächtigungsgebühr halbiert. Das mag für viele nicht viel sein, für die Betroffenen ist es sehr viel. Wir haben, wenn Sie sich erinnern können, einen Diskurs geführt, der breit getragen wurde: Wie ist es, wenn die Mindestsicherung auch anteilig Wohnungsgeld beinhaltet? Wie machen wir das mit den Obdachlosen? - Der gemeinsame rot-grüne

Schritt, der jetzt gemacht wurde, dass wir sagen, 2 EUR sind zumutbarer, verhältnismäßiger, ist eine gute Sache, ein Schritt in die richtige Richtung. Damit übernehmen wir auch Verantwortung, und es betrifft rund 400 Quartiere, die wir täglich in Wien anbieten.

Die andere Geschichte, die auch in der Öffentlichkeit thematisiert worden ist, ist der Anspruch der EU-BürgerInnen. Diesbezüglich lassen Sie mich noch eines klar festhalten, was für die Stadt Wien gilt: In Wien wird niemand erfrieren.

Der nächste Punkt ist das „Housing First“-Projekt. Das ist eine gute Sache. Ich habe Ihnen heute schon davon erzählt, als wir über die Wohnungspolitik in Wien diskutiert haben: Diese Projekte, die jetzt entstehen, diese Umstellung, die passiert, wo wir sagen, wir entwickeln die Obdachlosenhilfe in Wien weiter, und zwar nicht nur für Menschen, die wohnungslos sind, sondern auch für Menschen, die sehr schwierig unterzubringen sind und eine Mehrfachproblematik haben. Auch eine gute Sache! Gleichzeitig wird überlegt: Brauchen wir noch mehr an Tageszentren? Wo gibt es noch einen Bedarf? - Hier investiert die Stadt Wien viel.

In der Drogenpolitik ist es nicht unähnlich. Es gibt - und Sie finden es auch klar im Budget - ein klares Signal, hier weiterzuarbeiten in Richtung Prävention. Nächstes Jahr wird der Gansl-Wirt eröffnet - ein enormes Projekt. Es wird weiter diskutiert: Wie kann man die niederschwellige Arbeit aufrechterhalten? Wie kann man Suchtprävention noch verstärkt thematisieren? Wie können wir auch zwischen Genuss und Sucht unterscheiden? Auch hier setzen wir klare Signale. Und wir dürfen nicht vergessen, das klingt so einfach: Machen wir jetzt einmal kurz Drogenpolitik!, aber die Mehrfachproblematik der Menschen, die obdachlos, drogenkrank, psychisch krank sind, erfordert eine unglaubliche Sensibilität, dass man dieser Mehrfachproblematik entgegenkommt und die Menschen wirklich ernst nimmt in diesem Bereich.

In der Behindertenpolitik investiert - ich hoffe, ich habe jetzt die richtige Zahl aufgeschrieben - die Stadt Wien insgesamt 240 Millionen EUR. Die Behindertenpolitik ist eine Querschnittmaterie, da sind wir alle gefordert, in allen Bereichen. Was jetzt passiert, ist natürlich, die Umsetzung der Behinderten-Menschenrechtskonvention voranzutreiben und auch - und das finde ich recht spannend - diese Auseinandersetzung mit den Interessenvertretungen aus dem Behindertenbereich, darüber zu diskutieren: Was sind denn die neuen Herausforderungen? Was brauchen denn die Menschen aus dem Behindertenbereich zukünftig? Wo können wir Bereiche verändern, vom stationären hin zum ambulanten Bereich? Wo können wir bei den Beschäftigungstherapien ansetzen? Wie schaffen wir es, dass wir normalisierter mit dieser schwierigen Frage umgehen? - Inzwischen haben wir auch schon eine Behindertensprecherin im Bezirk verankert, um diese Querschnittmaterie der Menschen mit Behinderung auch auf allen Ebenen zu thematisieren.

Dann gibt es noch einen Punkt, den ich, glaube ich,

immer wieder betone - mein Kollege Wagner hat das auch schon gesagt -: Einen tiefen Respekt den Menschen im Sozialbereich, die tagtäglich gute Arbeit leisten, und zwar für Betroffene und auch für uns alle. Das ist eine hoch sozialpolitische, gesellschaftliche Frage. Meinen tiefen Respekt und vielen Dank! - Jetzt müsst ihr klatschen! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vielleicht noch einen Punkt, den ich herausstreichen möchte: Konkret überlegen wir, auch mit StR Oxonitsch, die aufsuchende Familienhilfe oder verstärkte Angebote zur Verfügung zu stellen konkret für Familien, die eine Problematik haben, die nicht so sichtbar ist. Da überlegen wir, Unterstützung anzubieten und eine Erweiterung der Angebote vorzunehmen. Das heißt, es geht um Familien, die überfordert sind - mit Schulden, mit dem Alltag, mit den Kindern, mit der Schule. Hier führen wir auch Gespräche darüber, wie wir die Angebote für sie erweitern können.

Das Zweite, was wichtig ist und was von der ÖVP gestern angesprochen wurde, ist die Schulsozialarbeit. Ich gebe Ihnen natürlich recht, dass Schulsozialarbeit und deren Ausbau auch ein wichtiger Schritt wäre. Auch da kann ich Sie aber nicht ganz aus der Verantwortung nehmen, und das meine ich jetzt wirklich ernst. Es wird schon unendlich viel darüber diskutiert - unendlich viel! -, und es liegen jetzt Vorschläge auf dem Tisch. Bewegen Sie sich! Schaffen Sie endlich eine Reichensteuer, damit diejenigen, die viel haben, etwas beitragen zum sozialen Frieden! Wenn diese Vorschläge, die jetzt auf dem Tisch liegen, umgesetzt werden, bedeutet das für die Stadt Wien 400 Millionen EUR mehr im Jahr. Ich kann Ihnen garantieren, da überlegen wir uns etliches auch zur Schulsozialarbeit. Aber tun Sie endlich etwas! (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Und jetzt noch abschließend Folgendes, weil es auch gerade aktuell dazupasst: Sie sagen, Sie kümmern sich um die sozialen Konflikte, um soziale Probleme der Schüler und Schülerinnen. Sie fordern und wollen die Schulsozialarbeit. - Ich bitte Sie, ein ÖVP-Vertreter ist gerade vorhin hier herausgegangen mit einer unfassbaren Idee, nämlich: Man möge problematischen SchülerInnen die Familienhilfe streichen. Und dann stellen Sie sich hierher und sagen, Sie wollen für Familie, für Armut, für Kinder und Jugendliche etwas tun. Und dahinter stehen solche Überlegungen?! - Also gehen Sie in sich, ÖVP! - Vielen Dank. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr Frigo. Ich erteile es ihm.

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Ich möchte mich nicht auf meine Vorredner beziehen, werde mich vielleicht aber zum Teil wiederholen. Ich möchte mich dafür gleich entschuldigen, aber es ist einfach wichtig - Sie wissen ja, die Gesundheit ist eines der größten ... (*GR Heinz Vettermann: Flexibel anpassen!*) Bitte? (*GR Heinz Vettermann: Flexibel anpassen!*) – Das versuche ich. (*GR Heinz Vettermann: Aber auch wiederholen ...*)

Der vorgelegte Wirtschaftsplan des KAV ist, wie man so in der Bankersprache sagt, beim Businessplan eine Phantasie. Er ist aus meiner Sicht deswegen eine Phantasie: Wir haben, wenn man sich das heurige Jahr anschaut, ein Budgetloch des KAV von mittlerweile über 200 Millionen EUR. Wir kennen alle diese Versuche im Herbst, mit Hilfe einer Leistungseinsparung und angedrohten Personalkürzungen dieses Budgetloch zu stopfen. Das hat aber nur zu Demonstrationen und Protestversammlungen der Mitarbeiter geführt und dementsprechend nichts gebracht. Meine Damen und Herren! Ich glaube, solche Panikaktionen gefährden unser Gesundheitssystem.

Nun, Stichwort Sparmaßnahmen: Das Wort sparen haben wir heute schon oft gehört. Es ist klar: Das billigste Spital ist das geschlossene. Aber das sind eben Schreibtischtäter, die die Bedürfnisse der Wiener Bevölkerung nicht sehen. Ich denke besonders an das Kaiserin-Elisabeth-Spital und dessen Schließung im Rahmen des berühmt-berüchtigten Spitalsplanes 2030. Warum sage ich das? Das KES hat an und für sich 70 chirurgische Betten, und bei der Umsiedlung in die Rudolfstiftung bleiben 20 Betten über - das ist eine Rechnung, die sich für mich schlecht ausgeht -, und erst 2015 ist geplant, 20 weitere Betten aufzustellen.

Auch die Nuklearmedizin der Rudolfstiftung wird in den Patienten ersticken. Derzeit laufen im Kaiserin-Elisabeth-Spital die drei modernsten Operationssäle täglich bis 18 Uhr - weil wir von der OP-Auslastung gesprochen haben. Dort ist der Primarius Hermann der Chef, und er ist wirklich hier ein Vorreiter. Wenn man das alles sieht, dann schafft man jetzt ein akutes Versorgungsproblem für Schilddrüsenpatienten mit langen Wartezeiten.

Und zwar beginnen die Wartezeiten schon bei der nuklearmedizinischen Untersuchung, oder auch Szintigraphie genannt. Warum? Weil es keine niedergelassenen Ärzte gibt, die das durchführen. Es gibt nur Spitäler, die das durchführen, und die Wiener Gebietskrankenkassa macht hier keine Verhandlungen mit den Niedergelassenen, sie wollen es einfach den Niedergelassenen nicht geben, und daher werden die Wartezeiten länger. Daher fordere ich, dass Sie sich mit den Sozialpartnern auch an einen Tisch setzen, sehr geehrte Frau Stadträtin, und dieses Thema besprechen und die Ressourcen bündeln. (*GR Kurt Wagner: Herr Kollege, das ist geschehen. Sie können sich an einen Tisch setzen, aber mehr schon nicht!*) Das ist richtig, aber es betrifft letzten Endes die Gesundheit. (*GR Kurt Wagner: Aber im Gesamten sollte das Erwähnung finden, und man müsste eine Lösung finden!*) – Nun ja, aber im Gesamtkonzept sollte das eben Erwähnung finden, und gerade wenn man das Spital schließt und damit diese Ressource wegnimmt, müsste man sich zusammensetzen, oder? (*GR Kurt Wagner: Es ist mir bewusst, dass wir keine Möglichkeit haben!*) Nun ja, aber wir reden hier auf mehreren Ebenen. Es gibt ja auch eine andere Ebene, es gibt auch eine schwarz-rote Regierung und einen Minister.

Aber ich möchte jetzt noch kurz auf die

Notfallambulanz eingehen. Sie haben ja schon gehört, dass es heute zwischen 9 und 11 Uhr, also in der besten Ambulanzzeit, eine Betriebsversammlung gegeben hat, um auf die Missstände und die angedrohten Personaleinsparungen, vor allem, was die Journaldienststräder, also die Nachtdienste betrifft, hinzuweisen. Auch ich möchte das in meiner Form als Gesundheitspolitiker, aber auch als AKH-Arzt, hier verdeutlichen:

Warum: Im vorgelegten Wirtschaftsplan ist zum Beispiel der klinische Mehraufwand von 36 auf 33 Millionen EUR geschrumpft. Wie kann es also sein, dass die Bilanz des neuen Wirtschaftsplans 2012 so positiv ist. Ich habe da auch noch gesehen, dass 300 Millionen EUR beim Zuschuss fehlen, und dass letzten Endes mit höheren Mehreinnahmen, von mittlerweile 1,5 Milliarden EUR, sozusagen kompensiert werden soll. Und da bleibe ich wieder beim Wort Phantasie, denn ob diese Einnahmen so steigen werden, wage ich zu bezweifeln.

Nun, die Notfallambulanz, und das wurde auch schon angesprochen, hat einen Namen, nämlich „Notfall“. Ich selbst mache dort auch Dienst und weiß, dass 30 Prozent der Patienten dort mit Juckreiz oder Halsweh kommen und das um Mitternacht und ich glaube, dass die Aufklärung der Patienten die einfachste Lösung wäre, um hier nicht Spitzenmedizin und Spitzenmediziner mit Halswehwehchen zu beschäftigen.

Dazu kommt natürlich der hohe Migrantanteil, den ich jetzt nicht böswillig erwähne, sondern einfach, weil auch diese Aufklärung brauchen, weil es zum Beispiel in der Türkei so ist, dass der niedergelassene Arzt etwas kostet und das Spital gratis ist. Dementsprechend sind die Menschen, die von dort kommen, gewohnt, ins Spital zu gehen. Also bitte, hier gibt es wirklich viel aufzuklären.

Die Gesundheitspolitik, und das höre ich hier immer wieder, wird ja von den Vertretern vor allem als Spitalpolitik gesehen und, wie gesagt, ich weise darauf hin, dass es wirklich auch auf die ambulante Versorgung ankommt und auch auf das motivierte und ausgebildete medizinische Personal. Es ist genug Geld vorhanden – das muss man auch sagen -, ich glaube nur, dass es nicht effektiv genug eingesetzt wird.

Die Verschwendung gehört aber leider nicht nur der Vergangenheit an. Wir haben jetzt vom Vergabeskandal gehört, von der AGO, von vielen anderen kleineren und größeren Skandalen, von denen wir halt Wind kriegen. Wir kriegen ja nicht von allem Wind, wir kriegen ja kaum Informationen, und es ist für uns auch sehr schwierig als Opposition. Und in diesem Zusammenhang möchte ich auch einen Antrag zur Beschlussfassung vorlegen, und zwar:

„Die zuständige amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales beziehungsweise die zuständigen Organe des Fonds Soziales Wien werden aufgefordert, jeweils im Juni einen fünfjährigen Finanzplan für den Fonds Soziales Wien vorzulegen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.“ (Beifall bei der FPÖ.)

Einen neuen Budgetfresser möchte ich noch

erwähnen, es ist das EDV-System Impuls, das ja im Wirtschaftsplan mit einem Gesamtvolumen von 21,5 Millionen EUR aufscheint, wobei aber schon 11 Millionen EUR ausgegeben worden sind. Nun, vom AKIM mit 46 Millionen EUR und den relativ schlechten Erfahrungen haben wir heute schon gesprochen. Sie wissen vielleicht, und ich aus eigener Erfahrung, dass das System sehr langsam arbeitet, noch adaptierungsbedürftig ist und dementsprechend eigentlich für das viele Geld, das man ausgegeben hat, auf gut Wienerisch, eine Frechheit ist. Ich hoffe, dass man daraus gelernt hat und dass dieses neue EDV-System Impuls, für die KAV-Spitäler wirklich etwas bringt und die Patientenverwaltung und Bürokratie, gerade für das medizinische Personal, vereinfacht, weil Funktion statt Korruption gefragt ist. Und das schulden wir den Wienerinnen und Wienern, meine Damen und Herren. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Klicka. Ich erteile es ihr.

GRin Marianne **Klicka** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir sind uns, glaube ich, alle einig, dass die Gesundheits- und Sozialpolitik die Grundlage für das Leben der Wienerinnen und Wiener darstellt, und das zeigt sich auch in den zahlreichen Umfragen. Gerade in wirtschaftlichen Zeiten ist es daher auch notwendig, den Bewohnerinnen und Bewohnern der Stadt Sicherheit zu geben. Die Sicherheit, dass sie eine gute, hochqualifizierte Behandlung finden, unabhängig von ihrem Alter, von ihrem Geschlecht, von ihrer Herkunft und ihrer sozialen Stellung und ihrem Vermögen. Das alles aber, das wissen wir auch, ist nicht selbstverständlich.

Wir brauchen uns nur in Europa ein bisschen umschauen, dann sehen wir sehr deutlich auch andere Ergebnisse. Denn dass es in Wien so ist, das liegt sehr wohl an einer gut durchdachten Gesundheitspolitik, die auch von den politisch Verantwortlichen durchgeführt wird.

Die demographischen Daten sagen uns aber auch, dass die Menschen immer älter werden, und die älteren Menschen in unserer Stadt wollen auch die Sicherheit haben, dass sie im Alter jene Unterstützungen bekommen, die sie zur Bewältigung ihres Alltags benötigen. Das sind die zahlreichen ambulanten Dienste, die sie im eigenen zu Hause in Anspruch nehmen können, die Tageszentren, die Wohngemeinschaften, aber auch die unterschiedlichen Unterbringungen in Pflegewohnhäusern der Stadt und der privaten Träger.

Die Nettoausgaben für den Gesundheits- und Sozialbereich umfassen 2012 mehr als 2 Milliarden EUR und sind Gelder, die die Umsetzung der in den vergangenen 2 Jahren begonnenen Meilensteine der Gesundheits- und Sozialpolitik, nämlich dem Wiener Spitalskonzept 2030, dem Wiener Geriatriekonzept und der Mindestsicherung, ermöglichen.

Die baulichen Investitionen und die Modernisierung der Infrastruktur fließen in Zeiten einer eintrübenden

Konjunktur auch in das beschäftigungsintensive Bau- und Baunebengewerbe, und sichern auch dort eine Vielzahl von Arbeitsplätzen. Andererseits ermöglichen diese Maßnahmen in Zukunft eine hohe Einsparung auch im Bereich der jährlichen Betriebskosten.

Das beste Beispiel dafür ist die Umsetzung des Geriatriekonzeptes. Sie alle können sich erinnern, dass wir 2005 das Wiener Wohn- und Pflegeheimgesetz beschlossen haben, und auch bis 2015 alle unsere Einrichtungen neu errichtet haben werden, um den Wienerinnen und Wienern in einer sehr angenehmen Umgebung die beste Versorgung zu ermöglichen.

Ein Drittel der Menschen mit höheren und höchsten Pflegestufen benötigt 24 Stunden medizinische Pflege und ärztliche Betreuung sowie zahlreiche Therapien. Seit 2010 sind bereits drei Häuser in Betrieb oder stehen vor Inbetriebnahme: Das Pflegewohnhaus Leopoldstadt und das Wohnhaus in Meidling sind bereits in Betrieb gegangen, 2012 werden es die Häuser Innerfavoriten, Liesing und Simmering sein, sodass wir 2012 bereits auf 1 000 neue Pflegewohnplätze blicken können.

Auch die Vorhaben der innovativen Wohn- und Pflegewohnhäuser, die dann gemeinsam mit dem KAV und dem KWP auch betrieben werden, gehen gerade von der Planungsphase in die Errichtungsphase über. Es ist ein ganz wichtiges Anliegen der Senioren, dass sie auch bei erhöhtem Pflegebedarf bis zur letzten Stunde im eigenen Appartement betreut werden.

Die Alltagsnormalität, die umfassende soziale Betreuung, die beste medizinische Therapie sowie die einfühlsame Pflege sind der Grundstein dieses Konzeptes, das auch in Zukunft in den KWP-Häusern durch die Einführung des betreuten Wohnens wieder Wichtigkeit erlangt. Ab dem 1.1.2012 werden alle Neukunden in den KWP-Häusern mit einem Leistungspaket „Betreutes Wohnen“ einziehen. Gemeinsam mit dem FSW wurde ein pflegegeldabhängiges System mit verschiedenen Leistungspaketen erarbeitet und je nach Bedarf und nach Höhe der Pflegestufe werden drei Leistungsgruppen angeboten: Das unterstützte Wohnen, das betreute Wohnen und das betreute Wohnen mit speziellen Leistungen, wenn zum Beispiel auch bei demenziell erkrankten Menschen eine fast 24-Stunden-Betreuung notwendig ist.

Die Tarife werden Vollkostentarife sein, die auf Grund der zweckgebundenen Verwendung des Pflegegeldes entstehen. Die Förderung der Kosten erfolgt nach wie vor über den Fonds Soziales Wien mittels der Subjektförderung. Es wird aber in Zukunft eine Sicherheit geben, dass all die Maßnahmen, die die Menschen brauchen, auch innerhalb dieses Paketes durchgeführt werden und nicht noch für Einzelleistungen Kosten erwachsen. Ich möchte mich an dieser Stelle vor allem bei dem Pflegepersonal in unserer Stadt, das ja auch eine sehr große Menge bildet, ganz herzlich für das große Engagement, für den Einsatz, den sie tagtäglich auch mit Ideenreichtum und einer Herzlichkeit für die älteren Menschen leisten, und dafür, dass sie auch für die Angehörigen da sind, bedanken. *(Beifall bei der*

SPÖ.)

Erst vor wenigen Tagen wurde vom Dachverband der Wiener Wohn- und Pflegeheimträger der Preis Teleios verliehen. Dieser Dachverband agiert österreichweit und es macht sehr stolz, wenn der erste und der dritte Preis an eine Wiener Einrichtung gehen. Und da denke ich, dass wir immer wieder auch Vorzeigemodelle für die Bundesländer anbieten können. Den gesellschaftlichen Stellenwert der älteren Menschen in dieser Stadt wollen wir auch ständig unterstreichen, denn er ist ein zentrales Anliegen.

Das vielfältige Angebot wird auch vom SeniorInnenbüro der Stadt Wien koordiniert, und in diesem Jahr wurden 385 000 Wienerinnen und Wiener über 60 Jahre in dieses Programm einbezogen und sie haben sehr viele der Angebote in Anspruch genommen: Sport, der Besuch von Pensionistenklubs, die auf die individuellen Bedürfnisse abgestimmten Programme der Tageszentren und die zahlreichen Besuche von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen des Kontaktbesuchsdienstes. Auch die zwölf „Gesunden Klubs“, die im Oktober dieses Jahres auch schon eröffnet wurden, bieten gesundheitsfördernde Bewegungsangebote. Das Jahr 2012 wurde von der Europäischen Union auch zum Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen ausgerufen. Das heißt aber auch, dass wir sehr wohl im Jahr 2012 über das Seniorenbüro für diese Menschen noch sehr viele Aktivitäten setzen werden, denn bei uns kann jeder ältere Mensch bis ins hohe Alter auch am vielfältigen und kulturellen Leben der Stadt teilnehmen.

Es wurden heute schon die Frauengesundheit und das Thema Frauen auch gestern im entsprechenden Ausschuss angesprochen, denn für uns in Wien ist Gender auch ein wichtiges Kriterium für die Planung der Gesundheitsangebote. Prävention und Vorsorge werden hier nicht ignoriert, denn Wien ist stolz darauf, seit 1989 auf ein Wiener Programm für Frauengesundheit zurückblicken zu können.

Die Frauen sind, Untersuchungen haben es ergeben, und Frau Dr Pilz hat es heute auch schon dargestellt, europaweit finanziell benachteiligt. Das ist ein Umstand, der sich auch nachhaltig auf die Gesundheit auswirkt. Besonders betroffen sind davon die Migrantinnen, die Alleinerzieherinnen, Frauen aus niedrigen Bildungsschichten, aber auch Ausgleichszulagenbezieherinnen und Frauen mit Behinderung. Die soziale Ungleichheit führt bei Männern und Frauen zu negativen Auswirkungen auf die Gesundheit, die sich vor allem in höherer Krankheitshäufigkeit, vor allem in psychischen Beschwerden und geringerer Lebenserwartung, manifestierten.

Das Thema hat aber auch eine internationale Relevanz, denn die Weltgesundheitsorganisation will diese sozialen und gesellschaftlichen Barrieren und Ungleichheiten beseitigen. Sie hat sich auch zur Prämisse gesetzt, gender-spezifische Ungleichheit in den europäischen Gesundheitssystemen, vor allem in allen Sektoren, die unsere Gesundheit direkt und indirekt

betreffen wie der Arbeitsmarkt, der Sozialbereich und die Bildung aufzuzeigen.

Für die GesundheitspolitikerInnen in Wien ist diese Richtungsvorgabe der WHO maßgeblich. So hat Wien als einziges Bundesland bereits 1998 das Frauengesundheitsprogramm eingeführt, der Landessanitätsrat ist mehrheitlich weiblich besetzt, und in Wien ist es auch Grundsatz, bei der Besetzung der Primariate Frauen zu ernennen.

Aber wir tun natürlich auch etwas für die Männer. Das Männergesundheitszentrum, das ist das einzige dieser Art in Österreich, entwickelt geschlechtsspezifische Gesundheitsförderungsangebote nach dem Vorbild der Frauengesundheitszentren. Weiters werden auch in den städtischen Krankenhäusern Opferschutzgruppen zur Früherkennung von Gewaltopfern eingerichtet. Das alles ist aber kein Grund, sich darauf auszuruhen, denn wir wollen immer wieder dies als Ansporn in Anspruch nehmen und den eingeschlagenen Weg weiter verfolgen.

Die Programme und Broschüren des Frauengesundheitsprogrammes gibt es auch in mehreren Sprachen, weil wir natürlich alle Menschen erreichen wollen, und vor allem Projekte im Bereich der Migrantinnen und Migrantinnen einsetzen, um sie bei guter Gesundheit zu halten. Ganz wesentlich sind auch die Programme, die sich an die Jugendlichen und an die Kinder richten, und die über die Schulen dann auch zum Thema gesundes Körperklima verbreitet werden. Gemäß den Gesundheitszielen des Bundes werden wir auch in Wien als strategische Maßnahmen Gesundheitsziele definieren. Sie werden in einem Dialogprozess in der Steuerungsgruppe unter der Frauengesundheitsbeauftragten Dr. Wimmer-Buchinger, auch erarbeitet werden. Wie wichtig Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsförderung sind, zeigen ja vor allem auch die ansteigenden Zahlen der InvaliditätspensionsbezieherInnen und FrührentistInnen. Daher legte die WiG, die Wiener Gesundheitsförderung, einen besonderen Schwerpunkt auf die Gesundheitsförderung in den unterschiedlichsten Settings, vom Kindergarten über die Freizeiteinrichtungen, Schulen und Krankenhäusern bis in die Seniorenheime.

Gesundheitsförderung kann nie früh genug beginnen. So hat die Frau Stadträtin vor Kurzem erst ein Projekt, das sich auch im Kindergarten niederschlägt, mit StR Oxonitsch eröffnet, denn wenn wir in jungen Jahren Gesundheitsförderung und gesundheitsförderndes Verhalten den Kindern vermitteln können, so können wir darauf hoffen, dass sie später einmal gesunde Erwachsene werden. In diese Maßnahmen werden natürlich auch die Eltern mit eingebunden, und so erhoffen wir uns auch dort einen Mehrwert.

Auch der Wiener Aktionsplan zur Förderung von Bewegungs- und Sportaktivitäten älterer Menschen, Paseo, wurde als EU-Projekt in den letzten Jahren erfolgreich umgesetzt und wird im kommenden Jahr seine Fortsetzung finden. Wien ist aber auch seit 1988 Mitglied des Gesunden Städtenetzwerkes der WHO und

nimmt dort eine führende Rolle ein. Im Juni 2011 konnte ich dort bei einer Diskussion mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern von Ankara, Liverpool und Paris die vorbildlichen Projekte unserer Stadt diskutieren und sie auch präsentieren.

Im Rahmen der WHO ist der Prozess „Gesundheit 2020“ begonnen worden, in dem Leitlinien für die europäischen Regionen erarbeitet werden, durch die alle Menschen zur vollkommenen Ausschöpfung ihres gesundheitlichen Potenzials und Wohlbefindens befähigt werden sollen. Wir glauben, dass es dazu auch notwendig ist, dass wir nicht nur die Gesundheit fördern, sondern auch das gesundheitsfördernde Umfeld in Wien schaffen müssen, was wir in vielen Bereichen, mit der hohen Mobilität unseres öffentlichen Verkehrs, auch schon durchsetzen konnten.

Ein letzter Satz noch: Am Ende dieser Tagung wurde auch die Wiener Koordinatorin für das WHO Netzwerk für die nächsten drei Jahre in das siebenköpfige beratende Komitee der WHO gewählt. Mit dieser Funktion übernimmt die Stadt Wien eine weitere Führungsrolle im WHO-Netzwerk. Ich bin stolz darauf, dass diese Strukturveränderungen in diesem ablaufenden Jahr und auch im kommenden Jahr weiter fortgesetzt werden, denn wir wollen für die Wienerinnen und Wiener weiterhin die „Gesunde Stadt“ sein und bleiben.

Vorsitzende GRin Dr. Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Seidl, ich erteile es ihm!

GR Wolfgang **Seidl** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Werte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren hier im Plenum, auf den Besuchergalerien, und natürlich auch im Internet!

Ich habe ganz zu Beginn einmal einen Vorschlag zu machen: Da wir ja auch im Weitesten für die Unfallverhütung zuständig sind, könnten wir das Glockerl da hinten entweder anbinden, oder wir statten den Berichterstatter mit einem Helm aus. Da wir eine Budgetsitzung haben, wäre das eine Idee, der man nähertreten könnte.

Zu Beginn meiner Rede möchte ich aber trotzdem auch darauf eingehen, was Frau Dr. Pilz in ihren Anfangsworten da verlauten ließ. Sie hat drei Vorschläge gebracht, und ich möchte auch gleich sagen, wie wir uns zu diesen Vorschlägen verhalten würden, wenn sie umgesetzt würden. Zunächst einmal hat sie vorgeschlagen, Rund-um-die-Uhr-Operationen. Also, das ist etwas, das es mit uns Freiheitlichen unter Garantie nicht geben wird. Dann gab es den zweiten Vorschlag: Beipackzettel in verschiedenen Sprachen. Auch da muss ich ganz ehrlich sagen, dass wir dem nicht nähertreten würden. Und dann gab es einen dritten, eigenartigen Vorschlag – nämlich eine Radfahrverpflichtung für Ärztekammerfunktionäre. Was soll das bringen? Ich weiß es nicht, ich glaube, wenn ein Ärztekammerfunktionär Rad fahren möchte, dann wird das auch so machen, da braucht er unter Garantie nicht die Frau Dr. Pilz dazu. Ja, sehr geehrte Frau Stadträtin, wenn das ihr grünes Pendant in der Gesundheitspolitik in Wien ist, dann muss ich sagen, gute Nacht, Wien.

(Beifall bei der FPÖ.)

Ich möchte heute in meiner Rede darauf eingehen, was sich in der Gesundheitspolitik im Jahr 2011 so alles abgespielt hat, denn das ist ja das, worauf wir jetzt im Jahr 2012 aufbauen werden. Als eine der ersten Großtaten hat ja diese Verliererkoalition - und sie ist nun einmal eine solche - gleich nach der letzten Wien-Wahl angekündigt, dass Spitäler geschlossen werden. Zunächst einmal das Kaiserin-Elisabeth-Spital. Und dann werden auch die Leistungen des SMZ-Sophienspitals bis Ende 2016 - der Kollege hat es heute schon ausgeführt - in das Wilhelminenspital übersiedelt werden.

In einer Presseaussendung von Ihnen, sehr geehrte Frau Stadträtin, haben sie zum Thema Kaiserin-Elisabeth-Spital gesagt, die Angebote werden bis Ende 2012 übersiedeln, die Chirurgie und Nuklearmedizin in die Krankenanstalt Rudolfstiftung, die Innere Medizin in das Donauespital.

Jetzt weiß jeder, der die Rudolfstiftung heute kennt, ganz genau, dass dieses Spital am Zenit der Leistungsfähigkeit angekommen ist. Die Aussage von Ihnen, sehr geehrte Frau Stadträtin, kann also nur bedeuten, dass die Ärzte dann rund um die Uhr operieren, und das ist etwas, was wir ablehnen.

Ein anderes Problem gibt es auch noch in der Rudolfstiftung: Bei Starkregen kann das Spital teilweise den Aufgaben nicht nachkommen. Im Frühsommer dieses Jahres war es so, dass wir in Wien einen Starkregen hatten. Die Medien haben dann berichtet, dass Patienten abgewiesen werden mussten. Das ist Tatsache in Wien. Wir haben dann ein paar Tage später im Gesundheitsausschuss nachgefragt, was denn dort für Schäden entstanden sind. Wir haben damals zur Antwort bekommen, es ist eigentlich nicht viel passiert beziehungsweise wir wissen es noch nicht genau, aber es ist sicher nicht viel passiert. Ich weiß nicht, warum, aber aus irgendeinem Grund habe ich dann an die Frau Stadträtin eine schriftliche Anfrage gestellt und ich habe dann eine Antwort bekommen, wo ich dann sage, nun, wenn das immer so ausschaut, dass nichts passiert ist, im Vergleich zu der Antwort, die ich dann bekommen habe, dann ebenfalls gute Nacht, Wien. In der Rudolfstiftung sind an diesem Tag Schäden in der Höhe von knapp 700 000 EUR aufgetreten, meine Damen und Herren. Das ist Faktum.

Vielleicht sollten wir trotzdem nur ganz kurz noch einmal zurückkommen auf's Kaiserin-Elisabeth-Spital. (GR Kurt Wagner: Kann man das abschätzen, das sind Naturkatastrophen!) Ja, Herr Kollege, aber wenn ich von Ihnen lapidar höre, es ist eigentlich nichts passiert, und dann hört man nachher, dass dort um 700 000 EUR ein Schaden entstanden ist! Ja, passt schon, Herr Kollege.

Kommen wir vielleicht zurück zum Kaiserin-Elisabeth-Spital im 15. Bezirk. Regelmäßig wurde von Seiten der Genossen immer wieder betont, dass das Spital unter Garantie verbleiben und als Gesundheitszentrum im Bezirk erhalten bleiben werde. So vor knapp einem Jahr hat die Frau Stadträtin der Bezirksrätefraktion in Rudolfsheim-Fünfhaus dann auf Grund einer eingebrachten Anfrage erklärt, nein, an die Absiedelung

des Kaiserin-Elisabeth-Spitals sei auf keinen Fall gedacht. Das Spital hat sich als hervorragendes Fachzentrum für Schilddrüsenprobleme einen Namen gemacht, der Kollege hat es heute schon gesagt, und noch vor wenigen Jahren, meine Damen und Herren, ist unter anderem der OP-Bereich des Spitals auf den neuesten Stand gebracht worden. Ja, und heute sind wir mit der Tatsache konfrontiert, dass in einigen Monaten das Spital geschlossen wird. Gratulation, das ist Effizienz à la SPÖ in Wien.

Kurz zusammengefasst, meine Damen und Herren, ist das Spitalskonzept aus unserem Verständnis her zumindest ein kleiner Murks, ich möchte nicht sagen, ein einziger Murks, aber ein kleiner Murks, der teilweise zu Lasten der Patienten und des Personals geht. Die derzeit bestehende Qualität in Wien kann mit diesem Konzept auf keinen Fall aufrechterhalten werden, aber auch die Kosten der Reform sind ja nicht abschätzbar. Denn das ist eine Reform, die bis 2030 läuft, das heißt, noch 19 Jahre, und jeder, der heute sagt, was in 19 Jahren budgetär los sein wird - da muss ich ganz ehrlich sein -, ist ein Hellseher. Ich traue es mir nicht zu, und ich kann mir auch nicht vorstellen, dass Sie hellsehen können. Auf der einen Seite schaffen Sie es nicht einmal, dass Sie uns einen Wirtschaftsplan über die nächsten drei oder fünf Jahre vorlegen, aber auf der anderen Seite loben Sie ihr Spitalskonzept bis Sankt Nimmerlein. Aus der Sicht der rot-grünen Stadtregierung, meine Damen und Herren, besteht nämlich Effizient scheinbar aus vermehrter Arbeitsbelastung und Demotivierung des Personals sowie dem Schließen von ganzen Stationen in den Spitälern auf Kosten der Wiener Bevölkerung, anders ist der derzeitige Zustand in den Krankenhäusern der Bundeshauptstadt kaum zu erklären. Die Inkompetenz des Spitalsmanagements im KAV muss endlich Konsequenzen haben. Maulkorberlässe, Rede- und Fotografierverbot sowie die massive Unterdrückung des Personals führten in letzter Zeit immer öfter zu Krankenständen. Das ist die Wahrheit in Wien.

Derartige Widerlichkeiten, meine Damen und Herren, führen natürlich auch zu Burn-out und belasten die hart an der Grenze arbeitenden Ärzte und Pfleger. Auch das ist Realität im rot-grünen Wien von heute. (Beifall bei der FPÖ.)

Stattdessen wird das Phantom Krankenhaus Nord gebaut. Der Kollege der ÖVP hat es heute schon gesagt, sowohl die Termine für den Baubeginn als auch für die Errichtung änderten sich ja im Jahrestakt. Mittlerweile sind wir bei 2018, und jetzt gibt es aber auch schon Hinweise, dass dieses Spital eventuell gar nicht aufgesperrt wird, zumindest nicht dort, wo es derzeit geplant ist. Ich bin einmal gespannt. Wir werden diesbezüglich die eine oder andere Anfrage stellen, schauen wir mal, was da dann herauskommt.

Ja, zum größten und teuersten Spital der Republik, zum AKH, gäbe es genug zu sagen. Mein Stadtrat, StR David Lasar, hat dort schon einiges von sich gegeben, das kann ich natürlich nur unterstützen. Ich möchte mich auch diesbezüglich gar nicht mehr weiter damit befassen.

Trotzdem würde ich vorschlagen, wir kommen noch zu einer weiteren Baustelle im Gesundheitsbereich. Nämlich den Entbindungsstationen und deren Ausstattung. Während in Wien viel zu wenige Hebammen ausgebildet werden, gehen jene, die bereits ausgebildet sind, aus finanziellen Gründen nach Niederösterreich. Da muss man ebenfalls sagen. Gratulation, danke SPÖ.

Oder die nächste Baustelle im Wiener Gesundheitsbereich, die Pflegesituation. Während ja schön langsam auch die Wiener Stadtregierung draufgekommen ist, dass es wichtig ist, Pflegewohnhäuser zu bauen und auch schon einige gebaut worden sind, fehlt das qualifizierte Personal. Da geht man nämlich in Wien den Weg, dass man angeblich hochqualifizierte ausländische Kräfte holt und hofft dann, damit die Pflegemisere in den Griff zu bekommen.

Wir Freiheitliche fordern, meine Damen und Herren - und das am besten gestern -, eine verstärkte Ausbildung österreichischer junger Menschen in diesem Bereich. Auf der anderen Seite, beim Erhöhen und beim Schließen von Spitälern, da ist Rot-Grün in Wien weltmeisterlich. Ja, und auf der anderen Seite erhöhen dieselben Personen, die ich da kritisiert habe, nämlich Frau Mag Wehsely und Frau Dr Pils, in einem Aufwaschen Anfang des Jahres 2011 die Selbstbeteiligung für die wirklich Ärmsten der Armen in Wien, die selbst keine eigene Wohnung haben.

Personen, die bei Wieder Wohnen, das ist eine 100-Prozent-Tochter des Fonds Soziales Wien, unterkommen - zum Beispiel in der Gänsbachergasse im 3. Bezirk -, müssen seit 1.1.2011 eine Miete bezahlen, die um 20 Prozent höher ist als vor der Wahl. Vor der Wahl 150 EUR, nach der Wahl 180 EUR. Diese Erhöhung wird natürlich von der Stadtregierung als unbedingte Notwendigkeit bezeichnet. Würde ein Privater heute die Miete um 20 Prozent erhöhen, dann bin ich mir 100-prozentig sicher, dass das am nächsten Tag auf prominenter Seite in jeder Tageszeitung stehen würde. Macht die Stadt Wien das, wird überhaupt nichts geschrieben, und deshalb gilt es für uns, dieses aufzudecken.

Ja, sehr geehrte Frau Stadträtin, ich komme zum Schluss. Das sind die Gründe, warum wir auch Ihr Budget ablehnen werden. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Ing Rösch. Ich erteile es ihm.

GR Ing Bernhard **Rösch** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Werter Gemeinderat!

Wie mein Vorredner gerade gesagt hat, ist dieses Wiener Budget ein Budget zum Ablehnen, es ist weder sozial noch ist es verantwortungsvoll.

Warum ist es nicht verantwortungsvoll? Ein Budget, in dem nach wie vor Risiken drinnen sind, von denen man nicht weiß, wohin die Reise geht, ist nicht sozial, es ist verantwortungslos. Jeder weiß beim Schweizer Franken, dass er seit 2008 um 40 Prozent gestiegen ist. Jetzt könnte man bei der normalen Wirtschaftssituation sagen, okay der ist oben, der könnte wieder runtergehen.

Aber gerade in der Situation, in der wir uns jetzt befinden, wo wir nicht wissen, wohin die Reise des Euro geht, ob es den Euro so nächstes Jahr noch geben wird, wo die Schweiz nicht weiß, wohin die Reise des Franken geht und um Teufel komm raus versucht, den Franken zu drücken, damit eben die Kluft nicht zu groß wird, genau mit diesem Wissen dürften wir so ein Budget nicht erstellen, wo noch irgendwo ein Risiko, ein Währungsrisiko mit Zinswetten, mit Währungswetten, beinhaltet ist.

Wir haben Verantwortung oder sollten Verantwortung haben und müssten einen Strich ziehen und zeigen, dass wir ganz einfach die Situation im Griff haben.

Ja, natürlich redet man, und ist man verpflichtet, wenn man Schulden hat, die Schulden auch zurückzuführen und einen Plan zu führen. Aber ja, wir müssen auch in Wien den Betrieb weiterführen. Und das kann gelingen, wenn man will. Man muss nur Umschuldungen schaffen und versuchen, das Budgetdefizit in Grenzen zu halten, so wie die Regierung es zumindest angekündigt hat.

Wenn alles schiefgehen sollte, was ich hier nicht hoffe, wo doch in Europa wirklich viele kluge Köpfe versuchen, das Ruder herumzureißen, um den Euro wieder halbwegs stabil zu halten, aber sollte dieses Szenario eintreten, und keiner von uns kann ausschließen, dass es schiefgeht, was sagen wir dann der Bevölkerung? Wir übernehmen die politische Verantwortung, ihr übernehmt die finanzielle, so wie immer.

Ich fordere Rot-Grün auf bei diesem Budget, sollte sich die Konjunktur, sollte sich die finanzielle oder die wirtschaftliche Lage Europas drastisch verschlechtern, dass Sie die wirtschaftliche Verantwortung übernehmen. Wir werden den Notar beibringen, wo Sie das unterschreiben können.

Das Schlimme ist, dass ja schon Lacina sich einmal versprochen hat und auf die Spareinlagen geschielt hat, als man ihn gefragt hat, wie denn die Staatsschulden gesichert sind, hat er darauf gesagt: „Ja, was haben Sie denn, wir haben fast im gleichen Ausmaß Spareinlagen.“

Da sieht man die Geisteshaltung. Da spekuliert man mit denen, die sich etwas geschaffen haben, die fleißig waren, die darauf vertrauen, dass man ihnen das Geld nicht nimmt.

Und was glauben Sie, wie ein Staat in der Lage ist, Geld zu erwirtschaften, wenn er es schon vergeudet hat. Entweder er hat eine gute Konjunktur, wo er wieder über Steuern, Abgaben und so weiter, etwas einnehmen kann, oder er hat die Möglichkeit einer Inflation oder Abwertung. Viele andere Möglichkeiten gibt es nicht, und da ist es dann schon sehr bedenklich, wenn man auf die Sparguthaben schaut oder ganz still und heimlich vielleicht auf das Infrastrukturvermögen schielt und sagt, wir haben da ja eh noch genug.

Und da möchte ich auch diejenigen, die gesagt haben, die Gemeindewohnungen sind so sicher, daran erinnern, dass, wenn man Kassa machen muss, das auch nicht sicher ist, dass wir dann die Gemeindewohnungen halten können, wenn wir ganz

einfach in solchen Spekulationsgeschäften das ganze Geld verzockt haben.

Und damit das Budget ein bisschen schöner ausschaut und so weiter, haben wir ja ohnedies schon viel gemacht. Ich darf noch an das ganze Cross Border Leasing des Kanals und so weiter, erinnern. Es ist ja nicht so, dass wir da nichts mehr zu zahlen haben. Ein Vermögen haben wir daraus auf jeden Fall nicht mehr.

Dieses Geschäft ist in die Hose gegangen. Hätten wir darauf vorher aufmerksam gemacht, und wir haben in verschiedenen Fällen darauf aufmerksam gemacht, aber genau auf das, hätte man uns gesagt: Das wird nie kommen, das ist unmöglich! *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Keiner von Euch hat das gewusst!)* Ihr seid in Wirklichkeit diejenigen, die immer nur sagen: Die anderen sind die Bösen, wir machen das immer gut.

Ein ordentlicher Kaufmann geht mit dem Geld der anderen so nicht um. *(Beifall bei der FPÖ.)* Und Wien kann zwar nichts dafür, aber auf andere Art und Weise wird natürlich in Österreich dann auch das Geld besorgt: Das ist die kalte Progression, die in Wirklichkeit die Lohnerhöhungen frisst, ungedämpft die Abgaben, die praktisch nur bis zu einer gewissen Deckelung steigen, mitsteigen, wo allerdings schon einige Progressionen drinnen sind, wo ganz einfach der Finanzminister wieder zu seinem Geld kommt und die Kaufkraft der Bürger ganz einfach wieder geringer wird.

Aber ich denke mir auch: Die teure Verwaltung, die der Rechnungshof immer kritisiert, ich denke mir, die Trabanten, die die Gemeinde Wien hat, so wie den WAFF, da sehen wir zum Beispiel, dass der Rechnungshof 28 Prozent Verwaltungskosten kritisiert, Oberösterreich hat ungefähr ein Zehntel, und das sagen wir natürlich. Oder, wenn wir beim WAFF hören, dass der sich wehrt, eine ordentliche Kontrolle zu haben, oder wo sich die Stadt Wien wehrt, dem WAFF eine ordentliche Kontrolle zu geben, aber auch dagegen ist, zum Beispiel im Vorstand alle Fraktionen vertreten zu haben.

Da wehrt sich Wien und hat keine Einsicht, weil das natürlich so ist, dass man dort wahrscheinlich ganz bequem seine eigenen Leute unterbringen kann, für die man sonst keine Jobs hat, oder wo die Wiener sich lang anstellen müssen, damit sie überhaupt eine Chance haben, so gut am Arbeitsmarkt unterzukommen. Für Kontrolle und Veränderungen scheint die Gemeinde Wien hier resistent zu sein.

Der Rechnungshof kritisiert auch, dass wir 26 Prozent des BIP in Österreich ausgeben für 52 000 Fördertöpfe, ohne dass man überhaupt weiß, was die Förderungen anrichten, ob sie wirksam sind, wohin da die Reise geht, was man damit überhaupt macht. Das ist so quasi die monarchische Almosenvergabe, der große Vater, die Mutter, werden es schon richten und wenn ihr brav seid, dann könnt ihr aus diesen Fördertöpfen bekommen, ihr müsst nur das Richtige wählen und nahe an der Partei sein.

Das ist weder demokratisch noch sozial, und wenn man aber dann in Wien sieht, wie das tägliche Leben wirklich ausschaut, und gerade im Gesundheitsbereich,

dann sieht man schlecht bezahlte Mitarbeiter - die teilweise eine sehr gute Ausbildung haben - im Pflegebereich, im Kindergartenbereich, alle pädagogischen Bereiche, wo die Leute wirklich viel leisten müssen, wo es eine wirkliche Berufung sein muss und dann sieht, dass man diesen Menschen an und für sich den gerechten Lohn vorenthält, da kommt man danach wieder auf eines darauf und sagt, wieso sind da so viele Frauen drinnen in diesen Bereichen, da müssen wir schauen, dass mehr Männer hinkommen. Ja, beim Pflegebereich kann ich Ihnen das sagen, es gibt sehr viele Männer, die in der Lage sind, diesen harten Job, der nämlich auch körperlich hart ist, zu machen, aber die gehen wo anders hin, wo mehr bezahlt wird, wo die Frauen ganz einfach von ihrer Körperlichkeit nicht die Möglichkeit haben, eben auf einem Bau oder als Eisenbieger oder sonst irgendwie ihr Geld zu verdienen, und deswegen wird es immer so sein: Dort, wo ich nicht gerecht zahle, dort wird es Unterschiede geben, und das ist in Wirklichkeit eine Benachteiligung der Frauen, und wenn ich möchte, dass da eine Äquivalenz herkommt, also dass wir Männer und Frauen da in gleicher Weise sehen, dann werden wir auch dort etwas tun müssen.

Es ist mir klar, dass wir dann hier mehr Geld ausgeben müssen, aber ich habe auf der anderen Seite auch schon gesagt, wie man viel Geld einsparen kann, weil Wien ja bekanntlich sehr erfinderisch bei den Einnahmen ist. Man redet immer nur, was hat Niederösterreich, was hat Kärnten und so weiter, an Pro-Kopf-Verschuldung. Nun, dann schauen wir einmal, wo hat Wien überall seine Einnahmelmöglichkeiten: U-Bahn-Abgabe, Parkgebühren, grüne Büros für Unis, Plattformen, die da plötzlich neu geschaffen werden, Abgaben, Gebühren, Werbemillionen, die man sich da großartig leistet. Ich sage Ihnen, das sind einige Hunderte Millionen, die man sofort einsparen und sinnvoller verwenden könnte. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Das machen wir schon!)* Ja, ich weiß schon, und wir freuen uns schon darauf, wenn Sie uns einmal sagen, warum die österreichischen Unis, und speziell da in Wien gibt es ja die Unis, und mit einem Uni-Büro der GRÜNEN, 210 000 EUR, warum wir dort im Ranking teilweise zwischen Platz 300 bis 500 liegen. Sie werden das dann irgendwie beweisen können, was Ihr Büro da bringt. Bis jetzt haben Sie es noch nicht getan, Sie kriegen jetzt noch ein zweites Jahr Zeit, und dann schauen wir uns die ganze Sache an, ob es das Geld wert war. Es würde mich wirklich freuen, wenn es gut investiert war.

Aber wir brauchen auch nur wieder weiterschauen, und deswegen ist das Budget so unsozial. Die Schulbildung: Natürlich Bund, Land und so weiter, immer diese Verquickungen, aber in Wien gibt es ungefähr 5 000 Lehrlinge, die im Jahr den Abschluss nicht machen. In Wien kommt auf vier Lehrstellensuchende ein Lehrstellenplatz, in Wien gibt es einige, die nicht in einem dualen System unterkommen, in Lehrwerkstätten kommen, und wenn man dann mit den Ausbildnern redet, die wirklich sehr engagiert sind, sagen die, das größte Problem ist die Kommunikation. Die kommen gar

nicht so weit, dass sie einen Lehrabschluss erreichen, die haben ein Problem, und es hat natürlich dann in weiterer Folge die Wirtschaft ein Problem, dass sie diese Leute unterbringt. Aber gerade das, gerade die Investitionen, statt in Werbemillionen und so weiter, hineinzustecken, wer investiert in die Jungen, die sind nämlich in Wirklichkeit unsere Zukunft, die sind die Wirtschaft von morgen, die sollen sie tragen, und wir schauen zu. Wir haben zwar besser gelernt als vor 30 Jahren, da haben wir ja 20 Jahre nur zugeschaut, wir haben da besser gelernt, wir haben es zumindest schon erkannt, aber wir tun noch immer zu wenig. Und das Interessante ist, dass man das zwar öffentlich nicht hören kann und es wird auch nicht gesagt, weil der Druck so massiv ist, aber hinter vorgehaltener Hand hört man das überall, nämlich auch dort, wo ausgebildet wird, von Lehrern, von pädagogischem Personal, aber auch von den Schülern. Und schauen wir, wie das dann ausschaut, auch wenn jemand als Jugendlicher zum AMS geht und sagt, ich hätte gerne den und den Beruf erlernt, oder ich hätte da schon eine Garantie, eine Zusage, und den Leuten, die zum Beispiel Zahntechniker lernen wollen, das AMS ganz einfach sagt, das geht nicht, (*GR Mag Rüdiger Maresch: Ah so, aber da habt Ihr ja einen Experten dabei!*) das ist nicht vorgesehen und die sagen, sie zahlen sich die Ausbildung selber, dann sagt das AMS, dann kriegst du keine Unterstützung mehr. Und das ist das große Problem, und deswegen: Das Budget widerspiegelt Belastung, Armut, Arbeitslosigkeit, Inflation, Mindestsicherungsbezieher, Ausgaben für die GRÜNEN. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist GRin Schütz. Ich erteile es ihr

GRin Angela **Schütz** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Stadträtin! Frau Vorsitzende! Werte Damen und Herren!

Gesundheit ist ein wichtiges Kapital. Wie wir ja auch schon vermehrt gehört haben, dass in Zeiten, wo es immer stressiger wird und wo Burn-out, Depressionen und andere Erkrankungen an der Tagesordnung sind, die sich natürlich auch stark auf die Haut auswirken, Entspannung immer wichtiger wird. Daher haben wir Freiheitliche ja schon seit Jahren gefordert, und ich denke an Walter Prinz zurück, der das schon Ende der 80er Jahre immer wieder gefordert hat, das Heißwasser am Flugfeld Aspern einerseits für Wärme und andererseits auch für Gesundheit, Naherholung und Entspannung zu nutzen.

Das Thema Heizen ist uns jetzt erfüllt worden, es wird ja jetzt bis 2014 ein Geothermiekraftwerk gebaut. Und jetzt muss man noch darüber nachdenken, wie man diese wunderbare Therme, die eine tolle Zusammensetzung an Salz, Mineralstoffen, Alkalien und Magnesium enthält, auch für Hautkrankheiten beziehungsweise zum Entspannen und Erholen nutzen kann. Ich weiß, wir haben Oberlaa, aber Oberlaa ist weit weg vom 22. Bezirk und von dem riesigen Bebauungsgebiet und den Flächen und Wohneinheiten, die jetzt entstehen, und die Menschen brauchen bei dem Stress nicht auch noch den Stress der Straße, sondern

sie wollen sich schnell in der Nähe erholen können. Und deshalb stelle ich gemeinsam mit den GRen Toni Mahdalik, Dr Alfred Wansch, Karl Baron und Dr Peter Frigo folgenden Beschlussantrag über die Nutzung des Heißwasservorkommens unter der Seestadt Aspern:

„Die zuständigen Stadträtinnen für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und Bürgerbeteiligung sowie Gesundheit und Soziales mögen die Heißwasservorkommen unter dem Asperner Flugfeld auch bezüglich einer Nutzung für Heil- und Thermalzwecke prüfen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.“ (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Dr Laschan. Ich erteile es ihr.

GRin Dr Claudia **Laschan** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte auf das Kaiserin-Elisabeth-Spital zurückkommen, weil ich es als politisch Verantwortliche im 15. Bezirk für notwendig finde, dazu Stellung zu nehmen. Ich habe das beim Rechnungsabschluss auch gemacht, und muss daher auch einiges wiederholen. Wir haben uns, und vor allem meine Vorgängerinnen und Vorgänger, in einem massiven Ausmaß darum bemüht, dass das Kaiserin-Elisabeth-Spital laufend auf dem technischen und medizinischen Standard bleibt, dass es dem Bezirk und der Stadt erhalten bleiben kann, weil wir, und da zähle ich mich dazu, ich habe dort immerhin famuliert, nämlich freiwillig mehrere Monate, weil ich mich gar nicht trennen konnte, und war ganz unglücklich, dass ich dann dort den Turnus nicht machen konnte. Also ich habe eine große emotionale Beziehung zu diesem Spital und auch aus politischen Gründen, weil wir uns immer gefreut haben, ein so schönes, gutes Spital im Bezirk zu haben.

Wenn aber allerdings - und da zitiere ich einen Vorvorgänger, der sich bei der Bürgerversammlung Kaiserin-Elisabeth-Spital zu Wort gemeldet hat - irgendwann der Punkt gekommen ist, wo man einsehen muss, dass ein 112 Jahre altes Haus nicht mehr auf dem technischen und medizinischen Standard zu halten ist, nämlich wenn man sorgsam mit den Steuermitteln umgeht, denn möglich ist alles, wenn man genug Geld hineinsteckt, nur wenn es ein dermaßen kostenintensiver Aufwand wäre, dass es gegenüber den Steuerzahlern nicht mehr vertretbar ist, dann muss man zur Kenntnis nehmen - schmerzlich aber doch - dass dieses Gebäude in dieser Funktion nicht mehr erhalten werden kann. Und aus dieser Erkenntnis heraus haben wir rasch, und rascher geht's gar nicht, reagiert und haben erreicht und gemeinsam ausgemacht, dass es dort für den 15. Bezirk eine Weiterentwicklung geben wird, nämlich auf gesundheitspolitischer Ebene, und vor allem im Sinne der Bevölkerung. Auch die FPÖ ist immer der Meinung gewesen, dass es zu viele Akutbetten gibt und zu wenige Pflegebetten, und im Rahmen des Pflegekonzeptes der Stadt Wien ist ja bereits eine neue Form umgesetzt, nämlich dass die Pflegewohnhäuser möglichst wohnortnahe sein sollen und nicht mehr in großen

Anstalten, wie früher in Versorgungseinheiten, sondern wohnortnahe, sodass die Bevölkerung, die dort lebt, irgendwann einmal auch dort in ihrem Umfeld gepflegt werden kann. Und dazu muss ich erläuternd etwas erklären, was jetzt die Bevölkerung des 15. Bezirks betrifft, und um die geht's mir in erster Linie: Die stationären Patienten und Patientinnen im Kaiserin-Elisabeth-Spital sind nur zu 15 Prozent aus dem 15. Bezirk gekommen. In einem Pflegewohnhaus, wie es bei uns errichtet werden wird, werden in erster Linie Menschen aus dem Bezirk und aus der Wohnumgebung untergebracht werden können. Das heißt, dass Menschen, die im 15. Bezirk leben, die Aussicht haben, in ihrem ehemaligen Wohnbereich dann auch weiter wohnen zu können und gepflegt zu werden.

Und was uns ganz besonders wichtig ist, und ich habe schon erwähnt: Es hat eine Bürgerinnen- und Bürgerversammlung gegeben, die wir initiiert haben, nämlich zum frühestmöglichen Zeitpunkt, weil wir das Interesse haben, unsere Bevölkerung möglichst gleich und mehr als gleich, also zum frühestmöglichen Zeitpunkt - nämlich nach Abschluss des Architektenwettbewerbes geht es ja gar nicht mehr - haben wir bereits eine solche Versammlung durchgeführt. Die war am 15. November, und es hat eine sehr sachliche und lebhaftige Diskussion über ein wunderschönes Projekt gegeben, das dort vorgestellt worden ist, und das sogar noch eine Weiterentwicklung des Pflegewohnhauses Leopoldstadt sein wird, nämlich was die Öffnung der Innenhöfe betrifft, die bis jetzt ja nicht für die Bevölkerung zugänglich waren, weil es eben ein Spital, ein Akutspital, war. Was die Öffnung der Innenhöfe für die Bevölkerung betrifft, in denen Kleinkinderspielplätze sein werden, wo die Goldschlagstraße nach sehr vielen Jahren, oder gar nach Jahrzehnten, erstmals wieder durchgängig sein wird und wo die Menschen, die dort leben, dann auch eine große Grünfläche nutzen können. Und gleichzeitig die Menschen, die dann in dem Pflegewohnhaus gepflegt werden, auch eine Bereicherung ihres Umfeldes haben werden, weil sie eben in allen Richtungen in ein lebendiges Stadtbild hinunterschauen werden.

Und was mir besonders wichtig ist, und das sage ich jetzt als Ärztin, ist, dass es sich bei diesem Pflegewohnhaus sowie auch bei den anderen der Stadt Wien um ein Haus handelt, wo es rund um die Uhr medizinische Anwesenheit gibt. Das unterscheidet sich von anderen, von privaten Pflegeeinrichtungen, die wir auch benötigen, aber das unterscheidet sich darin im Konkreten, dass, wenn ein Mensch, der dort gepflegt wird, in der Nacht einen Fieberschub bekommt, eben nicht mit der Rettung in das nächste Akutspital gebracht werden muss, sondern dort dieser Fieberschub oder die Lungenentzündung oder was auch immer, gleich behandelt werden kann, und ein anstrengender Transport - und das ist immer für ältere Menschen anstrengend und sehr oft auch aus der Bahn werfend - vermieden werden kann.

Das ist die großartige Qualität, und da kommt noch der Aspekt dazu, dass durch diese medizinische

Anwesenheit rund um die Uhr nicht aus dem niedergelassenen Bereich der Umgebung Kapazitäten abgezogen werden müssen, um die Menschen in diesem Wohnhaus medizinisch grundzuversorgen. Das ist ein ganz besonders wichtiger Aspekt, und da bin sehr stolz darauf, dass uns das gelungen ist und dass wir das bei uns im Bezirk umsetzen können. Und darüber hinaus möchte ich noch sagen, dass wir planen, dort eine ambulante Versorgung einzurichten, nämlich etwas, was wir ohnedies schon in Wien und in ganz Österreich dringend brauchen, nämlich aus dem niedergelassenen Bereich eine Struktur zu schaffen, die für die Bevölkerung als Anlaufstelle dient, wenn es zu medizinischen Problemen kommt. Aber nicht von 8 bis 16 Uhr oder von 14 bis 17 Uhr, sondern möglichst bis spät in die Abendstunden hinein, oder sogar rund um die Uhr, das wäre das Ziel. Man muss das Ziel immer höher stecken, als man es dann vielleicht erreicht.

Aber das wäre das Ziel, und das ist für mich das Ziel. Es wäre ein Pilotprojekt und das werden wir zu erreichen versuchen. Warum sage ich, das werden wir versuchen zu erreichen? Weil so eine Einheit natürlich mit der Wiener Gebietskrankenkasse verhandelt werden muss, und wir werden alles daran setzen, dass es dazu kommt, weil wir glauben, dass auch das ein enormer Zugewinn für die Bevölkerung des 15. Bezirks sein wird. Und ich hoffe, dass uns das gelingt und ich bin mir sicher, dass uns das gelingt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Frau Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely hat das Schlusswort.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren!

Besten Dank für die doch über weite Strecken sachliche Diskussion zum größten Budgetposten, den wir im Rahmen der Verhandlung dieses Budgets des nächsten Jahre hier haben. Lassen sie mich auf einige Wortmeldungen eingehen und einige grundsätzliche Dinge sagen, die das nächste Jahr ausmachen werden.

Frau Kollegin Korosec, Sie haben das Thema der Ordensspitäler angesprochen. Da aber Kollegin Korosec nicht da ist, soweit ich sehe, werde ich ihr in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit dann die Antwort persönlich geben.

Herr Kollege Dworak, Sie haben zwei Punkte ganz besonders angesprochen, das eine ist das Thema AGO, das andere ist das Thema AKIM. Hier zwei ganz offene, aber keine neuen Worte, sondern die, die ich immer auch dazu gefunden habe.

Dass beim Thema AKIM vieles nicht so gelaufen ist, wie man sich auch als politische Verantwortliche wünschen würde, dass es läuft, ist offensichtlich, ist offensichtlich allein schon durch einen Kontrollamtsbericht, der vorliegt. Jetzt geht es einfach darum: Wie kann man möglichst rasch, wie kann man aber auch unter möglichst effizientem Einsatz der Ressourcen das Programm zum Laufen bringen? Das, denke ich, ist der wesentliche Punkt.

Ich glaube – und das geht ja auch aus dem Kontrollamtsbericht hervor –, dass es hier in allen

Bereichen nicht optimal gelaufen ist, weder bei der Unternehmung noch bei der Stadt Wien noch bei der Medizinuniversität. Es wäre vollkommen falsch, das anders darzustellen, aber jetzt geht es einfach darum – und auch das bedeutet, politische Verantwortung wahrzunehmen –, zu schauen, wie man das Projekt möglichst gut, möglichst rasch und unter möglichst schonendem Steuereinsatz zu Ende bringen kann.

Zum Thema Putzen im AKH – weil das mehrfach angeschnitten worden ist – auch etwas, das man immer wieder in Erinnerung rufen muss. Die Tatsache, dass die Problematik, die hier offensichtlich geherrscht hat, das Licht der Öffentlichkeit erblickt hat, war nicht investigativer Journalismus und war auch nicht die Opposition, sondern das war die interne Revision des AKH gemeinsam mit der Generaldirektion, wo die Generaldirektion gemeinsam mit dem ärztlichen Direktor und Teilunternehmensdirektor ein Wirtschaftsprüfungsinstitut beauftragt hat, sich das anzuschauen, und wo dann der KAV Anzeige erstattet hat. Ich denke, es ist relativ müßig – wir diskutieren das immer wieder –, über laufende gerichtliche Erhebungen zu diskutieren, sondern jetzt ist das genau dort, wo es hingehört. Dort wird es auch geprüft, und es wird dann sicherlich in einem Rechtsstaat auch ein Urteil oder mehrere Urteile geben. Dann wissen wir, was's wiegt, das hat's, dann brauchen wir nicht über die Frage zu philosophieren, ob die Zeitung „Die Presse“ das neue Informationsmedium des Gemeinderates ist oder nicht. Das liegt bei der Korruptionsstaatsanwaltschaft, wird dann beim Gericht liegen, und dort wird die Entscheidung getroffen werden, so wie das eines Rechtsstaates auch würdig ist.

Zum Thema der Ordensspitäler, Frau Kollegin Korosec, ist schon einiges gesagt worden. Ich habe eine sehr, sehr hohe Wertschätzung für die Ordensspitäler in der Stadt. Das sieht man auch an der budgetären Entwicklung, wenn man weiß, dass das Budget der Ordensspitäler 2007 bei 21 Millionen EUR gelegen ist und im Jahr 2012 bei 50 Millionen EUR liegt und dass die Investitionszuschüsse im Jahr 2007 bei 5,5 Millionen EUR lagen und im letzten abgerechneten Jahr bei 22,6 Millionen EUR gelegen sind.

Wir hatten vom Jahr 2010 auf das Jahr 2011 eine Steigerung um 35 Prozent, und, ja, es ist durch starke Bemühungen gelungen, dass dieses hohe Niveau auch im heurigen Jahr erhalten bleibt. Ich glaube, dass das eine große Leistung von uns allen ist, nämlich vor allem von uns allen, die dann heute zu späterer Stunde dem Budget auch zustimmen werden.

Lassen Sie mich einige Punkte über die wesentlichen Fragen des nächsten Jahres noch sagen. Was sich in dem Budgetvoranschlag ganz eindeutig zeigt, ist die soziale Handschrift, sind insbesondere hier auch die Mittel für die Mindestsicherung. Die Wiener Mindestsicherung bedeutet für jene Menschen, die dringend Unterstützung brauchen, dass sie mehr bekommen, als sie im Bereich der Sozialhilfe hatten.

Insbesondere ein rot-grünes Projekt – eines der ersten, das wir umgesetzt haben – war die

Kindermindestsicherung, was zum Beispiel ganz konkret dazu führt, dass eine Alleinerzieherin mit einem Kind jetzt im Vergleich zur Sozialhilfe um rund 130 EUR mehr bekommt, als sie davor bekommen hat. Der wesentliche Punkt – und das ist für mich eine essentielle Sache – ist, dass es eben auch sehr gut gelingt, jene Menschen, die nicht krank sind, sondern die arbeitsfähig sind, auch zu aktivieren und mit maßgeschneiderten Programmen ins Arbeitsleben zurückzubringen, weil das Ziel sein muss, möglichst kurz in der Mindestsicherung zu sein und möglichst rasch wieder auf eigenen Beinen zu stehen.

Was den Bereich der Gesundheit und Pflege betrifft, möchte ich einen Punkt ansprechen, der noch gar nicht gekommen ist, den wir aber schon ansprechen sollten, weil es ein großer Schritt in der Verwaltungsreform ist. Uns allen wird immer vorgeworfen, dass in der Verwaltungsreform nichts weitergeht. Das Thema, dass wir ab dem nächsten Jahr kein Landespflegegeld und kein Bundespflegegeld mehr haben, sondern dass es das Pflegegeld schlechthin sein wird, ist ein ganz, ganz wichtiger Schritt im Bereich der Verwaltungsreform, aber vor allem – Verwaltungsreform ist ja kein Selbstzweck – bietet das für die Menschen, die Pflegegeld beziehen, eine einfacherer Abwicklung.

Ein zweiter Punkt ist, dass wir den Pflegefonds geschaffen haben, was bedeutet, dass aus dem Titel des Pflegefonds der FSW im nächsten Jahr für die Erfüllung seiner Aufgaben, die wir ihm hier geben, rund 30 Millionen EUR zusätzlich zur Verfügung hat.

Wir setzen Schritt für Schritt das Geriatriekonzept um. Im nächsten Jahr werden die Häuser Innerfavoriten, Simmering und Liesing in Betrieb gehen, und wir haben erst letzte Woche – da möchte ich mich auch bei allen im Gemeinderat vertretenen Parteien herzlich bedanken – im letzten Vorstand des Kuratoriums der Wiener Pensionistenwohnhäuser einstimmig die Schritt-für-Schritt-Umstellung auf betreutes Wohnen beschlossen. Das ist ein sehr richtungweisender Beschluss, weil es hier darum geht, auch für die nächsten Jahrzehnte die Versorgung zu garantieren.

Was das Wiener Spitalskonzept betrifft, ist vieles schon gesagt worden. Ich denke nur, dass es schon ganz wichtig ist, dass wir uns die großen Veränderungen, die damit verbunden sind, einfach vor Augen halten.

Das eine ist, dass wir im nächsten Jahr mit dem Rohbau des Krankenhauses Nord beginnen, den Teilneubau 1 im Kaiser-Franz-Josef-Spital fertigstellen werden, dass alle wesentlichen Voraussetzungen geschaffen worden sind und der Grundstein gelegt wurde für den Teilneubau 2, das ist die Übersiedlung des Preyer'schen Kinderspitals, dass aber auch die Dezentralisierung der Psychiatrie weiter voranschreitet mit dem Bau in der Juchgasse.

Einen Beschluss, den der Gemeinderat morgen fällen wird und der im nächsten Jahr dann in Kraft treten wird, ist auch ein Punkt der Spitalsreform, nämlich die Änderung des Statuts des Krankenanstaltenverbundes, die mit sich bringt, dass es eine noch klarere Definition der Aufgaben des Eigentümers, nämlich der Gemeinde

Wien und damit des Gemeinderates und des Managements, gibt, wo wir strategische Ziele und auch eine mehrjährige Finanzplanung beschließen werden, insbesondere zur Umsetzung des Spitalskonzeptes.

Was ganz besonders wichtig ist, weil ein Kollege von der FPÖ auch darüber gesprochen hat, wo denn das Problem bei der Ambulanzgebühr liegt: Da trifft man schlicht und ergreifend die Falschen. Denn die Voraussetzung dafür, dass wir Menschen nicht in den Ambulanzen haben, dass sie das Hinterland des Spitals nicht brauchen, ist, dass der niedergelassene Bereich die ausreichende Versorgungswirksamkeit hat. Und das ist das, was als Vorfrage zu klären ist und als Vorfrage auch umzusetzen ist. Das ist ein ganz, ganz wesentlicher Punkt, wo ich mich sehr bemühe, auch auf Bundesebene im Rahmen der Verhandlungen zur Gesundheitsreform hier signifikante Verbesserungen in den nächsten Jahren zu erreichen.

Es tut mir leid, dass die Freiheitliche Partei offensichtlich vom Spitalskonzept heute endgültig Abstand genommen hat. Ich nehme zur Kenntnis, dass die Aussendung der FPÖ vom 17. März des Jahres, wo das Spitalskonzept begrüßt wurde, offenbar nicht mehr aufrecht ist oder dass hier durch die Partei eine Spaltung geht, wie auch immer. Ich nehme das auch zur Kenntnis.

Ich denke, der wesentliche Punkt ist der, dass wir heute wieder eines gesehen haben, dass die Freiheitliche Partei zu genau keiner einzigen Fragestellung auch nur den Ansatz einer Lösung darlegt. Herr Kollege Rösch – Sie sind gerade mit Telefonieren beschäftigt, aber ich sage es trotzdem –, Sie hätten heute die Gelegenheit gehabt, statt sich im Philosophieren zu üben, endlich das zu beantworten, was Sie vor mittlerweile mehreren Monaten im Gemeinderatsausschuss gesagt haben, nämlich dass Ihnen 25 bis 30 Fälle von Misshandlungen, Missbrauch, man weiß es nicht genau, in Wiener Pflegeheimen zugegangen sind. Sie haben von mir mittlerweile drei Briefe bekommen, in denen ich Sie ersucht habe, mir diese Fälle zu übermitteln. Ich habe keinen einzigen Fall übermittelt bekommen. Also vielleicht könnte man sich besser dem widmen, aber das wäre wahrscheinlich zu handfest.

Ich möchte mich abschließend ganz besonders herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken – vielleicht schauen uns manche auch zu –, bei den 32 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Ressorts, die in vielen Bereichen an 365 Tagen 24 Stunden für die Wienerinnen und Wiener da sind.

Ich bedanke mich bei allen Führungskräften, die hier sind und die mit großem Geschick diese verantwortungsvolle Aufgabe wahrnehmen.

Ich bedanke mich ganz besonders bei meinem Büro, das die Schaltstelle der strategischen Überlegungen der Gesundheits- und Sozialpolitik ist.

Und ich möchte dir, lieber David Lasar, eine Sorge auf jeden Fall nehmen. Du hast heute gesagt, auch wenn du mit mir in einer Regierung wärst, könntest du dem Budget nicht zustimmen. Die Gefahr, dass meine Partei und Ihre Partei jemals in einer Regierung ist, ist null!

(Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zur Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales und zum Wirtschaftsplan der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen daher zur Beratung der Geschäftsgruppe Umwelt. Ich schlage vor, die Debatte zu dieser Geschäftsgruppe mit Postnummer 5, das ist der Wirtschaftsplan der Unternehmung Wien Kanal für das Jahr 2012, gemeinsam durchzuführen, die Abstimmung über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien und den Wirtschaftsplan Wien Kanal jedoch getrennt vorzunehmen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? – Das ist nicht der Fall. Ich darf die Damen und Herren des Gemeinderates ersuchen, so vorzugehen.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Umwelt. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Holdhaus. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Karin **Holdhaus** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe mit dem gestrigen Tag die Seite vom Bürger zur Vertreterin der Bürger gewechselt, den Blickwinkel, den nämlich aus der Sicht des Bürgers oder der Bürgerin werde ich nicht wechseln, den einer von vielen enttäuschten WienerInnen, die keine Antworten auf ihre Fragen bekommen, die in Inseraten lesen können, was nicht alles Großartiges und Tolles gemacht wird, aber in der Praxis nichts davon erleben können.

Nein, nichts ist falsch, so manches ist falsch gelaufen, vieles ist verbesserungswürdig und sicherlich einiges richtig. Wer erwartet, dass ich alles schlechtreden werde, den muss ich enttäuschen. Wenn etwas sinnvoll und gut ist, dann gebührt dem Absender ein Lob, egal, aus welcher politischen Ecke es kommt.

Jetzt in dieser rot-grünen Regierung sind wir allerdings offenbar beim Nichts angelangt. Stillstand. Umweltpause. Ich habe weder von Finanzstadträtin Brauner noch von den Rednern von SPÖ und GRÜNEN, die Umweltschutz als Querschnittmaterie haben, in den 21 Stunden Plenum nur ein einziges Mal das Wort Umwelt gehört, geschweige denn Umwelt als Schwerpunkt für 2012.

Das Minus vor dem Umweltbudget gegenüber 2011 zeigt ohnehin deutlich, welchen Stellenwert die Umwelt in dieser Koalition offensichtlich hat. So wie es die Frau Vizebürgermeisterin gestern gesagt hat: Budget ist in Zahlen gegossene Politik. Aber gut genug scheint das Umweltressort für Schröpfungsfaktionen des kleinen Mannes und der kleinen Frau und sogar der kleinen Vierbeiner zu sein. Für Gebührenerhöhungen ist das Umweltressort offensichtlich gut genug, nur nicht für Umweltpolitik.

Frau Umweltstadträtin Sima! Man kann Ihnen nicht nachsagen, dass Sie nicht kreativ sind und viel machen. Sie haben in mir eine Mitkämpferin, wenn es um Maßnahmen im Sinne von Corporate Responsibility, das heißt, soziale, ökonomische und ökologische

Verantwortung geht, nicht aber für Marketingaktionen ohne nachhaltiges Gesamtkonzept. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber ich sage Ihnen, nach zwei Tagen im Gemeinderat und ersten Einblicken in das Budget: Sie sagen, man muss den Bürgern durch Information den Umweltschutz näher bringen. Ich sage Ihnen, Sie brauchen dringend eine Umweltimagekampagne im eigenen Haus und erstaunlicherweise offensichtlich auch bei Ihrem Koalitionspartner, denn sonst verkommt Ihr Ressort zunehmend zum Schröpfressort dieser Regierung. Mehr interne Akzeptanz bedeutet mehr Budget, bedeutet mehr Nachhaltigkeit.

Sie argumentieren, dass die Mehreinnahmen aus den massiven Erhöhungen ins Umweltressort reinvestiert werden. Der Voranschlag für das Umweltbudget beläuft sich 2012 auf 684,9 Millionen EUR, das sind um knappe 10 Millionen weniger als im Voranschlag 2011, und das trotz Mehreinnahmen von knapp 140 Millionen EUR allein aus Wasser- und Müllgebühren und Hundesteuer. Also dieses Rechenbeispiel müssen Sie mir und den Wienerinnen und Wienern vorrechnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn wir heute über das Budget 2012 diskutieren, dann muss man festhalten, dass dieses nur ein weiteres Kapitel von Intransparenz und Visionenlosigkeit, garniert mit massiven Gebührenerhöhungen, zu sein scheint. Apropos Intransparenz. Warum verweigert die Stadt Wien volle Transparenz über Medien- und Werbekooperationen? Zu kompliziert und ineffizient lautet die umso effizientere Schimmelantwort von StR Oxonitsch gleich für alle Ressorts. Was ist da bitte kompliziert? Sie geben lapidar zu, dass es Sie nicht interessiert, wofür und wie Steuergeld ausgegeben wird. Meine Auffassung ist ganz klar. Der Steuerzahler hat ein Recht darauf, zu wissen, wofür sein hart verdientes Geld verwendet wird. Also wie ernst nimmt diese Regierung Umweltpolitik?

Abgesehen davon, dass die Auslagerungen und die Verteilung in verschiedene Ressorts schon problematisch genug sind, haben sich Rot und Grün auch noch die Umwelt aufgeteilt, damit jeder ein Stück Umwelt bekommt. Ist das im Sinne der Sache? Der Verdacht drängt sich auf, dass es doch nur um vordergründige, plakative Aktivitäten geht, um beim nächsten Ranking zu glänzen, den nächsten Award abzustauben oder, wie wir auch öfter gehört haben dieser Tage, einen weiteren Preis bei einer Gala zu überreichen. Mikropolitik statt nachhaltiger, strategischer Umweltpolitik, damit Wien auch in zehn Jahren die Umweltziele schafft.

Apropos Ziele. Welche klar definierten Umweltziele hat diese Regierung?

CO₂-Emissionen: Statt minus 14 Prozent plus 8,7.

Sehr aktuell: Bereits seit drei Wochen werden nicht nur in Wien, sondern in ganz Österreich alarmierende Feinstaubkonzentrationen gemessen. Schadstoffexperten sprechen bereits von Smog. Umweltminister Berlakovich appelliert heute an die Bundesländer, ihrer Verantwortung dringend nachzukommen.

Wie sieht der Plan der rot-grünen Verantwortlichen dazu aus? Wie ich am Wochenende in einer Tageszeitung lesen musste, brauchen Sie keinen, weil die Schuld bei den östlichen Nachbarn liege und man ohnehin fast nichts dagegen machen könne. Das heißt, das Umweltziel dieser rot-grünen Koalition besteht offenbar ausschließlich aus mehr Belastung: mehr Schadstoffbelastung, mehr Abgabenbelastung, dafür weniger Umweltschutz.

Nehmen Sie sich ein Beispiel an Graz, das einen Maßnahmenmix statt nur Fahrverbote hat. *(Zwischenruf von Amtsf StRin Mag Ulli Sima.)* Wie man aktuell liest, hat Graz einen Maßnahmenmix, also nicht nur Fahrverbote, sondern auch andere Aktivitäten. Wenn es einen Maßnahmenmix in diesem Zusammenhang gibt, dann werde ich mich gerne vertiefen. Ich bin ja noch nicht so lange da.

Beispiel Müll. Plus 50 Millionen EUR, obwohl Sie seit Jahren Überschüsse zwischen 20 und 30 Millionen pro Jahr in der MA 48 machen. Das ist also Ihre Motivation, den Wienerinnen und Wienern Mülltrennung attraktiv zu machen? Sie belohnen den umweltbewussten Wiener mit mehr Belastung. Statt Müllverwaltung und coolen Raps braucht Wien die Umsetzung eines Müllvermeidungskonzeptes, das Mülltrennung einfach und eine Integration ins tägliche praktische Leben möglich macht. Die Wienerinnen und Wiener wissen längst, dass Mülltrennung wichtig wäre, aber wer mit einem stinkenden Biosackerl oder einer Glühbirne durch die halbe Stadt gehen muss, gibt bald auf. Das heißt, Wien braucht weniger Müllkampagnen, sondern mehr Sondermülltonnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und jetzt werden auch noch die Hundebesitzer mit einer 40 Prozent höheren Hundesteuer dafür belohnt, dass sie den Hundeführschein bezahlen und ihren Hundemist selbst entsorgen. Gut, dass es einen Friedhof jetzt gibt für unsere Haustiere, aber wir, die ÖVP-Wien, wollen vor allem das Überleben benachteiligter Haustiere in Zukunft sichern. Und das geht am besten mit den Menschen, die täglich in den privaten Tierschutzvereinen und im Wiener Tierschutzverein arbeiten, umso mehr, als mit der Erhöhung der Hundesteuer mit Andrang zu rechnen ist.

Daher stellen Kollege Stiftner, Feldmann und Holdhaus einen Beschlussantrag betreffend Neuordnung des Tierschutzes in Wien mit besonderer Berücksichtigung und Einbindung privater Tierschutzvereine, insbesondere des Wiener Tierschutzvereins. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zurück zur Hundesteuer. Da sind sich Rot und Grün offensichtlich einig. Sie verordnen ein Gesetz, für das der Steuerzahler jedenfalls zahlt: bei Nichteinhaltung Strafe und bei Einhaltung Steuer.

Eine andere bewährte Kombination sind offensichtlich Zweckentfremdung und Ausgliederung. Beispiel Wasser: plus 33 Prozent. Ich will das jetzt nicht überstrapazieren, wir haben es oft genug gehört. Statt Pläne zu entwickeln, wie wir unser wertvolles Trinkwasser sparen und die Qualität unserer Gewässer langfristig optimieren können, konzentrieren Sie sich

lieber darauf, Abteilungen wie Wien Kanal, Altlastensanierung und Gewässermanagement auszulagern, um die Einnahmen zu verschleiern und sie für alle Zeiten dem Umweltschutz wegzunehmen. Die Erklärung sind Sie bis heute schuldig geblieben. Was machen Sie mit den rund 140 Millionen EUR mehr allein aus den beiden Magistratsabteilungen MA 48 und MA 31? Ich frage mich also als Bürgerin und Oppositionspolitikerin: Ist das sozial gerecht und ökologisch sinnvoll?

Nehmen wir die Grünzonen. Wien hat zweifelsohne viele schöne Grünzonen. Was tun Sie? – Pflegen und verwalten und die Steinhof-Gründe verbauen. Ich erinnere an das uralte 1 000-Hektar-Programm der Stadt Wien, das Ankäufe von Grünflächen zum Schutz des Grüngürtels vorsieht und welches nicht einmal ansatzweise umgesetzt wurde; ebenso wie das Gewässerrenaturierungsprogramm aus den 90er Jahren. Wenn ich das also richtig verstanden habe: Alte Großprojekte nicht umgesetzt, neue Großprojekte nicht in Sicht.

Dafür E-Fahrrad-Förderung mit 600 000 EUR auf 2 Jahre begrenzt. Ist das wirklich eine strategische Investition? Mit welchem Ziel? Weniger effektiv und weniger gut medial verkaufbar, aber viel sinnvoller wäre es da wohl, den Fuhrpark der Stadt Wien sukzessive mit E-Autos auszustatten. Und genau darum geht es: Weniger Populismus, mehr Nachhaltigkeit.

Mein Resümee: Zu viele Einzelaktionen, zu wenig Gesamtkonzept. Ich trete daher für einen Ökomasterplan für Wien ein, der die vielen wichtigen Facetten und Kernbereiche des Umweltschutzes nicht isoliert oder getrennt nach Ressorts sieht, sondern so sieht, wie sie wirklich sind, nämlich vernetzt und untrennbar. Die Stadt Wien und die Wienerinnen und Wiener verdienen einen konzertierten, ganzheitlichen, ernsthaften Ökologie- und Ökonomiemasterplan.

Ich spreche eine Einladung aus mit dem Angebot an alle Parteien hier im Haus, einen übergreifenden Masterplan zu erarbeiten, nicht nur um in einem Ranking Erster zu sein, sondern damit Wien auch eine lebenswerte Stadt für unsere Kinder ist. So, wie das Thema Umwelt im Moment von der Stadt Wien gehandhabt wird, ist es einer rot-grünen Koalition meiner Meinung nach nicht würdig.

Synergien nutzen, wo möglich, Kompromisse, wo nötig, Konflikte, wo unvermeidbar. Meine Position als Umweltsprecherin einer Wirtschaftspartei wird sicher nicht die leichteste sein. Ich werde es mir auch nicht leicht machen. Wenn es um sinnvolle Umweltschutzmaßnahmen geht im Einklang mit der Wirtschaft und den Wienerinnen und Wienern und nicht nur Ihrem politischen Stammklientel dient, dann können wir gemeinsam im Umweltschutz etwas weiterbringen, und dafür bin ich auch jederzeit bereit zu kämpfen.

Kämpfen – etwas, das mir in der jetzigen Regierung fehlt. Wo ist die grüne Umweltpolitik? Wo sind die Taten der GRÜNEN in Regierungsverantwortung, außer Autofahrer zu schikanieren? Sogar Ihre Bundeschefin Eva Glawischnig gibt zu, dass genug propagiert wurde

und endlich Taten folgen müssen. Wo sind zum Beispiel Ihre Pläne für mehr Green Jobs in Wien?

Im Interesse eines lebenswerten Wiens bin ich von guten Ideen überzeugbar und für konstruktive Gespräche offen, denn mir ist dieses Thema sehr wichtig. Ich habe auch kein Problem mit politischen Auseinandersetzungen, solange es eine Streitkultur gibt, dass man sich respektiert und der politische Streit einem Ziel dient, nämlich der besten Lösung für die Wienerinnen und Wiener.

Ich sage Ihnen, Herr Ellensohn, Herr Margulies, Sie sind auf dem besten Wege, Ihre Prinzipien und alles, wofür Sie gekämpft haben, der Koalition zu opfern, aber damit müssen Sie fertig werden. Ich habe meine Werte und Prinzipien noch nie verraten, nicht für ein politisches Amt und nicht für persönlichen Profit. Und ich sage Ihnen auch, ich mache Politik aus Überzeugung, aus Freude und aus Respekt und nicht aus Frust. Wenn Sippenhaftung und Vernachlässigung Ihr politischer Stil ist, dann gute Nacht!

Apropos: Kennen Sie den Unterschied zwischen einer seriösen Zeitung und billigem politischem Populismus? Zum Nachlesen für Sie. *(Die Rednerin geht zu den Reihen der GRÜNEN und überreicht den GRen David Ellensohn und Dipl-Ing Martin Margulies je ein Schriftstück.)* Reflektieren Sie selbst.

Wenn hier weder Rot noch Grün bereit sind, sich für ein grünes Wien einzusetzen und sich gegenseitig blockieren, ich werde mich einsetzen: für Gebührentransparenz und deren zweckgebundene Verwendung, einen urbanen ökonomischen Ökomasterplan mit klaren Umweltzielen im Einklang mit der Wirtschaft und der Bevölkerung, Belohnung für ökologisches Verhalten statt Bestrafung durch höhere Gebühren für weniger Leistung.

Zusammengefasst: Ein Umweltbudget, das weniger wird trotz massiver Gebührenerhöhung, ist inakzeptabel. Ein Umweltbudget, das keine Nachhaltigkeit erkennen lässt, ist inakzeptabel. Ein Umweltbudget, das keine Transparenz aufweist, ist inakzeptabel. Daher kann die ÖVP-Wien dem Bundesvoranschlag 2012 nicht zustimmen, und mein erstes Resümee zeigt, dass wohl die Schwarzen das rote Wien grün machen werden müssen. – Danke für ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP. – GR Heinz Hufnagl: Mit Ihren genau 13,9 Prozent der Wählerinnen und Wähler?)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Sehr geschätzte Frau GRin Holdaus. Es wäre spannend gewesen, zu erfahren, was auf diesen beiden Blättern gestanden ist. Fürs Protokoll nur. Es geht in der Geschichte unter.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Ing Guggenbichler. Ich erteile ihm das Wort.

GR Ing Udo **Guggenbichler** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir durften in diesem Jahr in diesem Ressort miterleben, dass sozial mit sozialistisch und, wie Sie es seit Kurzem haben wollen, mit sozialdemokratisch nicht zu tun hat. Man kann die Entwicklung im letzten Jahr

betrachten, und man muss fast den Eindruck bekommen, dass das Raubrittertum kein Phänomen des Mittelalters war, sondern in dieser Stadt in Inseraten als Sozialpolitik verkauft wird.

Ich darf Ihnen kurz einige Beispiele für die Gebührenerhöhungen darlegen, die in Wien die Ärmsten treffen und hemmungslos von dieser Stadtregierung eingesackelt werden.

Erhöhung des Wasserpreises um 33 Prozent in einem Jahr. Liest man die Rechnungshofberichte, so kann man erkennen, dass er schon lange festgestellt hat, dass es sich hierbei um illegale Steuern handelt, da die Transparenz bei Weitem nicht gegeben ist, die einer Gebühr zusteht.

Man sollte auch wissen, dass gerade beim Wasser jene getroffen werden, die sich nicht wehren können, denen auf Grund der aktuellen Wirtschaftslage nicht unbegrenzte Mittel zur Verfügung stehen, um diese Tarife berappen zu können. Und diese Stadtregierung verhindert sogar, dass die Bürger die Möglichkeit haben, bewusst zu sparen, hat sie doch immer verhindert, dass in den Bauten Einzelwasserzähler eingebaut werden, sodass jeder Bürger die Möglichkeit hat, bewusst seine Mittel einzusetzen. Den Bürgern wird am Ende des Jahres mit der Betriebskostenabrechnung der 33-prozentige Aufschlag einfach drübergestülpt.

Das ist ein unsozialer Akt, besonders wenn man weiß, dass Sie mit den alten Tarifen, ohne die Erhöhung, Gewinne in Millionenhöhe gemacht haben, ein reiner Akt der Gewinnmaximierung für Werbekampagnen und für die Löcher im Zentralbudget auf Grund der Spekulationen und Misswirtschaft einer verhinderten Werbestadträtin, die anscheinend zufällig im Umweltressort gelandet ist.

Sie betreiben diesen Gebührenwucher bei einem Arbeitsplatzmangel und angesichts der Tatsache, dass dank Bgm Häupl seit seinem Amtsantritt 35 000 Arbeitsplätze weniger vorhanden sind. Nur zum Vergleich: In den anderen 8 Bundesländern wurden 175 000 Arbeitsplätze mehr geschaffen. Hier wird frei nach dem Motto agiert: Je weniger Arbeit für die Bürger, desto mehr Gebühren. Das dürfte der sozialistische Ansatz für die Gesellschaft der Zukunft sein.

Frau Stadträtin! Es wird Zeit, dass Sie in Ihrer Ausgabenpolitik Transparenz auf den Tisch legen. Das wollen die Wienerinnen und Wiener wissen, wo das Geld hingekommen ist, das ihnen tagtäglich aus den Sack gezogen wird. Wenn man Sie fragt, wie viel Sie für Inserate investiert haben, kommt die lapidare Antwort, dass es zu kompliziert ist, dies aufzuschlüsseln.

Lesen Sie mal die Antworten, die Sie auf Anfragen der Gemeinderäte geben. Lesen Sie sie wirklich und gehen Sie in sich. Überlegen Sie sich, wie Sie hier agieren und erklären Sie den Wienerinnen und den Wienern, was Sie da verstecken wollen. Sie stellen sich hin und sagen, dass Sie 500 Millionen EUR Mindereinnahmen haben auf Grund der Inflation in diesem Zeitraum. Wir und der Rechnungshof sagen, dass Sie über 400 Millionen EUR Mehreinnahmen haben, die Sie irgendwo versickern haben lassen und

nicht bereit sind, Transparenz zu üben.

Sie sprechen von Inflationsanpassung und sprechen als Stadträtin einer sozialdemokratischen Partei nicht davon, dass die Wiener Bürger in diesem Zeitraum einen Kaufkraftverlust erlitten haben, den Sie ganz genau erkennen können. Gehen Sie raus auf die Straße und fragen Sie Arbeitnehmer, ob sie das Gefühl haben, dass es sich ausgeht, diese Erhöhungen zu bezahlen. Die SPÖ-Wien hat die Arbeitnehmer dieser Stadt verraten, und Sie merken es nicht einmal, da Sie sich vor den Bürgern verstecken – und zu Recht verstecken, denn mit dieser Politik müssen Sie sich auch verstecken.

Sie verstecken sich hinter Ihrem lang gestrickten Machtkonstrukt des Verschleierns. An dieser Spirale des Kaufkraftverlustes drehen Sie fröhlich weiter und sorgen dafür, dass die Wienerinnen und die Wiener in Zukunft wieder weniger Geld zur Verfügung haben, während es Ihnen ungeniert einfällt, über Ihre Gebührenpolitik der Gewinnmaximierung und des Löcherstopfens den Wienern das Geld aus der Tasche zu ziehen. Sie sprechen von einem Valorisierungsgesetz, das Sie einhalten müssen, sagen aber nicht dazu, dass Sie hier in diesem Haus dieses Gesetz mit Ihrer persönlichen absoluten Mehrheit beschlossen haben und keine andere Partei diesem Gesetz zugestimmt hat. Das ist keine soziale Politik, das ist Politik des Aussackelns.

Das manifestiert sich ebenfalls in der Reduktion der Mittel für Umwelt- und Tierschutzorganisationen wie der Wiener Naturwacht, die ich heuer schon zwei, drei Mal angesprochen habe. Sie haben ihnen die Förderungen um 50 Prozent gestrichen. Das ist der grüne Anstrich, der grüne umweltpolitische Anstrich dieser Stadtregierung?

Interessant ist auch, wenn man betrachtet, was Sie jetzt vor haben, nämlich eine Änderung des Naturschutzgesetzes. In der Änderung des Naturschutzgesetzes ist geplant, dass die ehrenamtlichen Naturwacheorgane abgeschafft werden sollen und durch Beamte und Vertragsbedienstete ersetzt werden sollen. Und das im Jahr der Freiwilligentätigkeit? Die ehrenamtlichen Naturwacheorgane haben besonders auch das Landschaftsschutzgebiet im Prater beschützt. Im Zuge ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit haben sie jährlich 80 000 EUR an Strafen eingenommen, und Sie haben die Förderungen auf 12 000 EUR reduziert. Das ist nicht nur ökologischer, sondern auch ökonomischer Unsinn. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sie sind bereit, ehrenamtlich tätige Umwelt- und Naturschützer aus ihren Ämtern zu drängen. Sind bereit, mehr dafür zu zahlen, um einen ähnlichen umwelttechnischen Effekt zu erzielen. Und womit bezahlen Sie es? Mit Wassergebühren, mit Müllgebühren, in Wahrheit bezahlen Sie es mit dem Geld der Wienerinnen und der Wiener, und das werden wir nicht zulassen in Zukunft. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wie wollen Sie die rund 450 Naturdenkmäler kontrollieren? Auch das hat bisher die Umwelt- und Naturwacht gemacht und hat deren Zustand gemeldet. Auch diesbezüglich haben diese Organe unentgeltlich

und ehrenamtlich gearbeitet. Glauben Sie im Ernst, dass Sie mit 12 000 EUR die Waste Watcher ein Jahr lang beschäftigen können? Oder ist Ihr ökonomisches Verständnis wirklich so schwach, wie man das vermuten könnte.

In den Bundesländern müssen Berg- und Naturwacheorgane eine Ausbildung machen und nach der Ausbildung auch eine Prüfung ablegen. Was haben Sie im neuen Gesetz geplant? Es reicht lediglich ein Ausbildungskurs. Das heißt, Sie haben nicht nur ökologisch und ökonomisch versagt, sondern Sie haben auch noch einen Qualitätsverlust in diesem Bereich erreicht. Und dazu muss ich ganz ehrlich sagen, es ist enttäuschend, dass das anscheinend der grüne Anstrich dieser rot-grünen Stadtregierung ist. Grün hat mit Umwelt und Naturschutz nichts zu tun, und das beweisen Sie tagtäglich mit Ihrer Politik immer mehr. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der Pferdeschutzverband hat heuer ebenfalls nur die Hälfte der beantragten Unterstützung bekommen, obwohl Sie ganz genau wissen, dass die Stadt Wien ihm Pferde zur Verfügung gestellt hat, deren sie selber nicht mehr Herr werden konnte.

Und auf der anderen Seite, nachdem Sie im Umweltbereich kürzen, erhöhen Sie in 6 Jahren die Kanalgebühren um 43 Prozent, die Müllgebühren im gleichen Zeitraum um 34 Prozent, die Abschleppgebühren um 50 Prozent. Kurz zusammengefasst: Das rot-grüne Belastungspaket führt 2012 zu einem Belastungsrekord bei den Gebühren. Der Überschuss der Müllsteuer wird sich 2012 mehr als verdoppeln. Gegenüber 19,7 Millionen EUR im heurigen Jahr werden 2012 49,5 Millionen EUR der Wiener Bürgerinnen und Bürger ins Budget fließen.

Auch der Überschuss bei den Wassersteuern wird sich 2012 verdoppeln. Da haben Sie noch tiefer in die Tasche der Bürger gegriffen. Denn der Überschuss steigt von 40,6 Millionen EUR 2011 auf 85,3 Millionen EUR 2012. Das ist das Geld der Wiener Bürger, das Sie für Ihre Plakat- und Propagandapolitik in diesem Haus verwenden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Immerhin 300 000 Menschen in Wien leben an oder unter der Armutsgrenze. Jene, die tagtäglich schauen müssen, ob sie mit ihrem Einkommen zu Rande kommen, müssen diese Gebühren, die Sie hier beschließen wollen, mittragen.

Und was sagt die Frau StRin Sima dazu, wenn man sie fragt, was sie mit dem Geld der Wienerinnen und Wiener so gemacht hat? Sie gibt keine Antwort. Im Sonderausschuss hat sie uns zur Antwort gegeben: Wir spielen hier nicht Twenty Questions, wir spielen hier nicht 20 Fragen. *(GR Erich Valentin: Gut übersetzt!)* Gut, gell, Herr Valentin. *(GR Erich Valentin: Ja, ich bin begeistert!)* Habe ich nur für Sie gemacht. *(GR Erich Valentin: Danke, aber das wäre nicht notwendig gewesen!)*

Erstens haben Sie das Wasser um 33 Prozent erhöht, zweitens den Kanal um 43 Prozent und drittens kürzlich auch noch die Hundesteuer um 39,1 Prozent.

Und Sie stellen sich hin und wollen keine Fragen beantworten? Das ist eine Verhöhnung der Bürger und der Oppositionsrechte in dieser Stadt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das ist eine Zurschaustellung der roten Abgehobenheit und der Bürgerferne der Sonderklasse. Das schürt soziale Konflikte, aber das dürfte Ihnen auch egal sein, denn sonst hätten Sie diesbezüglichen Anträgen unserer Fraktion in der Vergangenheit zugestimmt und nicht gemauert.

Frau StRin Sima, abschließend ein Appell an Sie: Nutzen Sie die Mittel, die Ihnen der Bürger zur Verfügung stellt, und setzen Sie diese Mittel im Interesse der Bürger ein und nicht für Ihre Kampagnen! Denn wenn Sie beginnen, Politik für die Bürger zu machen, haben Sie diese Kampagnen nicht notwendig. Dann wird der Bürger selbst erkennen, dass Ihre Politik gut ist. Dann können wir uns diese ganzen Plakatkampagnen ersparen. Dann sehen sie das von alleine.

Ziehen Sie nicht mit illegalen Steuern den Wienerinnen und den Wienern das Geld aus der Tasche, unabhängig von den aktuellen sozialen Gegebenheiten, unabhängig von Krisenzeiten, unabhängig davon, dass sich viele Wiener Bürgerinnen und Bürger dies nicht mehr leisten können.

Das, was hier passiert, ist die soziale Bankrotterklärung der Wiener Stadtregierung, und wenn Sie so weitermachen, folgt auch die wirtschaftliche Bankrotterklärung, da diese Gebührenflut, die Sie den Wienern zumuten, von den Bürgern nicht mehr getragen werden kann.

Es ist mir unmöglich, diesem unsozialen Budget zuzustimmen. Ich darf abschließend noch einen Beschlussantrag einbringen:

„Die zuständige Stadträtin der Geschäftsgruppe Umwelt beziehungsweise die zuständigen Organe von Wien Kanal werden aufgefordert, jeweils im Juni einen fünfjährigen Finanzplan für Wien Kanal vorzulegen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und falls die GRÜNEN beleidigt sind, weil ich sie nicht erwähnt habe: Ich gehe davon aus, ihr habt in der Umweltpolitik in dieser Stadtregierung nichts zu sagen. Ihr seid keine Erwähnung wert. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bevor ich Herrn GR Hufnagl das Wort erteile, möchte ich mitteilen, dass Frau GRin Hatzl aus Krankheitsgründen während des gesamten Tages entschuldigt ist.

Am Wort ist GR Hufnagl.

GR Heinz **Hufnagl** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Hohe Beamtenschaft! Liebe Zuschauer und Zuschauerinnen!

„Only bad news are good news!“ – Diesem rathäuslichen Oppositionsprinzip sind seit der gestrigen Generaldebatte bis heute nahezu alle Rednerinnen und Redner der ÖVP und der FPÖ im Großen und Ganzen gefolgt und damit sich selbst treu geblieben.

Um den Ausführungen meiner beiden Oppositionsvorredner zum Kapitel Umwelt die richtige Relation der Stadtökologie entgegenzusetzen, darf ich kurz die wichtigsten Parameter dazu in Erinnerung rufen.

Mehr als die Hälfte des gesamten Stadtgebietes bieten unterschiedliche Grünraumwidmungen, und das ist auch für die BewohnerInnen der Stadt und die Gäste Wiens in jeder Form als Grünfreiraum erlebbar.

Ein gutes Drittel des Stadtgebietes genießt besonderen Flächenschutz, vom geschützten Landschaftsteil über die großen Landschaftsschutzgebiete Prater, Lainzer Tiergarten, Am Wienerberg bis zum UNESCO-zertifizierten Biosphärenpark Wienerwald.

Das absolute Sahnehäubchen dabei: ein für Millionenstädte wohl einzigartiger Nationalpark, nämlich die längste geschlossene Fluss- und Aulandschaft Mitteleuropas, sprich, unser Nationalpark Donau-Auen.

Der Land- und Forstwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien betreibt nicht nur die größte Biolandwirtschaft Österreichs, er hegt und schützt neben den Waldgebieten unserer Stadt auch die Quellschutzwälder für die Wiener Wasserversorgung im steirisch und niederösterreichischen Kalkalpengebiet in einer kongenialen Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Wasserwerke. Und das Ganze auf Flächen, die weit über unser eigentliches Stadtareal hinausgehen.

Wir leben, auf dem Punkt gebracht, in einer Stadt, die von der Bevölkerung höchste Sauberkeitswerte attestiert bekommt, täglich unvergleichbar köstliches Hochgebirgsquellwasser trinkt und eine Luft atmet, die sprichwörtlich gut ist und durch die 17 an neuralgischen Plätzen postierten Messstellen der MA 22 rund um die Uhr, 365 Tage hindurch, in Richtung Feinstaub, Stickoxide, bodennahes Ozon, Kohlenmonoxid und andere Schadstoffe kontrolliert wird.

Die Entsorgung Wiens funktioniert getreu dem Abfallwirtschaftsplan in Form einer ökologischen Kreislaufwirtschaft und orientiert sich an dem Prinzipien: vermeiden, trennen, verwerten der gesammelten fünf Materialien, recyceln und schlussendlich Verbrennung in drei Müllverbrennungsanlagen mit absolut bester Filtertechnologie und einer Gesamtausstattung, die man schlicht als State of the Art bezeichnen könnte.

Die Abfälle der Wiener Haushalte und der Wirtschaftsbetriebe unserer Stadt werden im Gegensatz zu anderen Bundesländern zweimal wöchentlich von der Müllsammlung eingesammelt und dienen bei der thermischen Restmüllverwertung dazu, rund 230 000 Haushalten und Tausenden von Gewerbe- und Industriekunden nicht nur Fernwärme, sondern auch Warmwasser komfortabel in ihre Wohnungen zu bringen.

Die Entsorgungsbetriebe Simmering betreiben nicht nur die effizienteste Hauptkläranlage Europas mit Spitzenwerten bei der Reinigung von Stickstoff und Phosphor, sondern auch die einzige Sondermüll- und Klärschlammverbrennungsanlage Österreichs. Und ich bin sicher, die objektiven Daten beweisen nach wie vor, wir bräuchten mindestens zwei derartige weitere Anlagen

in Österreich, die mit Wirbelschichtöfen und mit Drehrohr diese bedenklichen Stoffe einer optimalen Verwertung zuführen könnten.

Seit wenigen Tagen ist die EBS auch Eigentümer des neuen Wiener Tierkrematoriums, das zusammen mit dem gleichzeitig eröffneten Tierfriedhof allen Tierfreunden Wiens die Möglichkeit gibt, sich von ihren geliebten Vierbeinern in einer würdigen Form zu verabschieden und ihrer auch dauerhaft zu gedenken.

Apropos Stichwort Tiere in dieser Stadt: Ich darf zusammen mit den sozialdemokratischen Abgeordneten – ich verzichte hier auf akademische Titel – Valentin, Wutzlhofer, Spitzer, Karner-Kremser, Schubert, Nevriy, Holzmann sowie den grünen Abgeordneten Maresch und Kickert einen Beschlussantrag zum Thema Masterplan Tierversorgung neu einbringen.

„Der Gemeinderat ersucht die zuständige Tierschutzstadträtin, nach Fertigstellung des Masterplans Tierversorgung neu auf Grundlage der Ergebnisse ein Konzept zu erstellen, wie die Stadt Wien ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Versorgung entlaufener, ausgesetzter, zurückgelassener sowie von der Behörde beschlagnahmter oder abgenommener Tiere entsprechend § 30 des Tierschutzgesetzes künftig am besten nachkommen kann.“

Ausgangspunkt für diese Initiative war das 1. Österreichische Tierheim-Symposium vor genau einem Jahr, um Lösungen für die Weiterentwicklung der traditionellen Tierheime zu modernern, zu anspruchsvollen Tierkompetenzzentren zu suchen. Danach hat die Tierschutzombudsstelle Wien mehrere Arbeitsgruppen zu allen Fragen moderner Tierversorgung, unter Einbindung von diversen Tierschutzorganisationen, auch des Wiener Tierschutzvereins, eingerichtet. Diese Arbeitsgruppen stehen kurz vor Beendigung ihrer Arbeit. Die Ergebnisse werden evaluiert, der Schlussbericht kann in Kürze vorgelegt werden. Daher der gegenständliche Beschlussantrag. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Geschätzte Damen und Herren! Es ist gut 20 Jahre her, dass Wien als erstes Bundesland den couragierten Weg beschritten hat, einen kritischen Blick in seinen Boden zu richten und einen Altlastenkataster erstellt hat, zwischenzeitlich seine industriellen und militärischen Altlasten sanierte, kontaminiertes Erdreich ordnungsgemäß entsorgte und beispielsweise auf den Resten der Ziegeleien am südlichen Abhang des Laaer Bergs einen Stadtwald pflanzte, ja dort sogar ein Naherholungsgebiet, nämlich die Löwygrube, schuf.

Apropos Nahversorgung und Naherholung: Die sozialdemokratischen Stadtväter der 1970er Jahre hatten gegen den damals heftigen Protest der Österreichischen Volkspartei – sie hat aus diesem Thema heraus freiwillig die Stadtkoalition verlassen und ging in die Opposition – die kongeniale Idee, den absoluten Hochwasserschutz für Wien mit einer künstlichen Insel zu kombinieren. Die aktuelle Landesregierung hat die Donauinsel um diverse Trendsportanlagen, Wasserspielplätze, zeitgemäße

Toiletten und Hundebademöglichkeiten bereichert und bei den Baumpflanzungen auf der Insel längst die eineinhalb Millionengrenze überschritten. Am linksseitigen Donauufer werden die letzten fehlenden Elemente beim Hochwasserschutz ergänzt, um neben Wien auch den niederösterreichischen Anrainergemeinden Jahrtausendhochwässer, so wie wir sie 2002 erleben mussten, tunlichst zu ersparen.

Damit können im Wiener Donaauraum die Bereiche Hochwasserschutz für Mensch und Natur, Energiegewinnung aus dem Kraftwerk Freudenau, mannigfache Freizeitmöglichkeiten für hunderttausende erholungssuchende Wienerinnen und Wiener bei optimaler öffentlicher Verkehrsanbindung kombiniert werden.

Allen, die an diesem Gesamtkunstwerk Donauinsel seit Jahrzehnten ihren Anteil hatten und haben, gebührt jedenfalls Applaus und Anerkennung des Gemeinderates. Die Mitarbeiter der MA 45 - Wiener Gewässer stehen jetzt stellvertretend für die verantwortlichen Väter der Wiener Donauinsel. Herzlichen Dank dafür!

Meine Damen und Herren! Eine gute Umweltpolitik ohne eine effiziente Verkehrs- und Energiepolitik wäre eine halbe Sache. Daher können wir mit Genugtuung feststellen, dass die Wiener ihren Wiener Linien Jahr für Jahr Fahrgastzahlen mit neuen Rekorden im wahrsten Sinne des Wortes einfahren, dass der Radverkehr ständig steigt, dass wir beim Modal-Split, also dem Anteil aller unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer am gesamten Verkehrsaufkommen, den Turnaround beim Vorrang der sanften Mobilität gegenüber dem motorisierten Individualverkehr geschafft haben. Dieser Trend wird nächstes Jahr noch durch die Verbilligung der Jahresnetzkarten auf 365 EUR und die Reduzierung der Monatsnetzkarten genauso wie die weitere Inbetriebnahme von 20 Ulf-Garnituren neben 230 bestehenden Niederflurtramways zügig fortgesetzt werden.

All diese Erfolge sowie die gesamte Umwelt- und Klimapolitik unserer Stadt sind national und international vorbildlich, machen berechtigt stolz und geben keinen Platz für ständiges Geraunze und auch nicht für das – so nehme ich an – von den nächsten Rednern, beginnend beim Herrn Dipl.-Ing. Stiftner und den folgenden Freiheitlichen, erwartbare Schlechtreden der Opposition. Auch wenn es die ÖVP und vor allem die Freiheitlichen nicht hören wollen: Diese absoluten Spitzenplätze Wiens bei den jährlichen Rankings von Mercer und Economical Intelligence Unit bei deren weltweiten Erhebungen der Lebensqualität sowie der jüngst veröffentlichte Vergleich der Landeshauptstädte bei den Feinstaubbekämpfungen sind keine von Wien bestellten Gefälligkeitsgutachten, und sie sind auch nicht Programme, damit irgendwelche Wirtschaftsbesse die Standortscheidungen treffen, sie sind vielmehr der objektiv erhobene Status Wiens, nicht zuletzt bei allen Kriterien erfolgreicher Umweltpolitik.

Meine Damen und Herren der Opposition! Bei allem Verständnis für das Einfordern punktueller Verbesserungen – das sollte sich die Opposition dieses

Hauses endlich ins Stammbuch schreiben –: Weltmeister der Lebensqualität und zahlreiche Awards müssen hart erarbeitet werden. In Wien haben wir das jedenfalls geschafft.

Unbeschadet der beschriebenen soliden Basis und trotz elementarer Wirtschaftskrise sowie massivem Druck auf alle öffentliche Haushalte und damit natürlich auch auf das Wiener Budget wird es aber in Wien keinen Stillstand in umweltpolitischen Belangen geben.

Lassen Sie mich bei den Vorhaben der MA 31 des Wasserwerks beginnen, hat doch die nach 16 Jahren unvermeidbar gewordene Gebührenanpassung zu beträchtlicher oppositioneller Erregung geführt. Das Wiener Rohrnetz inklusive der Hauszuleitungen bis zu den 102 000 Wasserzählern hat eine Länge von zirka 3 300 km, also der Distanz von Wien bis zu den Kanarischen Inseln oder, um in Europa zu bleiben, Wien – Kreta und retour. Gut 10 Prozent davon sind Graugussrohre aus der Zwischenkriegszeit oder den 1960er und 1970er Jahren. Sie unterliegen einer hohen Bruchgefahr, werden vom enormen Verkehrsgeschehen auf den Straßen natürlich strapaziert, verursachen punktuelle Wasserverluste und sind extrem sanierungsbedürftig. So werden im kommenden Jahr allein 67 Millionen EUR der prognostizierten und von Ihnen so heftig kritisierten 182 Millionen EUR Einnahmen für Investitionen und Erhaltungsmaßnahmen in das Wiener Rohrnetz vorgesehen. Dabei dienen das Netzinformationssystem, die Netzüberwachung und innovative Grabungstechniken, sogenannte NoDig-Verfahren zur Schonung der Straßenoberflächen, als moderne technologische Instrumente.

Einige besondere Vorhaben – nachdem ja jeder Mandatar und jede Mandatarin natürlich das Interesse seines eigenen Bezirks vorrangig sieht – seien hier besonders erwähnt: in Döbling der Bereich der Grinzinger Allee; am äußeren Gürtel vom Lichtenwerder Platz im 9. Bezirk bis zur Kreuzgasse im 18. Bezirk; in Ottakring Enekelstraße, Wiesberggasse bis zum Gutraterplatz; auf der Wieden die Mommsengasse und deren Umgebung; der gesamte neue Bahnhof Wien mit der notwendigen unterirdischen technischen Infrastruktur, um die Wasserversorgung dort von der ersten Stunde an sicherzustellen; in Liesing die Kolbegasse; in Meidling die Weißenthurngasse und die gesamte Tivolisiedlung; in Margareten die Diehlgasse; in Simmering die dortige Hauptstraße; im 14. Bezirk die Waidhausenstraße und in der City das Wassernetz rund um das Burgtheater und die Wassereinrichtungen am Platz Am Hof. Und so weiter und so fort. Ich möchte mich da nicht weiter im Detail verlieren.

Wesentlich bei der Infrastruktur der Wasserwerke: Die Aquädukte Leasing und Baden werden saniert, der Wasserbehälter Dreimarkstein völlig neu gebaut, das Kraftwerk Nasswald erweitert und zahlreiche der in Wien von der Optik her doch so geschätzten Monumental- und Denkmalbrunnen, darunter die Highlights Hochstrahlbrunnen und die beiden Brunnen hier hinter uns am Rathausplatz, werden erneuert.

Zu den Plänen der MA 48 wird mein Kollege GR

Holzmann sprechen, kurz vor Winterbeginn möchte ich nur erwähnen, dass heuer bereits 13 hochmoderne Winterdienstfahrzeuge mit Doppelkammerausführung und integriertem Feuchtsalzsystem von der Stadt übernommen wurden. Damit ist die Aus- und Nachrüstung des gesamten Fuhrparks der 48er mit dieser umweltschonenden, minimalisierten Feuchtsalzmethode positiv abgeschlossen.

Und wenn wir jetzt alle im Spätherbst das elektrische Licht schon wesentlich früher einschalten müssen, sei daran erinnert, dass unsere Umweltstadträtin die Infokampagne „Helle Birnen entsorgen richtig!“ dieser Tage auf Schiene gebracht hat. Dabei wird erinnert, dass die Energiespar- und LED-Lampen wegen des verwertbaren Aluminiums, aber insbesondere des giftigen Quecksilbers auf den 19 Mistplätzen und den zahlreichen Problemstoffsammelstellen der 48er zu entsorgen und nicht im Hausmüll zu deponieren sind.

Die schon erwähnten EBS Simmering setzen seit 2008 vor allem im Bereich der Hauptkläranlage auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien. So wurden Fotovoltaikmodule und erneuerbare Kaplanturbinen-Strom-Möglichkeiten geschaffen. Es wurden eine Stromtankstelle errichtet und leistungsstarke Windkraftwerke installiert.

Damit nicht genug – und das ist der schöne Ausblick auf das nächste Jahr und die folgenden –, wird spätestens 2015 die notwendige Erneuerung der seit 1980 in Betrieb befindlichen Vorkläranlage und der ersten biologischen Reinigungsstufe zum Anlass genommen, aus dem Klärschlamm entweichendes Methan für die Strom- und Wärmeenergiegewinnung zu nutzen. 2012 erfolgt das Genehmigungsverfahren für dieses Großprojekt EOS. EOS steht als Kürzel für Energieoptimierung Schlammbehandlung. Dadurch wird die Wiener Hauptkläranlage wohl als einzige Kläranlage Europas energieautark. Aus einem vormalig massiven Stromverbraucher wird ein Energieproduzent. Ein guter Grund, den heute anwesenden Direktor der EBS Ing Christian Gantner und sein ambitioniertes Team hier symbolisch vor den Vorhang des Wiener Gemeinderates zu bitten. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Kommunaler Umweltschutz ist eine klassische Querschnittmaterie und spiegelt sich in nahezu allen Geschäftsgruppen wider. So ist es höchst erfreulich, dass im geförderten Wohnbau mehr denn je ökologische Faktoren Berücksichtigung, ja, in der Ausschreibung zwingend sogar die Bevorrangung finden. Passivhaus- und Niedrighausenergiebauweisen werden forciert, Holz als Innenelement erlebt eine Renaissance.

Egal, ob es sich im nächsten Jahr um 600 Wohnungen auf dem Gelände der ehemaligen Mautner-Markhof-Gründe in Simmering oder um neue Reihenhäuser in Eßling handelt, um die eigentlichen Wohnelemente werden Freiräume zum Wohlfühlen geschaffen und dort, wo sie noch nicht ausreichend vorhanden sind, ergänzt. Durch das hochwertige öffentliche Verkehrsnetz lebt man in diesen neuen Wohnmöglichkeiten zwar zentral, aber gleichzeitig auch im Grünen. Das ist ein wesentlicher Anspruch des

kontemporären Wohnraums in Wien, der uns einmal mehr zum internationalen Vorzeigeelement machen wird.

Parallel zu diesem sukzessiven weiteren Wohnungsneubau wurden seit 2000, dem Beginn des Klimaschutzprogramms I, rund 189 000 Wohneinheiten gefördert saniert und dadurch CO₂-Einsparungen von 304 000 Tonnen jährlich erzielt. Das Kernelement der thermisch-energetischen Sanierung, nämlich die Förderschiene Thewosan, wird auch in den nächsten Jahren ein zentrales Anliegen des Klimaschutzprogramms II bleiben.

Bei der Grünlandpolitik kann und darf ich auf Leistungen der Stadtgärtnerinnen und Stadtgärtner niemals vergessen. Der Budgetansatz 8150, Park- und Gartenanlagen und Kinderspielplätze, betreffend 847 Parkanlagen und 917 Ball- und Kinderspielplätze in unserer Stadt weist Einnahmen von nur 2,3 Millionen EUR, aber Ausgaben von 72,4 Millionen EUR aus. Mit anderen Worten – und es ist mir sehr wesentlich, das zu erwähnen –: Allein für die unser Stadtbild so hervorragend prägende Arbeit der Wiener Stadtgärtner schießt die Stadt für die Bezirksbudgets, aber auch zum Zentralbudget der Stadterweiterungsgebiete mehr als 70 Millionen EUR zu.

Kein Mensch redet hier von einem bösen Defizit, von einer problematischen Unterdeckung, von Schulden, die die Stadt aufnimmt, um das Straßenbild Wiens mit Blumen, Bäumen und Sträuchern das ganze Jahr über attraktiv zu halten. Genauso wenig wie kein seriöser Betrachter jemals von einem Straßenbeleuchtungs-, einem Feuerwehr- oder einem Rettungsdefizit phantasieren würde. Ich fordere die Damen und Herren der Opposition auf, ihre ständige, auch heute wieder weit überzogene unsachliche Kritik an den Gebühren in Wien, einer exzellenten Stadt mit Entsorgungs- und Versorgungsleistungen auf höchstem Niveau, einer angemessenen, einer fairen und auch einer ganzheitlichen Sichtweise zu unterziehen.

Es bleibt nicht dabei, dass die Stadtgärten neben den erwähnten Parks und Spielplätzen pflegerisch für fast 100 000 Alleebäume an 600 Laufkilometern und weiteren 300 000 Bäumen in den Parks und sämtlichen anderen Örtlichkeiten Wiens zuständig sind. Auch 2012 wird es rund 2 000 neue Baumpflanzungen geben, 15 neue Parks werden begonnen oder schon eröffnet werden, und darüber hinaus werden in etlichen Bezirken im öffentlichen Raum neue Gemeinschafts- und Grätzlgärten unter Patronanz der MA 42 entstehen. Diese wienerische Form des Guerilla Gardenings verbessert nicht nur das Stadtbild vor Ort, es wirkt integrativ für das Verständnis der Generationen und erst recht bei Menschen mit unterschiedlichen Sprachen und Kulturen.

Meine Damen und Herren! Hoher Gemeinderat! Ich möchte bei der Gelegenheit eine sehr ernsthafte und grundsätzliche Bemerkung an einem konkreten Beispiel anführen. In der Sitzung des Umweltausschusses vom 5. April dieses Jahres wurde dem Verein Gartenpolylog, der unter der Devise „GärtnerInnen der Welt kooperieren“ in Simmering am Gelände der ehemaligen Artilleriekaserne

an der Zinnergasse seit vorigem Jahr einen großen Gemeinschaftsgarten betreut, eine Subvention von 6 000 EUR bewilligt. Nur eine einzige Partei stimmte gegen diese Subvention. Kenner dieses Hauses und der verteilten Rollen in diesem Haus werden unschwer erraten, wer es war, es waren die Freiheitlichen. Gab es dazu eine Begründung seitens der FPÖ? Ist die Freiheitliche Partei grundsätzlich gegen Gemeinschaftsgärten? Wurde die Subvention als zu hoch eingeschätzt? Ist die Subvention des Vorjahres, die ebenfalls schon von den Freiheitlichen abgelehnt wurde, sinnwidrig oder gegen die eigentliche Definition verwendet worden? Nichts dergleichen!

Der einzige und wahre Grund – und das stimmt in der Tat sehr traurig und nachdenklich –: Neben Simmeringer Wohnanrainern werden diese Gemeinschaftsgärten am sogenannten Macondo-Gelände, bezeichnet nach einem Vorort in Santiago de Chile, auch von den dort wohnhaften und vom Innenministerium betreuten Flüchtlingen genutzt. Und das ist wirklich die fatale Erkenntnis aus dieser Vorgangsweise: So weit geht die konsequente Ausländerfeindlichkeit, so weit geht das gesamte Denken, Fühlen und Handeln der die Freiheitlichen prägenden Xenophobie, dass die zweitgrößte Partei dieses Hauses den Menschen, die dort wahrlich unter bescheidensten Bedingungen ein wenig Freude an einer gemeinsamen Nutzung eines öffentlichen Gartens haben sollen, diese Freude missgönnt.

Meine Damen und Herren von der FPÖ – das sage ich jetzt sehr ernsthaft und völlig losgelöst vom Kapitel Umwelt –, besinnen Sie sich endlich darauf, auch Menschen, die nicht das unplanbare Glück hatten, in Österreich auf die Welt zu kommen, ein bisschen Lebensqualität zu gönnen und ihnen mit Menschlichkeit entgegenzublicken! Ändern Sie Ihre diesbezügliche Grundhaltung, denn viele Menschen, die Sie momentan noch aus unterschiedlichen Gründen wählen, werden eines Tages erkennen: Wer derart herzlos zu Flüchtlingen ist, wer Nichtösterreichern nicht einmal einen Gemeinschaftsgarten gönnt, der kann zu Inländern keine wirkliche Herzlichkeit entwickeln.

Im Übrigen ist das Budget der Geschäftsgruppe Umwelt dazu angetan, weiterhin Wien als Umweltmusterstadt zu positionieren und als Klimavorreiter eine hervorragende Rolle einzunehmen.

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing. Stiftner, wobei ich darauf hinweise, dass ab jetzt eine maximale Redezeit von 15 Minuten vorgesehen ist; mit Ausnahme des GR Mag. Maresch, der sich zurückgereiht hat und 25 Minuten reden kann. *(GR Mag. Wolfgang Jung: Der brave Mann denkt an sich selbst zuletzt!)* – Ich erteile Ihnen das Wort.

GR Dipl.-Ing. Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Werte Damen und Herren!

Dass die GRÜNEN sich jetzt schon öfter offenbar nicht an die Rednerreihenfolge halten, sondern dann so

tun, als würden sie am Ende ihre volle Redezeit beanspruchen können, ist eine Sache, die man wahrscheinlich noch einmal zu diskutieren hat, weil sich jeder hier in diesem Hause an Regeln halten sollte. Das gilt auch für die kleinste Partei in diesem Haus, auch wenn sie Regierungspartei ist. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Lieber Kollege Hufnagl, ich weiß jetzt nicht, wo du gerade bist *(GR Heinz Hufnagl: Hier!)* – ach da, sorry, ich habe dich nicht gleich gesehen, na ja, sorry, von hier heraußen sieht es anders aus –, ich bewundere deinen Weitblick. Du weißt ja offenbar schon, was ich in meiner Rede plane, nachdem du alles vorweggenommen hast in deiner Breite und Eloquenz. Aber ich finde es schon toll, wenn deine Fraktion dich als Schwergewicht hier herausschickt, um die Gebührenerhöhungen gerade dieses Ressorts zu verteidigen. Das zeigt ja schon, unter welchem Druck die SPÖ sein muss, wenn es notwendig ist, dass hier ein solches Gegengewicht ausrücken muss, um die Abzocke, die von der Umweltpolitik ausgeht, hier endlich auch einmal klar und deutlich zu benennen und zu verteidigen.

Ich möchte aber heute – und das ist vielleicht ein bisschen überraschend – nicht auf die Quantität, sondern auf die Qualität in der Umweltpolitik eingehen und möchte das auch deshalb tun, weil ich, wie sich ja schon herumgesprochen hat, die Sprecherrolle für den Umweltbereich in meiner Fraktion meiner Frau Kollegin Holdhaus übertragen habe, um mich in Zukunft voll und ganz dem Verkehrsbereich zu widmen. Ich möchte eine gewisse Betrachtung der letzten sechs Jahre anstellen, um vielleicht so eine gewisse Erinnerungslogik herbeizuführen, um nämlich auch zu erkennen, wie die Struktur im Umweltbereich ist, denn vielleicht kann man ja daraus auch Schlüsse für die Zukunft ableiten.

Ich denke, es sind hier viele Chancen seitens der Stadträte und der SPÖ in den letzten Jahren versäumt worden. Offenbar hat hier der Regierungsparteistolz immer überwogen, leider hat es nicht dazu geführt, dass die Umwelt in dieser Stadt besser geworden ist, und daran ändert auch gute PR-Arbeit nichts, sehr geehrte Damen und Herren. Die Umweltpolitik in diesem Ressort ist in Wirklichkeit PR-Arbeit, und ich möchte hier ganz cursorisch nur einige Aktionen der letzten Zeit und die dazu passenden Presseaussendungen zitieren.

Die Frühjahrsblüher werden ausgelegt. Sima verkündet stolz das Aussetzen von Tulpenzwiebeln für den kommenden Frühling.

Junger Wiener und grüner Veltliner, Klassiker als Vorbote des neuen Spitzenjahrganges. Stadträtin lädt ein.

Spiel und Spaß mit den Hunden bietet sie in der Praterallee an, und dahinter verbirgt sich dann eine Einladung zum Dogdancing.

Man sieht also, worauf es der Umweltpolitik in dieser Stadt ankommt, nämlich nicht auf die Sanierung der Umwelt, es geht darum, in der Zeitung zu stehen und möglichst auch noch mit einem Bild vorzukommen. Das ist Umweltpolitik, wie wir sie nicht verstehen, sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte aber auch einige positive Aspekte – die gibt es durchaus, wenn auch sehr spärlich – heute erwähnen, denn ganz so stur, wie es vordergründig wirkt, ist ja die SPÖ gar nicht, sondern sie hat offenbar ein Sensorium, woher auch immer es kommt, und versucht dann still und heimlich, manche Dinge, vor allem wenn sie sich nicht mehr verhindern lassen und sich in der Bevölkerung schon festgesetzt haben, auch entsprechend umzusetzen. Das passiert dann leider nicht in der adäquaten Form, sondern meistens mangelhaft, meistens auch ineffizient, aber auch dafür möchte ich Ihnen, um es konkret zu machen, einige Beispiele aus den letzten Jahren bringen.

Nehmen wir einmal das Plastiksackerlthema heraus. Das haben wir schon vor vielen Jahren angeregt, bei den Plastiksackerln – da gibt es in der heutigen Zeit durchaus entsprechende Technologien – auf biogene Rohstoffe umzusteigen, und haben dazu auch vorgeschlagen, das zu forcieren und Fördermaßnahmen, gerade auch für den Handel, vorzusehen.

Was haben Sie gemacht? – Sie haben das Thema heruntergespielt, Sie haben gesagt, das ist technisch nicht ausgereift, das geht uns nichts an, das ist Bundessache. Wie bei den meisten Dingen, die ein bisschen unangenehm sind, ist immer der Bund schuld, man kann ja nichts tun. Auch in dieser Sache wurde es anfangs so diskutiert und argumentiert, als aber die Sache doch ein bisschen brenzlicher geworden ist, hat man dann selbst seitens der Stadträtin vom Einsatz von Maisstärke für die Herstellung von Tragetaschen gesprochen.

Viel länger war die Reaktionszeit beim Sauberkeitsthema. Schon bei der Vorgängerin der jetzigen Stadträtin haben wir auf den verschlechterten Sauberkeitszustand auf Wiens Straßen hingewiesen, aber auch hier gab es die gewohnte Reaktion. Mitnichten, die Sauberkeit in Wien sei exzellent, andere Städte – Sie hatten wahrscheinlich Kalkutta vor Augen – wären doch viel schmutziger, und beim Hundekot läuft ja alles bestens.

Also insgesamt natürlich für die Mehrheitsfraktion kein Handlungsbedarf, lautete der damalige Kommentar, und die von uns geforderte Kontrolle der Einhaltung der Reinhaltungsverordnung, am besten mit einer Stadtwache, wurde überhaupt abgekanzelt als ein blöder Vorschlag. Sie hatten keine Sauberkeitstrupps, die ermahnen oder gar strafen, ins Auge gefasst. Das war Ihre damalige Linie.

Erst nachdem die zunehmende Verschmutzung immer wieder auch in den Medien ein Diskussionsthema war und der Druck aus der Bevölkerung nicht mehr abzuwenden war, haben Sie diese Hinhaltetaktik nicht mehr ausgehalten und Sie haben sich langsam von dieser Verhinderungslinie abgewendet. Plötzlich gab es dann doch so was wie Waste Watcher, „Kehr-Force“ und jede Menge anderer Sauberkeitsgruppen. Natürlich alles ineffizient und unkoordiniert, aber immerhin, es gab einmal eine Maßnahme. Das ist einmal ein erster Schritt, und bei einer so behäbigen Mehrheitsfraktion wie in diesem Haus ist das ja schon ein kleiner Erfolg.

Ein nächster Punkt Ihrer Rückzugsgefechte – Kollege Hufnagl hat es ja schon vorweggenommen –, die Wasserrohrbrüche. Auch hier haben sich die Pannen ja gehäuft. Es kam zu Massenstaus, zu Überschwemmungen, zu Verlust von privatem Eigentum, das dann oft gar nicht durch die Versicherungen der Stadt ersetzt werden konnte, und man hat seitens der Stadträtin damals natürlich gesagt, ja, das passiert halt, die Rohre seien sehr alt, man kann ja nichts dagegen machen.

Wir haben damals konstruktiv einen Schulterchluss vorgeschlagen. Wir wissen, es gibt alte Rohre, aber machen wir doch ein Sanierungsprogramm, dotieren wir hier einen Fonds. Die Antwort war: Das ist eine Schnapsidee. Nachdem die Serie der Wasserrohrbrüche nicht mehr zu stoppen war und eine auflagenstarke Zeitung schon titulierte „Und täglich platzt ein Wasserrohr in Wien“, war dann plötzlich – offenbar, wie man so hört, auch nach einer Rüge durch den Herrn Bürgermeister – dringend Handlungsbedarf geboten. Dann hat man sich auch im Umweltressort darum bemüht, kreativ zu sein und hat nun, viel zu spät, begonnen, mit einer eilends gesetzten Maßnahme ein Wasserrohr nach dem anderen endlich zu sanieren. Es hat dann auch einen Wechsel in der Leitung der zuständigen Magistratsabteilung gegeben. Ob der damit im Zusammenhang steht, weiß ich nicht, entzieht sich meiner Kenntnis, tut auch nichts zur Sache, aber Tatsache ist: Sie haben auch hier wieder einmal alles verschlafen gehabt, Frau Stadträtin.

Aber als das Lustigste und Humoristischste habe ich eigentlich gefunden, dass Sie mir in einem der letzten Ausschüsse vorgehalten haben – nachdem ja auch die Staus dann extrem groß sind bei jenen Straßenzügen, wo die Wasserrohre in einer Unzeit natürlich und nicht in den verkehrsschwachen Zeiten saniert werden mussten –, dass wir, respektive ich, jetzt nun als Oppositionspolitiker schuld seien an diesen Staus, denn wir hätten ja die Sanierungen gefordert. Das ist schon eine selten humoristische Einlage, wenn die Mehrheitsfraktion, die seit vielen Jahrzehnten hier an der Macht ist und alles in der Hand hat, nun die Opposition braucht, um Schuld abzuwälzen, die sie selbst verursacht hat, meine Damen und Herren.

Die Stadtregierung hat nun alles aufgegriffen, hat das Umpflügen der Wiener Straßen jetzt begonnen. Die Straßenzüge, einer nach dem anderen – Kollege Hufnagl hat sie ja heute schön taxativ aufgezählt –, werden jetzt saniert, natürlich nicht in verkehrsschwachen Zeiten, nein, genau dann, wenn die meisten Autos fahren, dann, wenn natürlich der meiste Stau die Folge ist, weil man eben zu spät dran war, weil man es nicht geplant hat, so wie es für eine ordentliche Stadt gehört, wie es auch für einen ordentlichen Kaufmann gehören würde.

Und das ist ein Teil Ihrer Politik, nämlich nicht zu planen, sondern zu warten, bis es nicht mehr geht, bis der öffentliche Druck zu stark wird, und dann Maßnahmen zu setzen. Das ist eine Sache, wo der Steuerzahler, weil es ja auch viel teurer kommt am Ende des Tages, das Nachsehen hat, und das, obwohl wir bei

den Gebühren ordentlich zahlen dürfen, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Weitere Beispiele erspare ich Ihnen hier – Verwahrlosung der Donauinsel, Besucherzentrum mit Pomp und Trara eröffnet –, ich möchte nur die ganzen Elemente, die ich jetzt sozusagen als induktiven Prozess hier gebracht habe, zusammenfassen und fragen: Was ist denn eigentlich die Taktik dieses Ressorts, dieser Partei im Umgang mit der Opposition, aber vor allem im Umgang mit den Wählerinnen und Wählern? Ich denke, es ist so eine Art Vierphasenpolitik.

Die Missstände, die auftreten, einmal negieren. Die gibt es nicht. Schlechreden, kleinreden nach dem Motto: Die spinnen ja, die Oppositionellen, die wollen ja irgendwo nur ein Haar in der Suppe finden.

Dann, wenn Vorschläge von der Opposition kommen, diese auf jeden Fall heruntermachen, Stichwort Schnapsidee, als zweiten Schritt.

Nachdem dann der Druck größer wird und sozusagen eine gewisse Abkühlphase eingetreten ist, greift man zaghaft die Vorschläge der Opposition auf. Natürlich gibt man sie als die eigenen aus. Selbstverständlich. Mut zum Plagiat ist offenbar das Thema der SPÖ.

Und dann folgen halbherzige, aber sehr PR-wirksame und durch viel Geld aus dem Presse- und Informationsdienst unterstützte Verkaufsmaßnahmen dieses Themas.

Das sind die vier Phasen der Politik im Umweltbereich. Am Ende steht Aktionismus. Ein Psychogramm, das nicht der Umwelt hilft, vielleicht der Karriere einzelner Funktionärinnen und Funktionäre der SPÖ, aber sicher nicht den Wienerinnen und Wienern. Deshalb ist das absolut abzulehnen, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Kein Wunder also, dass angesichts dieser mangelnden Umweltpolitik die Lebensqualität dieser Stadt sinkt. Die Luftreinhaltung haben wir schon diskutiert. Ich finde es ja interessant, dass gerade jetzt der Feinstaub wieder zum Problem wird. Wien hat ja letztes Jahr, nachdem man Maßnahmen, die eigentlich logisch gewesen wären, nicht rechtzeitig ergriffen hat, die rote Laterne im Feinstaubbereich von Graz übernommen, obwohl dort die Windsituation viel schlechter ist als in Wien. Also in Wien wäre es gar nicht notwendig, dass wir so eine hohe Feinstaubkonzentration haben, aber Sie haben natürlich auch hier Dinge gesetzt, wo man sagen kann, Sie versuchen auch hier, das Problem zu negieren

Unsere Vorschläge, am Kern anzusetzen und Dieselpartikelfilter durch Förderungen einzuführen, haben Sie auch abgelehnt. Da gab es unzählige Anträge. Dann haben Sie ein Tempo 50 beschlossen. Das war, glaube ich, eine der ersten Maßnahmen der Frau Stadträtin – sehr verunglückt, damals war sie fast rücktrittsfähig; das hat sie irgendwie überlebt –, doch der Effekt hat sich, wie sich heute herausstellt, nicht in weniger Feinstaub niedergeschlagen. Die heutigen Messergebnisse zeigen ja, wir haben zwar weitestgehend Tempo 50 in dieser Stadt, die Autofahrer

werden schikaniert, auch auf breiten Straßen, aber der Feinstaub ist geblieben, weil es natürlich keine sinnvolle Maßnahme war, sehr geehrte Damen und Herren.

Aber jetzt zur aktuellen Situation. Was hat man gemacht? Nachdem all die Maßnahmen nicht gegriffen haben, hat man jetzt eine neue Studie beauftragt, die einem bescheinigt, dass man ja selbst keine Schuld trägt, sondern der Feinstaub aus dem Ausland importiert sei. Und jetzt kann man sich achselzuckend diesem Thema stellen, sehr geehrte Damen und Herren.

Ich könnte weiterreden, es gibt genug Themen wie Klimaschutz, Solarenergie, Elektromobilität, auch den Tierschutz, aber ich kann Ihnen versichern, sehr geehrte Damen und Herren der SPÖ, Sie können weitere Studien beauftragen, Sie können den Heiligen Mercer anrufen, der Ihnen ja so ein Anliegen ist bezüglich Umweltmusterstadt, es wird Ihnen nicht gelingen, diese Stadt, solange Sie nur auf PR-Themen setzen, besser zu machen.

Ich würde mir wünschen und ich hoffe das für die Zukunft, dass wir in Wien eine bessere Umweltqualität erzielen. Ich wünsche mir für die Zukunft auch eine entsprechend bessere Umsetzung der Maßnahmen, die wir vorschlagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau StRin Matiasek. Ich erteile es ihr.

StRin Veronika **Matiasek**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir können uns ja noch aus der vorigen Periode erinnern, es hat zwei Mal im Jahr, einmal zum Rechnungsabschluss und einmal zum Budget, seitens der SPÖ ja immer diesen verbalen Hochglanzkatalog mit der Aufzählung der Wiener Umweltpolitik gegeben. Damals hat das Kollegin Kato immer sehr charmant präsentiert. Heute habe ich mir gedacht, vielleicht wird es der Kollege Maresch machen. Der hat sich allerdings, wie jetzt schon öfter, zurückreihen lassen, um dann sozusagen hier einen Gesamtüberblick zu geben, nehme ich einmal an. Gut, das ist seine Angelegenheit. Kollege Hufnagl hat es ein bisschen lieblos gemacht, finde ich. *(Beifall bei der FPÖ.)* Das könnte man schon ein bisschen freundlicher präsentieren. Das muss halt gemacht werden – diesen Eindruck hat er vermittelt.

Bevor ich zum Ressort Umwelt selbst komme, möchte ich noch ganz kurz etwas ansprechen, was ein Ressort betrifft, das wir gestern, oder eigentlich war es schon heute, vor der Sitzungsunterbrechung behandelt haben, nämlich das Thema der VBgmin Vassilakou und im Speziellen der MA 20. Und weil das, was ich kurz sagen will, doch auch mit dem Thema Umwelt zu tun hat, werde ich es jetzt dem Kollegen Maresch mitgeben.

Wir haben gestern alle ein riesengroßes Luftpolsterkuvert mit einem riesengroßen Kalender von der MA 20 bekommen. Ich kann mich erinnern, dass wir zu dem Thema einer aufwändigen Beglückung durch solche Geschenke vor einigen Jahren – Sie waren zu diesem Zeitpunkt noch in Opposition – durchaus die einstimmige Meinung vertreten haben, man sollte gerade mit diesen Dingen etwas sparsamer umgehen.

Ich war nicht sehr erfreut, das so vorzufinden, und ich denke mir, gerade wenn man das sehr kompakt an eine größere Gruppe von Personen übermittelt, die alle in einer Räumlichkeit – und das wird ja alle vier Klubs betreffen – zu finden sind, muss man dann wirklich an jeden Einzelnen einen Riesenkalendar, in den man noch dazu nichts eintragen kann, sondern der nur der reinen Präsentation dient, extra in einem Luftpolsterkuvert – und so wird es viele andere Adressaten auch noch erreichen – schicken? Ich glaube, es ist nicht notwendig. Vielleicht könnte man da auch ansetzen. Es ist nur etwas ganz Kleines, betrifft aber natürlich auch die Sparsamkeit und den Umweltgedanken. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Nun komme ich zu unserem Ressort, und ich möchte mich im Besonderen auf das Thema Öffentlichkeitsarbeit konzentrieren. Es ist ja auch von meinen Vorrednern schon angesprochen worden, und ich denke, gerade in Zeiten wie diesen, wo alle den Gürtel enger schnallen müssen, muss man dort zurückstecken, wo es am leichtesten geht. Die Stadt Wien hat in den letzten Jahren, nicht nur im Umweltressort, gerade im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit sehr, sehr viel Geld, ja, fast kann man sagen, verprasst, ausgegeben zum Zwecke des sich selbst Berühmens, und nur ein ganz kleiner Teil dieser Öffentlichkeitsarbeit ist dort angekommen, wo er ankommen soll, nämlich zu informieren und eine positive Wirkung zu zeigen.

Was bedeutet das im Ressort Umwelt? – Es ist ja vieles in die Richtung Müll trennen, Müll vermeiden, Sauberkeit präsentiert worden. Wenn man sich dann aber diese einzelnen Kampagnen anschaut, dann ist es wirklich stark in Zweifel zu ziehen, dass eine doch teure Kampagne auf der anderen Seite die Wirkung zeigt, die sie zeigen soll. Das heißt, es ist anzunehmen, es geht einfach um den Spaß. Die Öffentlichkeitsarbeit im Ressort Umwelt muss vor allem eines sein, sie muss lustig sein. Das ist einmal das Wesentliche. Sie muss irgendwie originell sein, und was dahintersteht, ist eigentlich wurscht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Ich frage Sie wirklich: Bei aller Wertschätzung des Winterdienstes, muss auf einem Schneepflug „Schneepflug“ auf der Schaufel stehen? Sind die Leute zu blöd, zu erkennen, dass das ein Schneepflug ist? Wer kann mir erklären, welchen Sinn die Aufschrift „Schneepflug“ auf der Schaufel eines Schneepfluges hat? Spiegelverkehrt geschrieben, dann ist es besonders lustig. Außerdem kann man es eh nicht lesen, weil der Schnee draufpickt.

Wir haben die neuen Schneepflüge – der Herr Kollege Hufnagl hat es angesprochen – mit neuer Technologie. Fein, freut uns, wir freuen uns ja alle, wenn der Winterdienst gut funktioniert. Das stellt ja niemand in Abrede. Jetzt steht auf der neuen Schneepflugschaufel „Doppelklinge“ drauf. Ist das nicht lustig? Ich finde, das ist doch das Geld nicht wert, das dafür eingesetzt wird. Denn das kostet alles etwas. Jeder, der sich gerne oder auch, weil er es als Unternehmen muss, auf sein Auto irgendeine Aufschrift machen lässt, muss dafür bezahlen. Das kostet Geld, und ich sehe überhaupt nicht

ein, dass man in solchen Zeiten, wo sparen angesagt ist, den Wienerinnen und Wienern das Geld aus der Tasche zieht, indem man auf einen Schneepflug draufschreibt, dass es ein Schneepflug ist.

Detto die Mistkübel. Jeder Mistkübel in Wien hat eine Banderole mit einer lustigen Aufschrift. „Den ganzen Tag geöffnet“ et cetera, et cetera. Muss das bitte sein? Jeder Mensch weiß, dass ein Mistkübel ein Mistkübel ist. Der Dreck gehört dort hinein, und den, der ihn nicht dort hineinwirft, denn muss man halt fassen – Sie haben ja Ihre Waste-Watcher-Truppe, von der Sie sagen, dass die stets im Einsatz ist, dafür zu sorgen – und auch zur Verantwortung ziehen. Wir haben ja aufgelistet, welches Vergehen gegen diese öffentliche Ordnung in welcher Höhe geahndet wird.

Also ich sage, Frau Stadträtin, weder Mistkübel noch Schneepflüge müssen ein Etikett tragen, was sie sind. Es muss auch nicht draufstehen, wie witzig und originell sich jemand ausdenken kann, diese Dinge zu benamen.

Ich komme zu den Schneekugeln. Die gute, liebe Schneekugel – alteingesessene Firma in meinem Bezirk – wird auch dazu verwendet, einmal mit einem Hundehaferl, dann wieder mit Mist drinnen – Bau keinen Mist! –, und soll dafür sorgen, dass die Stadt sauberer ist. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass kein einziges dieser Schneekugelplakate jemanden, der die Stadt aus Uninformiertheit, aus Ignoranz verschmutzt, dazu bringt, seinen Mist nicht im öffentlichen Raum abzuladen. Auch wieder daneben!

Oder die Kampagne „Oida, trenn!“. 400 000 EUR war es Ihnen wert, mittels eine Raps die Leute zum besseren Mülltrennen anzuhalten. Sie haben es damit gezielt auf die Jugendlichen abgesehen. 400 000 EUR – „Oida, brenn!“, kann man da nur sagen. Das stammt nicht von mir, ich möchte mich da auch nicht fremden Federn schmücken, aber das ist das Einzige, was man dazu sagen kann. Ich bin felsenfest davon überzeugt, das Mülltrennen wird durch diesen Rap und auch mit der Begleitkampagne mit Sicherheit nicht verbessert werden. Also auch hier sind diese 400 000 EUR – und das ist ja nicht nix – wirklich nicht gut eingesetzt.

Jetzt haben wir die neue Kampagne. „Du hast es in der Hand. Bau keinen Mist.“, „Helle Birnen entsorgen richtig.“ Es sind einige Birnensorten und dazwischen eine Energiesparbirne – ich habe es jetzt im Kleinformat mit – auf dem Plakat drauf. Unten steht, sehr bleich geschrieben, dass kaputte Energiesparlampen Problemstoffe sind und entsprechend entsorgt gehören.

Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren! Natürlich ist ein gewisser Wortwitz drinnen, und wer es versteht, der lächelt darüber. Nur, genau das sind die Dinge, die ja nicht dort ankommen, wo sie ankommen sollen. Wo liegen denn die Defizite? Entweder in der Ignoranz oder in der Uninformiertheit. Das sind genau die Menschen, die sich um dieses Plakat mit Sicherheit überhaupt nicht scheren, denen dieses Plakat überhaupt nichts sagen wird. Aber wir haben wieder eine große Summe sozusagen in den Müll geworfen, weil es vielleicht für die, die es kreiern haben, für die, die diese Kampagne begleiten, durchaus gewinnbringend ist. Für

die Bevölkerung, für die Müllentsorgung, das garantiere ich Ihnen, wird auch dieses Plakat nicht von Wert sein. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich sage es auch hier nicht zum ersten Mal: Wir müssen schon schauen, wo die Defizite sind, was Müll vermeiden, Müll trennen betrifft. Jetzt wird der Herr Kollege Hufnagl sagen, genau das habe ich ja gesagt, aber ich sage es trotzdem, weil es auch gesagt werden muss. Selbstverständlich hat das auch mit der Zuwanderung nach Wien zu tun, und selbstverständlich sind die Zuwanderer, die aus Ländern kommen, wo Umweltstandards herrschen, die mit unseren überhaupt nicht zu vergleichen sind, nicht auf dem Level, den wir haben, haben nicht unsere Erkenntnisse, unsere Information und unser Verständnis von Müll vermeiden und von Müll trennen. Und genau dort kommt man mit Sprüchen nicht an.

Die Glühbirne ist übrigens nicht in jeder Sprache eine Birne. Gerade wenn man die zwei großen Zuwanderergruppen nimmt, Serben und Türken, so verwenden sie das Wort Birne nicht als Glühbirne in der Übersetzung. Das heißt, wie das ankommen soll, ist überhaupt in Frage zu stellen. Das kommt überhaupt nicht an.

Daher: Mit Wortwitz und Spielerei ist hier wenig gemacht. Wir hingegen sagen: Information ja, keine Frage, klar, übersichtlich und so, dass es auch dort ankommt, wo die Information hingehört. *(Beifall bei der FPÖ. – GR Heinz Hufnagl: Deswegen soll man überhaupt nicht informieren?)*

Ich habe mich, als der Bereich Tierschutz ausschließlich in dieses Ressort gewechselt hat, zu Anfang eigentlich darüber gefreut und habe mich auch an dieser Stelle positiv dazu geäußert. Nun, nach einem Jahr dieses Wechsels, bin ich mir darüber nicht mehr so sicher, ob diese Freude auch begründet war.

Da ist einerseits die Fortführung des verbockten Hundeführscheins, den wir hier oft besprochen haben. Der nächste Anschlag ist ja kürzlich gekommen mit der Erhöhung der Hundeabgabe, wie sie richtig heißt, um 65 Prozent. Und wenn angeführt wird, dass etwa Sozialhilfebezieher diese Hundeabgabe nicht bezahlen müssen, sehr geehrte Damen und Herren, so wissen Sie ganz genau, es haben viele Menschen, die vielleicht um das kleine bisschen zu viel haben, um diese Beihilfen zu beziehen, ein Tier, einen Hund. Viele gerade von diesen Menschen mit sehr kleinen Einkommen, mit sehr kleinen Pensionen sind oft auch einsame Menschen. Für sie ist das Tier der einzige Freund, so wie das einfach in unserer Kultur auch so üblich ist, und die treffen Sie mit dieser Maßnahme hart. Denn es ist nicht die einzige Gebührenerhöhung, sondern – wir haben es ja heute und im Zuge dieser Debatte schon mehrfach besprochen – es ist eine von vielen, und wir müssen annehmen, weitere werden folgen.

Sie begründen die Erhöhung der Hundesteuer oder der Hundeabgabe damit, dass so lange keine stattgefunden hat. Na klar, vor den Wahlen haben Sie sich gehütet, eine solche vorzuschreiben. Sie begründen sie unter anderem auch damit, dass das Wiener

Tierschutzhaus sehr viel Geld kostet. Das stimmt. Unter anderem muss man festhalten, das Wiener Tierschutzhaus hat auch deshalb so viel Geld gekostet, weil man dem Wiener Tierschutzverein, weil man das vorhandene Grundstück gerne haben wollte als Stadt Wien, ein Grundstück zugewiesen hat, das dermaßen kontaminiert ist, dass schwere Bauschäden entstanden sind und so das Wiener Tierschutzhaus nicht zuletzt deshalb zu einer sehr, sehr teuren Angelegenheit geworden ist. Hier liegt leider die Verantwortung auch bei der Stadt Wien.

Sie haben heute einen Antrag eingebracht, in dem es sozusagen um eine Weiterführung der Versorgung zurückgelassener, ausgesetzter, beschlagnahmter Tiere geht. Ich habe im Vorfeld mit dem Kollegen Valentin gesprochen. Es ist mir zugesichert worden, es wird natürlich sozusagen eine Präsentation des Masterplans geben, auf dessen Basis man dann die Konzepte fortführt.

Wir wünschen uns seit Langem ein gutes, ordentlich geführtes Tierschutzkompetenzzentrum. Es würde mich freuen – denn ich möchte meine Rede durchaus mit einem positiven Blick abschließen –, wenn es der Stadt Wien gelingen würde, unter Einbindung aller guten Akteure ein solches Zentrum zu schaffen. Es wird sicher viel Geld kosten, aber auf der anderen Seite ist es natürlich nicht sehr zielführend, in eine Ruine noch mehr Geld hineinzubuttern.

Summa summarum sind viele Angelegenheiten des Tierschutzes, aber vor allem der Öffentlichkeitsarbeit in diesem Ressort für uns ein guter Grund, dem Budget nicht zuzustimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Holzmann. Ich erteile ihm das Wort.

GR Ernst **Holzmann** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Herr Ausschussvorsitzender! Liebe Gäste! Damen und Herren des Wiener Gemeinderates!

Die Umwelt liegt mir sehr am Herzen. Ich hoffe, ich bin nicht ganz so lieblos, wie der Kollege Hufnagl für manche da offensichtlich hinübergekommen ist. Ich möchte vorweg noch, bevor ich es bei meinen Ausführungen, die ich mir vorbereitet habe, vergesse, dem Kollegen Dipl.-Ing. Stiftner die Begründung für den Wechsel des Abteilungsleiters der MA 31 mitteilen. Wo ist er? – Aha, na dann machen wir das vielleicht doch nachher, dann machen wir das zum Schluss. Ein bisschen Zeit haben wir ja.

Für die Stadt Wien als Umweltmusterstadt ist ein sorgfältig vorbereitetes und verantwortungsvolles Budget eine wichtige Angelegenheit. Während Sie von der Opposition meist alles schlechtreden, sorgen wir Sozialdemokraten gemeinsam mit dem Koalitionspartner der GRÜNEN dafür, dass mit diesem Voranschlag 2012 auch weiterhin gewährleistet ist, dass Wien in puncto Lebensqualität durch die Erbringung von kommunalen Dienstleistungen auf hohem und höchstem Niveau führend bleibt.

Die Umweltschutzabteilung der Stadt Wien leistet mit einer Vielzahl an Projekten – soviel auch zum Dipl.-Ing. Stiftner, leider ist er nicht da, der versucht hat, hier Qualität und Quantität ins Spiel zu bringen – eine ganz, ganz wichtige Grundlagenarbeit im Sinne einer besseren Umwelt für unsere Stadt. – Wenn er mit dem Telefonieren fertig ist, werden wir ihm dann noch kurz unsere Sichtweise bringen.

Ich darf drei Projekte der Umweltschutzabteilung hier herausnehmen.

Ein besonderes Projekt ist der ÖkoBusinessPlan in Wien, ein Umweltservicepaket für Betriebe, denen geförderte Unterstützung durch professionelle Beraterinnen und Berater im Sinne und in Sachen betrieblichen Umweltschutzes gegeben wird. Erfahrene Consulting-Unternehmen spüren gemeinsam mit den Betrieben die umweltrelevanten Schwachstellen auf und helfen mit, Umweltschutz in der Praxis umzusetzen. Die Betriebe sparen so teure Rohstoffe und Energie. Abfälle und Emissionen werden vermieden und betriebliche Abläufe verbessert. Zusätzlich zur Umweltentlastung haben die Betriebe Einsparungen, Rechtssicherheit und ein hervorragendes Image. Sie erlangen Wettbewerbsvorteile und sichern damit den Wirtschaftsstandort Wien. Durch richtiges Ökobusiness konnten bisher 740 Unternehmen ihre Kosten bereits um insgesamt 55 Millionen EUR senken.

Ein weiteres Projekt: Jugendbeschäftigung durch Umweltkompetenz, auch mit dem Begriff Öko-Ritter hier zu verwenden. Wir bilden nämlich Öko-Ritter aus und keine Raubritter, wie das hier heute auch schon gefallen ist. Herr Ing. Guggenbichler – heute habe ich ein Pech mit meinen Ansprechpartnern ... (*Zwischenruf bei der FPÖ.*) Er ist im Krankenhaus. O je, ich hoffe, es ist nichts Ernstes. Aber wie gesagt, Öko-Ritter statt Raubritter. Wir brauchen uns deshalb auch hier nicht zu verstecken. Bei diesem Projekt wurden und werden auf Initiative der Wiener Jugendzentren Jugendliche als Expertinnen und Experten für Energiesparen im Haushalt, Abfallvermeidung, Naturschutz und für nachhaltige ökologische Ansätze begeistert, gefördert und gebildet.

Ein drittes Projekt der Umweltschutzabteilung: die Reduktion von Lebensmittelabfällen. Diese Abfälle, großteils noch genussfähig, haben in den letzten Jahren sehr stark zugenommen. Dieser Entwicklung ist nicht nur zur Abfallvermeidung, sondern vor allem auch aus Gründen der Ressourcen sowie des Klimaschutzes, aber auch aus ethischen Gründen etwas entgegenzusetzen. Basierend auf den Erkenntnissen von 2011 sollen jetzt 2012 die vielversprechendsten Ansätze realisiert und so ein substanzieller Beitrag zur Vermeidung von Abfällen aus Lebensmitteln geleistet werden.

Jetzt kann ich es noch einmal probieren mit dem, was ich loswerden wollte betreffend MA 31, Wechsel des Abteilungsleiters, in Verbindung gebracht mit den notwendigen Wasserrohrsanierungen. Die Aufmerksamkeit von Dipl.-Ing. Stiftner ist offenbar doch gegeben. Freut mich. Ich wollte das nur kurz ansprechen, weil ich mir gedacht habe, die Tatsache, dass ein wohlverdienter Abteilungsleiter, der auch

Betriebsvorstand und Bereichsleiter der Gruppe Umwelttechnik war, im 66. Lebensjahr in den Ruhestand übertritt, hier im Zuge der Debatte irgendwie quasi so zu bringen, dass es schon einen Grund gehabt haben wird, sehe ich als etwas ... (*GR Dipl.-Ing. Roman Stiftner: Das habe ich nicht gemeint!*) Okay, für mich ist das so herübergekommen. Also ich wollte das nur klarstellen. Sicher gab es, glaube ich, doch einen guten Grund. Ich kenne Ihre Auffassung zum Pensionsantrittsalter nicht. Vielleicht meinen Sie, dass man erst mit 70 oder 80 in den Ruhestand gehen dürfte. Mein Zugang ist das jedenfalls nicht.

Es würde sich jetzt natürlich auch anbieten, zu hinterfragen, warum Sie Ihre Funktion als Umweltsprecher gewechselt haben und künftig Verkehrs- und Planungssprecher sind. Da ist das Alter sicherlich noch nicht gegeben, und ich hoffe, es hat nichts mit der Umweltkompetenz zu tun. (*Zwischenruf von GR Dipl.-Ing. Roman Stiftner.*) Ja, dann wird es wenigstens nicht so fad. Danke.

Während Sie von der Opposition die notwendigen Gebührenanpassungen mit Prozentzahlen dramatisieren, garantieren wir dadurch weiterhin eine Topqualität bei Ver- und Entsorgung in und für unsere Stadt mit höchster Lebensqualität.

Wenn zum Beispiel die Müllgebühr jetzt mit Jänner auf 4,24 EUR für ein 120 l-Gefäß erhöht werden muss, muss man auch dazusagen, dass damit wichtige Dienstleistungen wie zum Beispiel die Organisation und Durchführung der Müllabfuhr einschließlich der flächendeckend getrennten Sammlung von wiederverwertbaren Stoffen und Problemstoffen, das Führen von Miststellen und Problemstoffsammelstellen, die Verwertung von wieder verwertbaren Stoffen, die Lagerung, Verwertung und Behandlung gefährlicher Abfälle und Altöl garantiert werden.

Das Abfalllogistikzentrum Pfaffenau besteht dann aus einer Ballierungsanlage, einem Ballenlager, einer Splittingeinheit und soll Ende 2012 fertiggestellt werden und im Sinne einer ordentlichen Entsorgungssicherheit folgende abfallwirtschaftliche Aufgaben erfüllen: die Zwischenlagerung von nicht gefährlichen Abfällen bei Ausfällen der Wiener Müllverbrennungsanlagen, die mechanische Vorbehandlung von Abfällen, die Ballierung der vorbehandelten Abfälle vor der Zwischenlagerung, eine optimale Beschickung der MBA Pfaffenau und des Wirbelschichtofens mit mechanisch vorbehandelten Abfällen sowie die mechanische Vorbehandlung und Zwischenlagerung von Sperrmüll.

Die Stadt Wien setzt aber auch auf Bewusstseinsbildung. Die Bevölkerung wird durch Information, Beratung und auch Werbemaßnahmen sensibilisiert, um entsprechend den Müll zu vermeiden, zu trennen und auch einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen.

Es hat auch geheißen, man braucht absolut keine Werbung zu machen, macht man nur gute Politik. Wenn man darüber nicht informiert, wie diese Politik aussieht, keine Infos gibt, wird man sich auch schwer ein Bild machen können.

Im Rahmen der Initiative „natürlich weniger Mist“ werden diverse Abfallvermeidungsprojekte wie etwa die Spielzeugsammlung, der Wiener Weihnachtssack, das Reparaturnetzwerk Wien, der Wiener Webflohmarkt oder der 48er-Basar durchgeführt.

Gerüstet ist die MA 48 auch für den Winterdienst. Kollege Hufnagl hat es schon angesprochen. Die Umstellung der Privatfuhrwerke auf Feuchtsalztechnologie ist abgeschlossen. Dementsprechend werden nur mehr Firmen unter Vertrag genommen, deren Fahrzeuge diesen Anforderungen auch entsprechen. Mit Befüllung der zweiten Salzlagerhalle am Hafen Wien ist dann auch der notwendige Bedarf an Streumitteln für den Winterdienst in Wien gesichert.

Ebenfalls schon kurz angesprochen hat Kollege Hufnagl, dass von der Stadt Wien mit einer Fläche von zirka 2 000 Hektar, davon 100 Hektar Biofläche, einer der größten Landwirtschaftsbetriebe Österreichs von der MA 49 geführt wird, und zwar mit folgenden Zielsetzungen: Erzeugung und Vermarktung von hochwertigen Grundnahrungsmitteln wie Getreide und Kartoffeln, Bewirtschaftung der stadt eigenen Flächen mit dem Ziel der Erhaltung und Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit unter Anwendung ökologischer Bearbeitungsmethoden, Erhaltung der Kulturlandschaft, Reservehaltung von Grundstücken für die Stadterweiterung und Stadtentwicklung und zur Schaffung von Erholungsgebieten, Anlagen von Windgürteln, Anlagen von Wohlfahrtsaufforstungen, die die Grundlage der Gestaltung einer attraktiven, abwechslungsreichen Landschaft bilden. Auch der Schutz des Grundwassers durch eine schonende Bewirtschaftung wird hier gewährleistet.

Neben dem Kinderbauernhof am Cobenzl, der mit rund 20 000 Besuchern im Jahr von Kindern, Jugendlichen und auch Erwachsenen gut angenommen wird, hat die Stadt Wien mit ihren beiden Baumschulen im Besucherzentrum im Lainzer Tiergarten und im Nationalpark-Camp weitere Umweltbildungseinrichtungen von hohem Wert. Durch Information und Bewusstseinsbildung für die Umweltbildung soll ein rücksichtsvoller, verantwortungsbewusster Umgang mit der Natur allgemein und mit Wäldern und Tieren im Besonderen vermittelt werden. Gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartnern werden mehr als 50 000 Personen bei Exkursionen im Jahr persönlich betreut und fachlich geführt.

Die Aufrechterhaltung eines optimalen Wald- und Bodenzustandes in Quellschutz- und Wasserschutzgebieten ist die Basis für eine optimale Wasserqualität. Trinkwasser als wichtigstes Grundnahrungsmittel überhaupt muss für die Bevölkerung leistbar, in bester Qualität und in ausreichender Menge vorhanden sein. Das heißt, kein Verkauf von Flächen oder Privatisierung von Aufgaben.

Die Betreuung, Sicherung und Ausgestaltung der Wald- und Grünflächen zur Erzielung einer bestmöglichen Erholungswirkung für die Bevölkerung ist

ein weiterer wichtiger Bereich der MA 49. Mit dem Biosphärenpark – auch er wurde schon kurz angesprochen –, der eine ideale Ergänzung zur Schutzkategorie Nationalpark darstellt, bekam Wien ein neues Schutzgebiet, das den Erhalt des Wienerwaldes auch künftig für die weiteren Generationen sicherstellt.

Wien Kanal wird ja mitverhandelt, daher kurz noch ein paar Zahlen dazu. Wien Kanal mit einem öffentlichen Kanalnetz von mehr als 2 400 km bewältigt mit seinen rund 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern pro Jahr rund 200 Millionen Kubikmeter Wasser. Mit mehr als 700 Kanalbaustellen wird jährlich die Erhaltung und Reparatur des öffentlichen Kanalnetzes durchgeführt und täglich werden etwa 15 Tonnen abgelagertes Material aus dem Kanalsystem geräumt und umweltgerecht entsorgt. Mit dem geplanten Kanalmaßnahmenpaket in Simmering investiert die Stadt in die Zukunft und in die Zukunft für unsere Bürger. Diese Investition ist ein wichtiger Beitrag, damit die Simmeringerinnen und Simmeringer bei Starkregenereignissen wieder ruhiger schlafen können.

Weitere Maßnahmen und Ausbauprojekte für 2012 sind unter anderem der Asperner Sammelkanal, Aufschließung Neu-Eßling, Hauptbahnhof und das Projekt Neilreichgasse.

Das alles waren nur Auszüge aus den Bereichen dieser Geschäftsgruppe, die aber zeigen, wie vielfältig und weitschichtig die Aufgaben sind und selbstverständlich auch Geld kosten. Sie kosten aber nicht nur Geld, sondern auch viel Arbeit und Fleiß. Durch ihren täglichen Einsatz leisten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Dienststellen einen wesentlichen Beitrag für eine Toplebensqualität in unserem Wien auch in Zukunft. Dafür ein herzliches Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ.)* Es freut mich, dass ich mit diesem Dankeschön nicht ganz alleine dastehe.

Der vorliegende Voranschlag 2012 ist ein sorgfältig vorbereitetes und ein verantwortungsvolles Budget. In diesem Sinne ersuche ich um Zustimmung. – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Walter. Ich erteile ihm das Wort.

GR Norbert **Walter**, MAS (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Es ist ja schon viel gesagt worden zum Bereich Umwelt, angefangen von den diversen Programmen, von der Landwirtschaft, von der MA 49 bis hin natürlich auch zum Landwirtschaftsbetrieb am Cobenzl. In der Tat ist das ein Vorzeigebetrieb, das muss man wirklich lobend anerkennen, auch wenn ich immer wieder kritisch dazu anmerken muss, dass natürlich mit viel Geld in der Hose auch gut stinken ist. Ich meine, verzeihen Sie mir das Wort, aber das ist natürlich auch so. Ich finde aber, es ist okay, in einer Weltstadt wie Wien einen Vorzeigebetrieb am Cobenzl zu haben und natürlich auch in der Bewirtschaftung, vor allem im Weinbau, natürlich aber auch im Ackerbau, so einen Betrieb zu haben.

Nichtsdestotrotz bin ich herausgekommen, um ein Thema anzureißen, weil es mir wichtig ist. Es ist mir insofern wichtig, als es ja nicht nur die einzelnen Bäuerinnen und Bauern betrifft, sondern es betrifft auch juristische Personen. Es geht mir ja nämlich um das Grundeigentum.

Wir haben gerade im Naturschutz immer wieder Zielkonflikte mit den Grundeigentümern und Bewirtschaftern dieser Flächen. Ich weiß schon, dass viele so oder so ein Problem haben mit privaten, mit juristischen oder mit sonstigen gesellschaftlichen Grundeigentümern, aber ich darf hier nur Abraham Lincoln zitieren, der einmal gesagt hat: „Eigentum ist eine Frucht von Arbeit. Eigentum ist wünschenswert, ein positives Gut in der Welt. Dass einige reich sind, zeigt, dass andere reich werden können, und das ist wiederum eine Ermutigung für Fleiß und Unternehmensgeist.“

Ich denke, das ist ein Ansatz, und darum geht es mir, wenn wir heute über Naturschutz diskutieren. Sie alle kennen das Beispiel Heerespital. Sie kennen die Diskussion dort, wo Private oder Genossenschafter Grundeigentümer sind und es in der Tat vordergründig um den Naturschutz geht.

Ja, wir bekennen uns auch zu Naturschutz, wir bekennen uns auch hier zu Naturschutz, denn wenn man die Definition von Naturschutz hernimmt, dann ist Naturschutz der Schutz der Naturlandschaft beziehungsweise der naturnahen Landschaft, einschließlich ihrer Tiere und Pflanzen. Er bedeutet aber auch die Erhaltung der natürlich funktionierenden Ökosysteme mit ihrer typischen Tier- und Pflanzenwelt und – und jetzt komme ich auf das zurück, worauf ich hinaus will – auch die Kulturlandschaft.

Es wird keinen Naturschutz ohne Bewirtschaftung geben können, denn jemand wird es tun müssen. Und entweder bekennen wir uns dazu, dass Grundeigentum ein hohes schützenswertes Gut in unserer Gesellschaft ist, oder nicht. Und wenn wir das nicht tun, dann erwarte ich mir, dass man denjenigen, die Grundeigentum haben und die sicher nicht für die Allgemeinheit Naturschutz leisten können – warum soll ein Einzelner für die Allgemeinheit Naturschutz leisten? –, entweder Ersatzflächen anbietet oder die Grundstücke für die Allgemeinheit ablöst. Die Landwirtschaft und der Naturschutz arbeiten Hand in Hand, aber es kann nicht sein, dass alleine auf Kosten der Grundeigentümer Naturschutz für die Allgemeinheit gemacht werden kann. Genauso wie vordergründig ein Zieselschutz Eigentums- und Bewirtschaftungsrechte nicht beschneiden darf.

Gerade die Stadtlandwirtschaft – und Sie wissen es genau –, ob das der Grüngürtel ist, ob das der Biosphärenpark ist – der Kollege Holzmann hat das angeschnitten –, ob das andere schützenswerte Gebiete sind, sichern auch den Grüngürtel in dieser Stadt. Ich denke, dieser Mix aus einerseits Naturlandschaften, aus andererseits Kulturlandschaften und auch Entwicklungsgebieten, das macht eine lebenswerte, vor allem hoch lebenswerte Stadt wie Wien aus. Wenn wir uns gemeinsam dazu bekennen, dann dürfen wir nicht permanent, mal da, mal dort – das bedeutet, man darf

ein Zäunchen nicht aufstellen, man darf dies oder jenes nicht machen –, die einzelnen bewirtschaftenden Betriebe beschneiden, denn sonst führt das dazu, dass weder Naturschutz noch Landschaftsschutz und vor allem keine Kulturlandschaften mehr in dieser Stadt bestehen bleiben.

Vielleicht noch eines am Schluss: Wenn ich mir so manche Tätigkeit auch im Rahmen des Umweltressorts anschau, so ist da – ein paar Dinge wurden heute schon angeschnitten – durchaus manch populistische Maßnahme darunter. Aber ich denke, was vor allem auch ein Problem ist, sind die Müllsammelstellen. Wenn ich mir anschau, dass die manches Mal an Orten angebracht sind, wo sie nicht einmal für Fußgänger gut zugänglich sind, manches Mal an verkehrreichen Straßen, wo jemand, der aus einem Auto Altlasten abladen will, keine Möglichkeit hat, stehenzubleiben, dann frage ich mich, wozu diese Müllsammelstelle? Weit und breit vielleicht zehn Einfamilienhäuser, aber dafür 20 Container dort.

Da denke ich mir, dass vieles, was dort gemacht wird, praktikabler, besser und sinnvoller umgesetzt werden könnte. Dann bräuchten wir auch nicht diesen Riesenüberschuss bei den Gebühren – wenn man das echte Budget mit den 130 Millionen EUR anschaut, dann sind es sowieso 10 Millionen EUR weniger –, und dann wäre auch die Akzeptanz für Umweltschutz, ob das bei der Müllvermeidung ist, ob das beim Gassigehen mit dem Hund ist, wesentlich größer. All das würde dann wesentlich besser angenommen werden.

In diesem Sinne appelliere ich an Sie, darüber nachzudenken, wo man – und wenn es nur kleine Verbesserungen sind – diese Maßnahmen treffen kann. Dann gibt es vielleicht auch irgendwann eine Zustimmung von der ÖVP-Seite. – Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Hofbauer. Ich erteile ihm das Wort.

GR Manfred **Hofbauer**, MAS *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates!

Ich glaube, wir sind uns hier an dieser Stelle alle einig, dass das Thema Umwelt und vor allem der Bereich Umweltschutz ein sehr sensibler Bereich ist. Entscheidungen, meine Damen und Herren, die in diesem Bereich heute getroffen werden, haben in den meisten Fällen langfristige Auswirkungen auf unsere Stadt und auf unser Land. Die entsprechenden zukunftsweisenden Entscheidungen müssen aber heute getroffen werden, um eben unsere Umwelt für unsere künftigen Generationen nachhaltig zu verbessern beziehungsweise zu erhalten. Diese Entscheidungsfreudigkeit, meine Damen und Herren, geht mir aber hier besonders im Umweltbereich doch ein wenig ab.

Frau Stadträtin! Sie können an dieser Stelle sicher sein, dass Sie die Wienerinnen und Wiener mit Werbekampagnen, die um teures Steuergeld finanziert

werden und die nichts anderen produzieren als irgendwelche dubiosen Schneekugeln mit Hundekot und mit Zigarettensummeln drinnen, sicherlich nicht für den Bereich Umwelt und Umweltschutz mobilisieren und sicherlich nicht begeistern können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir von der FPÖ sehen diese Aktion als Steuergeldverschwendung, wir von der FPÖ sehen diese Aktion als kontraproduktiv. Aber soweit ich mich erinnern kann, Frau Stadträtin, haben Sie dazu auch von Bgm Häupl ermahnende Worte entgegennehmen müssen. Soll so sein.

Ich möchte gleich auf die nächste Werbekampagne – jetzt muss ich mich gleich einmal selbst ausbessern, nicht Werbekampagne sondern Informationskampagne – fokussieren. Es ist heute schon mehrfach die Informationskampagne zur fachgerechten Entsorgung der sogenannten Energiesparlampen angesprochen worden. Die Energiesparlampen – das Wort sagt das ja schon – haben einen guten Zweck, nämlich den, dass sie Energie sparen, aber sie haben leider noch eine Eigenschaft, von der in dem Wort Energiesparlampe nichts erwähnt wird, sie sind wirklich Umweltbomben. Die Energiesparlampen sind mit Quecksilber belastet, und deswegen müssen sie eben leider fachgerecht als Sondermüll entsorgt werden.

Soweit ich weiß, gibt es diese Energiesparlampen schon einige Zeit länger als zwei Wochen, und jetzt frage ich mich, wieso diese Aktion für diese fachgerechte Entsorgung erst vorletzte Woche angelaufen ist. Ich kann mich noch erinnern, dass ich schon vor ungefähr zwei Jahren, noch bevor ich in den Gemeinderat eingezogen bin, in meiner Funktion als Klubobmann der FPÖ-Simmering mehrfach vom damaligen Gremium, nämlich der Bezirksvertretung, gefordert habe, dass es hier eine ordentliche, nämlich für den Bürger verständliche, Aufklärungswelle gibt. Gut. Soll so sein. Wir haben es jetzt. Besser heute als nie.

Wie gesagt – das ist heute auch von StRin Matiasek schon angesprochen worden –, diese Aufklärungskampagne ist durchaus wichtig und notwendig, wichtig wäre aber auch gewesen, sie sinnvoll zu machen. Frau Stadträtin, meiner Meinung nach wäre sie sinnvoll und konstruktiv gewesen, wenn Sie diese Kampagne dazu genutzt hätten, auch gleich auf die ganz moderne Technologie, nämlich die Technologie der LED-Beleuchtung hinzuweisen. Die LED-Beleuchtung hat eine wesentlich längere Beleuchtungsdauer, eine wesentlich längere Lebensdauer und vor allem ist sie nicht kontaminiert mit dem hochgiftigen Umweltgift, mit dem Quecksilber. Wenn Sie das geschafft hätten, diese Informationskampagne zur Entsorgung der Quecksilberlampen zu koppeln mit einer Werbekampagne für die Bürger dieser Stadt, dass sie auf LED-Lampen umsteigen sollen, dann wäre das sinnvoll gewesen, dann hätten Sie für diese Kampagne sicher nicht den Titel als Steuergeldverschwenderin mit Werbekampagnen verdient, sondern hätten Sie auch sicher unsere Zustimmung gefunden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Frau Stadträtin! Nicht alles, was im Umweltressort

der Stadt Wien – das muss ich ganz ehrlich eingestehen – passiert, ist schlecht. Durchaus befürwortenswert finde ich die Übersiedelung des Tierschutzbereiches in das Umweltressort. Das ist durchaus zu befürworten, und ich glaube, auch viele ParteikollegInnen von mir, wenn nicht sogar alle, können das unterstützen. Aber auch im Bereich Tierschutz, der heute leider etwas unter die Räder gekommen ist, ist das eine oder andere zu sagen.

Ich möchte zwei Themen herausnehmen aus dem Themenbereich Tierschutz. Ein Bereich, der mir sehr am Herzen liegt, ist das leidige Thema, das die Stadt Wien schon lange verfolgt, aber leider ohne Ergebnis verfolgt, das leidige Thema des Wiener Tierschutzhauses und des Wiener Tierschutzvereines.

Wie Sie vielleicht alle wissen, feiert der Wiener Tierschutzverein im heurigen Jahr sein 165-jähriges Bestehen. Der Wiener Tierschutzverein erfüllt eine wichtige, öffentliche Aufgabe. So führt er zum Beispiel das eben von mir erwähnte Wiener Tierschutzhaus in Vösendorf und schafft so die Voraussetzung, dass die Stadt Wien und ihr Veterinäramt den verfassungsmäßigen Auftrag, für schutzlose Tiere zu sorgen, wahrnehmen kann. – So weit, so gut.

Ein Leistungsvertrag zwischen dem Wiener Tierschutzverein und der Stadt Wien vereinbart, dass Fundtiere, beschlagnahmte Tiere, et cetera, et cetera, in dem Tierschutzhaus dauerhaft aufgenommen werden und soweit wie möglich bestmöglichst versorgt werden. Für diese von der Behörde dem Tierschutzhaus zugewiesenen Tiere bekommt der Wiener Tierschutzverein 30 Tage lang einen Tagsatz in unterschiedlicher Höhe. Das ist abhängig von der Tierart. Also man kann überhaupt nicht davon sprechen, dass der Wiener Tierschutzverein im Geld schwimmt.

Aus dem mit der Stadt Wien vereinbarten Leistungsvertrag ist pro Jahr ungefähr mit 750 000 EUR zu rechnen, was der Wiener Tierschutzverein an Kapital bekommt. Ja sicher, meine Damen und Herren, das ist viel Geld, unbestritten. Aber wenn man sich das Gesamtvolumen anschaut, was der Wiener Tierschutzverein für die Erhaltung des Tierschutzhauses braucht, sind das nur 15 Prozent von jährlich 5 Millionen EUR, die zur Erhaltung dieses Tierschutzhauses notwendig sind. 85 Prozent, meine Damen und Herren, werden von treuen Mitgliedern des Tierschutzhauses beigetragen. Das ist wirklich lobend zu erwähnen und vielleicht sollte sich der eine oder andere Gemeinderat hier doch einmal sein Spesenkonto anschauen und diesem Tierschutzhaus auch einmal eine Spende zukommen lassen. Das wäre sicher eine gute Idee.

Nun haben wir leider folgende Situation, dass nach 13 Jahren Betrieb in Vösendorf dieses Wiener Tierschutzhaus auf Grund der Altlasten, die dort im Boden vorzufinden sind, mehr oder weniger eine Ruine ist. Das Wiener Tierschutzhaus hat auf Grund von hohen Kosten, die notwendig waren, nämlich Teilsanierungskosten, damit dieses Haus nicht komplett zusammenstürzt, vor vier Jahren fast einen Konkurs einreichen müssen. Ich finde, das ist für eine Stadt wie Wien eine Schande. Laut Expertenschätzungen bleiben

dem Wiener Tierschutzhaus maximal noch sieben Jahre Zeit, dann ist es hoch an der Not, ein neues Haus zu bauen. Jetzt gibt es aber schon lange die offenkundige und immer wieder publizierte Suche nach einem Grundstück für das Tierschutzhaus. Da hofft doch stark der Wiener Tierschutzverein, dass die Stadt Wien hier helfend unter die Arme greift.

Frau Stadträtin, ich ersuche Sie hier, pushen Sie dieses Projekt, setzen Sie sich dafür ein, dass die Stadt Wien wie auch immer ein Tierkompetenzzentrum, ein Tierschutzhaus oder wie auch immer dieses Haus heißen möchte, bekommt. Ein Tierschutzhaus, ein Tierkompetenzzentrum, auf das die Stadt Wien stolz sein kann und nicht so eines, wie es momentan in Vösendorf vorliegt.

Ich möchte noch ein Thema betreffend Tierschutz aufgreifen, was in den Bereich Tierschutz hineinkommt. Auf Grund dieses Themas möchte ich die Subventionsvergabe und das Subventionsvergabeverfahren der Stadt Wien ein bisschen hinterfragen.

Wir haben heuer, im Juni oder Juli war es, der Herr Vorsitzende Valentin wird es wissen, es ist auch heute schon mal kurz angesprochen worden, einen Akt gehabt, ein Geschäftsstück zur Behandlung gehabt, und zwar ging es um ein Subventionsansuchen vom Österreichischen Pferdeschutzverband. Meine Kollegen und ich haben uns diesen Akt, so wie alle Akten, rechtzeitig vor der Umweltausschusssitzung ordnungsgemäß und intensiv angeschaut, haben dann auch Kontakt mit dem Obmann dieses Pferdeschutzverbandes aufgenommen, waren auch vor Ort, haben uns den ganzen Betrieb angeschaut und haben da interessante Erkenntnisse gewonnen.

Der Österreichische Pferdeschutzverband, meine Damen und Herren, ist ein gemeinnütziger Tierschutzverband, der sich für den Schutz – und der Name sagt es ja schon – und das Wohl der Pferde einsetzt. So setzt sich der Verein unter anderem für die Erhaltung und Betreuung von Pferden aus schlechter und problematischer Haltung ein. Und jetzt kommt das Interessante, meine Damen und Herren. Wir haben uns davon überzeugen können, es steht auch, glaube ich, in dem Antrag für Subventionszuschuss in diesem Akt drinnen, dass eben dieser Österreichische Pferdeschutzverband vor einigen Jahren von der Stadt Wien zehn sogenannte Wildpferde aus dem Lainzer Tiergarten übernommen hat, die auf Grund von Betreuungsproblemen – die möchte ich jetzt hier gar nicht näher erörtern, das sind recht interessante Geschichten, aber, wie gesagt, wir können dann gerne einmal so unter vier Augen darüber reden – von der Stadt Wien nicht mehr versorgt werden konnten. Dieser Pferdeschutzverband hat zugesagt, dass er diese Pferde auf Lebzeiten übernimmt und auch dementsprechend artgerecht pflegt und erhält. An und für sich eine dankbare Sache, aber ich möchte einmal behaupten, wenn er das nicht gemacht hätte, wären diese Pferde vielleicht dem Schlachter zugeführt worden. Das sind nur Gerüchte, man weiß es nicht genau.

Jetzt kommen wir natürlich bei diesem Verein, der auch nicht in Geld schwimmt, wie viele Vereine in Österreich nicht in Geld schwimmen, zu einem Problem. Diese zehn Pferde verursachen nämlich Kosten, und da haben wir uns wirklich überzeugt. Es gibt dort eine wunderbare Buchführung. Diese zehn Pferde, die, wohlgemerkt, von der Stadt Wien übernommen worden sind, verursachen, und wohlgemerkt, nur diese zehn Pferde, im Jahr die Kosten von 16 000 EUR. Dieser Obmann von diesem Pferdeschutzverband hat sich jetzt einmal einige Jahre so durchgewurschtelt, hat auch um Spenden gebettelt und hat sich dann einmal überlegt, jetzt doch einmal die Stadt Wien anzuschreiben und zu fragen, ob man da nicht irgendwelche Subventionen eben für die Pferde der Stadt Wien erhalten kann. Er hat das wirklich gescheit gemacht, er hat sich bei der zuständigen Magistratsabteilung informiert. Die war auch, muss ich sagen, sehr kooperativ und sehr hilfreich und meines Wissens, und das ist mir auch so erzählt worden, war auch ein Besuch dann vor Ort bei diesem Pferdeschutzverband. Die haben sich auch überzeugt und haben ihm auch empfohlen, einen Subventionsantrag einzureichen, und zwar nicht über 16 000 EUR, aber immerhin über 10 000 EUR, und da ist angedeutet worden, dass das wahrscheinlich auch bei dem entsprechenden Ausschuss durchgehen wird.

Gut, der Mann hat das gemacht, hat das sehr gut begründet, der Antrag wurde eben hier bei uns im Gemeinderatsausschuss für Umwelt behandelt und bearbeitet. Aber jetzt kam dann die große Überraschung. Für uns war die Überraschung nicht so groß. Wir haben es vorher in den Akten schon gesehen. Siehe da, es wurden nicht diese fast versprochenen 10 000 EUR bewilligt, sondern es wurden auf einmal nur aus budgetären Gründen 4 000 EUR bewilligt. Wir haben natürlich diesen 4 000 EUR auch zugestimmt, weil besser 4 000 EUR als überhaupt keine Euro, das ist schon klar. Der Obmann dieses Vereines hat natürlich keine Freude mit diesen ganzen Geschichten gehabt.

Ich möchte jetzt noch abschließend bei diesem einen Fall einmal hinterfragen: Es ist schon ganz klar, dass die Stadt Wien auf Grund einer verfehlten Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte, kann man jetzt schon fast sagen, an allen Ecken und Enden sparen muss. Aber bitte doch nicht bei solchen Vereinen! Das ist doch Wien wirklich nicht würdig, so was. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Noch dazu möchte ich ergänzen, dass das Füllhorn der Subventionen, und derer gibt es ja genug, bei manchen Vereinen, und jetzt könnte ich sagen, bei manchen vielleicht SPÖ-nahen Vereinen, bei manchen grün-nahen Vereinen, ich könnte es sagen, ich sage es aber nicht, dass da das Füllhorn sehr wohl ganz weit offen ist, dass sogar manchen dieser Vereine, wo ich mir gerade das jetzt gedacht und nicht gesagt habe, das Geld sogar nachgeschmissen wird.

Also Sie können eines sicher sein, meine Damen und Herren, dass wir von der Opposition, auf jeden Fall wir von der FPÖ, das Subventionsgebaren der Stadt Wien nach wie vor sehr genau kontrollieren werden und mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln auch nach

außen hin kommunizieren werden, nämlich damit die Wähler und Wählerinnen und unsere Bürger dieser Stadt auch wirklich wissen, was mit ihrem Steuergeld wirklich passiert.

Ganz kurz – ich habe nur mehr 1 Minute und 40 Sekunden – noch ein Thema zur Gebührenbelastung, was ja in den letzten Stunden und auch gestern schon mehrfach angesprochen worden ist. Ich möchte nur ein Thema davon herausnehmen, was mir ganz besonders am Herzen liegt, und zwar die Gebührenerhöhung um 33 Prozent das Wasser betreffend. Ja, jetzt gibt es da unterschiedliche Anschauungen. Unsere Anschauungen dazu sind ganz klar. Wenn man sich das anschaut, 33 Prozent Wassererhöhung, das trifft einen normalen 4-Mann-Familienhaushalt im Jahr mit 80 EUR. Gut, hört sich nicht viel an. Wenn man es durch 365 Tage noch dividiert, ist das wirklich nicht viel, es sind nur ein paar Cent. Ist überhaupt kein Thema.

Es wird auch immer wieder jetzt eben dieses Argument, was ich gerade gesagt habe, vorgebracht. Es ist überhaupt kein Thema und wird meistens von Rot und Grün vorgebracht, dass sich diese paar Cent pro Tag ja durchaus jede Familie leisten kann und dass dieses Wasser, dieses gute Wiener Wasser, eben diese paar Cent wert sein soll.

Ja, meine Damen und Herren, und mit dieser Aussage haben Sie eindeutig bewiesen, dass Sie jeden Bodenkontakt, jeden Kontakt zur Wiener Bevölkerung verloren haben, ganz eindeutig verloren haben. Sie haben anscheinend vergessen oder Sie verdrängen es ganz eindeutig, dass mit Beginn nächsten Jahres oder auf jeden Fall im nächsten Jahr auf die Wiener Bevölkerung, ich sage es einmal ganz provokant, ein Belastungstsunami zukommt, ein Belastungstsunami, der die Bevölkerung überrollen wird.

Und damit Sie, meine Damen und Herren, wieder etwas Bodenkontakt und wieder etwas Kontakt zu den Sorgen und Problemen der Wiener Bevölkerung bekommen, möchte ich Ihnen heute eine Schlagzeile, die in der heutigen Zeitung von „Wien heute“ gestanden ist, präsentieren und vor Augen halten. Hier steht nämlich ganz groß oben: „Rot-Grün, fürs Abkassieren haben wir euch nicht gewählt.“ Das kann ich nur unterstützen. Das sind nämlich wirklich die Ängste und die Sorgen der Wiener Bevölkerung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und ganz zum Schluss, meine Damen und Herren, möchte ich hier noch eine einzige Zeile als Satzsatz bringen. Dann steht auch noch als Schlagzeile hier in diesem "Rot-Grün fürs Abkassieren haben wir Euch nicht gewählt", und dann steht auch noch hier unten, meine Damen und Herren, bitte aufpassen: „Die Stadt macht uns zu Wutbürgern.“ Wollen Sie das? Wir wollen es nicht. Deswegen unterstützen wir dieses Budget nicht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr der Herr GR Unger. Ich erteile ihm das Wort.

GR Christian **Unger** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe

ZuseherInnen hier im Haus als auch im Internet!

Wir diskutieren hier im Rathaus wieder einmal das Umweltkapitel des Wiener Budgets und es hat sich leider herausgestellt, dass viele Kritikpunkte der letzten Jahre noch immer existent sind trotz Schönfärberei, wenn ich das so sagen darf, wie zum Beispiel vom Kollegen Hufnagl, weil er immer die Mercer-Studie zitiert. Ich meine, da muss man schon auch einmal ganz klar sagen - *(GR Heinz Hufnagl: Auch andere! Auch andere!)* aber auch die Mercer-Studie -, dass bei der Mercer-Studie nicht die Bevölkerung abgefragt wird, sondern Kongresspublikum, internationales Publikum. *(GR Heinz Hufnagl: Die Lebensumstände werden gefragt, von denen wir alle leben!)* Genau, von Leuten, die eine Woche hier sind und nicht 365 Tage im Jahr hier wohnen. Aber ich habe eine Hoffnung. Vielleicht gibt es irgendwann einmal eine Mercer-Studie für politische Schönfärberei. Ich wüsste, wen ich dazu einmal prinzipiell vorschlagen würde. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es fehlen leider im Bereich Umwelt Innovationen, es fehlen Weichenstellungen für die Zukunft. Da rühmt sich die Stadt Wien zum Beispiel mit dem dritten Feinstaubpaket, das durch Verbesserungen der Gebäudedämmung im Zuge der Wohnhaussanierung und im Zuge des Wohnhausneubaues die Emissionen zur Energieerzeugung reduzieren wird. Ein wunderbarer Plan, nur wie sieht es in Wirklichkeit aus? Was sagen uns die Zahlen im nun vorgelegten Budget? Die Wohnbauförderung hat im Jahr 2010 597 Millionen EUR betragen. Für das Jahr 2012 werden 557 Millionen EUR veranschlagt, also ein Minus von 40 Millionen EUR. Das ist also die Wahrheit im Budget. Große Ankündigungen, aber die Umsetzung im Budget spricht leider eine andere Sprache.

Es findet sich ebenso im Feinstaubpaket ganz prominent die Forcierung des öffentlichen Verkehrs. Auch hier ein Blick auf die nackten Zahlen. Der U-Bahn-Ausbau war der Wiener Regierung beim Budget 2010 302 Millionen EUR wert. Im Budget 2012 sind es noch genau 226 Millionen EUR, also um 76 Millionen EUR weniger. Ich glaube, wenn man sich diese Zahlen ansieht, wundert es niemanden, wenn in der heutigen Zeitung ganz groß „Dritte Panne auf der U4 in zehn Tagen.“ verkündet wird. Mit diesen Maßnahmen glaube ich nicht, dass man die Bevölkerung vom sehr hehren Ziel überzeugen kann, öfters die öffentlichen Wiener Verkehrsmittel zu benutzen. Ob die Maßnahmen, den Einzelfahrschein um 11,1 Prozent zu erhöhen, weil die Verbilligung der Jahreskarte auf 100 EUR haben Sie ja schon wieder vergessen, dazu beitragen werden, ist auch eine andere Frage. Aber es ist halt so und das dürfte zumindest eine Regierungsfraktion in diesem Haus bemerkt haben, dass man in der Opposition etwas verspricht, was man dann in der Regierung nicht einhalten kann.

Ich möchte auf eine weitere Maßnahme im Feinstaubpaket eingehen, nämlich die Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung. Kurz vorausschicken möchte ich, dass in den Jahren 2007 bis 2009 insgesamt 140 Millionen EUR aus dem Bereich Parken eingenommen

worden sind, aber nur etwa 13 Millionen EUR für infrastrukturelle Maßnahmen in diesem Bereich investiert wurden. Das heißt, es sind 127 Millionen EUR ins allgemeine Budget geflossen.

Mit weiteren Gebühreneinnahmen alleine, mit einem weiteren Griff in die Börseln der Bürger dieser Stadt, wird sich das Problem des Feinstaubes nicht verändern lassen. Wenn es allerdings von einer Oppositionspartei wie den Freiheitlichen einen sinnvollen Vorschlag gibt, nämlich wie den vom Herrn GR Baron in der vorigen Gemeinderatssitzung eingebrachten Antrag betreffend die Förderung für die Anschaffung von LKWs der Schadstoffklasse 6 für Unternehmer, so wird das natürlich abgelehnt. Internationale Studien zeigen, dass der Euro-6-Standard für LKW ein wichtiges Instrument zur Reduzierung von Feinstaub und Stickoxiden ist und damit naturgemäß zur Verbesserung der Luftqualität beiträgt, was in Tagen wie diesen, wo die Zeitungen voll sind über die erhöhte Feinstaubbelastung sowohl in Wien als auch in anderen österreichischen Städten, glaube ich, auch ein relevantes Thema für die Wiener Stadtregierung gewesen wäre.

Ich möchte jetzt noch ganz kurz darauf eingehen, weil immer wieder in der Budgetdebatte auch gesagt worden ist, das erste große Regierungsprogramm mit wirklicher grüner Beteiligung, und da fallen mir, ohne lang nachzudenken, ein paar Punkte ein. Sie erhöhen die Wassergebühr, wurde alles schon gesagt. Sie erhöhen die Kanal- und Müllgebühren. Sie erhöhen den Gaspreis, wobei, da brauche ich von Ihnen noch kurz Nachhilfe. Ich bin auch erst seit einem Jahr da, ich bräuchte bitte den rot-grünen Duden, weil in meinem Wörterbuch habe ich nicht so viele Ausdrücke für Erhöhungen gefunden, die Valorisierung, die Anpassung, und so weiter, und so fort, Aber vielleicht können Sie mir das einmal zur Verfügung stellen.

Insgesamt belasten Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, damit eine durchschnittliche Wiener Familie mit zirka 548 EUR im Jahr, womit, wenn ich das kurz so sagen darf, der Schmah mit dieser geringfügigen Absenkung des Jahrestickets der Wiener Linien schon lang wieder aufgebraucht ist. In den letzten ... (GR David Ellensohn: *Ja und Kärnten? Kindergarten!*) Herr Kollege, wir sind hier, und sollten Sie es nicht wissen, im Wiener Gemeinderat und nicht in Kärnten. Aber vielleicht können Sie sich dort um ein Mandat bewerben. (Aufregung bei GR David Ellensohn. - Beifall bei der FPÖ.)

Der Kollege Hofbauer hat vor mir gerade gesagt, im nächsten Jahr der Gebührentsunami. Es ist ja gestern auch wieder etwas Neues herausgekommen, noch ganz schnell, nämlich der nächster Anschlag auf die Börsen der Wiener, zum Drüberstreuen sozusagen auf Wienerisch, nämlich die Hundesteuer oder Hundeabgabe, die erhöht wird. Für einen Hund entspricht das einer Erhöhung um 65,1 Prozent. Das erzählen Sie bitte den Mindestpensionistinnen und Mindestpensionisten, deren einzige Freunde oft der Hund zu Hause ist, weil sie sonst keinen Partner haben.

Anstatt die Wiener Bevölkerung und auch die KMUs in Wien in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu

unterstützen, fällt Ihnen als einzige Maßnahme das Drehen an der Gebührenschraube ein. Wo nicht gespart wird, das haben Kolleginnen und Kollegen vor mir natürlich schon ausgeführt, ist an Werbekampagnen. Amtsführende Stadträtinnen und amtsführende Stadträte müssen natürlich im besten Licht und auf bestem Hochglanzpapier in der Öffentlichkeit dargestellt werden.

Eine weitere sinnvolle Maßnahme wurde heute von meiner Vorrednerin, der StRin Matiassek, gefordert und ja, sie hat recht. Es wird zum Beispiel in die Umweltberatung sehr viel Geld investiert. Und bei eben diesen öffentlichen Einrichtungen sollte man im Sinne einer positiven Integration vermehrt vermitteln, wie in Österreich das Abfalltrennsystem ist. Das ist weder xenophob, das ist weder ausländerfeindlich. Jedes Land hat andere Standards, jedes Land hat andere Maßnahmen, und dementsprechend solche positiven Vorschläge gleich als ausländerfeindlich abzutun, erinnert mich irgendwo an eine FPÖ-Xenophobie, aber nicht an eine Xenophobie im Sinne unserer Partei.

Ein Punkt noch zum Thema Natur, der ebenfalls als Punkt im rot-grünen Regierungsprogramm sehr wichtig dargestellt worden ist, nämlich der Schutz des Wiener Baumbestandes. Na wie üblich, wenn man kurze Zeit wartet und wenn keiner mehr an ein Regierungsprogramm denkt, sieht man und zeigt es sich, dass auch hier nicht so streng gehandelt wird. Ich denke jetzt nur zurück an die letzten paar Tage, Otto-Wagner-Spital in allen Medien. Bis zu 176 Bäume hätten diesem Projekt, das absolut gegen die Interessen der Wiener Bevölkerung war, zum Opfer fallen sollen, hätte es nicht massive Proteste von BürgerInneninitiativen, von Medien, aber auch federführend von uns Freiheitlichen gegeben, und da danke ich wirklich für die Unterstützung der BürgerInneninitiativen und der Medien.

Zum Schluss möchte ich jetzt noch erwähnen, dass es mich sehr freut, dass es zum grünen Kernthema, nämlich der Umwelt, Gott sei Dank einen Redner gibt. Zeitweise hat es ja so ausgeschaut, dass man, seitdem man in der Regierung ist, überhaupt nichts mehr zum Thema Umwelt zu sagen hat. Aber ich freue mich, dass der Herr Kollege Maresch noch nach mir sprechen wird. So darf ich nämlich vielleicht auch noch mit ein paar Worten vom Herrn Kollegen Maresch meine Ausführungen beenden, die er vor ein paar Jahren einmal Richtung SPÖ gesagt hat, nämlich sinngemäß: Wie groß muss der Schmerz sein, dass die Opposition nicht dauernd sagt, wie toll die SPÖ ist. Und Sie können nun als rot-grüne Regierung nicht verkraften, dass niemand außer Ihnen selber sagt, wie toll die Wiener Stadtregierung ist, weder die Opposition noch die Bürger. Eines ist ganz klar: Wir Freiheitlichen werden diesem Budget selbstverständlich nicht die Zustimmung erteilen. Danke schön. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr der Herr GR Maresch. Er hat 25 Minuten. Bitte sehr.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Ich muss ja sagen, interessant, wenn man sich so nachmeldet, nachdem man sich vorher in Wirklichkeit einmal alle Rednerinnen und Redner angehört hat. Da kommt schon einiges an interessanten Wortmeldungen heraus.

Ich möchte in Wirklichkeit eigentlich mit der letzten Wortmeldung anfangen. Es ehrt mich natürlich, wenn jetzt der Kollege Unger ein Zitat von vor ein paar Jahren wählt. Ich muss sagen, interessant war, 176 Bäume hätten zum Opfer fallen sollen. War interessant, ja, das stimmt. Da muss man aber sagen, die Geschichte des Otto-Wagner-Spitals, und da gibt es eine schöne Dokumentation, die wurde mit Anfragen im 16. Bezirk gemacht, was wer von der FPÖ jemals zum Otto-Wagner-Spital gesagt hat. Und da gibt es einen Planungssprecher von Ihnen, Verkehrssprecher, Fluglärmsprecher, Donaustadtsprecher, Was-auch-immer-Sprecher, also quasi einen Spezialisten für fast alles und der hat uns vor nicht allzu langer Zeit hier in diesem Saal noch geziehen, wie naiv wir sind, gegen das Otto-Wagner-Spital zu stimmen. Wie naiv wir die ganze Zeit waren, und das hat er in mehreren Redebeiträgen immer wieder gesagt, weil die FPÖ hat ja immer zugestimmt, immer, immer, immer wieder zugestimmt. Und der Kollege Mahdalik hat bis zu dem Zeitpunkt, wo sie draufgekommen sind, hoppala, da kann man Kleingeld daraus schlagen, immer wieder betont, was das für eine tolle Initiative ist. Dann hat es eine Demonstration gegeben, von, ich glaube, insgesamt sieben FPÖlern plus dem Herrn Strache, eine tolle Geschichte. Vor allem wie die „Kronen Zeitung“ auf die Geschichte aufgesprungen ist, da hat bei der FPÖ sozusagen das Notlicht zu leuchten begonnen: „Jetzt muss man was tun, jetzt muss man was ändern.“ Da sage ich noch einmal, unsere Stadträtin, unsere Stadtregierung haben zu dem Treiben fürs erste einmal gesagt: „Nein, zurück an den Start.“ Wir werden heute auch einen Antrag dazu haben. Wir brauchen den Applaus von rechts von damals genauso wenig wie den Applaus von rechts heute. Faktum ist, diese Stadtregierung hat jetzt einmal alles dort gestoppt und es werden auch keine 176 Bäume gefällt werden. Das ist einmal das Erste.

Das Zweite, was auch interessant war. Ich finde, der Kollege Unger, ich meine, ich wollte eigentlich eher auf die Meriten des Projekts eingehen, aber der Kollege Unger, für den ist zum Beispiel öffentlicher Verkehr U-Bahn-Verkehr und sonst gar nichts. Dass wir den D-Wagen verlängern, den 26er verlängern, den 25er neu errichten werden, das gibt es gar nicht. Es gibt auch keine Busspuren in der Donaustadt, die übrigens jetzt 24 Stunden Richtung Groß-Enzersdorf in Betrieb sind, wo die FPÖ im Grunde genommen die Autofahrer unterstützt hat, auch wieder der Herr Busspursprecher. In der Donaustadt hat man seinerzeit eine Bürgerinitiative loszutreten versucht, damit die Busspur mehr oder weniger aufhört. Faktum ist, wir stehen für diese Stadtregierung, wir GRÜNE stehen für einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs und dazu gehört eben nicht nur die U-Bahn. Das ist ein wichtiger Punkt. (*Beifall*

bei GRÜNEN und SPÖ.)

Die Milchmädchenrechnung, jetzt nur 226 Millionen EUR für den öffentlichen Verkehr, da muss man sagen, als Faustregel, Kollege Unger, die Neuerrichtung einer Straßenbahnlinie kostet ungefähr 50 Millionen EUR, vielleicht ein bisschen weniger, vielleicht ein bisschen mehr. Dann können Sie sich einmal ausrechnen, was diese Linien alles kosten werden, die wir da verlängern werden, und dann werden Sie sehen, dass für den öffentlichen Verkehr von dieser Stadtregierung weit mehr ausgegeben wird. Und was wichtig ist, was wir in Richtung öffentlichen Verkehr zusammengebracht haben: Wir sind die einzige Metropole wahrscheinlich auf der ganzen Welt, die das Jahresticket substanziell um 84 EUR gesenkt hat. Das haben sie nirgendwo zusammengebracht, nicht einmal in Gligritzpotschn oder in Deutsch-Griffen und sonstwo, nirgendwo. Das ist einmal der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, es war ganz wichtig ein ökologisch richtiges Verhalten, das habe ich gestern auch schon gesagt, zu belohnen. Ja, 365 EUR für ein Jahresticket, vorher waren es 449 EUR. Manche von Ihnen hatten das gar nicht glauben können, weil zum Beispiel der Kollege Irschik nicht draufgekommen ist, dass jeder Netzkartenbesitzer, -besitzerin von den Wiener Linien eine Zuschrift gekriegt hat, wie viel Geld man für das, was man schon für diese jetzige Netzkarte ausgegeben hat, zurückkriegt. Er hat es nicht gekriegt. Daraus ist klar zu schließen, er hat auf jeden Fall keine Netzkarte, ganz einfach. Er wusste es nicht oder vielleicht hat der Postler oder irgendwer sonst dieses Kuvert von den Wiener Linien gefressen. Faktum ist, es ist nicht angekommen.

Nächster Punkt war, wir haben das Parkpickerl um 15 EUR gesenkt. Das heißt, man kann durchaus sagen, man kann für 10 EUR zukünftig in Wien parken. Das hat die FPÖ auch nirgends zusammengebracht, weder in Deutsch-Feistritz noch in Deutsch-Griffen oder sonstwo, wo irgendwie Parkraumbewirtschaftung irgendwie in der Reihe war. Interessant war ja der Ansatz von Ihrem großen Vorsitzenden, der gesagt hat, er ist für das Parkpickerl gratis, aber nur zahlen müssen die Niederösterreicher und alle Ausländer. Das ist, würde ich sagen, gelinde gesagt, einmal touristInnenfeindlich, ausländerInnenfeindlich, niederösterreicherInnenfeindlich, steirerInnenfeindlich, kärntnerInnenfeindlich, was auch immer.

Die WienerInnen hätten sollen überall gratis parken können. Da frage ich mich gerne, was ist der steuernde Effekt dabei? Wir gehen den Feinstaub an. Wenn heute jemand sagt - der Kollege Guggenbichler ärgert sich ja immer über mich, weil ich ihm damals erklärt habe, dass er die Ziesel mit dem Biber verwechselt hat und einen Schwimmkurs für die Ziesel irgendwie beantragen hätte sollen. Das hat ihn tierisch geärgert, wenn man so will, oder zieslich geärgert. Er sagt in jedem Fall dazu, da kann man noch immer etwas dazulernen. Ja, da kann man etwas dazulernen.

Noch einmal, Verkehrspolitik ist auch Umweltpolitik. Schauen Sie sich an heute in der Früh, gestern in der

Früh „Morgenjournal“. Alles, was da gesagt wurde, kann man ja auch schriftlich lesen, hören, sehen. Da war ein Interview vom Herrn Berlakovich, Umweltminister seines Zeichens, der dort gesagt hat, die Länder und die Länder und überhaupt die Länder. So, der zweite Tagesordnungspunkt bei diesem Interview war dann irgendwie der Klimaschutz. Da ist ihm wirklich nichts mehr eingefallen, hat schlecht ausgeschaut. Ich weiß, die Frau Kollegin Holdhaus, Erstrede, da darf man nichts sagen, aber eigentlich der Kollege aus dem Umweltministerium, der kann auch noch einiges lernen, und zwar, er hätte zum Beispiel verhindern können, dass der Herr Kurzmann in der Steiermark die Umweltzone abdreht. Hätte er verhindern können, hat er nicht gemacht. Er sagt immer, die Länder, die Länder, um Gottes Willen, die Länder. Wie gesagt, noch einmal: Umweltschutz ist ganz, ganz wichtig, was den Feinstaub betrifft, gar keine Frage.

Diese Stadtregierung hat ein drittes Feinstaubpaket. Jetzt haben wir gehört, es geht um Wärmedämmung. Aber das Interessante war, die NGOs oder auch der Kollege Hutterer, seines Zeichens Umweltmediziner, sagen immer, man traut sich nicht an die Verkehrspolitik ran, weil die Autofahrerinnen und Autofahrer eine große Klientel sind, ganz ganz wichtig. Ich habe noch niemals von der FPÖ gehört, dass irgendwelche Einschränkungen gegenüber dem Individualverkehr kommen sollten. Der Individualverkehr, und da vor allem die Dieselaufbesitzer, sind in Wirklichkeit in Wien in dieser Feinstaubperiode hauptverantwortlich für den Zustand der Luftgüte. Da habe ich überhaupt keinen Ton gehört. Da wäre es ja möglich, bestimmte Dinge voranzutreiben. Eigentlich hätten Sie nicht nur unserem Feinstaubpaket zustimmen müssen, sondern auch der Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung und der Erhöhung von 1,20 EUR auf 2 EUR. Das ist eine Maßnahme, die vor allem für den Umweltschutz ganz wichtig ist. Wenn ich mir dann denke, der Kollege Irschik sagt zum Beispiel, Radfahrer, das ist eigentlich keine Fortbewegung, das ist nur etwas für die Freizeit und die Gehsteige sind viel zu schmal, dann redet er den Autofahrern immer das Wort und das kennen wir schon. Wir sagen, wir haben einen Plan. Unser Plan heißt Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung, um Stickoxide und den Lärm und den Feinstaub irgendwie hintanzuhalten oder zumindest zu verbessern. Und wenn das nicht wirkt, hat diese Koalition beschlossen, dann wird man die Sache mit der Umweltzone angehen, weil hier auch an eine Flottenumstellung gedacht ist. Das ist für uns nicht nur Umweltschutz, sondern auch Gesundheitsschutz und Lebensqualität. Diese Sache ist uns ganz wichtig.

Eine zweite interessante Sache war natürlich auch, das ist heute schon vom Kollegen Walter angesprochen worden, Naturschutz und das Ziesel. Jetzt habe ich zuerst den Kollegen Guggenbichler, jetzt ist er gerade nicht da, irgendwie hat der Kollege Walter das Ziesel angesprochen und schreibt: „Gerade beim Naturschutz ist es wichtig, dass die Eigentumsrechte nicht beschnitten werden sollen.“ Das ist ein bisschen

kompliziert, wenn man den Zieselschutz betrachtet und das, was die Frau Mayerhofer in Floridsdorf gesagt hat. Da war es ganz klar.

Jetzt hat die Frau Mayerhofer gesagt, da muss man gegenüber dem Eigentümer Dinge machen. So, jetzt ist aber der Kollege Walter ja Vorsitzender der ÖVP in Floridsdorf geworden. Gratulation! Lieber Norbert, du weißt, ich schätze dich sehr, ich habe auch deinen Spruch gut gefunden: Du magst Rot-Grün besonders gerne als Grüner Veltliner und als Roter Zweigelt. Das habe ich echt gut gefunden. Einer der wirklich guten Sager in diesem Kalenderjahr. Und ich denke mir ... Also da müsste man applaudieren. Ich habe dir das auch gesagt, dass ich den total gut finde. *(Beifall von den GRen Senol Akkilic, David Ellensohn und Dipl-Ing Martin Margulies.)*

Danke, das war ein wirklich guter Sager. Aber in dem Fall denke ich mir, war das ein bisschen ein Widerspruch zu deiner Klubobfrau, weil die ja ganz andere Dinge vertritt und da die Eigentumsrechte einschränken will. Also was ist jetzt? Eigentumsrechte einschränken oder nicht einschränken? Wir sind der Meinung, es braucht ein Mediationsverfahren, es braucht einen Naturschutz dort und wir müssen diese wichtigen Dinge gemeinsam mit der Bürgerinitiative unter einen Hut bringen. Das ist notwendig und da brauchst keine Schwimmkurse für Zieseln, sondern da geht es darum, dass man kompetente Menschen einlädt und das ist die Frau Hofmann von der BOKU. Die wird die Stadt Wien da ordentlich beraten.

Nächster Tagesordnungspunkt, der auch schon einmal heute gekommen ist, möchte ich auch mal sagen: Die MA 31 und die berühmt-berüchtigte 33-Prozent-Erhöhung. Jetzt kann man natürlich sagen und das haben wir immer gesagt: Man muss da mehr investieren. Ja, die Stadt Wien ist draufgekommen, es war übrigens ein Teil des rot-grünen Übereinkommens: Wir wollen mehr in die Reparatur und das Ersetzen von Wasserleitungsrohren investieren. Ja, da braucht man Geld, ja, da ist es notwendig, das auch über Einnahmen hereinzuholen. Den Satz, der da heute zitiert worden ist, den da irgendwer gesagt hat, es war, glaube ich, der Kollege Hofbauer: Die GRÜNEN sagen, ein paar Cent muss uns das wert sein, die Leitungsqualität. Dann sage ich: Das mag schon so sein. Ich kann mich nicht erinnern, dass das ich oder sonst jemand von uns gesagt hat. Aber Faktum ist: Wir brauchen das Geld, weil die Reparaturen der Rohre, die nach dem Krieg eingesetzt worden sind, notwendig sind. Die Alternative sind platzende Rohre, können wir nicht brauchen. Die Stadt Wien investiert hier das Richtige und es hilft uns gar nichts, wenn die Opposition da die großen Sprüche klopft.

Weiterer wichtiger Punkt war, weil wir gerade beim Wasser sind, die Renaturierung der Wienerwaldbäche. Das geht diese Stadtregierung an, das steht im Koalitionsübereinkommen drinnen und ist rot-grüne Handschrift. Da sage ich gar nicht nur grüne, sondern rot-grüne Handschrift heißt, es wird viel bei Wienerwaldbächen investiert und was auch noch wichtig

ist, nicht zu vergessen, die Dotation der Oberen und der Unteren Lobau. Da investieren wir in drei Jahren immerhin viereinhalb Millionen Euro. Das ist nicht nichts, offensichtlich niemandem aufgefallen. Außer, das sage ich jetzt ein bisschen salopp, beim Herummosern kann man das schon irgendwie übersehen haben.

Dann haben wir natürlich auch die Grünzone und all diese Dinge sind heute gekommen und dann hat sich der Kollege Guggenbichler vorhin irgendwie auf das Raubrittertum zurückgezogen. Das war irgendwie, wir sind Raubritter. Er hat ja gern diesen Spruch mit hartherzig, nein, kaltherzig oder so ähnlich, es war irgendwie so ein ähnlicher Spruch. Und ich denke mir, ja, wenn ich mich so an Schwarz-Blau erinnere, das ist eine alte Geschichte, da fällt mir immer ein: Hart, aber nicht herzlich, also überhaupt nicht herzlich. Wenn ich mir so überlege, wie die FPÖ grundsätzlich mit MigrantInnen umgeht, dann sage ich einfach unmenschlich. Immer wieder diese Geschichte, kommt immer wieder. Die Kollegin Matiasek, die ja durchaus wertvolle Beiträge abliefern, außer wenn es um, diesmal war es das nicht, Grillplätze in Hernals geht, wo die Ausländer oder Ausländerinnen, aber vor allem sind es Ausländer, irgendwie angeblich Böses tun. Das kennen wir schon. Aber Sie und andere monieren immer diese Gebührenerhöhungen. Die andere Variante wäre gewesen: Vermögenssteuer. Wenn wir die Vermögenssteuern im Bund ordentlich erhöhen, dass das 1 Prozent, das haben wir gestern eh lang und breit gehört, endlich einmal den sozialen Beitrag leistet, den sie die ganze Zeit, wenn man so will, in Ihre Taschen gesteckt haben, nur 1 Prozent davon, dann könnten wir uns viele von diesen Gebührenerhöhungen sparen.

Die andere Geschichte wären Leistungskürzungen. Ich meine, jetzt bin ich nicht zuständig für den Gratiskindergarten, aber die Alternative ist, den Gratiskindergarten zu kürzen. Das haben wir gestern Länge mal Breite gehört. Nein, das wollen wir nicht. Es ist auch notwendig, da einnahmenseitig etwas zu tun und das muss man ja leider sagen, das geht einerseits über Gebührenerhöhungen schlecht, andererseits denke ich mir, das Sparen.

Da ist heute ein schönes Beispiel gekommen. Also meine Lieblingstruppe war diese eigenartige Naturwache, diese Wächter mit ihren interessanten Uniformen, würde ich einmal sagen. Also das passt irgendwie in einen Walt-Disney-Film, wo alle mit so netten Uniformen durch die Gegend schreiten. Ich hatte ein paar Mal das Vergnügen, welche in Ausübung ihrer Tätigkeit zu sehen und da sage ich Ihnen ganz ehrlich: Sie berufen sich auch ein bisschen auf die bürgerliche Revolution 1848, und da geht es in Wirklichkeit um die Gewaltenteilung, ganz eindeutig. Und ganz wichtig: Da gibt es ein Gewaltmonopol des Staates und nicht von irgendwelchen Privaten. Und die Naturwacheorgane, die da immer so gern zitiert werden, das sind irgendwelche Privatsheriffs, die irgendwen kontrollieren. Die machen was, was sie überhaupt nichts angeht. Die Naturwache ist in Wirklichkeit ein Privatverein, der sich aufspielt. Wenn man sich die letzten Aufstellungen anschaut, sie

haben ja immer wieder so nette Aufstellungen ihrer Kosten gemacht. Da ist zum Beispiel vorgekommen ... Also die zwei, nein drei interessantesten Posten waren meiner Meinung nach Uniformen, okay, Uniformen. Der zweitinteressanteste war die Weihnachtsfeier, das heißt, wir haben ihnen immer die Weihnachtsfeier bezahlt. Auch nicht schlecht. Und der drittinteressanteste Posten waren Briefmarken. Die Briefmarken waren interessant. Also ich weiß nicht, ich meine mittlerweile in Zeiten ... Gut, okay, es gibt Leute, die wollen das ... Wunderbar, ist okay. Aber dass wir die Briefmarken von der Naturwache zahlen, das habe ich eigentlich weniger lustig gefunden. Deswegen eine Reduktion und auch diese Geschichte, die da gekommen ist, mit: Ja, die werden da jetzt eingestellt ohne Überprüfung - nein, das stimmt nicht ganz. Es war so, dass bei der Überprüfung, wenn die Leute, die sich bewerben, nachweisen können, dass sie in Wirklichkeit Qualifikation haben, dann wird sie auch nicht erfolgen. Und übrigens habe ich mich erkundigt, beim letzten konnte ich leider nicht, aus familiären Gründen schwierig, war nicht möglich. Beim letzten Naturschutzbeirat erklärt mir der Kollege Valentin, dass alle, alle Ideen der Frau StRin Matiasek in diese Sache hineingeflossen sind. Alle, kein einziger Widerspruch. Ich verstehe überhaupt nicht, warum die Aufregung, Frau Kollegin? Weiß man nicht, war so! Keine Ahnung, ich weiß es nicht.

Interessant finde ich natürlich immer, wenn ich den Heiligen Mercer höre, ja ja, der Heilige Mercer. Wenn Sie sich ein bisschen genauer anschauen würden, einen Tipp: Da gibt es auch einen Teil in der Mercer-Studie, die sich mit dem Umweltteil beschäftigt und der kritisiert ja in Wien ein bisschen den Feinstaub. Nur ein Tipp: Da kann man was tun. Aber ich glaube, so weit sind Sie in die Medienlandschaft nicht vorgedrungen, dass Sie auch diesen Teil gefunden hätten. Ja, da hat die Stadt Wien nicht so gut abgeschnitten. Das ist richtig. Aber wir werden gemeinsam daran arbeiten, damit wir da auch so gut abschneiden. Das ist ein wichtiger Punkt, weil wir diese Sachen angehen und nicht das machen, was der Kollege Stiftner da sagt: Vierphasenpolitik. Es waren dann zwar fünf Phasen. Das ist irgendwie so in Oberösterreich. Da gibt es auch vier Viertel, mit dem Salzkammergut sind es fünf. Das erinnert mich ein bisschen an diese Geschichte. Am Schluss war der Aktionismus, Negieren, Runtermachen, zaghaftes Aufnehmen, halbherzige Verkaufsmaßnahmen, Aktionismus. Also wenn das stimmt, was Sie mit dieser Unterstellung sagen, dass da immer alles so aufgeblasen ist, dann sind der Punkt 4 und der Punkt 3 völlig obsolet, weil es dann keine halbherzigen Verkaufsmaßnahmen gäbe. Dann würden wir das einfach hinausposaunen. Und das zaghafte Auftreten stimmt auch nicht. Also irgendwie passt das nicht mit den vier Phasen. Das haut irgendwie nicht hin, das geht irgendwie nicht, unglaublich.

Und dass Sie das Plastiksackerl oder die Plastiksackerlthematik erfunden haben, stimmt auch nicht wirklich, sondern da hatten wir einen Antrag gemacht. Sie haben sich damals im Laufe der Zeit schön langsam durch alle unsere Anträge durchgekämpft. Die

Stadtregierung hat intensiv geworben und es gibt auch einen Film dazu, „Plastic Planet“, der war wichtig. Wir haben eine Pressekonferenz gemacht. Sie waren nicht eingeladen, schade, aber Sie sind ja nicht in der Regierung. Da haben wir zu der Geschichte eine Präsentation gemacht, wichtig.

Was Sie völlig vergessen haben, war übrigens, die FPÖ natürlich, eh klar, ich meine, es tut der FPÖ vielleicht ein bisschen weh, dass es bald kein Kleines Glücksspiel mehr geben wird. Blöd gelaufen für die FPÖ, weil die FPÖ früher immer dagegen war und in letzter Zeit hat es einen Bedeutungswandel gegeben, warum auch immer.

Es war übrigens interessant, ich glaube, im „Falter“ oder im „profil“ war eine Auflistung, wo die Novomatic gut investiert hat und da ist, glaube ich, ziemlich weit vorne die FPÖ. Das könnte vielleicht doch ein bisschen eine Sinnesänderung bewirkt haben.

So, jetzt haben wir ... 4,43 Minuten, die Zeit läuft, ich muss mich tummeln. Ein paar Dinge sind mir schon noch wichtig und zwar gibt es seit nicht allzu langer Zeit etwas, das heißt „Guter Grund“. Nicht nur guter Grund um Rot oder Grün zu wählen, sondern „Guter Grund“, damit man da ein bisschen mehr tut für seinen Garten. Das Kompostwerk der Stadt Wien hat gemeinsam mit, wenn man so will, Partnern Sackerln abzugeben, zu verkaufen, wo man wirklich gute Gartenerde, versetzt mit Kompost, bekommen kann. Eine tolle Geschichte, Energie autark, das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Das ist ja nicht nichts. Die EBS, dort gibt es jetzt Klärschlammvergasung. Rot-Grün, das steht im Programm, das haben wir ausgehandelt. Jetzt gibt es dort in Wirklichkeit ein Projekt, da werden 200 Millionen investiert. Das ist wirklich ganz, ganz wichtig. Da spart man ganz viel CO₂ ein. Das ist den anderen nicht einmal aufgefallen. Auch zum Beispiel die Geothermie. Ich meine, es ist schön, dass die Frau Schütz sagt, ja, da haben wir seinerseits in der Donaustadt und so. Aber es ist ihr einfach nicht aufgefallen, dass es da bis jetzt ein Problem gegeben hat, das die Stadt gelöst hat und zwar die Salzfrachten dieses Wassers. Mit dem muss man nämlich was tun, das kann man nicht einfach so in den Kanal reinlassen. Das ist notwendig.

Und dann gibt es ja einen Punkt, der ist auch heute nicht genannt worden. Es gibt schon eine Gebührenerhöhung, die gefällt mir, schwer bin ich da dafür: Abschleppkosten, Abschleppgruppe, endlich kostendeckend, endlich! Wir verlangen jetzt das, was die Firma Toman die ganze Zeit schon verlangt: 192 EUR früher, viel zu wenig Geld, jetzt 242 EUR. Eine satte Erhöhung, die Sinn macht, wirklich Sinn macht. Kein Ton gekommen, eh klar, das ist irgendwie, war eigentlich nicht dabei, außer so Sprüche wie „Schürt soziale Konflikte.“, „Soziale Bankrotterklärung dieser Stadtregierung.“ Also was ich mir denke, ist, wir schüren keine sozialen Konflikte, weil sonst hätten wir zum Beispiel wirklich den Gratiskindergarten irgendwie beendet. Den gibt es ja in den anderen acht Bundesländern nicht. Soziale Bankrotterklärung ist es ganz sicher nicht, ganz im Gegenteil, wir investieren.

Dazu braucht man natürlich auch Geld. Die einzige wirkliche soziale Bankrotterklärung käme natürlich wieder auf Kärnten und dergleichen Dinge, darauf will ich gar nicht eingehen. Aber was uns ganz wichtig ist, ist die soziale Bankrotterklärung der FPÖ in einer Kleinigkeit. Wichtig war uns und das kommt von den BürgerInnen: Grätzgärten, Gemeinschaftsgärten in jedem Bezirk, steht im Koalitionsübereinkommen drinnen, ist eine Kleinigkeit vielleicht. Aber die FPÖ war dagegen, weil das brauchen wir nicht. Die Bürgerinnen und Bürger gehen es dort gemeinsam an, machen gemeinsame Dinge über die Grenzen von Sprachen hinweg. Interkulturelle Gärten heißen sie übrigens in Berlin. Das hat die FPÖ einfach ignoriert und hat dagegen gestimmt. Das heißt, heiße Luft kommt aus der FPÖ-Ecke. Nein, da kommt nicht heiße Luft, da kommt eiskalte Luft, da friert uns richtig alles ein. *(Aufregung bei StRin Veronika Matiassek.)*

Nein, ganz im Gegenteil, diese Stadtregierung wird soziale Wärme ausstreuen und ausstrahlen *(Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.)*, genau um diese Eiseskälte, die aus der blauen Ecke kommt, endlich einmal abzuschaffen. Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: So, jetzt haben sich noch drei Kollegen gemeldet, davon zwei zu einer tatsächlichen Berichtigung. Die erste tatsächliche Berichtigung kommt von Herrn GR Unger, drei Minuten.

GR Christian **Unger** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Ja, sehr geehrte Damen und Herren!

Es gibt gute Gründe, sich für eine tatsächliche Berichtigung zu melden, wenn hier von dem Punkt etwas gesagt wird, was so nicht ganz den Tatsachen entspricht, aber ich verstehe es. Wenn Sie FPÖ hören, kommt irgendwo in den Gehörgang gleich Ausländer. Nein, beim Parkpickerl hat niemand was von Ausländern gesagt. Wir fordern nämlich schon seit Jahren ein kostenloses Parkpickerl nur für eine Bearbeitungsgebühr für alle in Wien hauptwohnsitzgemeldeten Autobesitzer. Und das gilt dann auch für alle Wiener Bezirke. Das ist FPÖ-Programm, nachzulesen seit vielen Jahren. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die zweite tatsächliche Berichtigung kommt von Herrn GR Walter. Bitte schön. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Grüner Veltliner!)*

GR Norbert **Walter**, MAS *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Nein, nichts Grüner Veltliner, da haben wir leider keinen da und keinen Zweigelt auch nicht. *(GR Heinz Hufnagl: Später Rotgipfler!)*

Lieber Kollege Maresch! Ich habe nicht gesagt, Enteignung oder Sonstiges. Ich habe gesagt, es kann nicht sein, dass Naturschutz bei Privaten auf Kosten der Allgemeinheit passieren soll, sondern der Private muss eine Ersatzfläche kriegen oder muss entsprechend abgelöst werden. Und das sagt auch die Frau Mayerhofer so, nur im Übrigen. Das wollte ich sagen: Danke. Und vielleicht den Grünen Veltliner und den Zweigelt, den gibt es wieder im nächsten Jahr. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Ich fasse das als Einladung auf, Herr Kollege Walter. (*Heiterkeit bei den GRÜNEN. - GR Dipl-Ing Martin Margulies: Sehr gut!*)

Als Nächste zum Wort gemeldet ist die Frau GRin Frank. Sie haben 15 Minuten.

GRin Henriette **Frank** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja, Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ein paar Worte zum Herrn Kollegen Maresch. „Amnesie“, liest man im Lexikon, „ist eine Form der Gedächtnisstörung für zeitliche oder inhaltliche Erinnerungen.“ Also ich meine, Herr Maresch, wenn Sie sich jetzt herstellen und die Mercer-Studie so loben und auch glauben, dass Sie dazu beigetragen hätten, dass es sie gibt, da muss ich Sie enttäuschen, weil Sie noch vor einem guten Jahr sehr stark darüber geätzt haben. Also das ist einmal das eine.

Das Nächste, warum ich mich gemeldet habe, sind zwei Punkte und zwar einmal die Parkraumbewirtschaftung. Also wer immer den Kontrollamtsbericht gelesen hat, dass im Zuge des ganzen Handyparkens und mit Papierscheinen über 140 Millionen eingenommen werden, aber die Ausgaben, und da ist alles berücksichtigt, was mit Parkraumbewirtschaftung zu tun hat, lediglich 14 Millionen betragen, das heißt, 127 Millionen können in irgendeiner Form verwendet werden, da brauche ich jetzt nicht Erhöhungen. Also ich weiß ja nicht, wo das Geld hinfließt, aber da muss man sich schon ein bisschen schlau machen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und nun zum Otto-Wagner-Krankenhaus. Wir haben hier vor einem Monat sehr, sehr eingehend diskutiert und der Herr Mag Chorherr hat sich hergestellt und uns in sehr eindrucksvollen Gesten erklärt, wie wichtig ihm die Rechtsgrundlage Flächenwidmungsplan ist und nichts geht über diesen Flächenwidmungsplan und die GRÜNEN werden sich jetzt daran halten und so wie es ist, ist es jetzt einzementiert. Und nicht einmal eine Woche später, ich glaube, es waren drei Tage, hat der Herr Bürgermeister eine Pressekonferenz mit Fernsehen anberaumt und plötzlich ist der Frau Vassilakou das Ganze zu heiß geworden – und wie schon so oft war die Rechtsgrundlage wieder einmal ein verbaler Ausdruck, den man da so näher nicht definieren wollte - und sitzt völlig Gott ergeben bei der Pressekonferenz, denn gesagt (*Aufregung bei den GRÜNEN.*) hat sie eigentlich eh nichts dazu. Irgendwie war sie auch peinlich berührt. Und jetzt kommen Sie noch daher und sagen, alles zurück, alles zurück, Rechtsgrundlage, was ist das eigentlich, so ernst meinen wir das nicht. Der Herr Chorherr verteidigt es zwar, aber das interessiert uns nicht. Also wenn das Politik der GRÜNEN ist, dass Sie innerhalb von einer Woche oder von drei Wochen drei Mal die Meinung ändern, dann kann man sich schon vorstellen, was sich die ... (*GR Mag Rüdiger Maresch: Wie die FPÖ!*) Nein, wir haben einmal die Meinung geändert und wir haben das auch zugegeben. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Ja, ja, und wo?*) Aber Herr Maresch, lesen Sie, was in den Protokollen steht und nicht, an was

Sie sich erinnern! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: So, jetzt haben wir noch eine tatsächliche Berichtigung. Es hat sich der Herr Kollege Maresch gemeldet. Bitte schön.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Es würde mich ja reizen, eine zweite tatsächliche Berichtigung wegen dem Otto-Wagner-Spital zu machen, aber das will ich jetzt nicht. Es gibt es ja ohnehin heute noch einen Antrag. Da kann man noch diskutieren. Ich wollte nur sagen, ich habe nicht gesagt, dass die Mercer-Studie so toll wäre, sondern ich habe gesagt, es gibt einen Umweltteil der Mercer-Studie. Da schneidet die Stadt Wien noch nicht so gut ab und wir werden gemeinsam daran arbeiten, damit wir dort viel, viel besser abschneiden. (*StRin Veronika Matiassek: Na wunderbar!*) Das habe ich gesagt. Danke schön. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Fein, ist das auch klargestellt. So kommen wir nunmehr zur Frau amtsführenden Stadträtin – na, dass ich es rausbring - Frau Mag Sima. Bitte schön.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Ja, herzlichen Dank! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte zunächst wie jedes Jahr die Gelegenheit nützen und mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Abteilungen der Geschäftsgruppe Umwelt, die sich tagtäglich wirklich sehr engagiert für den Umweltschutz einsetzen, sehr, sehr herzlich bedanken und möchte die Abteilungsleiter und Abteilungsleiterinnen bitten, diesen Dank auch wirklich weiterzuleiten. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Der Dank gilt natürlich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus meinem Büro, die sich ja auch unermüdlich am Tag und manchmal auch nachts im Einsatz für die Umwelt befinden.

Ja, ein paar Themen sind angesprochen worden, die wichtigsten möchte ich jetzt ein bisschen aufgreifen. Das Thema Feinstaub ist natürlich auch auf Grund der Tagesaktualität mehrfach angesprochen worden. Ja, ich habe mich heute in der Früh ein bisschen gewundert, dass der Herr Umweltminister gesagt hat, er ist dafür nicht zuständig, es sind nur die Länder allein. Also ich glaube, es kann nicht sein, dass ein Umweltminister versucht, die heiße Kartoffel einfach weiterzureichen. Wie wir alle wissen, macht Luft vor den Stadtgrenzen nicht Halt, auch vor den Landesgrenzen nicht Halt. Und es wird schon notwendig sein, hier gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Ich persönlich empfinde es immer als Armutszeugnis für einen Umweltminister, wenn er sich bei einem so wichtigen Umweltthema als nicht zuständig erklärt, habe aber, wie auch in den vergangenen Monaten auch, hier wieder die Zusammenarbeit angeboten, weil ich glaube, dass es im Sinne der Bevölkerung ist, dass man hier gemeinsam an einem Strang zieht und versucht, dieses Problem von Bundes-, aber auch von Landesseite in den Griff zu bekommen.

Ja, die Frau Kollegin Holdhaus hat gesagt, Sie kennt die Maßnahmenpakete nicht oder es gibt in Graz ein Maßnahmenpaket zum Thema Feinstaub. Ich darf Sie informieren, wir haben bereits drei Maßnahmenpakete

verabschiedet. Wir stellen sie auch gerne zur Verfügung mit sehr vielen und, wie ich glaube, auch sehr, sehr guten Maßnahmen. Ein paar möchte ich gerne als Beispiel aufzählen:

In Wien, wie Sie vielleicht wissen, ist ja die Einzelverfeuerung, das heißt, die Verbrennung von festen Brennstoffen, glücklicherweise schon weit unter 5 Prozent gefallen. In Graz, mit dem Sie noch gerne tauschen wollen, sind wir da immer noch auf über 30 Prozent, das heißt, rund ein Drittel, was auch einen Großteil der Probleme dort ausmacht. Ich möchte in diesem Bereich nicht mit Graz tauschen, weil es einfach auch dort, nicht nur von der topographischen Lage, sondern auch von den Rahmenbedingungen her viel schwieriger ist. Wir haben in Wien auf Grund einer sehr weitsichtigen Politik den großen Vorteil, dass der Fernwärmeanteil mittlerweile auf über ein Drittel gestiegen ist und wir uns in dem Maßnahmenpaket festgelegt haben, ihn bis 2020 auf 50 Prozent zu erhöhen. Das ist natürlich gerade im Raumwärmebereich eine Maßnahme, die uns unendlich beim ganzen Feinstaubthema hilft.

Die Wohnhaussanierungen möchte ich noch nicht einmal extra ansprechen. Das ist auch ein ganz großer Brocken, die thermische Wohnhaussanierung.

Wir haben ein Fahrverbot für alte LKWs verhängt, für Euro-0-LKWs und wollen das im kommenden Jahr auf Euro-1-LKWs ausweiten.

Wir haben ein Verbot von neuen Kohleheizungen.

Wir haben den kompletten Winterdienst umgestellt. Sind 1995 noch 133 000 Tonnen Split verwendet worden, sind wir im letzten Winter auf 3 000 Tonnen heruntergekommen und wir versuchen es noch weiter, weil wir unser gesamtes Gerät ausgetauscht haben und auf Salzsole umgestellt haben.

Wir haben eine Partikelfilterpflicht für Baumaschinen, übrigens als einziges Bundesland in Österreich. Wir haben ein Verbot von Heizöl leicht. Wir fördern emissionsarme Fahrzeuge. Wir haben die Vergünstigung auf die öffentlichen Verkehrsmittel. Gemeinsam mit der OMV wurden dort ganz moderne Filteranlagen eingebaut, die tausende Tonnen von NO_x und von Vorläufersubstanzen für Feinstaub einsparen und, und, und, und. Diese Liste könnte ich noch endlos lange fortsetzen. Wien ist in diesem Bereich sehr aktiv. Aber wir werden natürlich gemeinsam auch mit dem Umweltminister noch zusätzliche Maßnahmen setzen müssen, wenn wir dieses Problem in den Griff kriegen wollen und es kann nicht sein, dass hier von jemandem, der für diesen Bereich zuständig ist, die Verantwortung abgeschoben wird.

Ja, der Kollege Stiftner hat, wie immer, Wien schlechtgeredet. Ich möchte gar nicht im Detail darauf eingehen. Das kennen wir schon aus den vergangenen Jahren. Wenn man ihm zuhört, kann ich manchmal gar nicht glauben, dass wir von derselben Stadt sprechen. Ich bin eigentlich sehr stolz auf die Infrastruktur, die wir in diesem Bereich haben und auf die gut funktionierende Qualität der Arbeit der Abteilungen in der Geschäftsgruppe Umwelt.

Ja zur FPÖ. Zu Ihrer Forderung nach dem Einzelwasserzähler kann ich Ihnen nur empfehlen, sich das noch einmal anzuschauen. Das wäre für den einzelnen Bürger wesentlich teurer. Das ist auch einer der Hauptgründe, wieso das nicht umgesetzt worden ist. Eine Verteuerung, mit der Sie wahrscheinlich keine Freude hätten. Ich kann Ihnen nur empfehlen, diese Maßnahme, die Sie da so fordern, noch einmal genauer zu betrachten.

Ja, Sie haben gesagt, ich habe Ihnen im Sonderausschuss nicht geantwortet. Ich würde sagen, ich habe Ihnen sehr ausführlich geantwortet, aber meine Antworten haben Ihnen leider nicht gefallen. Es ist nun leider einmal so, wenn man Fragen stellt, dann muss man auch mit den Antworten leben können. Das müssen auch Sie zur Kenntnis nehmen. Ich habe Ihnen im Ausschuss sehr wohl gesagt, wofür wir das Geld verwenden, nämlich wir investieren es in die Infrastruktur dieser Stadt. Es sind einige Beispiele vom Kollegen Hufnagl im Bereich des Wasserbereichs gekommen, wo wir sehr, sehr umfassende Investitionen tätigen müssen. Ich kann Ihnen nur als Stadträtin sagen, ich stehe zu der Gebührenerhöhung, weil wir die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur dieser Stadt im Sinne der Daseinsvorsorge tätigen müssen. Ich stehe auch dazu, dass wir unsere Betriebe mit den notwendigen, finanziellen Mitteln ausstatten, um die gute Qualität der Leistung aufrechtzuerhalten. Und ich stehe zur Daseinsvorsorge in kommunaler Hand. Sie stehen offensichtlich für Kaputtsparen, Aushungern oder Privatisieren. Ich kann es jetzt nicht so genau benennen und ja, ich stehe zu dieser Verantwortung, auch Gebührenerhöhungen zu machen. Das ist nicht immer eine lustige Verantwortung, das weiß ich. Es ist auch nicht immer eine angenehme, aber es ist eine notwendige und ich glaube, wenn man Verantwortung übernehmen will in der Stadt, und das ist eine Position in der Stadtregierung, dann muss man manchmal auch zu den negativen Auswirkungen dieser Sachen stehen, weil es einfach ganz, ganz wichtig ist, dass die Qualität der Daseinsvorsorge weiterhin aufrechterhalten bleibt und es nicht, wie es in vielen anderen Städten passiert, dass man eben die Betriebe nicht mit den Mitteln ausstattet, sie dann aushungert, eine schlechte Qualität hat und es dann zu einer Privatisierung kommt. Das ist ein Weg, den wir nicht gehen wollen. Aber dafür sind auch manchmal unbequeme Maßnahmen notwendig. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ja, ich freue mich, dass wir trotz des sehr knappen Budgets auch im nächsten Jahr sehr viele, sehr wichtige, tolle Projekte umsetzen werden. Ich werde Ihnen jetzt nicht alle aufzählen, sondern nur einige, die wirklich Meilensteine sind. Eines davon haben wir vor Kurzem gemeinsam präsentiert. Es ist ein rot-grünes Projekt, nämlich die energieautarke Kläranlage. Die Kläranlage ist mit 1 Prozent des Wiener Stromverbrauchs wirklich ein Großverbraucher. Das werden wir bis 2020 insofern umbauen, als dass die Kläranlage sich selbst mit Strom versorgen kann, aber auch andere mit Wärme und Strom versorgen kann und damit eine Entlastung des

Stromverbrauchs und eine Verschiebung hin zu erneuerbarer Energie wirklich ein sehr, sehr großes Projekt.

Es steht im nächsten Jahr und in den nächsten Jahren die Generalsanierung der MVA Spittelau an. Wir werden unser Altstofflogistikzentrum fertigstellen. Auch der Marchfeldschutzdamm ist jetzt nach mehrjähriger Bauzeit fertiggestellt, ein besonders sensibles Projekt, weil wir uns da mitten im Nationalpark befinden und überhaupt nur im Winterhalbjahr bauen konnten. Die Offensive ist ja heute schon mehrfach angesprochen worden. Es wird viele Netzaufschlüsse im Kanalbereich geben. Zahlreiche neue Parkanlagen, die Gewässervernetzung Neue Donau - Lobau wird angegangen und natürlich wichtige Aktivitäten im Anti-Atom, und vieles andere mehr.

Am Schluss komme ich natürlich, wie eigentlich schon traditionell fast immer zu unserer Statistik im Ausschuss: 80 Prozent der Akte haben wir einstimmig verabschiedet. Also so schrecklich, wie Sie alle gesagt haben, kann es mit der Wiener Umweltpolitik der Stadtregierung nicht sein, sonst würden wir nicht so eine gute Quote erreichen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zur Geschäftsgruppe Umwelt und zum Wirtschaftsplan der Unternehmung Wien Kanal liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft. Der Herr Berichterstatter kommt. Zum Wort gemeldet ist hier als Erstrednerin die Frau GRin Ing Leeb. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Ing Isabella **Leeb** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

An eines langen Tages Reise in die Nacht kommen wir also zur letzten Geschäftsgruppe der Budgetverhandlungen und vielleicht ist es ja auch ein wenig bezeichnend, ja, schicksalhaft zu nennen, dass gerade die Kultur zum Schluss kommt. Ich werde es kurz machen. Ich werde mich auch ans Budget halten. Ich werde heute nicht über Kulturpolitik sprechen, weil die Kulturpolitik ist aus dem Budget leider nicht herauszulesen, beim besten Willen nicht. Aber ich nehme an, einige meiner Nachredner werden das für mich übernehmen.

Was man zum Budget feststellen kann, ist, dass, seit es eine rot-grüne Koalition in Wien gibt, die Ausgaben im Kulturressort zurückgegangen sind. Nach einem leichten Rückgang im vergangenen Jahr von 1,2 Prozent haben wir es heuer mit einem Rückgang von 2 Prozent zu tun. Aber dass das Budget ja in Wahrheit eh nicht wirklich aussagekräftig ist, sehen wir dann immer, wenn die Rechnungsabschlusswoche da ist, denn die Zahlen des Budgets sind eigentlich kaum oder in den seltensten Fällen ident oder auch nur annähernd ident mit denen im Rechnungsabschluss. Woran das liegt, wissen wir bis heute nicht und wird sich aber wahrscheinlich auch im nächsten Jahr nicht ändern. Schauen wir uns jetzt die

Details im Budget an:

Wir haben den Bereich „sonstige kulturelle Maßnahmen“. Diese weisen heuer eine Kürzung von 31 Prozent aus. Nächstes Jahr wird es wiederum weniger, nämlich 16 Prozent. Ich kann Ihnen schon heute die Hoffnung nehmen, dass Subventionsnehmer, die im Umfeld der SPÖ sind, davon betroffen sind. Diese werden weiterhin ihr Geld kriegen. SPÖ-nahe Vereine werden sich weiterhin ihre Museen leisten können. Ich gehe auch davon aus, dass auch wieder die Gewerkschafts-PR subventioniert werden wird. Aber Sie können auch davon ausgehen, dass wir nicht müde werden, dies zu thematisieren.

Dann kommen wir zum nächsten Posten. Das sind die Förderungen in der darstellenden Kunst. Auch da bin ich skeptisch, denn die vom Herrn Kulturstadtrat angekündigte Kürzung der Förderung für die Vereinigten Bühnen Wien von 750 000 EUR, die dann eine wesentlich geringere Reduzierung in diesem Bereich ermöglicht, ist wahrscheinlich auch nicht das Papier wert, auf dem sie gedruckt ist. Ich nehme an, wir werden nächstes Jahr wieder ein paar spannende Studien zu den Vereinigten Bühnen präsentiert bekommen, damit man all diese Investitionen schön rechtfertigen kann.

Wir haben es erst jüngst erlebt, wie es in diesem Bereich ist, wie es um die Gelder für die Vereinigten Bühnen Wien steht. Da verkündete der Herr Kulturstadtrat in einer Anfragebeantwortung, dass die Förderung für 2010 lediglich 37,3 Millionen EUR betrug, um dann für jeden Mann nachvollziehbar im Kulturbericht nachlesen zu können, dass es tatsächlich 44,3 Millionen EUR waren. Selbst wenn man, wie Sie mir nachher wieder erklären werden, die Baukostenzuschüsse von 6 Millionen EUR herausrechnet, stimmt es noch immer nicht.

Aber das Kulturbudget sollte heuer unter einer wesentlich stärkeren Handschrift der GRÜNEN stehen. Diese habe ich gesucht, lange gesucht. Ich kann mir dabei aber nicht vorstellen, dass die grüne Handschrift die 15-Prozent-Kürzung der Filmförderung ist. Diese wird sich im nächsten Jahr drastisch auf den Kulturstandort Wien auswirken. Ich glaube, dass dann eher doch die SPÖ dafür zur Verantwortung gezogen werden wird.

Vielleicht ist es aber die 30-prozentige Reduzierung der Denkmalpflege. Da kommen wir schon eher in die Richtung der GRÜNEN. Denn die Wirtschaftsfeindlichkeit, will ich jetzt gar nicht sagen, aber sagen wir einmal, das Fehlen des Verständnisses für wirtschaftliche Zusammenhänge hat man doch eher bei den GRÜNEN gefunden. Die SPÖ ist da ein bisschen, sage ich jetzt einmal, besser aufgestellt. Dennoch ist diese Kürzung aber weit mehr als eine Kürzung des Kulturbudgets, denn das ist eine weitere Kürzung, die zu Lasten der Wirtschaft geht. Denn Denkmalpflege ist arbeitsintensiv, könnte eventuell Arbeitsplätze schaffen, eventuell Arbeitsplätze sichern, aber das ist nicht so wichtig. Das erwarte ich mir auch gar nicht mehr. Denn seit ich letztes Wochenende von der grünen Vizebürgermeisterin gelesen habe, dass die Umgestaltung der Mariahilfer Straße als substanzielle

Infrastrukturmaßnahme in der Stadt bezeichnet wird, erwarte ich mir wirklich kein wirtschaftliches Verständnis mehr bei den GRÜNEN. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Substanziell würde ich gerne wissen, wie Sie das auslegen. Substanziell wofür? Substanziell für Ihre Wellness- und Partymeilen, die Sie uns jetzt segensbringend über die Stadt breiten? Und sind wir da nicht willig, dann eben mit basisdemokratischem Druck, mit Gewalt? Aber lassen Sie sich eines gesagt sein: Wenn die Kohle alle ist, ist die Party vorbei, auch für Sie!

Aber nach langem Suchen bin ich doch noch auf einen Punkt gestoßen, der in diesem Budget ganz eindeutig den GRÜNEN zuzurechnen ist. Es ist ein Budgetposten aus dem Bereich Wissenschaft und Forschung. Wurde hier 2011 noch 1 Million EUR mehr budgetiert als im Jahr davor, wird dieser Betrag heuer deutlich zurückgefahren, allerdings nicht um die ganze Million. Der Herr Kollege Ebinger wird es schon wissen. Der Betrag bleibt übrig, der für den Universitätsbeauftragten Van der Bellen zur Verfügung gestellt wird. Es wird zurückgefahren, es bleiben 281 000 EUR übrig. Jetzt wird dann gleich kommen, das kostet uns nur 210 000 EUR, Herr Van der Bellen nimmt es auch nicht selbst, dafür kriegt es sein Büro, sein Stab. Für den Rest, diese 71 000 EUR Differenz, bin ich mir ganz sicher, dass noch eine geniale, tolle Idee wie der virtuelle Stadtplan, in dem jetzt auch die Universitäten verzeichnet sind, herauskommen wird. Irgend so etwas Schickes wird sich da schon ausgehen. Gespannt bin ich wirklich schon auf den Bericht von Van der Bellen, der uns versprochen ist. Mit großer Freude wird die ÖVP dem von der FPÖ heute dazu eingebrachten Antrag zustimmen.

Alles in allem ist das Budget für das Jahr 2012 im Kulturbereich genauso unaussagekräftig wie in den Vorjahren. Beiträge werden in Summen versteckt, die dann als Rahmenbeträge vergeben und in undurchsichtigen Kostenstellen verbucht werden. Die Intransparenz wird zum Prinzip erhoben. Der Rechnungsabschluss hat mit den budgetierten Summen am Ende nur mehr sehr wenig zu tun.

Sie werden verstehen, dass wir als Oppositionspartei, die die Kontrollaufgabe ernsthaft annimmt, nicht zustimmen können. Wir werden dieses Budget ablehnen. - Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr Mag Werner-Lobo. Ich erteile es ihm.

GR Mag Klaus **Werner-Lobo** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir verhandeln den Teil Kultur als letzten. Es ist der letzte und trotzdem, glaube ich, der wichtigste Teil, den wir hier verhandeln, weil die Kultur ist für eine Stadt wie Wien, so wie wir sie zum Unterschied von der ÖVP verstehen, das Wichtigste.

Ich finde es sehr schade, Frau GRin Leeb, dass Sie nicht über Kulturpolitik reden. Ich warte seit einem Jahr darauf, dass Sie einmal über Kulturpolitik reden. (*GRin Ing Isabella Leeb: Wir haben jetzt Budgetdebatte!*) Ich habe bis jetzt noch nie hier auch nur irgendein Wort zu

den kulturpolitischen Vorstellungen der ÖVP gehört. Das Schöne an der rot-grünen Zusammenarbeit ist, Herr Bgm Häupl sagt immer, er streitet lieber über Verkehr als über Bildung. Man könnte auch dazusagen, wir streiten auch lieber über Verkehr als über Kultur, weil auch in der Kultur ist es so, dass uns von Ihnen jedenfalls Welten trennen würden, beziehungsweise wissen wir es gar nicht genau, weil wir gar nicht genau wissen, was Ihre kulturpolitischen Vorstellungen sind. Vermutlich haben Sie keine. Das ist eigentlich schade, weil Sie haben Vorgänger in dieser Partei, die so etwas wie eine liberale weltoffene Kulturpolitik vertreten haben, wenn ich an Peter Marboe oder an Bernhard Görg denke, der heute noch Theaterstücke schreibt, das Gloria Theater unterstützt. Es ist schade, aber Sie sind in irgendeinem Selbstauflösungsprozess. Wenn Sie diesen wieder beisammen haben, sollten Sie sich auch Gedanken machen, ob Sie die Kultur oder zumindest eine Parteikultur zuwege bringen. Also, ich hätte gerne von Ihnen etwas über Kulturpolitik gehört. Vielleicht gelingt es irgendwann einmal, wenn Sie fertig sind, sich mit sich selbst beschäftigt zu haben.

Ich werde sehr wohl über Kulturpolitik reden, weil es nicht nur mein Kernthema ist, sondern weil es auch ein Kernthema dieser rot-grünen Koalition ist. Für uns ist es nicht, wie es von der ÖVP einmal bezeichnet wurde, ein Pipifaxressort, sondern im Gegenteil, die GRÜNEN, und ich glaube, hier auch für die SPÖ sprechen zu können, verstehen die Kulturpolitik als eines der wichtigsten Themen. Wir verstehen Kulturpolitik immer auch als Sozialpolitik, immer auch als Bildungspolitik, immer auch als Integrationspolitik. Ich glaube, dass Kultur, nämlich auch Kultur im engeren Sinne, sehr viel leisten für etwas, was wir in dieser Stadt wollen, leisten kann, nämlich eine bessere Kultur des Zusammenlebens zu finden.

Es gibt einen sehr schönen Spruch: „Wenn du ein Schiff bauen willst, dann trommle nicht Leute zusammen, die Bretter zusammennageln können, sondern du musst die Sehnsucht nach dem Meer wecken.“ - Das genau ist es, was Kultur kann, was Kulturpolitik können sollte, was Kulturpolitik kann, nämlich die Sehnsucht nach einer Stadt zu wecken, in der ein besseres Zusammenleben möglich ist, nach einer Stadt, in der Entwicklung möglich ist, nach einer Stadt, in der jeder Mensch, egal, wie er oder sie lebt oder welche Lebensweise er oder sie hat, seine oder ihre Entwicklungspotenziale fördern kann. Genau in diese Richtung machen wir Kulturpolitik. Genau in diese Richtung haben wir vor einem Jahr das rot-grüne Kulturprogramm gemeinsam verhandelt, genau in diese Richtung machen wir das jetzt gemeinsam und da geht sehr viel weiter.

Ein bisschen etwas davon, einen sehr kleinen Ausschnitt, werde ich Ihnen jetzt referieren. Es ist viel zu viel, um es hier sagen zu können, aber es gibt ein paar Dinge, auf die wir sehr stolz sind. Die Kultur war von Anfang an auch von uns als ein Ressort verstanden, wo so etwas wie Parteifarben für uns eigentlich uninteressant geworden sind.

Also, ich verstehe das Kulturressort, wie überhaupt die gesamte Stadtregierung, als ein rot-grünes, wo es

nicht mehr wichtig ist, was jetzt rot oder grün ist, sondern wo wir Dinge gemeinsam angehen. Ich würde auch Sie herzlich einladen, sollten Sie einmal eine Kulturpolitik gefunden haben, dazu beizutragen. David Ellensohn hat Sie gestern schon aufgefordert, das auch zu machen, was wir schon als Oppositionspartei gemacht haben, nämlich gemeinsam mit der Regierung auf der Projektebene Dinge gemeinsam zu machen. Sollten Sie irgendwelche Vorschläge haben, nehmen wir sie gerne auf. Mit der FPÖ ist es zugegebenermaßen schwieriger, wobei ich hier den Kollegen Ebinger ausnehmen will. Der Kollege Ebinger ist jemand, der gerade im Bereich der Kultur, wie wir hier immer wieder hören, auch wirklich sehr viele nette Dinge beizutragen hat. *(GR Johann Herzog: Vergiftete Komplimente!)* Ich will dir nicht schaden, aber ich muss es trotzdem endlich einmal sagen. *(Beifall bei den GRÜNEN. - GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Machen wir Rochaden! Große, kleine Rochaden!)*

Er versteht etwas davon und liefert hier immer intelligente Reden. Ich will dir wirklich nicht schaden, aber wahrscheinlich bist du eher ein Einzelgänger in deiner Partei. Aber wir können dir für diesen Bereich, also ausdrücklich nicht für alle anderen Bereiche, aber für diesen Bereich, deinen Ideen durchaus gerne Asyl bieten, wenn du welche einbringen willst. *(Allgemeine Heiterkeit.)* Ich rede nicht mehr weiter, weil sonst bekommst du wahrscheinlich ein parteiinternes Problem. *(Beifall bei den GRÜNEN. - Allgemeine Heiterkeit.)*

Auch Ihnen, sollten Sie einmal etwas beizutragen haben, Dinge zu sagen haben, außer immer wieder komische falsche Zahlen zu nennen, die schlicht und einfach nicht stimmen, liebe Isabella, sondern einmal etwas beizutragen oder Dinge aufzugreifen haben, außer das Ganze, die grüne Oppositionspolitik im Nationalrat aufgedeckt zu haben, denn ein anderes Thema habe ich von dir hier noch nicht zum Thema Kultur gehört. Das ist schade, aber sobald etwas kommt, nehmen wir das gerne auf, weil wir Kultur wirklich als etwas verstehen, was über die Parteigrenzen hinaus und über die Grenzen von Menschen, über soziale Grenzen hinaus, über die Herkunftsgrenzen hinaus verbinden soll. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Schön wäre es! Aber das Koalitionsabkommen haben Sie nicht mitbekommen!)* - Auch Sie, Herr Kollege Kowarik, jederzeit gerne. *(GR Johann Herzog: Also wer?)* Für kabarettistische Beiträge, zum Beispiel, wäre da noch einiges zu machen. *(GR David Ellensohn: Moment einmal!)* Jetzt pfeifen sie mich zurück. *(Allgemein Heiterkeit. - GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ist Kunst!)*

Damit wir auf gleich sind, damit wir beide parteiintern kein Problem bekommen, sage ich, allzu lieb brauchen wir uns nicht zu haben. Aber ich zeige hier nur quasi, was Kultur alles können könnte, wenn man sie ernst nimmt.

Was mich an deiner Rede, Isabella, sehr fasziniert hat, ist, dass du dich heute schon wieder fürchtest. Also, bei dir ist Kultur offenbar eher ein Angstthema. Schon vor einem halben Jahr hast du angekündigt, dass das Budget der Vereinigten Bühnen im nächsten Jahr ganz

sicher erhöht wird. Jetzt sagst du richtigerweise, wir haben es geschafft und daran haben die GRÜNEN einen nicht unwesentlichen Anteil. Im Gegenteil, wir haben es geschafft, gemeinsam mit den Vereinigten Bühnen zu vereinbaren, dass es hier notwendigerweise in Zeiten knapper Budgets sehr große Einsparungen geben wird. Das Koalitionspapier von Rot-Grün legt auch fest, dass da nicht einfach nur aus Spaß an der Freude gekürzt wird, sondern diese Einsparungen, auch für mich in erfreulich hohem Ausmaß von 750 000 EUR, können laut Koalitionspapier für neue Projekte, die wir miteinander durchführen wollen, die wir miteinander vereinbart haben, verwendet werden. Das ist ein sehr schönes Signal.

Um vielleicht gleich bei den Vereinigten Bühnen zu bleiben: Das war für die GRÜNEN auch als Oppositionspartei immer ein wichtiges Thema, einfach weil es eine sehr gut ausgestattete Institution ist. Gerade vor einem Jahr habe ich im Kulturausschuss - da war ich noch ganz neu, das war mein erster Kulturausschuss - irgendwie gesagt, dort wird kein Stein auf dem anderen bleiben. Dann hat Gerald gesagt: „Na, das schaue ich mir an.“ Dann habe ich mir gedacht: „Ups, jetzt habe ich mich womöglich verredet. Das wird er mir in einem Jahr vorhalten.“ Aber jetzt ist es tatsächlich so, es ist kein Stein auf dem anderen geblieben. Wir haben nicht nur diese wirklich große, auch für mich erstaunlich große, Einsparung von 750 000 EUR erreicht. Wir sind auch gemeinsam zum Schluss gekommen, dass wir eine Vertragsverlängerung der von uns sehr geschätzten Kathi Zechner aus kulturpolitischen Gründen hinterfragen, vorsichtig gesagt. Das hat auch dazu geführt, dass die Kathi Zechner einen schönen Job im ORF angenommen hat, weil wir der Meinung waren, dass wir den Musical-Sektor, der hier einen wesentlichen Bereich darstellt, kulturpolitisch neu aufstellen und definieren wollen. Da ist gemeinsam auch etwas gelungen, was in dieser Stadt nicht immer in dieser Form selbstverständlich war, nämlich, dass in der vergangenen Woche eine internationale Ausschreibung erfolgt ist, die sehr klare kulturpolitische Ansprüche an diese Intendanz festlegt. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Das sollte eigentlich selbstverständlich sein!)* Das sollte selbstverständlich sein, nur wissen wir alle, dass es nicht immer und nicht überall selbstverständlich war. Ich stehe hier auch, um zu zeigen, was es bringt, wenn Grüne in einer Regierung sind. *(GR Johann Herzog: Davon haben wir noch nicht viel bemerkt!)* Bei allem Respekt ist es uns gelungen, uns gemeinsam mit dem Koalitionspartner, gemeinsam mit der Geschäftsführung der Vereinigten Bühnen einig zu werden, dass in diesem schwierigen Bereich, der jetzt unter enormem finanziellen Druck steht, der aber auch künstlerisch sehr anspruchsvolle Aufgaben wahrnehmen soll, zu vereinbaren, dass es eine Ausschreibung geben wird. Um für die Zukunft alle möglichen Gerüchte, dass da irgendwelche Spitzenjobs unter Freunden ausgetauscht sind, haben wir uns auch darauf geeinigt, dass wir gesagt haben, die Shortlist für einen solchen Spitzenposten soll durch ein unabhängiges Personalberatungsbüro erstellt werden,

damit schon auch potenzielle Bewerber und Bewerberinnen, weil da immer wieder Gerüchte durch die Gegend ziehen, gar nicht auf die Idee kommen, beim Herrn Stadtrat oder bei mir oder bei wem auch immer anzurufen und sich selbst ins Spiel zu bringen, sondern dass auch potenzielle Bewerber und Bewerberinnen wissen, dass in Zukunft Bewerbungsverfahren im Spitzenbereich des Kulturbereichs in dieser Stadt nach reinen professionellen und transparenten Kompetenzkriterien abgewickelt werden sollen. Das ist hier für einen der wichtigsten Jobs, den diese Stadt zu vergeben hat, gelungen.

Etwas Ähnliches ist übrigens auch in einem anderen sehr wichtigen Bereich gelungen, nämlich bei der Geschäftsführung des Filmfonds Wien. Etwas anderes exerzieren wir bei einem Projekt vor, das die GRÜNEN selbst ins Leben gerufen haben, auf das ich später noch zu reden kommen werde, nämlich dem Projekt „Wienwoche“, wo derzeit das Bestellungsverfahren läuft, wo derzeit Hearings stattfinden, wo es ein offenes Bewerbungsverfahren gegeben hat. Um gleich allen Gerüchten vorzubeugen, bei diesem Bestellungsverfahren sind die GRÜNEN nicht eingebunden, weder ich noch andere Grüne, sondern das wird von unabhängigen Kulturexperten und Kulturexpertinnen durchgeführt. Aber ich komme später noch darauf zu sprechen.

Noch ein letzter Punkt, dann beschäftige ich mich bis auf Weiteres nicht mehr mit der Opposition. Ich weiß nicht, woher du das mit der 15-Prozent-Einsparung bei Filmförderung hast. Aber das kannst du mir gern nachher zeigen. Dann haben wir vielleicht unterschiedliche Budgets. Ich habe das nicht gefunden, sondern im Gegenteil, wir haben es gerade im Bereich Film auch mit Hilfe der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Stadtrats geschafft, auch für die Zukunft wegweisende Schritte zu setzen.

Ich gehe jetzt gleich einmal auf eines der ersten wichtigen Projekte ein, das wir gemeinsam vereinbart haben, nämlich die von den GRÜNEN seit vielen Jahren geforderte Digitalisierung der Programmkinos, die wir auf den Weg gebracht haben, die auf Schiene ist, die auch gemeinsam mit dem Bundesministerium für Kultur finanziert ist und wo auch die Finanzierung für die nächsten Jahre vereinbart und gesichert ist. Wir haben die Digitalisierung der Programmkinos vorangebracht.

Wir haben eine Sache, die mich wirklich sehr freut, es wird ab, wenn ich mich nicht täusche, 2014 eine neue Intendanz der Festwochen geben, wo zwei der international wirklich interessantesten Menschen diese Intendanz durchführen werden, Markus Hinterhäuser und Shermin Langhoff. Shermin Langhoff ist derzeit diejenige, die den sogenannten postmigrantischen Kulturraum im Ballhaus Naunynstraße in Berlin aufgebaut hat, international für das, was sie dort Neues geschaffen hat, akklamiert ist.

Sie hat nämlich erkannt, dass in einer Gesellschaft, die wir eine postmigrantische nennen - ich erkläre Ihnen dann gern auch noch den Ausdruck -, es auch notwendig ist, diese Tatsache, dass wir in

Zuwanderungsgesellschaften leben, auch auf die Bühne zu bringen, und zwar sowohl in Form, dass Menschen, die hier leben, die zugewandert sind, repräsentiert sind als Personen, als auch die Geschichten, die sie zu erzählen haben, auf die Bühne oder überhaupt ins öffentliche Bewusstsein gebracht werden. Shermin Langhoff ist wahrscheinlich das Paradebeispiel für einen neuen, sehr qualitätsvollen Zugang zu diesem Thema, die in den internationalen Feuilletons dafür gelobt wird. Ich freue mich wirklich sehr, dass es gelungen ist, sie für die Festwochenintendanz nach Wien zu holen, gemeinsam mit Markus Hinterhäuser, der durch seine bisherige Arbeit auch internationale Standards geleistet hat. Diejenigen von Ihnen, die die Berichterstattung über die Salzburger Festspiele heuer verfolgt haben, haben gesehen, dass er eine unglaublich hervorragende Arbeit geleistet hat, gleichzeitig ein unglaublich netter, sympathischer, zugänglicher Mensch ist und nicht, wie es in manch anderen Bereichen manchmal üblich war, jemand, der den Hals nicht vollkriegt und ein Nehmer ist oder sich allzu sehr als Person in den Vordergrund spielt, sondern dem wirklich an der Kunst gelegen ist. Das ist, glaube ich, eine Richtung, in die wir weiterarbeiten wollen, die uns sehr wichtig ist.

Weil ich schon über dieses Kernanliegen der postmigrantischen Kulturarbeit geredet habe: Das ist so etwas wie eines der Kernanliegen des rot-grünen Kulturprogramms, über das ich mich letztes Jahr schon sehr gefreut habe, wo wir in Wien ein bisschen eine schwierigere Situation gehabt haben, als sie in Berlin vielleicht vorgeherrscht hat, weil das in Berlin in vielen Jahrzehnten wachsen konnte und Shermin Langhoff auch auf vieles aufbauen konnte, wo wir in Wien draufgekommen sind, dass es zwar sehr viele Strukturen gibt, wo das bereits passiert, aber wo die Politik nicht sagen kann, wir haben jetzt beschlossen, Migrantinnen und Migrantinnen in der Kultur sichtbarer zu machen und wir diktieren das von oben, sondern wo wir gemeinsam draufgekommen sind, dass diese Prozesse von unten entstehen müssen, Dinge, die bereits da sind, zusammengeführt werden müssen, sichtbar gemacht werden müssen und auch diskutiert werden müssen. Das haben wir jetzt ganz konkret auf die Reihe, auf Schiene gebracht, mit einem Projekt, das der Stadtrat und ich gemeinsam vor ein bisschen mehr als einem Monat vorgestellt haben, nämlich dem Projekt „Pimp My Integration, Projektreihe Postmigrantischer Positionen“ in der Garage X, das im Zentrum dieser Stadt seit einem guten Monat, seit dem Nationalfeiertag, stattfindet. Das ist ein Projekt, das ich Ihnen wirklich sehr ans Herz lege, sich einmal anzuschauen, zumindest die Kultursprecher oder die Kulturinteressierten, so es sie gibt, auch bei den Oppositionsparteien. Da gibt es, verschränkt mit Diskursformaten, eine Reihe von Theaterproduktionen aus Wien und auch aus dem deutschen Sprachraum, die das Thema der Zuwanderungsgesellschaft auf die Bühne bringen.

Jetzt erkläre ich Ihnen, was postmigrantisch heißt, damit da keine Verwirrung entsteht. Postmigrantinnen und Postmigrantinnen sind wir alle. Also auch du, Gerald.

Auch Sie, Herr Gudenus. Sogar der Herr Jung ist ein Postmigrant. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das heißt, die Migration ist abgeschlossen? Nach der Integration? Post heißt nach!)* - Senol hat schon vor einem Jahr versucht, Ihnen das zu erklären. *(GR Mag Wolfgang Jung: Sie verwenden einen Begriff! Post heißt nach!)* Wir haben hier so etwas wie ein fünfjähriges Bildungsprogramm hier. *(GR Johann Herzog: Erzählen Sie es nur!)* Genau, ich werde es Ihnen jetzt erzählen. *(GR Johann Herzog: Wir verstehen Ihre Sprache nicht!)* Senol hat es schon vor einem Jahr erklärt. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Wie wäre es mit einer Brieftaube?)* Die Tatsache, dass fast die Hälfte der Menschen, die in Wien lebt, einen sogenannten Migrationshintergrund - ich sage lieber, Migrationserfahrung - hat *(GR Johann Herzog: Purkersdorf!)*, dass Sie oder Ihre Eltern zugewandert sind, verändert ganz Wien und macht etwas mit Ihnen. Das verändert Sie. Die Tatsache, dass Sie zwar vielleicht nichts anderes machen, als die ganze Zeit immer über Ausländer und Ausländerinnen zu reden, ist schon etwas, was in Ihrem Bewusstsein etwas verändert. Der Senol hat es viel schöner gesagt. Aber das ist etwas, was die gesamte Gesellschaft verändert und betrifft. *(GR Mag Wolfgang Jung: Aber das hat nichts mit Postmigranten zu tun!)* Wir sind der Meinung, dass es die Gesellschaft verbessert, weil hier eine Vielfalt herrscht. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Armut! Bildungsnot! Super! Genial!)* Wir sind uns aber auch darüber bewusst, dass es Konflikte, für die Sie dann sehr sorgen, erzeugt. Kultur soll damit umgehen. Kultur soll die Konflikte nicht unter den Teppich kehren und sie soll die Vielfalt herzeigen. Das ist das, was wir unter dem Begriff postmigrantisch verstehen. Das heißt, das ist nicht ein Kulturghetto von Migranten für Migranten oder von Migranten für sogenannte Gutmenschen, wie Sie das dann gerne bezeichnen, worauf wir stolz sind, das zu sein, sondern es geht einfach mit der Tatsache um, dass Wien zum Glück eine Zuwanderungsstadt und deswegen heute anders ist *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie pauschalieren damit die Zuwanderung!)*, also, dass in Wien Leute mit komischen Namen wie - jetzt ist er gerade nicht da - Juraczka oder David Ellensohn oder Senol Akkilic oder Klaus Werner-Lobo oder Mailath-Pokorny leben. Diese komischen Namen sollen auch im Kulturbetrieb nicht nur als Putzfrauen vorhanden sein, sondern sollen auf die Bühne *(GR Johann Herzog: Dann wird es ein bisschen ein Gedränge geben!)*, in die Intendanten, in die Regie, in die Themen und natürlich auch in den Zuschauer- und Zuschauerinnenraum. Das ist das Ziel, wo wir hinwollen. Deswegen gibt es einen Prozess, der all diese Dinge diskutiert und wo nicht nur Theater wirklich erstklassig ist. Ich empfehle es Ihnen allen ganz herzlich.

Ein Stück, das Sie vielleicht interessiert hat, ist leider schon vorbei. Das war am 3. November dort: „Wiener Blut“. - Das hat eine Plakatkampagne von Ihnen aufgegriffen. Darin kommen Sie selbst vor. Also, da hätten Sie sich selbst anschauen können. Es ist leider schon vorbei. Vielleicht wird es irgendwann einmal wieder aufgenommen. Es ist ein hervorragendes Stück

der Theatergruppe daskunst von Asli Kislal geleitet, die auch eine der Kuratorinnen dieses wunderbaren Projekts ist.

Aber es wird auch internationale Produktionen geben wie „Verrücktes Blut“, das in internationalen Feuilletons sehr gelobt wurde. *(GR Johann Herzog: Ihr müsst ja nur das Volk mitnehmen!)* Es ist verschränkt mit einer Diskussion über das Ganze, was das Ganze soll. *(GR Johann Herzog: Die ganze Geschichte hat einen Hauptfehler!)* - Sie können ja hingehen. *(GR Johann Herzog: Das Volk wird nicht mitgenommen!)* Der Eintritt kostet, glaube ich, 9 EUR. Die Diskussionsveranstaltung ist gratis. *(GR Johann Herzog: Das ist eine Minderheitendarstellung!)* Es ist im Zentrum der Stadt. *(GR Johann Herzog: Wo ist das Publikum?)* Niemand verbietet Ihnen, dort hinzugehen. *(GR Johann Herzog: Wie viel kostet das?)* - Meiner Meinung nach viel zu wenig, wenn Sie mich fragen. *(GR Johann Herzog: Dort wird im eigenen Saft geschmort!)* Meiner Meinung nach könnte man noch viel mehr Geld dafür ausgeben, aber wir haben begrenzte Budgets, woran wir nicht schuld sind. Ich glaube, das haben wir gestern sehr ausführlich erklärt, warum die Kommunen ausgehungert werden. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Weil Sie nicht wirtschaften können!)* Wenn wir mehr Geld hätten, dann würden wir noch viel mehr Geld dafür ausgeben. Von mir aus kann man das Kulturbudget verdoppeln oder verdreifachen, hätte ich nichts dagegen. Aber da sind wir in Wien nicht daran schuld, dass das nicht geht. Das wurde gestern ausführlich erklärt. Das brauche ich jetzt nicht mehr zu wiederholen. *(GR Johann Herzog: Das ist keine Frage des Geldes, sondern eine Frage des Bewusstseins!)*

Schreiten wir fort, weil ich sehe, dass meine Redezeit voranschreitet. Hätte ich nicht 40 Minuten als Erstredner? *(GR David Ellensohn: 25!)* – 25 Minuten! Na gut!

Dann erzähle ich lieber, was wir noch alles gemacht haben. Wir haben zum Beispiel das Restitutionsgesetz in Wien auf einen Stand gebracht, wo wir sagen können, das entspricht jetzt den Erfordernissen, was den Umgang mit der Restitution von Kunstwerken betrifft.

Wir haben, sage ich jetzt einmal, ein kleines Projekt, aber auch ein sehr schönes Projekt, auf das ich sehr stolz bin, die sogenannten „One World Filmclubs“, ermöglicht. Das ermöglicht Jugendlichen, Schülern und Schülerinnen, sich Filme, vor allem zu gesellschaftsrelevanten Themen, Menschenrechte, Umwelt und so weiter, kostengünstig oder gratis auszuleihen und sich auch Leute dazuzuholen, mit denen Sie dann darüber diskutieren können.

Wir haben - das betrifft zwar nicht die Geschäftsgruppe Kultur - gemeinsam, vor allem Petr Baxant und ich, auch eine Reform der Straßenkunstverordnung auf Schiene gebracht, die wir im nächsten Jahr vorstellen werden.

Es gibt im 2. Bezirk ein Projekt, das mir auch sehr am Herzen liegt, wahrscheinlich eines der international schönsten Clown- und Zirkusmuseen, wo internationale Größen wie Jango Edwards aufgetreten sind und auch in Hinkunft auftreten werden.

Wir haben ein paar Dinge für das nächste Jahr auf Schiene, die uns sehr wichtig sind, die wir auch seit sehr Langem betreiben, nämlich zum Beispiel Mahnmähler, sowohl für Deserteure als auch für die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus. Ich hoffe, dass Ihnen solche Mahnmähler auch ein Anliegen sind, an diese Dinge zu gemahnen.

Wir haben auf Schiene auch eine Evaluierung der Theaterreform.

Wir haben auf Schiene, was auch demnächst vorgestellt werden wird, ein Projekt, das uns ebenfalls sehr am Herzen liegt. So wie das sehr erfolgreiche Projekt „Eine Stadt. Ein Buch.“ haben wir ein adäquates Projekt gemacht, das sich „Eine Stadt. Ein Film.“ nennt, wo wir einerseits der Bevölkerung gratis Filme zur Verfügung stellen werden, und zwar nicht nur als Filme, sondern in mehreren Dingen, wo wir auch die Wiener Kinoszene fördern wollen, so wie bei der Digitalisierung, vor allem natürlich die Klein- und Mittelkinos, die Programmkinos.

Wir haben - darauf werde ich aber jetzt nicht im Detail eingehen, weil das in den Medien eh in den letzten Tagen und Wochen ausführlich breitgetreten wurde - gemeinsam eine wirklich, glaube ich, sehenswerte Umstrukturierung der Kunsthalle akkordiert, was wir demnächst vorstellen werden.

Auch die Trennung von Kunsthalle und Kunst im öffentlichen Raum, die der Stadtrat und ich bereits angekündigt haben, ist auf Schiene, aber darauf gehe ich nicht im Detail ein. Das werden wir Ihnen demnächst detailliert vorstellen.

Und auch ein Projekt, das hier immer wieder diskutiert wurde, nämlich das Wien Museum, das ein zentrales Projekt des rot-grünen Koalitionspapiers ist. Da wurde immer wieder gesagt: „Warum passiert das noch nicht? Warum passiert das nicht?“ - Weil wir es gescheit machen wollen.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** (*unterbrechend*): Ich darf Sie um den Schlusssatz bitten, Herr Gemeinderat.

GR Mag Klaus **Werner-Lobo** (*fortsetzend*): Dann danke ich auch ganz besonders den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Stadtrates, weil wir hier beste Beispiele, bei knappen Budgets, das Bestmögliche für die Wiener und Wienerinnen auf die Füße stellen. Mit diesen Dankesworten, sowohl an den Koalitionspartner als auch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, ... (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Herr Kollege, Ihre Zeit ist abgelaufen und Ihre Rede damit beendet.

Als nächste Wortmeldung liegt mir Herr GR Woller vor. Ich erteile ihm das Wort. (*GR Mag Gerald Ebinger: Ich bin an der Reihe!*) - Nach meiner Liste ist Herr GR Woller der Nächste. (*StR DDR Eduard Schock: Sie tauschen!*) - Du lässt dich streichen? (*GR Mag Gerald Ebinger: Wie gibt es das?*) - Entschuldigung, im Protokoll ist das von meinem Vorsitzenden vor mir gestrichen worden. Ich frage ja. - Lässt du dich streichen? (*GR Ernst Woller: Ja, ich lasse mich streichen!*) Gut, dann ist jetzt Herr GR Ing Mag Dworak der Nächste auf meiner

Liste. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Jetzt kennt sich niemand mehr aus! Es gibt doch eine Rednerliste!*) Pardon! Ich korrigiere alles! Mein Fehler. Entschuldigung!

Herr Mag Ebinger, ich entschuldige mich vielmals! Ich bin in der falschen Zeile gelandet. Entschuldigung für meine Verwirrung.

GR Mag Gerald **Ebinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Das ist kein Problem. Ich halte vieles aus.

Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Zuerst habe ich mich schon gewundert, alle sind so freundlich. Ich glaube, ich muss härtere Seiten aufziehen, damit das aus ist. (*Beifall bei der FPÖ. - GR Kurt Wagner: Nein!*)

Dann kam postwendend die Lösung. Ich komme hinter dem Woller dran, das heißt, wir sind schon stärkste Partei. Dann bin ich wieder aufgewacht, er hat sich nämlich geirrt. Aber es wird schon noch so werden.

Wenn wir heute über dieses Budget reden, habe ich mir eigentlich vorgenommen, den Kulturbegriff ein bisschen weiter auszulegen, weil ich habe noch wichtige Dinge, die ich allen mitteilen möchte und die auch im weitesten Sinne mit Kultur - in diesem Fall sogar in einem engeren Sinne - mit Kultur zusammenhängen, die aber die Bundespolitik betreffen. Ich möchte gerne damit beginnen. Das passt auch in die postmigrantischen ... - wie heißt das? (*GR Mag Klaus Werner-Lobo: Kulturraum!*) Egal, dort passt es auf jeden Fall hinein. Wir wissen alle, wenn wir jetzt hier auf die rot-grüne Stadtregierung schimpfen und dass da nichts weitergeht, was ich auch gleich tun werde, haben wir auch eine Bundesregierung, wo nicht wahnsinnig viel weitergeht. Wenn man sich das Letzte so anschaut, gibt es eigentlich außer Streitereien nichts wirklich Nennenswertes. Zum Teil streiten sich auch, wie im Verteidigungsressort, Rot und Rot intern. Dann gibt es jetzt einen Untersuchungsausschuss, wo sich jede der Regierungsparteien verantworten muss. Zuerst hat man geglaubt, man kann das alles unseren Ehemaligen, und damit indirekt uns, anhängen, so wie dieses gnadenlose Totschlagargument, wurscht, in welcher Geschäftsgruppe, die Hypo Alpe-Adria Bank, weil wir alle nicht einmal unser Konto dort haben. Aber ist ja wurscht. Jetzt tut man sich gegenseitig kriminalisieren. Im Bereich des Euros zeichnet sich die österreichische Politik überhaupt durch Stummheit aus, kann man sagen. (*GR Johann Herzog: Ja, das stimmt!*) Also Taten- und Ratlosigkeit. Aber da ist sie nicht viel schlechter als die anderen europäischen Länder.

Aber ein Ding gibt es doch, ist mir dann eingefallen: Was wirklich durchgezogen wurde, im Sommer die Diskussion begonnen von Rauch-Kallat, und diese Woche wurde es abgestimmt, wir haben endlich die Töchter in der Bundeshymne. Das ist schon etwas sehr Wichtiges. Ich meine, wir haben immer noch die Dome und keine Tempel und Moscheen. Wir haben immer noch keine Väter und Mütter. Wir haben immer noch heiß umfehdet drinnen, obwohl wir in einem geeinten Europa leben. Wir haben das Land der Hämmer,

zukunftsreich, obwohl mit der Schwerindustrie keiner mehr Zukunft gestalten kann. Wir haben jetzt die Jubelchöre statt der Brüderchöre. Da regt sich wieder die IG Autoren auf, glaube ich. Warum hat man nicht Freudenchöre genommen? Aber eines freut mich doch: Wir haben es jetzt endlich geschafft. Wir hatten eine Hymne, die unmittelbar nach dem Krieg eingesetzt wurde, mit einer, wie soll man sagen, eigentlich sehr modernen oder progressiven Melodie der Freimaurerhymne von Mozart oder Holzer mit dem Text einer Frau, gleich nach dem Krieg, mit postmigrantischem Hintergrund sozusagen, Paula Preradovic. Ihr Großvater war einmal Nationaldichter in Kroatien. Diese Hymne haben wir jetzt Gott sei Dank gegendert. Das finde ich, ist wirklich eine große Leistung, wenn man sich anschaut, was alles zu tun gewesen wäre.

Wenn wir schon von Hymne reden, gibt es auch ähnliche Versuche in Wien. Wien ist das einzige Bundesland, das keine offizielle Bundeshymne hat. (*Amtsfr StR Dr Andreas Mailath-Pokorny: Landeshymne in Wien!*) – Entschuldigung, ja! Ich denke mir, mit dem Donauwalzer sind wir allerdings sehr gut bedient, weil nicht umsonst sind wir die Welthauptstadt der Kultur und der Musik. Wer freut sich nicht, wenn er im Ausland einen Walzer hört. Dann weiß er, das ist etwas Urwienersches und das gibt es nur bei uns. Aber da haben jetzt Radio Orange und die Bezirkszeitung eine hochrangige Jury, wie es hier steht, mit dem Herrn Musikurgestein Udo Huber, dem Musiker James Cottrill und der VBgmin Vassilakou. Sie ist jetzt in Kulturdingen auch schon tätig. Also, eine unabhängige Jury sind wir in Wien schon gewohnt. Die berühmten unabhängigen Jurys haben ein Lied ausgesucht. Das Lied klingt nicht schlecht, auch gegen den Text habe ich nichts auszusetzen, aber als Hymne? Es heißt übrigens „Vienna is calling me“. Kurz gefasst, „Vienna is calling“ gab es schon einmal, glaube ich. Also, es gibt auch hier Versuche, eine Landeshymne zu installieren.

Apropos planlos: Es gibt noch eine interessante Initiative. Das ist der „Planlos Award“ der IG Architektur. Diesen hat jetzt die Fekter für Eberau gewonnen. Aber die Frau VBgmin Brauner und der Herr frühere Stadtrat Schicker und andere, auch ganze Magistratsdienststellen, waren lange Zeit massiv im Rennen, nicht zuletzt wegen der Steinhof-Gründe.

Es hat mein Kollege Hofbauer, glaube ich, schon hergezeigt. Wenn Sie sich in den letzten Tagen gelobt haben, wie super es ist, ein Jahr Rot-Grün, was da alles weitergeht, und auf das gehe ich gleich ein, was du gesagt hast, mein lieber Klaus Werner-Lobo, dann sehen wir: „Rot-Grün, fürs Abkassieren haben wir euch nicht gewählt!“ Darin kommen auch die Hunde vor. Das habe ich jetzt mit dem erweiterten Kulturbegriff gemeint. Es ist mir schon lange ein Anliegen, etwas über den Hundeführschein in zwei, drei Sätzen zu sagen. Der Hundeführschein ist ein typisches Beispiel für die Provinzialität Österreichs. Wir haben neun Bundesländer. In neun Bundesländern ist es anders geregelt. In drei Bundesländern haben wir einen

Hundeführschein für Kampfhunde. In Wien sind 12 Hunderassen umfasst, in Niederösterreich 8, in Vorarlberg 16, in den anderen gar keine.

Da gibt es aber eine Hunderasse, die überall erfasst ist: Der Tosa Inu, ein japanischer Kampfhund. Dazu kann man stehen, wie man will. Aber das sind irgendwelche Ritualkämpfe, wo sie wie die Sumoringer ringen. Er darf weder aggressiv sein noch beißen. Das tut er auch nicht, weil er ein ausgesprochener Familienhund ist. Aber dieser Tosa Inu ist so wichtig, ist in allen drei Verordnungen drinnen. Wenn man dann das Magazin „Wuff“ anschaut - das kann man im Internet nachlesen -, steht über die Rasse Tosa Inu, eine seltene Rasse, es gibt 3 000 Stück auf der Welt, davon 45 in Deutschland und 3 in Österreich. Wahrscheinlich einen in Wien, einen in Niederösterreich und einen in Vorarlberg. Da waren wirklich Fachleute am Werk, die das bearbeitet haben.

Zu den Erfolgen, die Klaus Werner-Lobo gesagt hat: Filmfonds: Mit der Besetzung der Leitung sind wir auch einverstanden. Ich weiß nicht, ob das ein gemeinsamer Erfolg war. Auf jeden Fall kann ich diesen anerkennen.

Restitutionsgesetz: Ja, bitte, bis zur schwarz-blauen Regierung. Ich sage schwarz deswegen vorher, weil sie halt länger in der Regierung waren als blau. Es hat sich kein Mensch darum gepiffen. Ich denke, in Wien wurde bis dahin nichts restituiert, seither schon. Also, das ist jetzt nichts, wo man sagen kann, das gibt es seit einem Jahr.

Budget Vereinigte Bühnen: Ja, es wird weniger subventioniert. Aber ich frage mich, ob es nicht auf Kosten des Personals geht, denn sonst würde ich ablehnen. Ablehnen tue ich es übrigens generell. Aber man muss natürlich sagen, so eine Einsparung, es waren halt einmal in diesem Jahr auch gute Stücke und die bringen vielleicht auch mehr Geld. Ob das jetzt ein Erfolg von Rot-Grün war, möchte ich dahin gestellt sein lassen.

Dass wir die Nachfolge der Frau Zechner international ausschreiben, ist super. Ich frage mich nur, warum haben wir den Drozda nicht ausgeschrieben, wenn er verlängert wird. Er ist einfach so verlängert worden. Man wird es mir vielleicht noch erklären.

Das Clown- und Zirkusmuseum, muss ich gestehen, ist an mir vorübergegangen.

Das, was auf Schiene ist, ist ja noch nicht gemacht. Das ist bloß auf Schiene. Also, das kann ich jetzt noch nicht als Erfolg bezeichnen.

Wenn wir uns hingegen das Regierungsübereinkommen anschauen, dann fällt mir zum Beispiel auf, die Vermittlung der kulturellen Bildung, ein Lieblingsthema von unserem Herrn Stadtrat. Ganz kurz nur, ich habe ja nicht viel Zeit. Leider nicht 40 Minuten, obwohl es mir ein Vergnügen wäre, auf deine 40 Minuten 40 Minuten zu antworten. (*GR Mag Klaus Werner-Lobo: Ich habe eh nur 25 Minuten gehabt!*) - Ich weiß. Deswegen kann ich auch nur 25 Minuten lang reden. - In diesem Aktenstück, und das muss man in kurzen Worten sagen: 500 000 Arbeitnehmer und ÖGB-Mitglieder - das steht auch so drinnen, ich weiß nicht, wie die Unterschiede gesehen werden - sind angesprochen.

Von Anfang 2009 bis April 2011 haben 7 000 Personen diese Kulturangebote angenommen. Es gibt 18 000 Multiplikatoren, also Arbeitnehmervertreter. Wenn man also davon ausgeht, dass diese Subvention sinnvoll ist, dann muss man sagen, bis zum Jahr 2015 wird dann wahrscheinlich jeder Multiplikator - Arbeitnehmervertreter - einmal in seinem Leben im Selbstversuch ein Kulturangebot angenommen haben. Das kann ich nicht als herausragenden Erfolg sehen. Ich sage, von mir aus soll man es machen, aber das jetzt als den großen Erfolg darzustellen?

Das Wien Museum steht auch im Regierungsübereinkommen. Dort tut sich gar nichts. Es gibt keinen Architektenwettbewerb. Da stand noch drinnen, wie viele Plätze hier noch im Rennen sind. Ich glaube persönlich nicht mehr daran, aber bitte, ich lasse mich überraschen. Ich streite auch gerne über dieses Thema. Aber Faktum ist, momentan gibt es höchstens Ausgaben, weil das Wien Museum diese Kampagne mit den Objektpartnerschaften gemacht hat, dass sozusagen alle ihre Präsentationen brauchen und so weiter. Wichtig sind auch immer diese ökologische Bauweise und das architektonische Signal. Es wird wahrscheinlich nichts daraus werden. Aber ich glaube, darauf gehen heute noch andere ein.

Welche Punkte haben wir noch? Die Agentur für Zwischennutzung bei Leerstellungen. Diese Idee kommt von der IG Kultur. Ich scheue mich nicht, es sind politisch völlig Andersdenkende. Ich weiß nicht, ob sich da schon irgendetwas getan hat. Ich hoffe, dass die IG Kultur sich als Ideengeber auch irgendwie beteiligt.

Genauso mit dem Servicecenter Kultur. Das ist eigentlich die IG Kultur, die eine Minisubvention kriegt. Da hat sich meines Erachtens nach auch nichts Besonderes getan.

Bezüglich der Androhung der Überprüfung personenbezogener Straßennamen hat sich natürlich auch nichts getan, weil das nicht so leicht ist. Das hat man damals im Wahlkampf mit der Umbenennung der Strachegasse versucht und wieder einschlafen lassen. Ich glaube, es ist dann noch irgendeine Studie in Auftrag gewesen, ob man den Lueger nicht schiefstellen kann.

Dann gibt es natürlich noch bei Wissenschaft und Forschung das berühmte Phantom des Rathauses. (*GR Mag Wolfgang Jung: Mit der Verlängerung der Aufführung!*) Das ist schon interessant. Das hat die Kollegin Isabella zuerst angesprochen. Von ihm hat man bis kurz nach dem Sommer nichts gehört. Das hat auch die „Kronen Zeitung“ geschrieben. Oh ja, wir waren zur Büroeröffnung eingeladen. Der Kollege Frigo war dort. Sonst hat man eigentlich nichts gehört, bis dann endlich im Oktober eine Wortmeldung kam, nämlich für Studiengebühren. Jetzt wird man wahrscheinlich nie wieder etwas von ihm hören. (*GR Mag Wolfgang Jung: Oh ja: Wanted!*) Da habe ich den Artikel, warum die GRÜNEN die gebührenfreundliche Positionierung ihres ehemaligen Bundessprechers und die Hochschulreform für entbehrlich halten. Das sind also diese massiven Aktivitäten unseres Universitätsbeauftragten.

Wenn Sie mich fragen, ist hier nicht viel passiert, wo

man tatsächlich sagen kann, da hat sich etwas geändert. Ein, zwei Punkte haben sich geändert. Diese sind durchaus auf deine Initiative zurückzuführen, sage ich. Aber dass man jetzt sagen kann: „Wow!“, glaube ich nicht. Ich halte es nach wie vor eher für den kulturpolitischen Stillstand. (*Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Weil die „Wienwoche“ angesprochen wurde: Da haben wir diesen von dir vorgestellten Verein. Ich darf das vielleicht noch einmal in kurzen Schlagworten wiederholen. In diesem Verein gibt es einen Vorstand, eine Generalversammlung, ein Schiedsgericht und Rechnungsprüfer. Darüber hinaus gibt es einen Kooperationsvertrag mit den GRÜNEN, wo sie die Zusammenarbeit anstreben. Der Vereinsvorstand beteiligt sich in weiterer Folge am Steuerungsteam. Da kommt, glaube ich, auch der grüne Kultursprecher in das Steuerungsteam hinein. Die GRÜNEN unterstützen das Projekt ideell und politisch. Da beteiligen sich die GRÜNEN mit dem Kultursprecher oder der Kultursprecherin am Steuerungsteam und können dafür auch eine weitere Person entsenden. Also zwei sind darin. Sie nehmen aber keinen Einfluss. Es entscheidet über die grundsätzliche inhaltliche Ausrichtung der Struktur des Projektes sowie über die Festlegung der Ausschreibungskriterien sowohl für die Leitungsposition als auch für den jährlichen Open Call das Steuerungsteam. Das ist nämlich so viel Bürokratie, der bürokratischste Verein, den ich je gesehen habe, muss ich ehrlich sagen. Dem Steuerungsteam obliegt die Formulierung einer öffentlichen transparenten Ausschreibung, Wahl, Bestellung des Leiters - das haben wir jetzt hinter uns, das hat 100 000 EUR gekostet (*GRin Ing Isabella Leeb: Mehr!*) -, der für die Dauer von 1 bis 2 Jahren gewählt wird. Das heißt, nach 1 bis 2 Jahren kostet es uns wieder 100 000 EUR, weil da muss man wieder jemanden wählen. Jährlich wird ein wechselnder Programmbeirat bestellt. In einer jährlich öffentlichen Sitzung erfolgt die Auswertung. Also einen Programmbeirat haben wir auch noch. Die Delegierten der GRÜNEN sind nicht im Auswertungsgremium vertreten, können aber im Falle schwerwiegender Verletzungen gegen grüne Grundwerte ein Veto einlegen. Also von wegen unparteiisch, das lassen wir dahin gestellt.

Dann wurde offen gesagt, dass das auf Kosten des Stadtfestes geht. Ich kann euch auch nicht ganz außen lassen. Das Stadtforum mit seinen mannigfaltigen Aktivitäten für 260 000 EUR ist schon genehmigt worden, zumindest im Kulturausschuss. Da kann man es vielleicht verkraften, dass man halt nicht mehr mehr als 800 000 EUR für das Stadtfest kriegt. Die Zeitung schreibt: „Wiener ÖVP lässt sich das Stadtfest wegsparen.“ Man tut sich halt schwer, wenn man eigentlich Opposition, aber finanziell doch ein bisschen abhängig ist. Das erinnert mich an diesen ÖVP-Sager „Hände falten ...“ und so weiter.

Sonst bleiben unsere Kritikpunkte immer aufrecht. Es ist intransparent. Ich bin ja ein ehrlicher Mensch. Auch wenn ich sage, ich halte ihn für naiv. Das habe ich dir

heute eh schon einmal gesagt. Er ist gutgläubig und naiv, weil er glaubt wirklich daran. Das glaube ich ihm auch. Das Angebot steht ja. Das hat unser Klubobmann zuerst gesagt. Es ist trotzdem intransparent. Wir haben zum Beispiel diese ewigen Forderungen nach einer Liste der Subventionen, die gegeben wurden, die nicht gegeben wurden, wie viel gegeben wurde. Das verhält im Nirvana. Das interessiert hier niemanden, dass die Subventionen weiter im Sub vergeben werden und somit jeder Kontrolle entzogen sind. Das verhält im Nirvana. Gott sei Dank sind wir jetzt Mitglied bei Transparency International, weil das rechtfertigt alles, weiter brauchen wir nicht zu gehen.

Im Parteienübereinkommen ist das berühmte „Wien denkt weiter“ von unserem verehrten Stadtrat, wo gegen Kommerz- und Ökonomisierung der Kunst etwas steht, wo etwas von den Brutplätzen steht. Das kann man alles unterschreiben, nur die gibt es in Wirklichkeit nicht. Das sind ja alles warme Nesterl. Das wissen wir doch eh, wie das ist.

Mut zu machen im tektonischen Signal, darauf warten wir schon seit Jahren. Es wird halt hier vielleicht zu viel gedacht und zu wenig getan.

Zum Streitsuchen: Bitte, ich bin gerne bereit. Herr Stadtrat, streiten Sie mit mir! Kulturmäßig streiten, wohlgemerkt. Streiten Sie mit mir! Aber leider habe ich das Gefühl, das wird alles nicht ernst genommen.

Dafür habe ich gelesen, unser sehr verehrter Stadtrat ist jetzt zum Ritter geschlagen worden, die Zeitung schreibt „Kunst-, Kulturkrieger“, aber vom französischen Botschafter zum Ritter für Kunst und Literatur. Wenn ich mir jetzt anschau, was er weitergebracht hat, ist das eher ein Ritter der traurigen Gestalt. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Sozusagen eine Art Don Quijote der Wiener Kulturpolitik.

Ich sehe, ich habe noch immer sieben Minuten. *(GR Ernst Woller: Was machen wir damit?)* Ich habe wahrscheinlich zu schnell geredet. Ich bin bekannt dafür, dass ich mich kurz fasse.

Einen Antrag bringe ich noch schnell ein, der in den anderen Geschäftsgruppen auch eingebracht wurde, nämlich, dass der zuständige amtsführende Stadtrat der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft beziehungsweise zuständige Organe der Vereinigten Bühnen Wien und der Wiener Museen aufgefordert werden, jeweils im Juni einen fünfjährigen Finanzplan für die Vereinigten Bühnen und die Wiener Museen vorzulegen. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Darüber hinaus sind wir natürlich nicht davon überzeugt, dass hier wirklich so viel weitergebracht wurde. Obwohl mir Ernst Woller, der gleich drankommt - jetzt kommt er nämlich wirklich dran - im Stakkato aufzählen wird, was hier nicht alles passiert, reicht es für mich nicht aus, diesem Budget zu zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist jetzt Herr GR Woller. Ich entschuldige mich nochmals für mein Versehen.

GR Ernst **Woller** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir beschließen heute hier das Kulturbudget für das Jahr 2012 auf gleichbleibend hohem Niveau. Das ist auch so, wenn die Kollegin Leeb genau das Gegenteil behauptet. Die Frau Leeb hat überhaupt wenig gesagt. Sie hat es geschafft: Das Wenige, was sie gesagt hat, ist auch völlig falsch. Ich habe wirklich überlegt, was die Ursache sein kann, dass sie genau dasselbe Budget, das wir haben, so anders liest als wir.

Es stimmt natürlich nicht, dass das Budget heuer um 2 Prozent gegenüber dem Vorjahr sinkt, sondern es steigt um 1,48 Prozent. Ich habe mir dann angeschaut, was die Ursache sein könnte. Letztes Jahr hat es eine Bindung gegeben. Vielleicht hast Du das nicht ganz mitbekommen. Aber wir haben ein Budget gehabt, das wir uns von der Finanz gewünscht haben, mit 233 Millionen EUR. Die Finanz hat gesagt, es werden 8 Millionen EUR gebunden, sodass wir dann real mit einem Budget von 225 Millionen EUR gearbeitet haben, das jetzt auf 229 Millionen EUR erhöht worden ist. Wenn man natürlich, so wie Du das wahrscheinlich gemacht hast, mit dem nicht realen Budget, ohne Bindung, gearbeitet hat, dann haut das natürlich alle Zahlen zusammen. Ich kann nur hoffen, dass Du in deiner privaten Firma die Finanzpläne besser liest als hier im Wiener Gemeinderat.

Daher stimmt auch natürlich nicht, dass das Filmbudget um 15 Prozent gesenkt wurde. Ich stelle für das Protokoll und für den hohen Gemeinderat fest, es wird nicht reduziert. Das Filmbudget bleibt gleich hoch. Wir haben die größte regionale Filmförderung in Europa. Unter uns gesagt, wir werden das selbstverständlich nicht kürzen, gerade dann, wenn wir eine neue Direktorin für den Wiener Filmfonds auf die Reise schicken.

Das Kulturbudget ist auf gleichbleibend hohem Niveau. Das ist bei finanziellen Schwierigkeiten zweifellos ein Erfolg. Es ist ein Erfolg, dass man nach 10 Jahren stetiger Erhöhung, insgesamt um 45 Prozent seit 2001, nun, in Zeiten, wo wir einfach einen Konsolidierungskurs gehen müssen und gehen wollen, nicht die Steigerungen erreichen kann, die man vielleicht in den Jahren zuvor gehabt hat. Aber es ist wirklich ein Erfolg, das Kulturbudget auf diesem hohen Niveau zu halten.

Auch unter Berücksichtigung der hohen Bundesförderung - immerhin kommen vom Bund zirka 450 Millionen EUR für die Bundestheater, für die Bundesmuseen und das, was das Unterrichtsministerium sonst für Kultur in Wien ausgibt - hat Wien international eine einzigartige finanzielle Dotierung im Kulturbereich. Das ist auch gut so, weil Kultur die große Stärke unserer Stadt ist. 70 Prozent der Gäste Wiens kommen wegen der Kultur. Die Kultur ist ein Motor des Tourismus, der immer weiter die Nächtigungszahlen erhöht. Kultur ist auch wichtig als Wirtschaftsfaktor und für die Erhaltung von Arbeitsplätzen in dieser Stadt. Es kommen aber nicht nur viele Touristen und Touristinnen wegen der

Kultur nach Wien, sondern es kommen auch Journalisten und Kulturpolitiker aus dem europäischen Ausland nach Wien, die immer wieder zu uns kommen und fragen, wie wir das machen, dass es ein so hohes Kulturbudget und ein so vielfältiges, breites Kulturleben gibt.

Wenn man das vergleicht, ist Wien wirklich einzigartig. In Wien ist trotz finanziell schwierigen Zeiten keine kulturelle Institution gefährdet. Das ist anderswo nicht selbstverständlich. Blicken wir beispielsweise nach New York. New York ist nun im Großraum zehn Mal so groß wie Wien und Umfeld. New York hat zwei Opernhäuser und sperrt jetzt die City Opera. Das heißt, sie haben dann ein Opernhaus für zirka 15 Millionen Einwohner. Wien hat vier Opernhäuser. Wir haben vor fünf Jahren ein neues Opernhaus eröffnet, das unbestritten jetzt schon zu den besten Opernhäusern Europas zählt. Wenn die Kammeroper völlig ohne Verschulden der Stadt Wien in Schwierigkeiten kommt, dann suchen und finden wir gute Lösungen, auch die Kammeroper für die Zukunft zu erhalten und besser aufzustellen.

Wir verfolgen eine Politik des vernünftigen Sparens und gehen einen Weg, mit gleich viel Geld mehr machen zu können. Durch die Nutzung von Synergien und intelligenten Kooperationen schaffen wir auch in finanziell schwierigen Zeiten Spielraum für Neues in der Kulturpolitik. Ich bringe hier nur drei Beispiele:

Kammeroper: Es war so, dass die Hälfte der Subvention weggefallen ist und wir uns gemeinsam mit der Kammeroper überlegen mussten, wie man den Standort, den es übrigens seit den 60er Jahren gibt, absichert. Es gibt jetzt eine sehr gute Kooperation zwischen der freien Opernszene, zwischen der Kammeroper und einem neu zu schaffenden Opernstudio des Theaters an der Wien, sodass hier aus der Not Besseres für die Zukunft passiert und die Kammeroper nachhaltig gesichert wird.

Genau dasselbe gilt für das Odeon, ein Theater, das seit vielen Jahren großartige Theateraufführungen durch das Serapions Theater bringt. Sie haben immerhin drei Mal den Nestroy gewonnen. Es ist aber unterdotiert. Wir haben es jetzt durch eine Kooperation mit OdeonTanz und OdeonMusik geschafft, dass hier eine sinnvolle Kooperation möglich ist.

Genau dasselbe mit der Garage X, eine Kooperation mit freien Theaterinstitutionen, insbesondere mit daskunst von Asli Kislal, wo jetzt ein Pilotprojekt läuft, „Pimp My Integration“, ein Pilotprojekt für den postmigrantischen Kulturraum, das nun tatsächlich sehr gut gestartet ist.

Das Theater spielt eine große Rolle in Wien im Bewusstsein des Wiener Publikums. Das zeigt sich auch beim Blick auf das tägliche Theaterprogramm. Nirgendwo auf der Welt gibt es, bezogen auf die Bevölkerungszahl, so viele Aufführungen, so viele Bühnen, die täglich Aufführungen bringen und so viele Besucherinnen und Besucher als in Wien. Die große Rolle des Theaters in Wien zeigt sich auch im Kulturbudget. Rund 100 Millionen EUR werden für die darstellende Kunst, für technische und bauliche

Investitionen im Theaterbereich aufgewendet. Wir fördern damit Große und Kleine, damit nicht irgendwie der Verdacht auftaucht, es geht nur zu den Großen. Und beides macht den großen Erfolg der Kultur- und Theaterstadt Wien aus.

Die größte Einrichtung sind natürlich die Vereinigten Bühnen Wien. Sie hatten im Jahr 2010 ihr bestes Ergebnis der letzten Jahre. Einzigartig ist die Erfolgsgeschichte des neuen Wiener Opernhauses im Theater an der Wien. Aber auch die Musical-Sparte hat in zwei Häusern große künstlerische und wirtschaftliche Erfolge mit einer Auslastung von weit mehr als 90 Prozent erzielt. Das Musical ist in Wien einfach besser und anders. Das sieht man mit freiem Auge, wenn man sich in Hamburg oder wo auch immer Musicals anschaut, die dann auch in Wien zu sehen sind. Dann sieht man, dass Wien einfach auf wesentlich höherem künstlerischen Niveau ist und das da einfach besser ankommt.

Wir haben dafür ein eigenes Orchester, hoch qualifizierte 80 Musikerinnen und Musiker angestellt. Wir haben 750 hoch qualifizierte und hoch motivierte MitarbeiterInnen in den Vereinigten Bühnen Wien, im Jahr 600 000 Besucherinnen und Besucher, doppelt so viele Besucherinnen und Besucher der Wiener Musical-Produktionen im Ausland. Insgesamt in 17 Ländern werden Musical-Produktionen der Vereinigten Bühnen Wien gezeigt. Wir freuen uns jetzt schon auf die Premiere von „Rebecca“ im April kommenden Jahres am Broadway.

Diese großen wirtschaftlichen Erfolge und das höchst effiziente Management der Vereinigten Bühnen Wien hat ermöglicht, dass letztes Jahr Gewinne gemacht wurden, die auch in der Bilanz ausgewiesen wurden; und wir haben verhandelt, dass 750 000 EUR von diesen Gewinnen heuer eingespart werden können, sodass die Subvention für die Vereinigten Bühnen Wien um 750 000 EUR niedriger sein wird. Der Finanzbeitrag der Stadt Wien für die Vereinigten Bühnen Wien ist in den letzten 4 Jahren um 10 Prozent gesenkt worden – ich erwähne das, weil Sie immer das Gegenteil behaupten –, nämlich von rund 40 Millionen EUR auf rund 36 Millionen EUR.

Das ist nun eine beachtliche Leistung des gesamten Teams, der gesamten Mannschaft der Vereinigten Bühnen Wien, aber insbesondere auch des Managements. Das ist auch der Grund, warum wir den Vertrag des geschäftsführenden Direktors ohne Ausschreibung verlängert haben. Wir müssten ziemlich verrückt sein, wenn wir einem Direktor, der in vier Jahren das alles zustande gebracht hat, was wir von ihm eigentlich wollten, den Vertrag nicht verlängern und sagen, jetzt probieren wir es doch mit einem anderen, vielleicht kann's der schlechter. Also: Wir sind der Meinung, dass er weiterarbeiten soll. Daher wurde sein Vertrag um vier Jahre verlängert.

Das Off-Theater erhält in Wien eine Förderung von 25 Millionen EUR – das ist ein Viertel des Budgets des Wiener Theaters –: 14 Millionen EUR für die Konzeptförderung für 31 Gruppen, die durch die Jury für 4-jährige Verträge ausgewählt worden sind, 2,5 Millionen

EUR für die Projektförderung und die Jahresförderungen, die jährlich 3 Mal von den KuratorInnen entschieden werden, und 8,5 Millionen EUR für die Struktur- und Standardförderungen, die durch die Kulturabteilung vergeben werden.

Die Erfolge der freien Szene sind großartig. Es würde hier den Rahmen sprengen, alles aufzuzählen. Ich sage nur, zeitgenössisches Musiktheater. Viele haben das wahrscheinlich nicht gesehen. Ich habe in den letzten 6, 7 Wochen 4 großartige zeitgenössische Musiktheaterproduktionen gesehen: das Festival der Operngruppe „Sirene“ mit 11 Kammeroperen nach Erzählungen aus „Tausendundeiner Nacht“ in der Ankerbrot-Fabrik; die ganz witzige Wirtschaftsoper von „toxic dreams“ im „brut“, ein moderiertes Gespräch zwischen Hayek und Keynes als Oper; „Oskar Serti geht ins Konzert. Warum?“, die außergewöhnliche Inszenierung zeitgenössischer Musik der Operngruppe „NetZZeit“ mit dem Klangforum Wien im Konzerthaus. – Sie haben das leider alle nicht gesehen. Ich kann Ihnen nur sagen, es war ein ganz großartiger, mehr als sechsstündiger Abend, eine Demonstration für die zeitgenössische Musik in dieser Stadt. Und das Letzte, die höchst erfreuliche Uraufführung von Wolfgang Mitterers Oper „Baron Münchhausen“ im Rabenhof in einer Koproduktion mit „Wien Modern“.

Die Theaterreform hat in diesen acht Jahren große Erfolge gebracht. Das Koproduktionshaus „brut“ ist auf Tour. Das heißt, es gelingt ihnen, nicht nur in Wien einen Spielplan zu gestalten, der ein großes Publikum hat, sondern auch als Netzwerkpartner für die freie Szene zu wirken und es zu schaffen, dass freie Gruppen aus Wien den Weg ins Ausland finden, auch dort gezeigt werden. Aus dieser langen, langen Liste von „brut on tour“ nenne ich nur zwei Beispiele: „God's Entertainment“ auf Kampnagel in Hamburg, Doris Uhlich im HAU in Berlin und im Theaterhaus Gessnerallee in Zürich. All das sind Entwicklungen, die durch „brut“ möglich geworden sind.

Wir werden die Effizienz der Theaterförderung steigern, nämlich durch die Evaluierung der Theaterreform im Jahr 2012, nach acht Jahren Theaterreform. Diese Evaluierung des Jahres 2012 wird die Basis für die nächste Periode der vierjährigen Konzeptförderung ab 2013 sein.

Die Kulturstadt Wien wurde immer wieder lange Zeit nur als Stadt des Theaters, der Oper und der Musik gesehen, aber es ist jetzt auch eine Stadt der bildenden Kunst geworden. Es gibt einen Run auf Ausstellungen, es gibt neue Museen. Gerade vor wenigen Tagen wurde das neue, zu den Bundesmuseen gehörende 21er-Haus beim zukünftigen Hauptbahnhof, eröffnet. Die Lange Nacht der Museen bringt Massen in die Museen. Es gibt eine Vielzahl und eine große Qualität in der Galerienlandschaft. Vergangenes Wochenende sehr erfolgreich: Vienna Galerie Weekend, eine Demonstration für die zeitgenössische Kunst. Es gibt mehrere internationale Kunstmessen, insbesondere die Viennafair, und mit dem Erfolgsprojekt KÖR haben wir zeitgenössische Kunst in den öffentlichen Raum gebracht.

Erfolge in der bildenden Kunst gibt es auch in den eigenen Einrichtungen der Stadt Wien. Ich erwähne drei: Das Wien Museum, das in den letzten Jahren ein großartiges neues Profil als neues, zeitgemäßes Stadtmuseum entwickelt hat, das MUSA, wo die Sammlung der Stadt Wien präsentiert wird, wo es aber auch eine Stadtgalerie für Ausstellungen junger bildender KünstlerInnen gibt; dort ist auch die Heimstätte der Artothek.

Der dritte Bereich ist die Kunsthalle Wien, vor 15 Jahren als Schaufenster der zeitgenössischen Kunst gegründet. Sie wurde immerhin in „The New York Times“ als das Mekka der Kunst bezeichnet. Die Kunsthalle Wien zeigt genau jene Kunst, die sonst in Wien nicht zu sehen ist, mit einer Reihe von Eigenproduktionen, derzeit zum Schwerpunkt Mode und Fotografie. Diese Eigenproduktionen der Kunsthalle Wien gehen dann ins Ausland und nicht umgekehrt! Wir kaufen nicht im Ausland ein, wir produzieren und geben ins Ausland, wie beispielsweise die Ausstellung von Keith Harings Frühwerk, die Ausstellung über „Female Pop Art“ und die Ausstellung der iranischen Künstlerin Shirin Neshat.

Man könnte über die Erfolge der Wiener Kultur lange reden. Ich verweise nur darauf, dass mein Kollege Peko Baxant noch zu den Bereichen Film, Musik und Wissenschaft ausführlicher Stellung nehmen wird. Ich komme zum Schluss zu einem Bereich, der uns als Sozialdemokratie besonders wichtig ist, nämlich Kultur für alle, die Breite und die Vielfalt in der Kunst und Kultur, die Kunstvermittlung und die bessere Zugänglichkeit von Kunst und Kultur für alle Menschen in Wien.

2011 ist das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit. Ich möchte daher heute in diesem Debattenbeitrag insbesondere die vielen Tausend Ehrenamtlichen in der Kulturarbeit vor den politischen Vorhang bitten. Es gibt hunderte Vereine in dieser Stadt, hunderte Initiativen, die großartige Arbeit leisten. Diese Arbeit ist nur möglich durch das Engagement von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen, von vielen Tausend Menschen in dieser Stadt.

Drei Beispiele. Bezirksmuseen: In den 23 Bezirksmuseen und 5 Sondermuseen arbeiten 400 Ehrenamtliche. Sie erreichen mit ihrer Arbeit 10 000 bis 15 000 BesucherInnen im Jahr, und das bei freiem Eintritt, und machen die Bezirksmuseen nicht nur zu einem Ort der Sammlung, der Aufarbeitung und Präsentation lokaler Geschichte, sondern auch zu Kulturstützpunkten in den Bezirken, die unter anderem viele Ausstellungen und zusätzliche Konzerte organisieren und durchführen.

Träger der dezentralen Kulturarbeit in Wien ist das neue Volksbildungswerk, die neue Basis.Kultur.Wien, mit neuem Namen, mit neuen Ideen, mit viel neuem Programm und viel neuem Schwung. In der Basis.Kultur.Wien sind 343 Vereine organisiert, in 8 Fachgruppen, mehr als 1 500 MitarbeiterInnen sind in diesen 343 Vereinen ehrenamtlich tätig. Sie organisieren fast 1 500 Veranstaltungen, erreichen über 115 000 BesucherInnen, und zwar ohne „Wir sind Wien.Festival der Bezirke“, das da nicht mitgerechnet wurde.

Der dritte Bereich, wo viele Ehrenamtliche wichtige Kulturarbeit in Wien leisten, sind die interkulturellen Vereine. Insgesamt wurden im letzten Jahr von der MA 7 155 interkulturelle Vereine gefördert, mit einer Summe von über 700 000 EUR des Kulturbudgets, mehr als 1 000 Veranstaltungen wurden erreicht. Das alles wurde ermöglicht durch hunderte ehrenamtlich tätige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesen interkulturellen Vereinen.

Gerade diese vielen interkulturellen Aktivitäten sind für uns ein wichtiger Teil der Wiener Kultur. Diese interkulturellen Aktivitäten sind für uns eine Bereicherung der Kultur und der Gesellschaft und nicht eine Bedrohung, wie man uns immer einzureden versucht. Daher ist die besondere Förderung und die viel bessere Sichtbarmachung der interkulturellen Arbeit ein Schwerpunkt der rot-grünen Kulturpolitik in den kommenden Jahren.

Ich möchte allen danken: den ehrenamtlich in der Kulturarbeit Tätigen, in den vielen Vereinen. Ich möchte allen Kunst- und Kulturschaffenden dieser Stadt danken. Ich möchte allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stadtratbüros, der Magistratsabteilungen 7, 8 und 9, des Wien Museums, der Wiener Festwochen und aller anderen kulturellen Institutionen, die die Wiener Kultur ausmachen, danken. Sie sind großartige, engagierte und kompetente MitarbeiterInnen und MitstreiterInnen der Kultur in Wien. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Das Kulturbudget 2012 mit 229 Millionen EUR ist jedenfalls eine gute Basis, den Erfolgsweg der Kulturstadt Wien weiterzugehen und weiterzuentwickeln. Wir werden diesem Budget zustimmen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Ing Mag Dworak.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Zuerst zum Herrn Kollegen Woller. Klar, das Budget dürfte offensichtlich ein Traumbüchel sein, denn unter Post 3710, Filmförderung, kann man 690 000 EUR weniger finden als im Jahr vorher, und das sind unserer Meinung nach noch immer 15 Prozent. Vielleicht ist das woanders versteckt, das kann schon sein, aber vom Budgetansatz heißt es eine Kürzung der Filmförderung von 15 Prozent.

Zum Thema Vereinigte Bühnen muss ich natürlich sagen: Toll! Die 4 Millionen EUR, die wir sukzessive abgebaut haben, nämlich von über 40 Millionen EUR, das ist nicht zuletzt auf Grund der Opposition in den letzten Jahren passiert. Da waren die GRÜNEN genauso beteiligt wie die FPÖ und wir, indem wir dauernd darauf hingewiesen haben, dass dieser Moloch Vereinigte Bühnen zu viel Geld braucht; und schlussendlich ist es eben gelungen, diesen Ansatz durchzusetzen.

Zum Thema Bezirksmuseen – ich kann da nur ein, zwei Themen herausnehmen –: Ich finde es toll, dass es trotz des Budgets so viele Freiwillige gibt; denn das Budget für die Bezirksmuseen ist, glaube ich, seit mindestens sieben Jahren um keinen Cent angehoben

worden. Ja, ich bin sehr dafür, dass die vielen Freiwilligen vor den Vorhang gebeten werden, aber der Herr Stadtrat und die MA 7 haben nichts dazu beigetragen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zum Ansatz, dass es mehr Geld gibt: Also wir sehen, dass es um 2,8 Prozent gekürzt worden ist. Ich rechne die Fremdenverkehrsförderung heraus, denn die ist größtenteils gegenfinanziert. Wie bekannt ist, gehe ich von 214 Millionen EUR im Voranschlag 2011 aus, der reduziert sich auf 208 Millionen EUR im Voranschlag 2012. Also das ist für mich eine Reduktion von 2,8 Millionen EUR. *(GR Ernst Woller: Sie können ja nicht jedes Mal bei einem Match die Spielregeln ändern!)* – Das ist, was schwarz auf weiß im Budget steht. Ich kann ja nicht andere Zahlen annehmen als jene, die ich dort vorfinde, oder? *(GR Ernst Woller: Der Tourismus war seit Jahrzehnten Teil des Kulturbudgets!)* – Das habe ich aber auch schon voriges Jahr herausgenommen und gesagt, das ist gegenfinanziert, das kann man nicht normal zum Kulturbudget nehmen. Aber, und das möchte ich schon sagen, Faktum ist, dass eine große Zahl von Kulturinstitutionen im nächsten Jahr mit massiven Einschränkungen rechnen wird müssen; während für die GRÜNEN, für neue Kulturaktivitäten, die kein Mensch in Wien braucht, offensichtlich Geld vorhanden ist.

Ich möchte mich heute eigentlich näher mit dem Zustand der Wiener Museen beschäftigen beziehungsweise mit den Kontrollamtsberichten zum Wien Museum und zum Hofpavillon. Teil 1, Wien Museum, wurde vor zirka einem Monat herausgegeben, Teil 2 wurde vorige Woche diskutiert, Teil 3 wird die Hermesvilla sein, und Teil 4 wird im nächsten Herbst das Depot sein. Für alle vier Objekte gilt leider Gottes: Eine Katastrophe! Das Wien Museum ist in einem bedenklich schlechten Zustand, das wissen alle, die diesen Bericht gesehen haben. Es ist kein Wunder, dass der Herr Direktor Kos die Flucht nach vorne angetreten und ein neues Wien Museum verlangt hat.

Er hat den Kontrollamtsbericht aus dem Jahre 2006 gekannt, in dem bereits von Gefahr in Verzug für das Depot gesprochen wird, er kennt auch die außen sichtbaren Schäden der Hermesvilla. Auch der Hofpavillon, von dem Sie wissen, dass er in den letzten Tagen immer wieder genannt worden ist, ist kein Ruhmesblatt für die Politik in dieser Stadt. Auch wenn es beim Hofpavillon heißt, dass die Wiener Linien eine Kindesweglegung machen, gehört er bekannterweise der Stadt Wien, und die Stadt Wien hat diese Objekte zu erhalten. Bei der Hermesvilla gilt das für das Umweltressort von Ulli Sima, wobei die Leute vom Umweltressort ebenso versuchen, das Ganze zu schieben. Diese vier Objekte sind unser aller, der Wienerinnen und Wiener, kulturelles Erbe.

Super, dass im rot-grünen Koalitions пакт vom Neubau des Wien Museums gesprochen wird, man spricht sogar von einem Leuchtturmprojekt; aber offenbar gibt es kein Geld für die Sanierung des Wien Museums, geschweige denn für einen Neubau. Da läuft vieles schief, meine Damen und Herren!

Wenn der Herr Stadtrat anfänglich von 30 bis 70 Millionen EUR für einen Neubau des Museums spricht, gibt es das schon wieder billiger. Bevor noch die Planungen für das Museum in der Öffentlichkeit bekannt geworden sind, hat man schon wieder von Reduktion gesprochen. Das bestehende Wien Museum hat rund 6 000 m² Ausstellungsfläche. Ursprünglich hat man mit dem zirka Doppelten gerechnet, jetzt reduziert man es schon wieder um mehr als 20 Prozent. – Meine Damen und Herren, das ist keine Politik, das ist Chaos in der Kulturpolitik!

Was rund um dieses Wien Museum passiert, ist unserer Meinung nach dilettantisch und einer Weltstadt wie Wien unwürdig. Wenn der Herr Stadtrat davon spricht, dass man keinen Protzbau wolle, klingt das eher nach Ratlosigkeit in Anbetracht von leeren Kassen. Zuerst sprach man von einem Leuchtturmprojekt, jetzt verabschiedet man sich fast von einem Neubau. Bevor noch Konzepte über Inhalte und Form breit diskutiert wurden, auch wenn man von mehr als einer Übersiedlung oder einer Neuaufrichtung träumte, wollte man eine publikumswirksame, zeitgemäße und innovative Dauerausstellung machen, und dann hat man von einem inneren Neubau gefaselt. Meine Damen und Herren, bedenken Sie, dass das Kellergeschoß des bestehenden Wien Museums unbrauchbar ist! Wenn das Museum nicht saniert wird, wird es über Jahre zugesperrt werden müssen und wir werden gar kein Museum haben!

Kommen wir zum nächsten Problem. Im Depot liegen 1,5 Millionen Kunstschatze. Da ist Gefahr in Verzug, diese Kunstschatze sind äußerst schlecht untergebracht und man hat in Wien nichts gemacht. Man plant derzeit auch keinen wirklichen Schritt. Während der Bund in Himberg ein neues Depot für das Kunsthistorische Museum errichtet hat, hat man in Wien nichts gemacht.

Zu diesem dilettantischen Projekt des Neubaus kommt die Tatsache dazu, dass im Vorjahr das Wien Museum um 5 Prozent weniger Budget bekommen hat und im nächsten Jahr um 2,5 Prozent weniger Budget bekommen wird. Da frage ich mich langsam wirklich, ob man das Wien Museum auf diese Art aushungern will; abgesehen davon, dass nicht einmal die kostenlosen Eintritte der Jugendlichen bis 19 Jahren abgegolten worden sind.

Die Museumspolitik des Herrn Stadtrats ist offenbar endgültig gescheitert. Weder ist der finanzielle Rahmen für die nächsten Jahre gesichert noch sind die Projekte Neubau beziehungsweise Sanierung oder Ergänzungsbau des Wien Museums am Karlsplatz auf Schiene. Auch das Depot ist nicht vorhanden. Die Öffentlichkeit wird mit diesen offenbaren Planungsfehlern regelmäßig zum Narren gehalten, meine Damen und Herren, und unser kulturelles Erbe geht immer mehr dem Bach hinunter.

Offene Baustellen, wohin man schaut. Da wäre die Sanierung der Konstruktion der Wiener Symphoniker mit ihrer Vereinslösung, wo in der Vereinsbilanz ein Verlust von mehr als 50 Millionen EUR ausgewiesen ist, wobei nicht klar ist, wie viel die Symphoniker im nächsten Jahr

an zusätzlichen Mitteln abseits der Basisvergütung von 12,7 Millionen EUR brauchen werden. Die Stadt Wien übernimmt zwar die Kosten für die Pensionszahlung jener Orchestermitglieder, die nach dem Dienstrecht der Beamten entlohnt sind, aber trotzdem ist eine operative Lösung für die Symphoniker nicht in Sicht. Es wird nicht reichen, einen neuen Geschäftsführer beziehungsweise einen neuen Chefdirigenten ab der Saison 2014/2015 mit Philippe Jordan einzusetzen. Es müssen unserer Meinung nach kreative Lösungen für das operative Geschäft gefunden werden. *(Zwischenruf von GR Mag Klaus Werner-Lobo.)* Kreative Lösungen? Das habt ihr von der Regierung zu verantworten und nicht wir von der Opposition. Ob es sich nämlich um die Quersubventionen handelt, die ... *(GR Mag Klaus Werner-Lobo: Machen Sie doch einen Vorschlag!)*

Wir sind Opposition, ihr seid Regierung. *(GR Mag Klaus Werner-Lobo: Und das heißt, Sie müssen nicht arbeiten?!)* Ihr müsst entscheiden, wie die Lösungen ausschauen. Wir können nur aufzeigen, dass es derzeit keine Lösung gibt. *(GR Ernst Woller: Wieso sollten wir die ÖVP wählen? – GR Mag Klaus Werner-Lobo: Sie haben keinen Vorschlag!)* Es gibt hier von unserer Seite den Wunsch nach kreativem Vorschlag. Es gibt unsererseits beispielsweise den Vorschlag einer Betriebsgesellschaft, das ist aber bis heute nicht erfolgt. Es gibt also Vorschläge.

Dass dem Herrn Direktor Thomas Drozda der Vertrag als Geschäftsführer der Vereinigten Bühnen freihändig verlängert worden ist, ist unserer Meinung nach nicht in Ordnung. *(GR Mag Klaus Werner-Lobo: Was Ihrer Meinung nach nicht in Ordnung ist, wissen wir jetzt!)* Bekannterweise hat er als Einziger gesagt, dass sein Vertrag öffentlich ausgeschrieben werden muss. *(Zwischenruf von GR Mag Klaus Werner-Lobo.)* Nein, ich will nicht, dass ihr den Vertrag von Herrn Drozda freihändig verlängert, bevor noch der Vertrag abgelaufen ist, das ist das zentrale Thema! *(Beifall bei der ÖVP.)* Nein wirklich, das ist absurd!

Bei den Wiener Festwochen hat es einen tadellosen Vorschlag und eine tadellose Lösung gegeben. Da gibt es Verträge für drei Jahre – tadellos, in Ordnung, eine super Sache, glaube ich. Warum nicht beim Herrn Drozda? Will man nicht, dass er abwandert oder etwas anderes? *(GR Ernst Woller: Weil er vier Jahre gute Arbeit gemacht hat!)* Ja, aber der Vertrag ist noch nicht einmal abgelaufen! Man verlängert einen Vertrag erst wenn er abläuft und nicht Jahre vorher! *(GR Ernst Woller: Sie stellen Anträge für Fünfjahrespläne!)* Ich habe keine Anträge für Fünfjahrespläne gestellt, Sie verwechseln offensichtlich die Parteien. Ich glaube, dass Fünfjahrespläne in den Zeiten des Kommunismus ein Thema waren, aber nicht jetzt. *(GR Kurt Wagner: Wieso wollen Sie keine längerfristige Budgetplanung?)* Aber für fünf Jahre?! Fünfjahrespläne hat es vor etlichen Jahren jenseits des Eisernen Vorhangs gegeben!

Die ÖVP bekennt sich zu den Wiener Künstlerinnen und Künstlern. Diese wirklich tollen Künstler haben tolle Performance in dieser Stadt gemacht, und das trotz StR Mailath-Pokorny und seinem Team!

Ich möchte noch einen Beschlussantrag zum Otto-Wagner-Spital einbringen, betreffend die zukünftige Entwicklung rund um die geplante Bebauung des Areals des Otto-Wagner-Spitals, und zwar zusammen mit meinen Kolleginnen Ing Isabella Leeb und Mag Barbara Feldmann. Wir stellen folgenden Beschlussantrag:

„Die Stadt Wien bekennt sich dazu, dass jedwede weitere Planungen, Entwicklungen und Bebauungen des Areals des Otto-Wagner-Spitals, die über das derzeit in Bau befindliche Rehabilitationszentrum hinausgehen, gestoppt werden. Eventuelle Neuplanungen werden zukünftig nur mehr in Abstimmung mit der Wiener Bevölkerung und unter der besonderen Rücksichtnahme dieses kultur- und naturhistorischen Gebiets und unter Einbeziehung der verkehrstechnischen Situation rund um dieses Gebiet vorgenommen.“

In formeller Hinsicht fordern wir die sofortige Abstimmung.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aus den erwähnten Gründen werden wir dem Budget nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als nächste Rednerin hat sich Frau GRin Dr Kickert zu Wort gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Dr Jennifer **Kickert** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

In meiner ersten Rede hier im Gemeinderat möchte ich mich mit einem Thema vorstellen, das mir ganz besonders am Herzen liegt, nämlich mit der Sanierung der jüdischen Friedhöfe Wiens und hier ganz im Speziellen mit der Sanierung des jüdischen Friedhofs in Währing. Diejenigen, die bereits länger Mitglieder dieses Gremiums sind, werden dieses Thema schon kennen, vielleicht sogar als geradezu unendliche Geschichte. In dieser unendlichen Geschichte gehe ich nur zirka zehn und dreiviertel Jahre zurück, nämlich zum Jänner 2001, dem Zeitpunkt, zu dem sich Österreich mit der Unterzeichnung des Washingtoner Abkommens verpflichtet hat, die jüdischen Gräber in diesem Land zu sanieren und zu pflegen.

Schon bei der Unterzeichnung gab es die Idee der Einrichtung eines Fonds, gespeist aus Mitteln des Bundes, der Länder, möglicherweise auch der Kommunen und anderer GeldgeberInnen. Diese Idee hat sicherlich nicht zufällig Ähnlichkeit mit der Lösung in Deutschland – eine Lösung, die es nota bene schon seit 1957 gibt.

Fast ein Jahrzehnt hat es dann gedauert, bis Ende 2010 mit dem Bundesgesetz über die Einrichtung des Fonds zur Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe in Österreich eine notwendige Voraussetzung und die Grundlage dafür geschaffen wurden, dass die wesentlichsten Schritte zur Umsetzung der 2001 eingegangenen Verpflichtungen erfolgen können. In der Zwischenzeit ist natürlich auch einiges passiert, unterschiedlichste Ansätze und Bemühungen, die vom Verfall bedrohten Friedhöfe und in diesem Sinne vor allem auch den jüdischen Friedhof in Währing zu retten. Ich erwähne nur einige.

Zum Beispiel im Jahr 2003 und den darauffolgenden

Jahren setzte sich Kurt Scholz, damals Restitutionsbeauftragter der Stadt Wien, für die Rettung des Friedhofs ein und initiierte beispielsweise eine große Sanierungsaktion zur Beschneidung der Bäume und anderen Bewuchses durch das Stadtgartenamt. Einige Jahre später gab es viele kleine Initiativen, zum Beispiel durch das Bezirksmuseum Währing – die Bezirksmuseen sind ja schon von meinen VorrednerInnen angesprochen worden –, aber auch sehr viele private Initiativen. Seit 2006 hat sich mein Kollege Marco Schreuder ebenfalls stark gemacht für die Rettung des Friedhofes. Er wird Ihnen in diesem Sinne ja noch ein Begriff sein.

Ich habe Ihnen diesen kleinen historischen Überblick gegeben, weil es mir eine ganz große Genugtuung ist, darauf hinzuweisen, dass nach Stockerau in Niederösterreich und Deutschkreutz im Burgenland auch Wien einen ersten und gar nicht unbedeutenden Schritt zur Sanierung des Jüdischen Friedhofs Währing setzen wird.

Nächste Woche wird im Gemeinderatsausschuss für Kultur und Wissenschaft der Akt zur Sanierung des Friedhofswärterhäuschens behandelt. Es geht dabei um die Instandsetzung und den Umbau eines Gebäudes vom Architekten Joseph Kornhäusel.

Ganz nebenbei: Joseph Kornhäusel ist ein hervorragender Architekt der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewesen und einer der wichtigsten Vertreter des Klassizismus, unter anderem auch der Architekt der Hauptsynagoge in der Seitenstettengasse. Mit dem Beschluss dieser Subvention nächste Woche wird die Stadt Wien deutlich machen, dass es ihr mit der Erhaltung eines der wesentlichsten kulturhistorischen Denkmäler der Stadt Wien sehr ernst ist.

Mit der Sanierung des Friedhofswärterhäuschens allein ist es aber noch bei Weitem nicht getan. Wir werden als Standortgemeinde für fünf jüdische Friedhöfe in Wien eine Instandhaltung all dieser Anlagen nach der Sanierung garantieren. Ebenso werden wir eine sinnvolle Abfolge diverser Sanierungsschritte erarbeiten.

Gemeinsam mit dem Koalitionspartner, im Speziellen mit meinem Kollegen Peter Florianschütz, werden wir diese nächsten Schritte dazu setzen. Ich möchte Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, dazu einladen, dieses Projekt zu unterstützen; damit aus dieser Geschichte, die vielleicht als Neverending Story begann, doch noch eine große Erfolgsgeschichte der Stadt Wien werden könnte. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Nachdem Kollege Ebinger gemeint hat, er sei bekannt dafür, dass er seine Reden kurz hält, möchte ich darauf hinweisen, dass ich das tatsächlich mache. Mir bleiben noch 9 Minuten und 25 Sekunden, um nur einen Hinweis auf seine Rede zu geben. Ja, die IG Kultur wird bei der Erarbeitung der Agentur für Zwischennutzung einbezogen. Sie ist einbezogen und sie wird auch weiterhin einbezogen sein. Keine Sorge, es wird ein gutes Ding werden. – Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr Frigo. Ich erteile es ihm.

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Ich möchte kurz zu der Zusatzsubvention für die Wiener Symphoniker Stellung nehmen. Die Wiener Symphoniker benötigen eine erste Zusatzsubvention von 700 000 EUR, sie haben aber schon 12 Millionen EUR bekommen. Nun habe ich gehört, diese Mittel werden zur Auszahlung der Gehälter und Pensionen benötigt, und zwar sofort, da sonst der Weihnachtsabend für die Symphoniker karg aussieht. Wieso, meine Damen und Herren, haben die Symphoniker ein eigenes Pensionssystem? Ich denke, es sollte an der Zeit sein, dass man das überdenkt und die Symphoniker zum Beispiel in das Pensionssystem der Gemeinde Wien anbindet.

Die zweite Bemerkung, die ich zu dieser Subvention machen möchte, ist ein Statement, das ich im „Standard“ vom 29./30. Oktober 2011 von dem neu eingesetzten Geschäftsführer Johannes Neubert gelesen habe, nämlich zu dem Thema Marketing. Er sagt selbst: „Womit alles anfängt, ist Qualität, erst dann kann das Marketing ansetzen. Mir ist auch die Musikvermittlung wichtig, da muss manches passieren.“ Auf die Frage: „Muss gespart werden?“ antwortet Herr Neubert: „Da sehe da keinen Spielraum mehr, es sei denn, man geht an die Substanz.“ Weiter werden Neuberts Worte wie folgt zusammengefasst: „Eher müsse man schauen, dass der Bereich Tournee nicht zu kurz kommt. Auch für die Position zu Hause ist das wichtig. Man muss ‚draußen‘ etwas darstellen, um hier etwas zu gelten.“

Dazu möchte ich kurz kommentieren: Ich glaube, dass gerade im Musikgeschäft, das ein sehr hartes Geschäft ist, das Marketing das Um und Auf ist; und ich denke, dass die Wiener Symphoniker so einen Dilettantismus nicht verdient haben. (*Beifall bei der FPÖ.*) Meine Damen und Herren! Tourneen scheinen Herrn Neubert am Herzen zu liegen, aber eine Tournee ohne Marketing wird floppen. Das gilt offensichtlich auch für die derzeitige USA-Tournee des Orchesters, wo es, wie man liest, insgesamt 20 000 Zuhörer gab – eine Zahl, die in den USA maximal ein Mittelmaß darstellt, würde ich meinen. Ich vermute stark, dass diese Tournee gegen Ende des Jahres eine zweite Zusatzsubvention verursachen wird.

Meine Damen und Herren, so geht es nicht! Marketing sollte kein Fremdwort für die Wiener Symphoniker sein, sondern ein Muss, um in die schwarzen Zahlen zu kommen. – Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Baxant. Ich erteile es ihm.

GR Petr **Baxant** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Frau Vorsitzende! Liebe Menschen, die uns jetzt noch über das Internet zusehen!

Ich möchte mit einem kleinen schönen Zitat von Johann Wolfgang von Goethe beginnen. Er sagte Folgendes: „Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines

Lied hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich zu machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen.“

Goethe hat dies alles nicht gesagt, weil es so schön klingt, sondern er war ein Weltverbesserer. Er wollte sich nicht mit dem Status quo zufriedustellen. Er war ein zutiefst politisch denkender Mensch, der von der Möglichkeit einer Entwicklung überzeugt war, und davon, dass man sich mit der Ungerechtigkeit, der geistigen Faulheit und mit dem Schlechten an sich nicht abfinden sollte. Er war überzeugt von der Möglichkeit einer Entwicklung des einzelnen Menschen, also des Individuums, sowie eines sozialen Ganzen, einer Gesellschaft oder, wenn Sie so wollen, eines sozialen Organismus.

Aber der Glaube war ihm zu wenig. Er forderte den Fortschritt auch konkret ein. Goethe meint, dass die Entwicklungen des Individuums einerseits sowie jene des sozialen Organismus andererseits nicht nur Möglichkeiten sind, an die man glauben kann, sondern historische Notwendigkeit. Wenn Goethe einfordert, dass wir „alle Tage wenigstens ein kleines Lied hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich zu machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen“, dann verstehe ich das als klaren Auftrag, Kunst und Kultur zu leben, und zwar so oft es geht, so intensiv wie möglich, möglichst jede Gelegenheit zu nutzen, im Interesse des menschlichen Fortschritts.

Goethe war ein Humanist. Dass wir auf der einen Seite Kunst schaffen und auf der anderen Seite Kunst rezipieren können, das sind die wahren Königsdisziplinen des Menschen. Denn ob exzellente technische Meisterleistungen, ob medizinische Entdeckungen oder Innovationen im IT-Bereich – nichts vermag uns Menschen so sehr in unserem innersten Menschsein zu berühren wie ein kleines Lied, ein gutes Gedicht, ein treffliches Gemälde und als Krönung all dessen ein gutes Gespräch.

Warum erzähle ich das alles? Was haben Goethe und dieses Zitat mit der Wiener Kulturpolitik zu tun? Ich glaube, sehr vieles! Wien ist nämlich schlicht und einfach der Ort, wo all das, was Goethe fordert, möglich ist; wo es von der Politik eingefordert wird, wo der ständige Kontakt, der Austausch und der Dialog stattfindet. Die Wiener Kulturpolitik agiert als ständige Antreiberin. Sie stellt sich der Kultur nicht in den Weg, sondern sie hält sie im Fluss.

Meine Damen und Herren! Die Wiener Kulturpolitik forciert den Wandel und muss deswegen fortgeschrieben werden. Ich möchte gleich anhand von einigen Lebensfeldern verdeutlichen, warum ich dieser Meinung bin, aber vorher möchte ich das Verhalten der Opposition ein bisschen hinterfragen. Ich weiß – und das hat auch Kollege Ebinger schon angesprochen, nämlich in einem Nebensatz –, dass es zum parteipolitischen Einmaleins gehört, dass eine Opposition gegen Regierungsentwürfe stimmen muss. Aber das muss auch nachvollziehbar und argumentierbar sein!

Das heißt, auch wenn ich nicht eurer Meinung bin, muss ich verstehen, warum ihr ablehnt – und da gibt es

Unterschiede zwischen den zwei Oppositionsparteien. Die eine Opposition bringt nachvollziehbare Argumente ein, mit denen man sich auseinandersetzen kann; und, Sie werden sich wundern, das ist nicht die ÖVP, sondern das ist die FPÖ und im Speziellen Kollege Ebinger. Ich bin der Nächste, der den Kollegen Ebinger positiv hervorstreicht. Wir sind vielleicht in vielerlei Hinsicht nicht derselben Meinung, aber es findet im Gegensatz zur ÖVP ein Austausch statt. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Und die ÖVP ... Kollege Ernst Woller hat sich in der letzten Legislaturperiode oft den ÖVP-Kulturexperten, Kultur-Gemeinderat Salcher zurückgewünscht; weil in der ÖVP schon damals, in der letzten Legislaturperiode, so wenig kulturpolitisches Verständnis da war. Und ich frage, was ist jetzt? Ich behaupte, es ist überhaupt kein kulturpolitisches Verständnis mehr da. Es ist absolute Wüste, kein Interesse an Kultur, Kunst und Wissenschaft. Es ist keine ideologische Auseinandersetzung zu spüren. Man merkt das auch jetzt an der Nichtanwesenheit vieler ÖVP-Gemeinderäte. *(Zwischenruf von StR Mag Manfred Juraczka.)*

Ihnen ist Kultur vollkommen wurscht. Ihr einziges parteipolitisches Interesse im Bereich Kultur ist anscheinend, genügend Geld für das Stadtfest zu lukrieren – nicht einmal das haben Sie geschafft –, und aus. Das ist eben diese kulturpolitische Wüste, auch das muss dargestellt werden. Deswegen muss ich Folgendes feststellen – und ich hätte mir nie gedacht, dass ich diesen Satz je aussprechen würde –: Die FPÖ ist durch Herrn Ebinger heute in kulturpolitischen Fragen relevanter als die ÖVP. *(Beifall von GR Mag Wolfgang Jung.)*

Ebinger schafft es immerhin, einen japanischen Kampfhund in der Kulturdebatte zu platzieren – dazu gehört schon ein bisschen was. Dass die FPÖ heute in kulturpolitischen Fragen relevanter und interessanter ist als die ÖVP, ist eigentlich eine sehr traurige Angelegenheit für eine ehemalige Kulturstadtratsfraktion wie die ÖVP.

Somit kann man nur zu einem Schluss kommen: Angesichts der katastrophalen Leere bei der Opposition und – du entschuldigst, Herr Kollege Ebinger, eine Schwalbe macht noch keinen Sommer *(GR Heinz Hufnagl: Eine Blaumeise, heißt das!)* – angesichts dieser Lehre, dieser Ideen- und Ideologielosigkeit und auch angesichts dieser Verantwortungslosigkeit ist Rot-Grün nicht nur notwendig, sondern für das Kultur- und Geistesleben dieser Stadt überlebenswichtig.

Ja, meine Damen und Herren, Rot-Grün ist gut für Wien. Sie sehen es auf der Straße und es ist tatsächlich wahr. Rot-Grün steht nämlich für Dynamik, Fortschritt und etwas, das ich Lebensnähe nenne. Nehmen Sie etwa den Bereich Kino und Film her. Der Wiener Kinostandort wurde vor wenigen Jahren buchstäblich vor dem Tod gerettet. In anderen Städten wurden Stadt- und Programmkinos reihenweise zugesperrt, privatisiert, in Garagen oder Einkaufshäuser verwandelt; und in Wien stehen sie immer noch, und das ist ja nicht selbstverständlich.

Liebe angebliche Wirtschaftspartei ÖVP! Der freie

Markt, dem Sie so anhängen, hätte unsere Wiener Kinos längst aufgeessen. Er hätte sie mit seiner unsichtbaren Hand zerquetscht und entwürdigt. Durch die öffentliche Hand konnten unsere Kinos jedoch gerettet werden, und diese rettende öffentliche Hand war geleitet von einer sozialdemokratischen Idee.

Und was macht Rot-Grün heute? Kollege Klaus Werner-Lobo hat es schon angesprochen: Wir ruhen uns nicht aus auf dem Erreichten, wir müssen weitermachen, auch im Interesse von hunderttausenden filmbegeisterten Wienerinnen und Wienern, die alle gemeinsam eines lieben: gute, anspruchsvolle, geistvolle Filme, die nicht den kurzfristigen Erfolg am Markt im Fokus haben, sondern ihren Beitrag zum humanistischen Fortschritt leisten wollen, jeder Film auf seine ganz eigene Art und Weise.

Die Digitalisierung macht auch vor unseren Kinos nicht halt. Klaus hat schon angesprochen, dass wir die Digitalisierung und somit den Fortbestand der Wiener Kinotradition über eine Ausschüttung von 150 000 EUR bewerkstelligen. Ich finde, das sind einige gute Argumente dafür, dass Sie dem Kulturbudget zustimmen könnten. Vorher habe ich kein einziges gehört, warum Sie das nicht wollen. Kollege Ebinger hat wenigstens gesagt, für ihn geht ein bisschen zu wenig weiter. Bei Ihnen habe ich absolut nichts mitbekommen, kein einziges Argument, dabei habe ich genau aufgepasst.

Ein Beispiel noch aus dem Filmbereich – ein ganz kleines, aber ein sehr wichtiges: In Tschechien, vor allem in Prag, ist in den letzten Jahren eine sehr interessante Jugendbewegung entstanden, die sich „Jeden svět“ nennt, das heißt „die eine Welt“. Sie ist jetzt zu uns herübergeschwappt, bei uns heißt sie „One World Filmclubs“. Junge Menschen organisieren sich selbstständig, schauen sich Dokus an, bilden sich dabei und reden über die Inhalte.

Das klingt vielleicht noch nicht sehr spektakulär, ist aber angesichts unseres Bildungssystems von zentraler Bedeutung. Angesichts eines Bildungssystems, welches zu früh und sehr brutal selektiert und fast ausschließlich nach den Interessen einer ÖVP-dominierten Lehrgewerkschaft funktioniert; angesichts eines Bildungssystems, das uns garantiert die Letztplatzierungen in sämtlichen internationalen Bildungs-Rankings beschert; angesichts eines Bildungssystems, welches den Fokus im überwiegenden Großteil darauf legt, brave, unkritische und fleißige Produktions- und Konsumptionseinheiten für den kapitalistischen Kreislauf zur Verfügung zu stellen; angesichts eines Bildungssystems, das so sehr entmenschlicht ist, dass einem schlecht wird; und angesichts eines Bildungssystems, das Generationen von jungen Menschen Chancen auf Aufstieg und ein selbstbewusstes und selbstbestimmtes Leben nimmt, nur damit die eigene Klientel, wieder aus Sicht der ÖVP gesehen, hinter der sich die FPÖ in Bildungsfragen ja versteckt, nicht mit dem sozialen Mittelmaß oder gar der sozialen Unterschicht in Berührung kommen muss – also angesichts eines solch beschämenden Bildungssystems bin ich sehr dankbar für Initiativen wie „One World

Filmclubs“.

Nun gilt es eben noch, in diesem und im nächsten Jahr die finanzielle Zukunft sicherzustellen; und ich glaube, das sollte klappen – angesichts des sehr erfolgreichen ersten Jahres dieser Initiative.

Frau Kollegin Leeb hat angesprochen, dass wir im Wissenschaftsbereich nichts weiterbringen. Ich möchte da nicht lange herumreden, nur ein paar Zahlen, Daten, Fakten: 43 Prozent der österreichischen Forschungsausgaben werden in Wien und von Wien ausgegeben, 150 Millionen EUR von Wien für die Forschungsförderung, 163 000 Studierende in Wien, 34 000 ForscherInnen in unseren Forschungseinrichtungen. Wir bekommen eine neue WU mit 90 000 m² für 25 000 StudentInnen. Die Forschungsquote liegt in Wien bei 3,2 Prozent, das ist weit über dem EU- beziehungsweise Barcelona-Ziel. Wien wird ständig mit Wissen durchflutet – das ist dem Stadtrat so wichtig, und ich stehe vollkommen dahinter –, zum Beispiel mit unseren Wiener Vorlesungen oder mit Kriterien für Forschungsförderungen.

Jetzt komme ich auch schon zu meinem letzten Punkt, nämlich zur Musik. Das ist meiner Meinung nach der wichtigste Punkt, weil Wien eigentlich immer schon, traditionellerweise europa- und weltweit die Musikstadt war, und sie ist immer noch Musikstadt von Weltrang. Die Verantwortung von uns KulturpolitikerInnen besteht meines Erachtens darin, die Qualität der Musikstadt Wien auch in Zukunft zu erhalten und auszubauen. Mit anderen Worten, Geschichte verpflichtet, in der Gegenwart Maßnahmen zu setzen, damit die Zukunft genauso gut klingt wie die Vergangenheit.

Da geht es ganz konkret nicht nur um politische Maßnahmen, sondern auch um eine ganz neue Wertschätzung den Wiener Musikerinnen und Musikern gegenüber. Wo und wie auch immer sie wirken, ob auf der Straße als StraßenmusikerInnen, als SchlagzeugerInnen im Proberaum, als ProgrammiererInnen in den eigenen vier Wänden oder als BratschistInnen in einem Konzerthaus, sie alle sind Teil eines Ganzen, das sich Musikstadt Wien nennt. Und wir von der Politik haben sie zu unterstützen: von ihrer frühkindlichen Ausbildung an über Proben und Auftrittsmöglichkeiten, Tourförderung, genügend Airplay im Radio bis zur sozialen Absicherung als Musikerinnen und Musiker.

Ich weiß, dass vieles davon Bundesmaterie ist. Das darf aber trotzdem kein Grund sein, in dieser Hinsicht nicht wesentliche Anstrengungen zu unternehmen, denn es steht nicht mehr oder weniger auf dem Spiel als der Ruf der Musikstadt Wien. Da ist nicht nur, wie es Kollege Dworak gesagt hat, die Regierungskoalition am Wort, sondern natürlich sind auch Sie eingeladen, sich diesbezüglich einzubinden.

Ich wollte noch einige konkrete Beispiele bringen, die veranschaulichen, dass wir uns nicht ausruhen, dass Röt-Grün an der ständigen Weiterentwicklung der Musikstadt Wien arbeitet und den Musikstandort Wien weiterhin absichern möchte; aber angesichts der vorgeschrittenen Zeit erwähne ich stichwortartig nur drei

wichtige und über die Grenzen dieses Landes bekannte Festivals, nämlich Wien Modern, das Popfest Wien am Karlsplatz, sowie, ganz neu, Waves Vienna. Diese Festivals begeistern Hunderttausende, vorwiegend junge Menschen. Ich bin zum Beispiel sehr froh, dass Wien Modern heuer eine zusätzliche Förderung von 30 000 EUR bekommt. Das ist nicht selbstverständlich. Übrigens: Es ist auch nicht selbstverständlich, dass wir nächstes Jahr mehr Geld für Kultur haben werden als noch letztes Jahr.

Damit komme ich auch schon zu meinem Dank, nämlich an die verantwortlichen BeamtInnen, an die MitarbeiterInnen der Magistratsabteilungen und vor allem an den Kulturstadtrat sowie auch an unsere Koalitionspartner und im Speziellen an Klaus Werner-Lobo für die gute Zusammenarbeit!

Budgetpolitik funktioniert vor allem in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, in Krisenzeiten, wie elektrischer Strom: Sie geht immer den Weg des geringsten Widerstandes. In Wien ist das aber anders, und ich danke all jenen, die dafür sorgen, dass der Weg des geringsten Widerstandes nicht über die Kultur läuft. In diesem Sinne wünsche ich noch einen schönen Abend. Ich persönlich kann diesem Budgetentwurf reinen Gewissens zustimmen und würde Sie auch darum bitten, sich das zu überlegen. – Danke sehr. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Meyer. Ich erteile es ihr.

GRin Uta **Meyer** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren! Das heutige Thema ist mir sehr ernst. Es ist die rot-grüne Kulturpolitik – ein spannendes Thema für Leute, die sich gerne mit kleinen, unscheinbaren Dingen befassen. Aber je länger man sich mit dem Thema befasst, desto deutlicher wird der Befund. Es gibt viel, ja viel zu viel, rote Kulturpolitik in Wien! Dafür sind Sie, Herr Stadtrat, zum Ritter für Kunst und Literatur geschlagen worden. Ich erlaube mir, Ihnen zu gratulieren.

Es springt aber einen noch die rote Hegemonie aus jenen Ecken und Ritzen an, wo es etwas zu verteilen gibt. Noch immer gibt es ihn, den alten sozialistischen Verschwendungssaurier, während rundherum die Meteoriten des Neokapitalismus einschlagen. Grüne Kulturpolitik hingegen ist das Schweigen im Walde. Grüne Kulturpolitik ist ein kultureller wie politischer Rohrkrepierer. Grüne Kulturpolitik ist Naschmarktpolitik, also Multikulti-Ideologie, die mit etwas Folklore bedacht wird. Kurzum: Grüne Kulturpolitik ist ein empirisch leerer Begriff, ein urbaner Mythos, ein Bassenagerücht. Wo es viel Platz gäbe, grüne Ideen aus Oppositionszeiten umzusetzen, herrscht heute betretene Stille und geistige Verlorenheit. Auch auf diesem Feld zeigt sich, dass die GRÜNEN in den Schoß zurückgekröchen sind, der sie einst gearb, nämlich in den Schoß der sozialistischen Mutterpartei. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wie sollte man Ihre Profillosigkeit sonst deuten, meine Damen und Herren? Sie verraten sogar ihr Konzept der Integration. Was Sie keinem Zuwanderer zumuten, ist heute ihr tägliches politisches Brot, die

totale Assimilation. Was unterscheidet die Wiener GRÜNEN noch von der SPÖ? Dass Frau Vassilakou griechische Verhältnisse in Wien ansteuert? – Sicher nicht. Selbst dieser Kurs drückt keine persönliche Note aus, sondern grünen Opportunismus vor Prinzipientreue.

Erst am Samstag ist in der „Presse“ ein Interview mit Frau Vassilakou erschienen, das zitierenswert ist. In diesem Interview bezeichnet sie die teuren Parkgebühren nicht als Geldbeschaffungsmaßnahmen, sondern als Verkehrslenkungsmaßnahmen. Das ist ja noch grün gedacht und grün gesprochen. Geht es um die Diskriminierung der Autofahrer, stehen immer noch die ideologischen Motive im Vordergrund und nicht die finanziellen, da kann der Haushalt noch so krachen! *(Zwischenruf von GR Ing Christian Meidlinger.)*

Ja gleich, kommt alles gleich. Überraschender ist, was Frau Vassilakou für einen Hauptgrund für die Wiener Budgetmisere hält. Das ist ein Interview aus der „Presse“, das können Sie wörtlich nachlesen. Auf die Frage: „Wien bekommt besonders viel Geld aus dem Finanzausgleich. Warum reicht das nicht?“ Antwort: „Bei ständig wachsender Bevölkerung ergeben sich allein aus der Neubautätigkeit horrenden Kosten.“ Da muss man sich fragen: Wie kann das sein, dass eine wachsende Bevölkerung horrenden Kosten verursacht, wodurch die Geburtenrate hierzulande stagniert, ja sogar rückläufig ist? Oder spricht sie nur eine Wahrheit aus, die man weiter hinterfragen muss?

Nicht nur hinterfragen, sondern jedem Wiener mitteilen muss man jedenfalls ihre Antwort auf die Frage der „Presse“, wo gespart werden solle. Frau Vassilakou: „Es wird gespart. Ich nenne exemplarisch die Wiener Gesundheitsreform.“ Man muss sich diese Antwort auf der Zunge zergehen lassen! Das Erste, das den GRÜNEN einfällt, wenn es ums Sparen geht, ist die Gesundheit. Hier zeigt sich einmal mehr, dass grün-roter Sozialismus wenig mit sozial zu tun hat und schon gar nicht mit human. Da darf einen der AKH-Skandal, der in unserer Stadt zum Himmel schreit und sich zum Super-GAU des Wiener Gesundheitswesens ausweitet, nicht länger wundern. *(GR Ernst Woller: Wie lang ist das her?)* Sie können nach mir reden. Soll ich auf das Thema AKH-Skandal näher eingehen? *(GR Ernst Woller: Wann war der AKH-Skandal? Im letzten Jahrhundert!)*

Was den GRÜNEN hingegen wichtig ist, Sie wissen das, ist die Neugestaltung der Mariahilfer Straße oder der Straßenbau für die Seestadt Aspern. Diese Projekte seien substanziell und müssen finanziert werden, so meint die Frau Vizebürgermeisterin. Daran sieht man, was der SPÖ und den GRÜNEN wichtiger ist als das Leben und die Gesundheit der Wiener: Es ist das Wohnumfeld ihrer Genossen! Aber man erkennt noch etwas anderes. So wenig wie es eine rot-grüne Kulturpolitik gibt, so wenig gibt es eine rot-grüne Gesundheitspolitik.

Das Einzige, was diese Stadt seit einem Jahr sieht, ist eine präpotente rot-grüne Menschenverachtung. „Die Intellektuellen sind noch arroganter als die Reichen.“, schrieb der französische Schriftsteller Charles Pierre Péguy. – Gemessen an Ihrer Arroganz, müssten die

GRÜNEN sehr intellektuell sein, nur spiegelt ihre Politik das nicht wider! *(Beifall bei der FPÖ.)* Das einzige Schauspiel, das die GRÜNEN zur Zeit bieten, ist das Streicheln der Hände, von denen sie bereitwillig gefüttert werden.

Die GRÜNEN haben den Happen Festival von der SPÖ vorgeworfen bekommen und ihn sofort aufgenommen. Welch ein Besinnungsumschwung! In der Opposition haben die GRÜNEN all die Jahre das Donauinselfest und das Stadtfest als versteckte Parteienförderung kritisiert. Jetzt will man von einem Subventionsentzug plötzlich nichts mehr wissen. Ganz im Gegenteil: Obwohl nicht im Regierungsübereinkommen paktiert, hat man ein neues Festival geschaffen, nämlich die „Wienwoche“. Die „Wienwoche“ soll sein, was für die ÖVP das Stadtfest und für die SPÖ das Donauinselfest ist, kurzum eine Parteienförderung neben der Parteienförderung. *(GR Ernst Woller: Das stimmt bei allen Festen nicht!)*

Es stimmt alles. Jetzt sag ich Ihnen noch, Sie haben heuer ... Ich will mich nicht verbreitern, der Kollege Ebinger hat das alles schon ausgeführt. Aber es gibt eine Geschäftsführung, die ausgeschrieben ist, die Entscheidung soll bis Jahresende fallen. Ich bin gespannt, ob es eine faire, objektive Personalauswahl geben wird, aber ich glaube, das wird ein frommer Wunsch bleiben.

Von der FPÖ und den GRÜNEN wurden die Festivals stets kritisiert. Sie stellen einen Subventionsmissbrauch dar, der gestoppt werden muss. Es ist dringlicher, menschlicher und jedenfalls kultivierter, das Geld für soziale Zwecke auszugeben. Laut Bericht leben in Wien 3 000 Kinder auf der Straße. Sie brauchen unsere Hilfe! Ausgebildete Erzieher und Wohnmöglichkeiten sind bereitzustellen, um diesen Kindern eine Zukunft zu bieten. Wir hätten eben doch das Kinderheim auf der Hohen Warte nicht verkaufen dürfen, das würden wir jetzt ganz dringend brauchen!

Manchmal geraten eben, „Panem et Circenses“, Mittel der Politik zueinander in Widerspruch. So sind Spiele dann obszön, wenn die Schwächsten sich ihre Mahlzeiten stehlen müssen oder sich prostituieren müssen, um zu überleben. Solange diese Kinder nicht versorgt sind, gibt es nichts zu feiern, schon gar nicht auf grünen Wienwochen. Wien war eine so gut verwaltete Stadt! Die Freiheitlichen werden dafür Sorge tragen, dass das wieder so sein wird! – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Frank. Ich erteile es ihr.

GRin Henriette **Frank** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es wurde heute in der gesamten Kulturdebatte nicht ein einziges Mal das Wort Altstadterhaltung verwendet. Wir reden hier über alles Mögliche, Musicals, Theater, Konzerte, aber das Wort Altstadterhaltung ist uns offenbar nicht wichtig genug, um auch nur erwähnt zu werden, und das Budget beziehungsweise der Voranschlag spiegelt das deutlich wider. Noch im Jahr

2009 konnten wir über zirka 7 Millionen EUR verfügen. In diesem Voranschlag sind es gerade einmal 3,24 Millionen EUR. Dabei müssen wir aber schon bedenken, dass gerade im Bereich der Altstadterhaltung sehr viele Arbeitsplätze gesichert werden und dass, wie wir heute gehört haben, trotz der Krise ein Zuwachs an Touristen zu verzeichnen ist, und das ist eben nicht nur auf Grund von Theater und Musik, sondern vor allem auch auf Grund der imperialen Kultur der Fall.

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz** (*unterbrechend*): Darf ich die werten Abgeordneten und GemeinderätInnen bitten, ein bisschen leiser zu sein, damit auch die letzten Redner und Rednerinnen die Gelegenheit haben, ihre Rede hier ordentlich abzuführen! Ich bitte vor allem die hinteren Ränge um Ruhe! Bitte horcht zu oder geht hinaus!

GRin Henriette **Frank** (*fortsetzend*): Frau Dr Neugebauer vom Bundesdenkmalamt hat gemeint, dass der Grund für die Tendenz, wieder Echtholzböden statt Laminat zu verlegen, darin liegt, dass es in einer schnelllebigen Zeit wieder ein Bedürfnis nach Beständigkeit und Identität gibt. Und ich meine, genau diese Identität ist mit unserer gebauten Kultur verbunden, der wir wirklich ein bisschen mehr Geld zuordnen könnten.

Herr Stadtrat! Wie Sie wissen, haben wir auf Jahre hinaus das Altstadterhaltungsbudget bereits besetzt. Alles, was wir jetzt vergeben können – und ich meine, 3 Millionen EUR sind wirklich kein Höhepunkt! – geht schon sehr weit nach hinten und ist in den nächsten Jahren überhaupt nicht tragend.

Es gäbe aber in dieser Stadt genug zu tun. Denken wir etwa an diesen Otto-Wagner-Pavillon: Auch wenn er den Wiener Linien gehört, so ist dieser doch ein Kulturjuwel von Otto Wagner, wo man sich auch durchaus von Seiten der Kultur einbringen kann.

Es wurde jetzt ein Teil dieser ganzen Mausoleen auf dem Zentralfriedhof restauriert, es gibt aber auch dort noch viel zu tun.

Die Bezirksmuseen befinden sich in einem derartigen Zustand, dass ich sagen muss, sie können ihre Exponate sicherlich nicht sehr freundlich zur Schau stellen, und das, obwohl diesfalls die Geschichte und das Bild einer ganzen Stadt, aufgeteilt nach einzelnen Grätzeln, wiedergegeben werden.

Es gäbe wirklich genug zu tun, wir bräuchten nur die entsprechenden Mittel.

Daher meine ich, Herr Stadtrat, dass man für die Zukunft dieses Budget wieder entscheidend aufstocken muss! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Ellensohn. Ich erteile es ihm.

GR David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

Ich habe jetzt zwei Tage sehr aufmerksam gelauscht, um mir ein Bild zu machen, denn die Frage ist ja immer: Überzeugt die Regierung die Opposition oder umgekehrt hinsichtlich ihres Abstimmungsverhaltens? – Mir sind jetzt vor allem Worte aufgefallen, die nicht verwendet wurden. Das wäre wahrscheinlich etwas für eine

Germanistin oder einen Germanisten auf der Uni. Ich habe zum Beispiel das Wort Ortsbildpflege, oder das Wort fürderhin vermisst. (*Zwischenruf von GRin Henriette Frank.*)

Aber das Wort ist hier nie gefallen! Da gehen Leute heraus und halten fest, welche Wörter in den letzten zwei Tagen gesagt wurden und dass da unglaubliche Sachen dabei sind. (*GR Armin Blind: Es liegt an Ihnen, das zu ändern!*) Niemand hat aber in den letzten zwei Tagen beispielsweise Bankerldrücker gesagt, und niemand hat über das Oktoberfest gesprochen. Das ist ja unglaublich!

Am leichtesten wäre es, dass diejenigen, die über etwas reden wollen, auch darüber reden. Herausgehen und sagen, die anderen haben nicht darüber geredet, ist meiner Meinung nach nämlich ein ganz witziger Zugang!

Ich möchte aber ein paar inhaltliche Punkte anmerken.

Es fällt immer wieder auf, dass die Leute hier herinnen einander nicht gut zuhören, und das macht es ein bisschen schwer, am Schluss abzustimmen und es richtig zu machen. Herr Dworak hat auf einen Zwischenruf betreffend mehrjährige Pläne gesagt, dass es im Kommunismus Fünfjahrespläne gab. – Ich möchte jetzt, damit alle wissen, worüber sie nachher abstimmen, festhalten, dass es gewisse Anträge gibt: Ich weiß nicht, ob die Herren und Damen, die die Anträge stellen, sich in der Tradition der Sowjetunion oder von Kolchosen und Fünfjahresplänen sehen. So hat aber zum Beispiel Herr Stark von der FPÖ unter anderem von einem fünfjährigen Finanzplan für die Stadt Wien gesprochen. (*GR Johann Herzog: Ja sicher!*) Das hätte Ihnen auffallen können: Fünfjähriger Finanzplan für die Stadt Wien. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Herr Jung fällt wahrscheinlich auch nicht in die Kategorie, die Herr Dworak meint. Auch er hat aber von einem fünfjährigen Finanzplan für die ausgegliederten Bereiche der Stadt Wien gesprochen. Ich sage es deswegen, weil man seitens der ÖVP vorher gesagt hat, wie furchtbar es ist, dass von Fünfjahresplänen die Rede ist. – Daher bin ich ganz gespannt auf das Abstimmungsverhalten, und ich möchte dazu beitragen, dass alle auch so abstimmen, wie sie hier sprechen. Sonst würde das ja nicht zusammenpassen!

Es gab einen fünfjährigen Finanzplan betreffend Projektgesellschaften von Herrn Mahdalik, einen fünfjährigen Finanzplan betreffend Wiener Wohnen von Frau Frank, einen fünfjährigen Finanzplan für den Fonds Soziales Wien von Herrn Frigo und einen fünfjährigen Finanzplan für die Wiener Museen von Herrn Ebinger. – 10 Prozent der Anträge in diesem Haus sind heute also Fünfjahrespläne. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das sind aber gescheite Anträge, im Gegensatz zu Ihren! – Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Das müssen Sie sich in der vereinigten Opposition ausmachen! Herr Dworak ist diesbezüglich anderer Meinung, weil er den Eindruck hat, dass Fünfjahrespläne ... (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Das müssen Sie sich untereinander ausmachen! Ich kann der FPÖ und der ÖVP nicht helfen, das müssen Sie sich untereinander ausmachen! (*GR Mag Johann*

Gudenus, MAIS: Stimmen Sie zu! Seien Sie vernünftig! Seien sie jetzt einmal gescheit!

Ich muss leider auch zwei Tage lang Rechenschwäche konstatieren. Ich versuche, das an Hand eines Beispiels zu zeigen. – Es wurden Summen genannt, wie sehr die WienerInnen belastet werden, und da wurde auf Teufel komm heraus zusammengerechnet. (*GRin Mag Dr Barbara Kappel: Haben Sie das jetzt nachgerechnet?*) Das ist leicht auszurechnen!

Wenn die FPÖ das ernst meint, was ich wohl annehmen muss, dann hat sie das durchgerechnet. Ich stelle mir jetzt einen FPÖ-Stammwähler, vor allem aber einen Funktionär oder Abgeordneten vor, wie es ihm gelingt, auf 500 EUR Belastung pro Jahr zusätzlich zu kommen. – Das geht schon, man muss sich aber bemühen.

Ich nehme also an, der Alltag eines durchschnittlichen FPÖ-Gemeinderates muss dann so ausschauen, dass er in der Früh aufsteht und duschen geht. (*GR Johann Herzog: Abwasser, Strom, Gas!*) Er lässt die Dusche selbstverständlich den ganzen Tag eingeschaltet, damit das Wasser den ganzen Tag rinnt. Dann geht er in die Küche und nimmt sich ein Glas Wasser, und selbstverständlich rinnt das Wasser 24 Stunden lang ununterbrochen, sonst geht sich das nämlich nicht aus!

Dann gehen Sie hinunter in die Parkgarage. Diese haben Sie aber nicht genutzt, denn obwohl Sie in der Parkgarage einen Platz haben, sind Sie natürlich draußen gestanden, damit Sie 2 EUR in der Stunde zahlen können, sonst geht sich das auch wieder nicht aus. Das ist auch nicht sehr clever, aber bitte. Dann fahren Sie ein paar Mal im Kreis, denn sonst geht sich die Belastung mit dem Benzin nicht aus. Dann fahren Sie irgendwo hin, wo Sie vielleicht ein Parkpickerl hatten, dort wird aber auch anderswo geparkt, damit man zahlen kann, denn sonst geht es sich auch nicht aus und so weiter.

Weiters haben Sie alle wahrscheinlich sieben Hunde daheim und keine Kinder. (*Heiterkeit bei GRÜNEN und SPÖ. – Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Nein! Sonst geht sich die Rechnung nicht aus, dass ein durchschnittlicher Haushalt – und das war es nämlich, was hier gesagt wurde! – 500 EUR zusätzlich verbraucht. (*Zwischenruf von GR Mag Johann Gudenus, MAIS.*) Weißt du, wie viele Stunden du für das Geld dein Auto irgendwo stehen lassen musst? (*Zwischenruf von GR Johann Herzog.*) Nein, das geht sich nicht aus!

Aber ich mache eine Gegenrechnung. Ich mache jetzt eine Gegenrechnung. Ich glaube, dass diese Summen nicht stimmen, sondern einfach gewürfelt werden nach dem Motto: Sagen wir halt 300 oder 500, das ist ohnedies wurscht. – Dieses Mal haben Sie halt 500 EUR pro Haushalt angenommen.

Eine Gegenrechnung: Nehmen wir jetzt einmal einen Haushalt im Bundesland Wien, in dem ein einziges Kind lebt, das in den Kindergarten geht. Es gibt ein paar solche Haushalte, es gibt welche mit zwei oder mehr Kindern, es gibt aber auch solche. Das Kind ist drei Jahre alt und geht in den Kindergarten. Das ist

heutzutage, relativ gesprochen, ein Normalzustand. In Wien ist der Kindergarten kostenfrei. (*GRin Mag Dr Barbara Kappel: Das ist aber nicht Ihr Verdienst!*)

In keinem ... (*Lebhafte Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Moment, Moment! Ich versuche ja nur, sozusagen den Rechenfehlern nachzuhelfen, die in den letzten zwei Tage gemacht wurden!

Jetzt bin ich in Niederösterreich oder – ist ja wurscht – in Kärnten oder in einem andern Bundesland. Auch dort habe ich das Kind im Kindergarten. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Machen wir eine einfache Rechenaufgabe: Nehmen wir jetzt einmal einen einfachen Preis an, der gar nicht stimmt, weil er zu niedrig ist, aber nehmen wir einmal an, dieses Kind kostet die Familie oder die Mutter oder den Vater im Monat 100 EUR. Das ist ein billiger Kindergarten, solche gibt es gar nicht überall! (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) 100 EUR sind viel zu billig, das gibt es gar nicht, der Kindergarten kostet 200 EUR im Normalfall, aber nehmen wir jetzt einmal 100 EUR an. Das Kind geht das ganze Jahr in den Kindergarten (*Zwischenruf von GR Mag Dr Alfred Wansch.*) Das ist ja nur eine Rechnung, es rentiert sich gar nicht, sich da aufzuregen! Ich rechne nur und addiere und subtrahiere. Ich mache gar nichts Schwieriges, keine Logarithmen oder Ähnliches. Herr Margulies stellt immer schwierige volkswirtschaftliche Rechnungen an, aber ich beginne bei den Basics! Das ist ganz normales Addieren! Das ist nämlich die Voraussetzung dafür, dass man Martin Margulies das nächste Mal versteht. (*Lebhafte Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Das ist ganz normales Addieren: Es sind 100 EUR im Monat. (*Die Mitglieder des FPÖ-Klubs verlassen den Sitzungssaal.*) Nicht so gut im Einstecken wie im Austeilen! Und ich bringe mein Beispiel ganz ohne Beleidigung! (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz** (*unterbrechend*): Moment! Nur damit das ganz klar ist: Ich weise darauf hin, dass Herr GR Rösch von der Fraktion der Freiheitlichen in der Gesundheitsdebatte nicht ein einziges Wort zur Gesundheit verloren hat. Ich habe das geduldet. Und daher dulde ich es auch, dass Herr Ellensohn jetzt frei spricht.

GR David **Ellensohn** (*fortsetzend*): Danke, Frau Vorsitzende. (*Beifall und Bravo-Rufe bei den GRÜNEN.*)

Jetzt aber im Ernst: Das Kind geht in den Kindergarten. Das kostet jeden Monat 100 EUR, in den Sommerferien kostet es 2 Monate nichts. Ich mache das deswegen einfach, damit es 10 Monate beim Multiplizieren sind. 10 mal 100 EUR macht 1 000 EUR. Aber sogar die höchste Zahl, die ich da gehört habe, war 500. 500 war das Höchste, was ich gehört habe!

Das bedeutet sogar im Hinblick auf die Rechnung der FPÖ, die hier angestellt wurde und die – freundlich ausgedrückt – sowieso übertrieben war, dass zumindest auch in Ihren Augen jede Familie ihr Kind im Kindergarten hat. Das sind ungefähr 15 000 pro Jahrgang mal 5 Jahre; wo es kostenlos ist, rechnen wir es lieber mit 200: Das sind dann sehr viele Jahre beziehungsweise Jahrzehnte, die es billiger wird. Wenn

ich das zusammenrechnen, bedeutet das in der Rechnung, die wir die letzten zwei Tage hier am Pult von der FPÖ, aber auch von der ÖVP gehört haben: Am billigsten, am günstigsten, am leistbarsten lebt jede Familie mit Kindern in Wien!

Das macht mich so sicher, und deswegen werde ich dem Budget nach diesen zwei Tagen mit noch größerer Begeisterung zustimmen als vorher. Sie haben mich überzeugt! ÖVP und FPÖ haben mich überzeugt: Rot-Grün macht es besser. – Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Herr StR Dr Mailath-Pokorny hat das Schlusswort.

Amtsf StR Dr Andreas **Mailath-Pokorny**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

Auf Facebook hat sich eine junge Frau zu Wort gemeldet und hat gefragt: Wer ist denn der Herr, der hinter der Rednerin – es war die Kollegin von der FPÖ, die jetzt nicht mehr da ist – gähnt? *(Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Das bin ich! Das sage ich mit schönem Gruß an die wenigen, die per Internet auch dieser Debatte folgen! Ich entschuldige mich dafür, aber das ist ja nur zu verständlich, weil die Beiträge der Opposition tatsächlich überhaupt nichts Neues gebracht haben und im Wesentlichen auch zur Kulturpolitik nicht sehr viel Erhellendes beigetragen haben.

Kollege Ebinger, den ich sonst sehr schätze, musste sogar die Hundezeitschrift „Wau“, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, bemühen, um auf seine Redezeit zu kommen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte trotzdem versuchen, ein ganz klein wenig abschließend zu ... *(GR Mag Gerald Ebinger: Sie heißt „Wuff“!) „Wuff“, nicht „Wau“, Entschuldigung! Ich danke für diesen Hinweis! (Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Ich möchte doch noch versuchen, ein klein wenig ernsthaft zu bleiben oder zu werden. Es geht um die Kultur in dieser Stadt, und ich glaube, wir sind uns alle einig – soweit ich das überhaupt verstehen konnte, was die Opposition gesagt hat –, dass die Kultur für diese Stadt eine ganz wesentliche Sache ist.

Die Fakten sind klar: Wir haben ein Budget vorgelegt, in dem die Kultur, und zwar jener Teil, der in meine Geschäftsgruppe ressortiert, mit 229,2, also knapp 230 Millionen EUR vorgesehen ist. Das ist eine leichte Steigerung von knapp 1,5 Prozent, und das ist, glaube ich, in Zeiten wie diesen durchaus etwas, was man herzeigen kann. Ich glaube, man sollte nicht vergessen, dass es auch andere Geschäftsgruppen gibt, in denen natürlich auch Kultur unterstützt und gefördert wird und dass das insgesamt ein sehr dichtes und auch sehr gutes Bild von Kultur in Wien ergibt.

Man sollte vielleicht auch darauf hinweisen, dass es in den vergangenen 10 Jahren eine Steigerung der Kulturmittel von über 40 Prozent gegeben hat. Das ist auch erwähnenswert: Ich kenne, soweit ich das bisher recherchieren konnte, keine andere große Stadt in Europa und auch in der Welt, in der so etwas

stattgefunden hat.

Und es hat in den letzten zehn Jahren tatsächlich etwas stattgefunden, was in Wien auch gute Tradition hat: Wir haben einerseits die traditionellen Kultureinrichtungen, die auch gefördert werden, und es gibt neue Entwicklungen. Gerade in den vergangenen drei, vier, fünf Jahren hat sich eine junge, sehr tolle Szene in Wien entwickelt. Es haben sich verschiedene Szenen in Wien entwickelt.

Nicht dass ich das automatisch auf die Fahnen der Kulturpolitik schreiben würde, aber ich verfolge sehr wohl die wichtigen Grundsätze der Kulturpolitik, einerseits dafür zu sorgen, dass es ausreichend materielle Mittel gibt, damit Kunst und Kultur in dieser Stadt gemacht werden können, zweitens aber auch dafür zu sorgen, dass es ein Klima der Offenheit, der Neugier und der Innovation in der Stadt gibt, was auch nicht selbstverständlich ist. – Ich erinnere jetzt nur an die vielen Zurufe, dass man gewisse Dinge nicht fördern soll, dass man Institutionen zusperren soll. Ich habe oft die Frage gehört: Warum gibt man für irgendetwas Geld aus, wenn es kritisch ist? – Auch all das kam schon von dieser Seite!

Dafür, dass wir Neues und Innovatives in dieser Stadt unterstützen und fördern wollen, gibt es aber auch Lob, und zwar internationales Lob. Schauen Sie sich die Zeitungen und die Medien an und versuchen Sie einfach einmal, auch die internationalen Medien und die Kritik zu verfolgen. Zumindest genauso wichtig, wenn nicht wichtiger, ist aber auch die Meinung der Wienerinnen und Wiener, die zu weit über 80 Prozent mit dem Kulturangebot in dieser Stadt zufrieden sind: Über 20 Millionen Besucherinnen und Besuchern nehmen jährlich dieses Kulturangebot wahr.

Ich glaube, insofern befinden wir uns auf einem sehr guten Weg, der mit diesem vorgelegten Budget auch fortgesetzt wird.

Lassen Sie mich dennoch nur ein paar Projekte in Erinnerung rufen, die wir im vergangenen Jahr auch im Zuge der neuen Zusammenarbeit auf Regierungsebene verwirklichen konnten.

Einerseits gab es das wirklich wichtige Projekt der Erneuerung und auch Neupositionierung des Jüdischen Museums, einer ganz wichtigen Kultureinrichtung in Wien, und zwar sowohl betreffend den Standort Dorotheergasse als auch betreffend den Standort Judenplatz. Das Museum wurde grundlegend erneuert: Es wurde personell, aber auch von seinem Standort her erneuert.

Weiters haben wir den ewigen Schandfleck Sofiensäle gemeinsam auch mit einer kulturellen Bespielung sozusagen wieder auf Schiene gebracht.

Wir haben, was auch ganz wichtig war im Hinblick auf die Aufarbeitung der Vergangenheit, die Restitution erweitert um den Zeitraum von 1934 bis 1938.

Es wurden ganz wichtige Personalentscheidungen getroffen, was gerade auch in der Kulturpolitik eine eminent wichtige Aufgabe ist, sei es, dass die Weichen für die Wiener Festwochen gestellt wurden, sei es, dass die Weichen für den Wiener Filmfonds gestellt wurden,

sei es aber auch, dass die Weichen gestellt wurden für das Museumsquartier. Auch für dieses haben wir gemeinsam mit dem Bund – und ich sage dazu, dass es eine hervorragende Zusammenarbeit, insbesondere mit Frau Bundesministerin Schmied, gibt – wichtige Personalentscheidungen treffen können.

Wir haben die Vermittlungsaktivitäten ausgebaut. Ich greife jetzt nur das große und wichtige Projekt der KulturlotsInnen heraus: Für dieses konnten wir das personelle Angebot um ein Drittel erhöhen.

Außerdem haben wir uns auch weiter mit dem Film- und mit der Kinosituation in der Stadt auseinandergesetzt und gemeinsam mit dem Bund eine, wie ich glaube, sehr gute Lösung getroffen, was die Digitalisierung der Kinos anbelangt. Damit konnten wir sicherstellen, dass es in der Stadt auch weiterhin diese Kinovielfalt gibt.

Viel haben wir uns vorgenommen gerade für dieses Budgetjahr, für das wir jetzt das Budget beschließen. Einerseits – das wurde angesprochen und ist natürlich ein ganz wichtiges Projekt – geht es um das Vorhaben betreffend das Wien Museum und das Depot. Ich habe immer gesagt, dass es selbstverständlich wichtig ist und darauf ankommt, dass wir die Planungen sorgsam und ausreichend durchführen und dass wir gemeinsam mit den verschiedenen Magistratsdienststellen und den Betroffenen das Vorhaben auch entsprechend vorbereiten. Das geschieht. Wir werden mit Jahresende die Entscheidungsgrundlagen haben und dann tatsächlich das weitere Vorgehen beschließen können. – Haben Sie keine Angst! Beides bleibt auf der Tagesordnung, beides ist ein ganz wichtiges Vorhaben.

Wir haben uns vorgenommen, dass wir uns auch die Theaterlandschaft wieder gemeinsam anschauen. Der Anlass dafür ist schlicht und einfach die Tatsache, dass die längerfristigen Förderungen auslaufen. Das heißt, wir brauchen spätestens mit dem Jahr 2013 die neuen Konzeptförderungen. Das nehmen wir zum Anlass, uns anzuschauen, was die Theaterreform tatsächlich in der Praxis bewirkt hat. Ich glaube, es war sehr viel Positives. Aber es ist dennoch eine gute Zeit, sich nach fünf, sechs Jahren gemeinsam anzuschauen, in welche Richtung die Wiener Bühnen im Off-Bereich in den nächsten Jahren gehen.

Die Vereinigten Bühnen werden mit Sicherheit im nächsten Jahr auch personell neu aufzustellen sein. Beide sehr erfolgreichen Intendanten haben sich neue Aufgaben gesucht. Das ist letztendlich auch ein Kompliment für die Vereinigten Bühnen. Der Musical-Bereich wird schneller nachzubesetzen sein als der Opernbereich. Aber auch da sei einmal gesagt: Wir haben endlose Debatten über die Frage der Vereinigten Bühnen in diesem Haus geführt. Insbesondere von der Opposition wurde immer wieder vorgeworfen, dass die Vereinigten Bühnen schlecht liefen, dass das ein Grab sei und dass Geld hinausgeschleudert werden würde.

Ich stelle fest: Die Vereinigten Bühnen hatten in den vergangenen zwei Jahren die besten Jahre ihrer Existenz. Die Zuschauer kommen zu den Vereinigten Bühnen. Alle drei Häuser sind voll, was keineswegs

selbstverständlich ist. Alle drei Häuser sind durchgehend voll. Das Konzept, das wir uns seinerzeit bei der Neupositionierung der Vereinigten Bühnen überlegt haben, ist in den vergangenen zwei Jahren auch tatsächlich aufgegangen.

Hinzu kommt, und dazu muss man wirklich der Leitung der Vereinigten Bühnen gratulieren, dass sie seit dem Jahr 2008 um nahezu 10 Prozent weniger Förderung bekommen. Das ist eine ganz beträchtliche Summe, sie nehmen das aber hin, ohne zu jammern oder das an die große Glocke zu hängen: Es gibt keinen Personalabbau oder irgendwelche Reduktionen, und das Management ist sehr gut. – Ich meine, auch das ist ein Erfolg und auch das zeigt, dass man auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sehr gutes Theater machen kann. Dass all das nicht selbstverständlich und auf Dauer gesichert ist, liegt in der Natur der Sache. Kunst ist Risiko, und es wäre auch schade, wenn es nicht so wäre! Daher ist dieser Erfolg von Jahr zu Jahr aus Neue zu erarbeiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde von den Kollegen Ernst Woller und Klaus Werner-Lobo auch schon angesprochen, dass wir in verschiedenen Kultureinrichtungen Neuorganisationen vor uns haben, sei das nun die Kunsthalle, sei das die Kammeroper. Wir werden darüber zum geeigneten Zeitpunkt nicht nur berichten, sondern auch zu diskutieren haben.

Ein wichtiges Anliegen ist mir auch, dass wir uns – auch da in guter Zusammenarbeit mit dem Bund – die Koordination von kulturellen Aktivitäten im Ausland vorgenommen haben. Ich glaube, das ist eine wichtige und lohnende Aufgabe, weil sich Österreich vornehmlich und sehr gut über Kultur im Ausland präsentieren kann. Selbstverständlich müssen wir auch im nächsten Jahr dazu animieren, der Innovation und dem Neuen in der Kunst eine Bresche zu schlagen.

Wir hatten seit 2001 – das ist eine Zahl, die ich mir herausgesucht habe und die beeindruckend ist – 1 500 Uraufführungen und 500 Erstaufführungen in dieser Stadt. Wir haben mittlerweile Jahr für Jahr über 80 Festivals, und das ist, glaube ich, eine beeindruckende Zahl.

Lassen Sie mich nun den Kolleginnen und Kollegen von der Opposition ein, zwei Punkte sagen und richtigstellen, damit diese nicht im Raum stehen bleiben.

Es gibt selbstverständlich keine Kürzung der Filmförderung. Ich werde Ihnen gerne auch die Details erklären: Ein Teil der Filmförderung, nämlich der Fernsehfilmförderung und der Kinoförderung, geht in den Filmfonds und wird von dort verwaltet. Das bedeutet aber nicht, dass es deswegen weniger wird. Es wird nur in einer anderen Budgetpost aufgelistet.

Betreffend Symphoniker hatten wir, wie ich meine, eine sehr gute Diskussion im Ausschuss, wo wir versucht haben, die Situation der Symphoniker zu erklären. Ich hatte den Eindruck, dass das verstanden wird. Einmal mehr werden sie und auch die Amerika-Tournee hier öffentlich kritisiert. Ich schicke Ihnen gerne die Artikel beispielsweise der „New York Times“ zu, in welchen gesagt wird, dass die Konzerte der Symphoniker, die im

Übrigen mit Standing Ovations bedacht wurden, schwerlich übertreffbar waren. – So steht es jedenfalls in der „New York Times“.

Nun noch ein mir wichtiges Wort an die Kollegin Meyer: Ich weiß nicht, ob ich Sie richtig verstanden habe. Ich hoffe nicht! Aber wenn Sie hier einen Philosophen oder Schriftsteller mit den Worten zitiert haben, dass „die Intellektuellen arrogant“ seien, dann würde ich Sie sehr bitten, auch über Folgendes nachzudenken: Ich verstehe diese da offensichtlich durchscheinende Feindlichkeit gegenüber der Intellektualität bei Ihnen im Gesamten. Wir hatten das schon ein paar Mal. Ich würde mich da eher vorsichtig äußern, denn ich glaube, es steht Ihnen nicht gut an, zu behaupten – was immer Sie unter Intellektuellen verstehen –, dass Menschen, die nachdenken, zweifeln und sich Gedanken machen, auf Grund dessen allein schon arrogant sind. – Ich denke, mit dieser Behauptung stellen Sie sich selbst kein sehr gutes Zeugnis aus! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Meine Damen und Herren! Nun noch ein kurzes Wort zu Wissenschaft und Forschung: Diese Stadt ist nach Berlin der bedeutendste Forschungs- und Wissenschaftsstandort. Diese Stadt hat es auch in den vergangenen zwei Jahrzehnten unternommen, ihr Verhältnis zu den Universitäten, zu den Hochschulen, inzwischen auch zu den Fachhochschulen und zur Akademie der Wissenschaften grundlegend neu zu definieren. Und das wird von der Scientific Community in dieser Stadt auch anerkannt. Das wird auch von den Studierenden in dieser Stadt anerkannt.

Die Stadt tut sehr viel für ihre Universitäten. Ich möchte Ihnen den ganzen Katalog jetzt nicht aufzählen. Aber auch hier geht es darum, dass wir mit den Universitäten und den Forschungseinrichtungen in einen Dialog eintreten, und das tun wir auch. Das tun vom Bürgermeister abwärts alle, die wir auf unterschiedliche Art und Weise mit Wissenschaft und Forschung befasst sind.

Und die Ergebnisse lassen sich auch sehen. Sie werden niemanden im Universitätsbereich treffen, der nicht sagt, ja, diese Stadt unterstützt das, was die Universitäten tun, sei es, indem wir die Grundsteuer nachlassen, sei es, indem wir eigene Fonds einrichten, sei es, indem wir Partnerschaften mit der Akademie der Wissenschaften und mit einzelnen Instituten eingehen, sei es, indem wir einfach zuhören und uns auch gemeinsam Aktivitäten überlegen, wie wir Wissenschaft und Forschung in dieser Stadt unterstützen können.

Ich glaube daher, dass Wien ein sehr guter Partner ist, was den Wissenschaftsstandort anbelangt. – Ich möchte es damit eigentlich auch schon bewenden lassen. Ich glaube, dass das, was wir uns in vielen Einzelbereichen betreffend Wissenschaft und Forschung auch für die Zukunft vorgenommen haben, einen ganz wichtigen Weg beschreiten lässt.

Meine Damen und Herren! Ich möchte schließen.

Ich möchte mich jetzt noch herzlich sowohl bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Magistratsabteilungen als auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Büro bedanken. Beide, sowohl die

Abteilungen als auch mein Büro, leisten oftmals sehr weit über die bezahlten Stunden hinaus hervorragende Arbeit, und das sollte auch ein herzliches Dankeschön von unserer Seite zumindest einmal im Jahr auch an dieser Stelle hervorrufen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Das verdient auch wirklich Applaus! Ich danke sehr.

Ich bedanke mich auch beim Koalitionspartner für die konstruktive Zusammenarbeit und bin sicher, dass wir in den nächsten Jahren weiter sowohl für die Kultur als auch für die Wissenschaft in dieser Stadt einen sehr guten Weg einschlagen werden.

In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu diesem Budget. – Danke sehr. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zur Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Ich erkläre die Debatte zum Voranschlagsentwurf für das Jahr 2012 und zum Gebührenprüfungsantrag, das sind die Postnummern 1 und 2 der Tagesordnung, für geschlossen. Die Berichterstatterin, Frau Vizebürgermeisterin Mag Brauner, hat das Schlusswort.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Sehr geehrte Damen und Herren! Einen schönen guten Abend auch von meiner Seite!

Zwei Mal im Jahr versuche ich, mich über alle Fraktionsgrenzen hinweg beliebt zu machen und nicht eine zweistündige Abschlussrede zu halten.

Vielmehr beschränke ich mich darauf, zunächst im Sinne der Stadtverfassung darauf hinzuweisen, dass gemäß § 86 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien der Voranschlagsentwurf 2012 in der Zeit vom 9. November bis einschließlich 16. November dieses Jahres zur öffentlichen Einsicht aufgelegt ist. Ich darf Sie informieren, dass vom Recht der Einsichtnahme kein Mitglied unserer Gemeinde Gebrauch gemacht hat und logischerweise deswegen auch keine Stellungnahme abgegeben wurde.

Es bleibt mir daher nur mehr, Ihnen für die ausführliche Diskussion der letzten zwei Tage zu danken.

Nunmehr möchte ich den formellen Antrag auf Zustimmung zu den Anträgen auf den Seiten XIX bis XXII im Voranschlagsentwurf 2012 stellen. – Herzlichen Dank an Sie alle. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Ich unterbreche die Sitzung für die Beratung der Fraktionen für 15 Minuten.

(Die Sitzung wird von 20.32 bis 20.50 Uhr unterbrochen.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen!

Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit wir die Abstimmungen relativ konzentriert durchführen können.

Wir kommen nun zur Abstimmung, und zwar zuerst über die Postnummer 1 der Tagesordnung. Das ist der Entwurf des Voranschlags der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2012. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag zum Voranschlagsentwurf wurde nicht eingebracht. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderats, die

dem auf den Seiten XIX bis XXII des Voranschlagsentwurfes abgedruckten Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Danke. Der Antrag ist mit den Stimmen der Regierungsparteien so angenommen worden.

Bei Postnummer 1 kommen nun auch jene Anträge zur Abstimmung, die im Laufe der letzten beiden Tage eingebracht wurden.

Ich beginne mit Antrag Nummer 4: Das ist der Misstrauensantrag, der von der FPÖ gegen VBgmin Mag Vassilakou eingebracht wurde.

Hiefür wurde namentliche Abstimmung verlangt, und ich ersuche den Schriftführer GR Florianschütz, mit dem Vorlesen der Namen zu beginnen.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Dr Aichinger

GR Dkfm Dr Fritz **Aichinger** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Dr Aigner
GR Dr Wolfgang **Aigner** (Klubungebundener Mandatar): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Akkilic

GR Senol **Akkilic** (Grüner Klub im Rathaus): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Dipl-Ing Al-Rawi

GR Dipl-Ing Omar **Al-Rawi** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GRin Mag Anger-Koch

GRin Ines **Anger-Koch** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Baron

GR Karl **Baron** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Baxant

GR Petr **Baxant** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GRin Mag Berger-Krotsch

GRin Mag Nicole **Berger-Krotsch** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Blind

GR Armin **Blind** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GRin Bluma

GRin Susanne **Bluma** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Chorherr

GR Mag Christoph **Chorherr** (Grüner Klub im Rathaus): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Dadak

GR Michael **Dadak** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Deutsch

GR Christian **Deutsch** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Ing Mag Dworak

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Mag Ebinger

GR Mag Gerald **Ebinger** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Dr Eisenstein

GR Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Ekkamp

GR Franz **Ekkamp** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Ellensohn

GR David **Ellensohn** (Grüner Klub im Rathaus): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GRin Mag Feldmann

GRin Mag Barbara **Feldmann** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Flicker

GR Martin **Flicker** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GRin Frank

GRin Henriette **Frank** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Dr Frigo

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GRin Gaal

GRin Kathrin **Gaal** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Mag Gudenus

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (Klub der Wiener Freiheitlichen): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Guggenbichler

GR Ing Udo **Guggenbichler** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Haslinger

GR Gerhard **Haslinger** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GRin Hebein

GRin Birgit **Hebein** (Grüner Klub im Rathaus): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Herzog

GR Johann **Herzog** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Hofbauer

GR Manfred **Hofbauer**, MAS (Klub der Wiener Freiheitlichen): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GRin Mag Holdhaus

GRin Mag Karin **Holdhaus** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Holzmann

GR Ernst **Holzmann** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Hora

GR Karlheinz **Hora** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Hufnagl

GR Heinz **Hufnagl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Hursky
 GR Christian **Hursky** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Irschik
 GR Wolfgang **Irschik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Mag Jung
 GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GRin Mag Dr Kappel
 GRin Mag Dr Barbara **Kappel** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GRin Karner-Kremser
 GRin Waltraud **Karner-Kremser**, MAS (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Mag Kasal
 GR Mag Günter **Kasal** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GRin Dr Kickert
 GRin Dr Jennifer **Kickert** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GRin Klicka
 GRin Marianne **Klicka** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Kopietz
 GR Prof Harry **Kopietz** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Kops
 GR Dietrich **Kops** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GRin Korosec
 GRin Ingrid **Korosec** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Mag Kowarik
 GR Mag Dietbert **Kowarik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GRin Dr Laschan
 GRin Dr Claudia **Laschan** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GRin Ing Leeb
 GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: GR Lindenmayr
 GR Siegi **Lindenmayr** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
 Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GR Florianschütz
 GR Peter **Florianschütz** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*):

Nein.
 Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GRin Ludwig-Faymann
 GRin Martina **Ludwig-Faymann** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
 Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GR Mahdalik
 GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.
 Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GR Mag Maresch
 GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.
 Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GR Dipl-Ing Margulies
 GR Dipl-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.
 Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GRin Matzka-Dojder
 GRin Anica **Matzka-Dojder** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
 Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GR Dr Mayer
 GR Dr Alois **Mayer** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
 Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GR Ing Meidlinger
 GR Ing Christian **Meidlinger** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
 Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GRin Meyer
 GRin Uta **Meyer** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.
 Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GR Nepp
 GR Dominik **Nepp** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.
 Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GR Mag Neuhuber
 GR Mag Alexander **Neuhuber** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.
 Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GR Nevriyv
 GR Ernst **Nevriyv** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
 Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GR Niedermühlbichler
 GR Georg **Niedermühlbichler** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
 Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GRin Novak
 GRin Barbara **Novak** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
 Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GR Peschek
 GR Christoph **Peschek** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
 Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GRin Dr Pilz
 GRin Dr Sigrid **Pilz** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.
 Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GRin Mag Ramskogler
 GRin Mag Sonja **Ramskogler** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages*): Nein.

Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GR Mag Reindl
GR Mag Thomas **Reindl** (*Sozialdemokratische
Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*):
Nein.

Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GRin Reischl
GRin Hannelore **Reischl** (*Sozialdemokratische
Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*):
Nein.

Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GR Ing Rösch
GR Ing Bernhard **Rösch** (*Klub der Wiener
Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GRin Rubik
GRin Silvia **Rubik** (*Sozialdemokratische Fraktion des
Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GR Dipl-Ing
Schicker

GR Dipl-Ing Rudi **Schicker** (*Sozialdemokratische
Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*):
Nein.

Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GRin Schinner
GRin Katharina **Schinner** (*Sozialdemokratische
Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*):
Nein.

Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GRin Schrödl
GRin Karin **Schrödl** (*Sozialdemokratische Fraktion
des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GRin Schubert
GRin Ingrid **Schubert** (*Sozialdemokratische Fraktion
des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GRin Schütz
GRin Angela **Schütz** (*Klub der Wiener
Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GR Schuster
GR Godwin **Schuster** (*Sozialdemokratische Fraktion
des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GR Seidl
GR Wolfgang **Seidl** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*):
Ja.

Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GR Mag Spitzer
GR Mag Gerhard **Spitzer** (*Sozialdemokratische
Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*):
Nein.

Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GR Stark
GR Rudolf **Stark** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.
Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: Ist entschuldigt,
ist aber nicht gestrichen. GR Dipl-Ing Stiftner
GR Dipl-Ing Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der
Bundeshauptstadt Wien*): Ja.

Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GRin Mag
Straubinger

GRin Mag Sybille **Straubinger** (*Sozialdemokratische
Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*):
Nein.

Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GR Strobl
GR Friedrich **Strobl** (*Sozialdemokratische Fraktion
des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GR Dr
Stürzenbecher

GR Dr Kurt **Stürzenbecher** (*Sozialdemokratische
Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*):

Nein.

Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GR Dr Troch
GR Dr Harald **Troch** (*Sozialdemokratische Fraktion
des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GR Dr Ulm
GR Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der
Bundeshauptstadt Wien*): Ja.

Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GR Unger
GR Christian **Unger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*):
Ja.

Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GR Valentin
GR Erich **Valentin** (*Sozialdemokratische Fraktion
des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GRin Dr Vana
GRin Dr Monika Vana (*Grüner Klub im Rathaus*):
Nein.

Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GR Vettermann
GR Heinz **Vettermann** (*Sozialdemokratische
Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*):
Nein.

Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GRin Prof Dr
Vitouch

GRin Dr Elisabeth **Vitouch** (*Sozialdemokratische
Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*):
Nein.

Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GR Wagner
GR Kurt **Wagner** (*Sozialdemokratische Fraktion des
Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GR Walter
GR Norbert **Walter**, MAS (*ÖVP-Klub der
Bundeshauptstadt Wien*): Ja.

Schriftführer Mag Günter **Kasal**: GR Dr Wansch
GR Mag Dr Alfred **Wansch** Ja.

Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GRin Mag
Wehsely

GRin Mag (FH) Tanja **Wehsely** (*Sozialdemokratische
Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*):
Nein.

Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GR Mag
Werner-Lobo

GR Mag Klaus **Werner-Lobo** (*Grüner Klub im
Rathaus*): Nein.

Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GR Woller
GR Ernst **Woller** (*Sozialdemokratische Fraktion des
Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GRin Mag
Wurzer

GRin Mag Martina **Wurzer** (*Grüner Klub im Rathaus*):
Nein.

Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GR Mag
Wutzlhofer

GR Mag Jürgen **Wutzlhofer** (*Sozialdemokratische
Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*):
Nein.

Schriftführer GR Mag Günter **Kasal**: GRin Yilmaz
GRin Nurten **Yilmaz** (*Sozialdemokratische Fraktion
des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Das
Abstimmungsergebnis über diesen Misstrauensantrag
lautet: Es waren 97 Mandatare anwesend. Mit Ja haben

39 und mit Nein haben 58 abgestimmt. – Der Antrag ist damit abgelehnt. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Wir kommen nun zur Abstimmung der restlichen 68 Anträge.

Ich versuche, das Ganze wieder sehr konzentriert vorzutragen, damit wir es auch korrekt abhandeln können. – Ich sage dazu, dass ich bei den Geschäftsgruppen zuerst die gesamte Geschäftsgruppe nenne, aber in den Folgeanträgen dann immer nur die erste Bezeichnung der Geschäftsgruppe anführe, denn sonst wird es sehr zeitaufwändig.

Antrag Nummer 1, eingebracht von der ÖVP, betrifft die Schuldenbremse für Österreich. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird ausschließlich vom Antragsteller unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 2, eingebracht von der ÖVP, betrifft die Schwellenwertverordnung. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird vom Antragsteller allein unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 3, eingebracht von der FPÖ, betrifft den Tätigkeitsbericht des Wissenschafts- und Forschungsbeauftragten Univ-Prof Van der Bellen. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Die Regierungsparteien stimmten dagegen, damit hat dieser Antrag keine Mehrheit.

Antrag Nummer 5, eingebracht von der FPÖ, betrifft ein neues Wachzimmer am Praterstern. Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 6, eingebracht von der FPÖ, betrifft den Baustopp am Areal des Otto-Wagner-Spitals. Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von der FPÖ und Dr Aigner unterstützt und hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 7, eingebracht von der FPÖ, betrifft künftige Seniorentarife der öffentlichen Verkehrsmittel. Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 8, eingebracht von der FPÖ, betrifft neue Kurzparktarife. Auch diesbezüglich wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Auch dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 9, eingebracht von der ÖVP, betrifft die Schuldenbremse für Wien. Diesfalls wird die Zuweisung an die Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird vom Antragsteller allein unterstützt und hat

damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 10, eingebracht von der FPÖ, betrifft einen fünfjährigen Finanzplan Geschäftsgruppe FiWi für Wirtschaftsagentur und Wiener Arbeitnehmer Förderungsfonds. Ich ergänze, damit es korrekt ist: Für die Geschäftsgruppe FiWi für Wiener Wirtschaftsagentur und Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 11 wurde von der SPÖ und von den GRÜNEN eingebracht und lautet: „Ja zum Schuldenabbau und ein Ja zur Bewältigung der Finanzkrise.“ Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von den Regierungsparteien unterstützt und hat damit die ausreichende Mehrheit.

Antrag Nummer 12, eingebracht von der ÖVP, betrifft die jährliche Berichterstattung an den Gemeinderat über die zur Vermeidung der dauernden Dienstunfähigkeit gesetzten Maßnahmen. Diesbezüglich wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Diesen Antrag unterstützt der Antragsteller alleine und dieser hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 13, eingebracht von der ÖVP, betrifft Krankenstände. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Auch dieser Antrag wird ausschließlich vom Antragsteller unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 14, eingebracht von der ÖVP, betrifft ein neues Besoldungssystem. Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Diesen Antrag unterstützt nur der Antragsteller, und dieser hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 15, eingebracht von der ÖVP, betrifft die Schaffung einer Stadtwache für Wien. Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 16, eingebracht von der FPÖ, betrifft die Errichtung eines Trauerwaldes. Hier wird die Zuweisung an die Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 17, eingebracht von der ÖVP, betrifft Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat daher keine Mehrheit.

Antrag Nummer 18, eingebracht von der ÖVP,

gleicher Betreff mit dem Zusatz 2. Hier wird ebenfalls die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Auch dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 19, eingebracht von der FPÖ, betrifft einen fünfjährigen Finanzplan für die Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen und so weiter plus Novellierung der Stadtverfassung. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat keine ausreichende Mehrheit.

Antrag Nummer 20, eingebracht von der ÖVP, betrifft die signifikante Kürzung der Budgetmittel für den PID und eine Umschichtung der dadurch frei werdenden Mittel in Bildungsmaßnahmen. Die Zuweisung an die Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat damit keine ausreichende Mehrheit.

Antrag Nummer 21, eingebracht von der FPÖ, betrifft Pausensprache. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Auch dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 22, eingebracht von der FPÖ, betrifft wirksame Maßnahmen gegen Kindesmissbrauch und für effizienten Opferschutz; „bundesweite Kommission“. Es wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat damit keine ausreichende Mehrheit.

Antrag Nummer 23, eingebracht von der FPÖ, betrifft wirksame Maßnahmen gegen Kindesmissbrauch und für effizienten Opferschutz; „Verfahrensregeln“. Es wird auch diesfalls die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Auch dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat keine ausreichende Mehrheit.

Antrag Nummer 24, eingebracht von der FPÖ, betrifft wirksame Maßnahmen gegen Kindesmissbrauch und für effizienten Opferschutz; „Überprüfung von Bundes-, Landes-, Gemeinde- und Privateinrichtungen“. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Auch dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat keine ausreichende Mehrheit.

Antrag Nummer 25, eingebracht von der FPÖ, betrifft wirksame Maßnahmen gegen Kindesmissbrauch und für effizienten Opferschutz; „Einrichtung einer Plattform zur Verbesserung der Kooperationsformen“. Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 26, eingebracht von der FPÖ, betrifft wirksame Maßnahmen gegen Kindesmissbrauch und für effizienten Opferschutz; „Einrichtung einer Ombudsstelle“. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Auch dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 27, eingebracht von der FPÖ, betrifft wirksame Maßnahmen gegen Kindesmissbrauch und für effizienten Opferschutz; „Implementierung der Kinderrechte“. Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Auch dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat keine ausreichende Mehrheit.

Antrag Nummer 28, eingebracht von der FPÖ, betrifft wirksame Maßnahmen gegen Kindesmissbrauch und für effizienten Opferschutz; „Einführung von Kontrollmechanismen“. Es wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Auch dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 29, eingebracht von der FPÖ, betrifft wirksame Maßnahmen gegen Kindesmissbrauch und für effizienten Opferschutz; „Dienstvorschriften des Fachpersonals“. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Die Regierungsparteien unterstützen diesen Antrag nicht, und er hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 30, eingebracht von der FPÖ, betrifft wirksame Maßnahmen gegen Kindesmissbrauch und für effizienten Opferschutz; „regelmäßige Aus- und Weiterbildung für das zuständige Fachpersonal“. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Auch dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 31, eingebracht von der FPÖ, betrifft wirksame Maßnahmen gegen Kindesmissbrauch und für effizienten Opferschutz; „Aufhebung der Verjährungs- und Tilgungsfrist“. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Die Regierungsparteien unterstützen diesen Antrag nicht, und damit ist keine Mehrheit gegeben.

Antrag Nummer 32, eingebracht von der FPÖ, betrifft die Übertragung der Gemeinderats- und Landtagssitzungen im Fernsehen. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 33, eingebracht von SPÖ und GRÜNEN, betrifft Gewaltschutz und Missbrauchsprävention im Rahmen der Wiener Jugendwohlfahrt. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um

ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Antrag Nummer 34, eingebracht von SPÖ und GRÜNEN, betrifft die Wiener Jugendwohlfahrt. Auch hier wurde die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Antrag Nummer 35, eingebracht von der ÖVP, betrifft Personalmangel bei der Wiener Jugendwohlfahrt und beim Wiener Jugendamt. Diesfalls wird die Zuweisung an die Geschäftsgruppe Bildung, Jugend und so weiter verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Antrag Nummer 36, eingebracht von der ÖVP, betrifft verpflichtende Kinderschutz-, -fort- und -weiterbildung für MitarbeiterInnen in der Jugendwohlfahrt. Hier wird die Zuweisung an die Geschäftsgruppe Bildung, Jugend und so weiter verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Auch hier kann ich die Einstimmigkeit feststellen.

Antrag Nummer 37, eingebracht von der ÖVP, betrifft einen regelmäßigen - in Klammer: alle zwei Monate - Bericht der Sachverständigenkommission zur Untersuchung der Vorkommnisse im Kinderheim Wilhelminenberg an den zuständigen Gemeinderatsausschuss. Hier wird die Zuweisung an die Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Auch hier stelle ich die Einstimmigkeit fest.

Antrag Nummer 38, eingebracht von der ÖVP, betrifft Untersuchungskommission/Untersuchungsausschuss Wilhelminenberg. Hier wird die Zuweisung an den Herrn Bürgermeister verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat keine ausreichende Mehrheit.

Antrag Nummer 39, eingebracht von der FPÖ, betrifft die Ausweitung des Angebotes von geförderten sportmedizinischen Kursen, zum Beispiel Rückentraining und so weiter, für Bedienstete in Pflegeberufen. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Die Regierungsparteien unterstützen diesen Antrag nicht und hat dieser keine Mehrheit.

Antrag Nummer 40, eingebracht von der FPÖ, betrifft wirksame Maßnahmen gegen Kindesmissbrauch und für effizienten Opferschutz; „Skartierung aller Personalakten von Mitarbeitern“. Diesfalls wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Auch dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 41, eingebracht von der ÖVP, betrifft Bürgerbefragung zur Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung auf weitere Bezirke. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. –

Dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 42, eingebracht von der ÖVP, betrifft die im Zuge der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung auf weitere Bezirke notwendig gewordene Errichtung weiterer Garagen. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Auch dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 43, eingebracht von GRÜNEN und SPÖ, betrifft die Marillental. Auch diesfalls wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Antrag Nummer 44, eingebracht von GRÜNEN und SPÖ, betrifft die Ausweitung Tempo 30 in Wiener Wohngebieten. Hier wird ebenfalls die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von den Regierungsparteien unterstützt und hat die ausreichende Mehrheit.

Antrag Nummer 45, eingebracht von der FPÖ, betrifft einen fünfjährigen Finanzplan für die Geschäftsgruppe Stadtplanung und so weiter – sage ich einmal – sowie für die Stadtentwicklungsholding sowie Projektgesellschaften. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Die Regierungsparteien unterstützen diesen Antrag nicht, und er hat daher keine ausreichende Mehrheit.

Antrag Nummer 46, eingebracht von der FPÖ, betrifft Bauvorhaben Haussteingasse 7. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von FPÖ und Dr Aigner unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 47, eingebracht von der FPÖ, betrifft Adaptierungen an der Trassenführung der S1 im Bereich Eßling/Groß-Enzersdorf. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 48, eingebracht von der FPÖ, betrifft Adaptierungen an der Trassenführung der S1 im Bereich Eßling, „Brücke“. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von FPÖ und Dr Aigner unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 49, eingebracht von der FPÖ, betrifft ein Sonderbudget für Fußgänger. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von FPÖ und Dr Aigner unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 50, eingebracht von der FPÖ, betrifft Flugrouten über Wien. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Die Regierungsparteien

unterstützen diesen Antrag nicht, und er hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 51, eingebracht von der ÖVP, betrifft keine Bestellung eines Fußgängerverkehrsbeauftragten. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 52, eingebracht von der FPÖ, betrifft die Marillental. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von FPÖ und Dr Aigner unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 53, eingebracht von der FPÖ, betrifft Informationen über Wohnhaussanierungsanträge. Die Zuweisung an die Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat keine Mehrheit.

Der Antrag Nummer 54, eingebracht von der FPÖ, betrifft einen fünfjährigen Finanzplan für die Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung sowie für die Unternehmung Stadt Wien – Wiener Wohnen. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 55, eingebracht von der FPÖ, betrifft die Beschaffung von Umkehrosmose-Wasserfiltern. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 56, eingebracht von SPÖ und GRÜNEN, betrifft die öffentliche Auftragsvergabe. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Ich stelle diesfalls Einstimmigkeit fest.

Antrag Nummer 57, eingebracht von der ÖVP, betrifft die Verlängerung der Linie U2 über Eßling bis zur Stadtgrenze. Hier wird die Zuweisung an die Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaft und an die Geschäftsgruppe Stadtplanung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 58, eingebracht von der FPÖ, betrifft die Kostensenkung für Siedlerinnen und Siedler mehrerer Siedlungsgenossenschaften. Die Zuweisung an die Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Ich stelle diesfalls die Einstimmigkeit fest.

Antrag Nummer 59, eingebracht von der ÖVP, betrifft Sicherstellung der Finanzierung für Wiens Ordensspitäler. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von

Regierungsparteien nicht unterstützt und hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 60, eingebracht von der ÖVP, betrifft die Finanzierung von Kursen zur Beherrschung der österreichischen Gebärdensprache durch die Stadt Wien. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 61, eingebracht von der ÖVP, betrifft die Erweiterung des BezieherInnenkreises der Pflegegeldergänzungsleistung für Persönliche Assistenz. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 63, eingebracht von der FPÖ, betrifft einen fünfjährigen Finanzplan für die Geschäftsgruppe ... *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ich bitte um Entschuldigung! Da ist wahrscheinlich beim Kopieren etwas weggerutscht!

Antrag Nummer 62, eingebracht von der ÖVP, betrifft die Aufhebung der Altersdiskriminierung im Chancengleichheitsgesetz und in den Förderrichtlinien des Fonds Soziales Wien für Menschen mit Behinderung. Hier wird die Zuweisung an die Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Antrag Nummer 63, eingebracht von der FPÖ, betrifft einen fünfjährigen Finanzplan für die Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales und für den Fonds Soziales Wien. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Die Regierungsparteien unterstützen diesen Antrag nicht, und er ist damit abgelehnt.

Antrag Nummer 64, eingebracht von der FPÖ, betrifft die Nutzung der Heißwasservorkommen unter der Seestadt Aspern für Heil- und Wellnesszwecke. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von den Regierungsparteien nicht unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 65, eingebracht von der ÖVP, betrifft Neuordnung des Tierschutzes in Wien. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Die Regierungsparteien unterstützen diesen Antrag nicht, und er hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 66, eingebracht von der FPÖ, betrifft einen fünfjährigen Finanzplan für die Geschäftsgruppe Umwelt und für Wien Kanal. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Die Regierungsparteien unterstützen diesen Antrag nicht und er hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 67, eingebracht von SPÖ und GRÜNEN, betrifft einen Masterplan Tierversorgung neu.

Auch diesfalls wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Antrag Nummer 68, eingebracht von der FPÖ, betrifft einen fünfjährigen Finanzplan für die Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft und für die Vereinigten Bühnen Wien und Wiener Museen. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Die Regierungsparteien unterstützen diesen Antrag nicht, und er hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 69, eingebracht von der ÖVP, betrifft die zukünftige Entwicklung rund um die geplante Bebauung des Areals des Otto-Wagner-Spitals. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Auch diesen Antrag unterstützen die Regierungsparteien nicht, und er hat keine Mehrheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Postnummer 2 der Tagesordnung. Sie betrifft die Überprüfung von gebühren- und tarifmäßigen Entgelten durch den Gemeinderat.

Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 2 ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. – Dieser Antrag wird von SPÖ und GRÜNEN unterstützt und hat die ausreichende Mehrheit.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 3 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Feststellung der Wertgrenzen für das Jahr 2012. Ich brauche keinen Berichterstatter. Es gibt zu diesem Punkt keine Wortmeldung. Ich komme daher zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 3 ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. – Ich danke für die Einstimmigkeit.

Postnummer 4 der Tagesordnung betrifft den

Wirtschaftsplan der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund für das Jahr 2012. Die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt wurde schon bei der Behandlung der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales durchgeführt. Wir kommen daher nur mehr zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 4 ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. – Wird von SPÖ und GRÜNEN unterstützt und hat damit die ausreichende Mehrheit.

Die Postnummer 5 der Tagesordnung betrifft den Wirtschaftsplan der Unternehmung Wien Kanal für das Jahr 2012. Die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt wurde schon bei der Behandlung der Geschäftsgruppe Umwelt durchgeführt. Wir kommen daher nur mehr zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 5 ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. – Wird von SPÖ und GRÜNEN unterstützt und hat damit die Mehrheit.

Die Postnummer 6 der Tagesordnung betrifft den Wirtschaftsplan der Unternehmung Stadt Wien – Wiener Wohnen für das Jahr 2012. Die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt wurde bei der Behandlung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung durchgeführt. Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 6 ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. – Ich stelle hier die Mehrheit, gegeben durch SPÖ und GRÜNE, fest.

Damit ist die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erledigt.

Ich erkläre die 15. Sitzung des Gemeinderates für geschlossen.

Danke schön und gute Nacht.

(Ende der Sitzung um 21.28 Uhr.)